

Band E XXVIII

Aachen

Bonn

Köln

HSSPF West

angefangen : 19
beendet : 19

Schutzfrist beachten

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 4357

1 Js 4/64 (RSHA)



Stolzenberg
Bestell-Nr. 1

Bei Behördenhaltung
ist dies die Titelseite

Inhaltsverzeichnis

Blatt	
1 - 19	Auszug aus den Akten 9 Js 230/48 StA Aachen (Piotrowski, Wysocki)
20 - 35	Auszug aus den Akten 9 Sp Ls 46/48 Bielefeld (Piotrowski, Wysocki)
36 - 108	Auszug aus den Akten 8 Js 57/64 StA Bonn (Wnjsiakowski)
109 - 130	Vorgänge des RKFV (DC: SB-Ordner) Fälle der Stapostelle Köln
131 - 160	Vorgänge des RKFV (DC: SB-Ordner) Fälle im Bereich des HSSPF West (Stapostelle unbekannt)
161 - 164	Auszug aus den Akten d. Stapoleitstelle Düsseldorf (Nr. 684) bet. Ilse Bresslein (Antonius Kameske)
165 - 180	Auszug aus den Akten d. Stapoleitstelle Düsseldorf (Nr. 31793) bet. Hani Sriefer (Stolareszka)
181 - 204	Auszug aus den Akten d. Stapoleitstelle Düsseldorf (Nr. 11268) und d. AD Essen (Nr. 37426) bet. Jotrud Hinz
205 - 208	Stebewunde Wydzia 8000
209 - 211	- Piotrowski + Wysocki
212 - 231	VII. Auftrag aus 8 Js 351/65 StA Bonn (Exekutionen im Reich d. Stapostelle Bonn)
232 - 234	Stebewunde Stolareszka

aus 9 Js 230/48 SA Aachen
Bensbeeg, den 4.5.1948

Vorgeladen erscheint der ehemalige Vollziehungsbeamte

Johann V e n h a u s,

43 Jahre alt, geschieden, Refrath, Brandroster Str. Nr. 2.
wohnhaft und erklärt mit dem Gegenstand seiner Vernehmung
bekannt gemacht und zur Wahrheit ermahnt zur Sache wie folgt:

Seit 1925 habe ich der NSDAP angehört. Ich war Träger des
goldenen Abzeichens. Einen Posten in der Partei hatte ich nicht.
Ich war lediglich als Zellenleiter im Jahre 1935-1936 und
kurze Zeit Anfang des Krieges 1939 in M e r k e n eingesetzt.
Einen höheren Posten habe ich nicht wegen meines Gesundheits-
zustandes und weil ich dauernd Differenzen mit dem damaligen
Ortsgruppenleiter E s s e r aus Mariaweller hatte. Ich war
seit 1935 in Mariaweller als Vollziehungsbeamter tätig. Von
verschiedenen Polen wurde mir, es mag im Jahre 1941 gewesen sein,
das genaue Datum kann ich nicht mehr angeben, gesagt, daß eine
Frau K a y s e r aus Echts Verkehr mit zwei Polen habe.
Der andere Pole, der ebenfalls bei Kayser in der Landwirt-
schaft war, wurde von der Kayser als nicht brauchbar in der
Landwirtschaft angegeben, und daher von mir im Auftrage des
Bürgermeisters K a r n o t h von der Landwirtschaft Kayser
in Echts zum Getzerhof in Mariaweller mit 2 anderen Polen
ausgewechselt. Diese Auswechslung mußte ich nun dem zustän-
digen Arbeitsamt mit dem Grunde des wahrscheinlichen geschlecht-
lichen Verkehrs laut Angabe der Polen, melden. Vom Arbeitsamt
wurde der Arbeitsplatzwechsel der Polen gebilligt. Das Arbeits-
amt befand sich zur damaligen Zeit in D ü r e n. Die Kayser
ließ nun aber keine Ruhe, ging dauernd zum Arbeitsamt, wo sie
weinend erklärte, sie wollte ihren "Frenz" wieder haben. Das
Arbeitsamt wurde daraufhin stutzig und der Abteilungsleiter,
dessen Name mir nicht bekannt ist, meldete dieses dem Leiter
des Arbeitsamtes. Dieser beauftragte die Stapo. Kurze
Zeit später erschien ein Beamter der Stapo auf dem Bürger-
meisteramt in Mariaweller und erklärte mir, daß er mich vernehmen
müsse. Nach Aufnahme des Tatbestandes wurde ich verwahrt und mit
gedroht, daß ich bei einem nochmaligen Vorkommnisse wie es hier
liegt sofort verhaftet werden würde, wenn ich keine Anzeige
erstatten würde. ~~xxxxx~~ Kurze Zeit nach meiner Vernehmung
hörte ich vom Ortsgruppenleiter Esser und dem Bürgermeister Karnot
~~xxxxxxixxxix~~ die sich Beide auf dem Bürgermeisteramt befanden,
am Abend von den Polen im Lager, daß die Beiden Polen verhaftet

seien. Bemerken muß ich noch, daß der Ortsgruppenleiter Esser mit der Umgruppierung der Polen zu einer anderen Arbeitsstelle nicht einverstanden war, Er hat mir seine Mißbilligung darüber ausgesprochen. Von der ganzen Umgruppierung hatte Ortsgruppenleiter Esser keine Kenntnis, nicht früher als bis die Umgruppierung der Polen erfolgt war. Wie ich später gesprächsweise von den Polen erfahren habe, sollen die beiden Polen in Echtz erhängt worden sein. Meines Erachtens hat die Kayser an allem Schuld. Wäre sie nicht dauernd zum Arbeitsamt gelaufen, hätten sich keine Folgen daraus gezeitigt. Weitere Angaben kann ich hierüber nicht machen.

Über die Verhaftungen von Gegnern des Nazireg. im August od. Sept. 1944 kann ich nur folgende Angaben machen. Ich kam in den Morgenstunden zum Dienst, dort wurde mir erzählt, daß in der Nacht Verhaftungen vorgenommen worden seien und die ~~angewiesenen~~ prominenten Gegner des Nazi festgenommen und im Keller des Bürgermeisteramtes in Mariaweller saßen. Wer die Festnahmen angeordnet hat, ist mir nicht bekannt. Ich hörte die ganze Angelegenheit nur von der Luftschutzwache.

Ausschreitungen gegen Juden sind mir nicht bekannt. Mir ist auch nicht bekannt, daß Juden mißhandelt worden sind. Weitere Angaben kann ich nicht machen, ich habe die Wahrheit gesagt.

G. W. O.

V.

G.

u.

Pinner
Krim. Pol. Mstr.

Die Polizei-Behörde des Reg. Bez. Köln
Polizei-Station Bensberg

W. H. H. H.
Bensberg, den 4.5.1948

Kriminalpolizei

Egb.-Nr.

Kr. 11/48 E

1. Tegebuch austragen. Erl. Rei.
2. Dem Herrn Oberstaatsanwalt

in Aachen

nach Vernehmung des V e n h a u s
zurückgereicht.

Kennegieser
(Kennegieser)
Polizei-Meister C/45

Rei.

Das Amtsgericht, Abt. 1
Akt. Z.

1 Gs 235/48

Gegenwärtig:

AGR Schneiders

als Richter,

JA Stang

als Urkundsbeamter der Geschäfts-
stelle.

Düren, den 5.8. 1948

S t r a f s a c h e

gegen

d E s s e r

wegen Verbr.gege. d.Menschl.

Es erschienen

die nachbenannteⁿ -Zeugⁿ -Sachver~~stän~~
~~stän~~ -

Die Zeugen Sachverständige - mit dem
Gegenstand der Untersuchung und der
Person des Beschuldigten bekannt ge-
macht, wurde, - und zwar die Zeugen -
einzeln und in Abwesenheit der spä-
ter abzuhörenden Zeugen, - wie folgt
vernommen:

Nicht erschienen war der Zeuge Carnott, er hatte sich wegen Krankheit
entschuldigen lassen.

1. Zeuge e - Sachverständige -

Ich heiße Josef Müller

bin 48 Jahre alt, Amtsobersekretär
des Amtes Merken - Echtz

wohnhaft

in D'horn, Hauptstrasse 5

s. v.

Tur Sache: Ich war zu der fraglichen Zeit im Jahre 1941 auf dem
Amte Echtz als Obersekretär beschäftigt.

Im Jahre 1941 wurde mir gerüchtweise bekannt, dass zwei Polen, ob
diese damals noch Kriegsgefangene oder Zivilgefangene waren kann ich
heute nicht mehr sagen, mit einer deutschen Frau Verkehr gehabt hätten.
Sie seien daher festgenommen worden. Ich selbst habe in amtlicher
Eigenschaft nichts damit zu tun gehabt und habe von diesen Vorgängen
nur gesprächsweise erfahren. Wer die Festnahme veranlasst und durch-
geführt hat, kann ich nicht sagen. Jedenfalls ist sie nicht von der
örtlichen Polizei durchgeführt worden, es hiess, dass sie auf Veran-
lassung der GESTAPO und der Politischen Leitung erfolgt sei.

Einige Zeit später erfuhr ich denn, dass die beiden Polen durch Er-
hängen in Echtz hingerichtet worden seien. Der damalige Amtsbürger-
meister Jussem kam am Morgen nach der Hinrichtung zur Amtsstelle
und erklärte mir, dies sei der schwerste Tag seines Lebens gewesen,
da er der Hinrichtung der beiden Polen beiwohnen musste. Erst in
diesem Augenblick habe ich von der Tatsache der Hinrichtung etwas
erfahren. Auf wessen Veranlassung die Hinrichtung erfolgt ist, vermag
ich nicht zu bekunden. Wie ich aus den Gesprächen d. er Ortsbewohner

4

erfuhr, sollen Esser und auch der Ortsgruppenleiter Logauer von Düren - Rölsdorf bei der Hinrichtung zugegen gewesen sein. Aus eigener Wahrnehmung kann ich jedoch hierzu nichts aussagen.

XII Esser hat des öfteren Anzeigen gegen Polen, welche die vorgeschriebene Ausgehzeit überschritten hatten, vorgelegt. Bei den Anzeigen war auch mehrfach durch Esser das Strafmass beantragt. Es handelte sich aber lediglich um Geldstrafen, die durch die Ortspolizeibehörde festgesetzt wurden.

Ich entsinne mich, dass Esser sich schon gegenüber dem Amtsbürgermeister geäußert hat, die Strafen die wir gegen die Polen festsetzten seien zu gering.

Darüber, dass bei der Verhaftungswelle nach dem 20.7.1944 Hallmanns, Gasper, Simmler, Lennartz und der Vater Henn auf Veranlassung, oder unter Mitbeteiligung von Esser verhaftet worden sind, kann ich nur sagen, dass ich am Tage nach der Verhaftung gesprächsweise von dieser Tatsache erfuhr. Wer für die Benennung und Auswahl der Verhafteten in Frage kam, weiss ich nicht. Nachher hiess es, die Aktion sei von der Kreisleitung Düren aus erfolgt. Amtlich habe ich aber darüber nichts erfahren, sondern nur gesprächsweise.

v. g. u.

Kopf Müller
II.) Zeuge: Ich heisse Wilhelm Steffens, 56 Jahre alt, Amtssekretär in R. wohnhaft in Birkesdorf,

s. v.

Zur Sache: Eines Tages nach dem 20.7.1944 kam ich morgens zur Dienststelle. Der damalige Amtsbürgermeister Carnott erzählte mir, dass auf den Fluren ~~inzwischen~~ des Amtsgebäudes in der Morgenfrühe Leute gestanden hätten, die verhaftet worden seien. Es handelte sich um solche Personen, die früher der SPD oder KPD angehört hatten. Zu diesem Zeitpunkte waren die Verhafteten schon wegtransportiert. Soviel mir bekannt ist, erfolgte der Wegtransport durch den Gend.Wmst. Sprick und den Pol. Beamten Menzel, aus Merken bzw. Hoven. Bei dieser Aktion sind auch Hallmanns, Gasper, Simmler, Lennartz wegtransportiert worden.

Von wem aus die Aktion veranlasst wurde, wer sie durchführte, und wer die Auswahl der zu verhaftenden Personen traf, weiss ich nicht. Hierüber vermag ich nichts zu bekunden, denn von unserem Amte aus hatten wir nichts zu tun. Ob und inwieweit Esser etwas mit der Angelegenheit zu tun hatte, weiss ich nicht, denn wenn Esser irgendeine Anzeige gegen eine Person machte, oder sonst was unternahm, setzte er sich unmittelbar mit unter Übergehung unseres Amtes mit der GESTAPO in Verbindung.

Einige Zeit nach der Aktion des 20.7.1944 rief mich der damalige Krim-Obersekretär von Düren, Pier an, ich solle die Verhaftung eines Kaplans von Merode, der als Arbeiterführer bekannt war, vornehmen lassen. Als ich Pier erklärte, dass mir der Wohnort nicht bekannt sei, erwiderte dieser mir, dann solle ich ihn feststellen lassen. Ich nehme aus diesen Vorfall an, dass die Juli-Aktion von der GESTAPO ausgegangen ist.

v. g. u.

W. Steffens
Vfg.

Wilhelm Steffens
Neuer Termin zur Vernehmung der Zeugen Carnott und Menzel wird best. immt auf den

2. September 1948

9 1/4 Uhr

Woh

2) Zeugen laden

3) Z.T.

*Düren 7. 8. 1949.
Landesgericht*

mit ab 18. 8. 48

5

42

Gegenwärtig:

Amtsgerichtsrat Eggers

als Richter,

Justizangestellte Neumann

als Urundsbeamter der Geschäftsstelle.

Strafsache

gegen Richard Esser

wegen Verbr. gegen die Menschlichkeit

Urschriftlich m. Akten
und Beilagen

dem Herrn Oberstaatsanwalt

in Aachen

nach Erledigung zurück-
gesandt.

Sögel, den 27.9.1949.
Das Amtsgericht

Amtsgerichtsrat:

Auf Ladung — Vorgeführt — erschien der Beschuldigte.

Richard Esser

Es wurde ihm eröffnet, welche strafbare Handlung
ihm zur Last gelegt wird.

Die Verfügung vom 194 ,
durch welche die Voruntersuchung eröffnet — und
Haftbefehl erlassen — Haftfortdauer angeordnet — ist,
wurde ihm bekanntgemacht. — Über Recht
zur Beschwerde wurde er — sie — belehrt. —

Die Befragung über die persönlichen Verhältnisse
ergab folgendes:

Vornamen (Rufname zu unterstreichen) und Familienname sowie etwaige Beinamen
(bei Frauen auch der Geburtsname): Richard Esser

Vor- und Zuname des Vaters: Stefan Esser

Vor- und Zuname der Mutter: Agnes geb. Pilz

Vor- und Zuname und Wohnort des Vormundes:

Bezeichnung des Amtsgerichts, bei dem die Vormundschaft geführt wird:

Datum	Tag, Monat und Jahr:	8.8.1890
und	Gemeinde:	Grünberg/Schlesien
Ort	(wenn eine größere Stadt:	— Straße — Platz — Nr. oder Stadtteil)
der	Kreis:	
Geburt	Landgerichtsbezirk:	
	Staat:	

Familienstand, ob ledig, } (das Zutreffende ist zu unterstreichen.)
verheiratet,

(Vor- und Zuname sowie } mit: Maria geb. Schönbrod
Stand des Ehegatten)

(Tag der Eheschließung) am: 1919

verwitwet, } (das Zutreffende ist zu unterstreichen.)
geschieden.

6

Sonstige Angaben über Familienverhältnisse (z. B. Zahl und Alter der Kinder usw.):

4 Kinder im Alter von 37, 34, 22, 16 Jahren

Letzter Wohnort, Gemeinde: Dannenberg

(wenn eine größere Stadt: —straße—platz—Nr.).
Kreis (oder entsprechender Verwaltungsbezirk; — Stadtkreise bzw.
Stadtbezirke sind als solche zu bezeichnen): Obergerbergischer Kreis
Staat: Deutscher Reg. Bezirk Köln

Für Ausländer (Nichtdeutsche) Heimatstaat:

Religionsbekenntnis: gottgläubig

Stand, Beruf, Erwerbs- oder Nahrungszweig sowie Arbeits- oder Dienstverhältnis

(Die Art des Hauptberufs, der Haupterwerbstätigkeit oder Hauptbeschäftigung oder der Haupteinkommens- oder Hauptnahrungsquelle ist genau anzugeben; sofern durch die Angabe das Arbeits- oder Dienstverhältnis im Beruf nicht schon bezeichnet wird, unter Hinzufügung dieses Verhältnisses, ob nämlich Inhaber, Handwerksmeister, Geschäftsleiter oder Gehilfe, Geselle, Lehrling, Fabrikarbeiter, Handlungsgehilfe, Verkäuferin usw.):

Webereileiter

Für Minderjährige ohne eigenen Beruf: Beruf der Eltern:

Für Ehefrauen ohne eigenen Beruf: Beruf des Mannes:

Vermögens- und Einkommensverhältnisse: z. Zt. ohne Einkommen
und kein Vermögen

Versorgungsberechtigung:

Ist der Beschuldigte als versorgungsberechtigt im Sinne der Anm. zu § 31 der VV. über Mitteilungen in Strafsachen vom 12. 12. 1927 (JMBL. S. 395) anerkannt? Von welcher Behörde ist der Rentenbescheid erteilt? Hat der Beschuldigte einen Rentenanspruch gestellt? Bei welcher Behörde?

Von dem Beschuldigten geführte Vormundschaften und Pfllegschaften:

Besitzt der Beschuldigte: { a) die Erlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen?
b) einen Wandergewerbefchein?
c) eine Reisendenlegitimationskarte gemäß § 44a der Gewerbeordnung?

Im Fall der Bejahung zu a bis c: ausstellende Behörde und Nr. des Ausweises?

7
43
Ist der Beschuldigte für das laufende oder das nächste Geschäftsjahr als Schöffe oder Geschworener gewählt oder ausgelost?

Im Fall der Bejahung durch welchen Ausschuß (§ 40 GVG.)?

Vorstrafen:

Spruchgericht Bielefeld, 3 ½ Jahre Gefängnis
wegen Zugehörigkeit zum pol. Führerkorps

am 9.2.1949

Der Beschuldigte, befragt, ob er etwas auf die Beschuldigung erwidern wolle, erklärte:

z. S. Ich war Ortsgruppenleiter der NSDAP von 1933 bis zum 16.11.1944. Von 1940 ab bis zum Zusammenbruch, das war meiner Erinnerung nach ungefähr Februar 1945 war ich auch noch Kreisamtsleiter und zwar versah ich das Organisationsamt. Das Verfahren gegen die beiden Polen, meiner Erinnerung nach, waren sie damals noch Kriegsgefangene, ist mir erst bekannt geworden, als diese bereits verhaftet waren und sie sich schon in den Händen der Gestapo befanden. Am Tage vor der Hinrichtung kam ein Beamter der Gestapo zu dem stellvertretenden Kreisleiter Lohauer. Der Kreisleiter selbst war Soldat. Ich arbeitete wie üblich an diesem Tage als Organisationsleiter. Kurz nach dem Erscheinen des Gestapobeamtens rief mich der stellvertretende Kreisleiter in sein Zimmer und machte mich mit dem Gestapobeamten bekannt. Der stellv. rtr. Kreisleiter sagte mir, dass der Gestapobeamte mitgeteilt habe, dass morgen zwei Polen durch Erhängen hingerichtet werden sollten. Im Verlaufe der Besprechung eröffnete der Beamte uns, dass der stellv. rtr. Kreisleiter, der Ortsgruppenleiter, der Amtsbürgermeister, der Landrat und der Kreisarzt an der Hinrichtung teilzunehmen hätten. Wir lehnten dieses ab, worauf der Gestapobeamte erklärte, dass unsere Teilnahme auf Grund einer Anweisung des früheren Reichsführers der SS zu erfolgen habe. Bei einer Weigerung unsererseits dieser Anweisung Folge zu leisten, hätten wir mit nachteiligen Folgen für uns zu rechnen. Auf Grund dieser Eröffnung haben wir uns entschlossen, an der Hinrichtung teilzunehmen. Der Gestapobeamte erklärte weiter, er müsse noch zum Amtsbürgermeister fahren, da er noch die notwendigen Vorbereitungen für die Hinrichtung treffen müsse. Er müsse noch ein Gerüst bauen usw., und müsse noch dazu die Handwerker aufsuchen. Da ich Ortsgruppenleiter zugleich von Ehtz und Mariaweller war, wies mich der Beamte an, den Gestapobeamten zu begleiten, da er den Weg nicht kenne. Ich übergab bei ich ja Ortsgruppenleiter und auch Beigeordneter des Amtes Mariaweller, sodass ich den Gestapobeamten unterstützen könnte, zumal der Gestapobeamte zur Durchführung seiner Vorbereitungen das Verlangen zur Abstellung eines Beamten gefordert hatte, wahrscheinlich um zu erwartenden Widerstand der Handwerker zu überwinden. Ich bin dann mit dem Gestapobeamten nach dem Amt Mariaweller gefahren, weil ich Ehtz keine geeignete Handwerker wohnten, da diese eine reine Landgemeinde ist. Der Bürgermeister hat mir dem Gestapobeamten, der einen Schlosser und einen Zimmermann haben wollte, den Schlosser Collip und den Schreinermeister Flatten in Hoven benannt. Wir sind dann zu Collip gefahren, der sich jedoch in Hoven aufhielt. Darauf sind wir weiter nach Hoven gefahren. Dem Schreinermeister hat er das Gerüst aufgezeichnet, wie er es haben wollte und erklärt, dass er es noch bis heute Abend haben müsste. Ich glaube er hat ihm auch vertraulich gesagt, welchen Zwecken das Gerüst dienen sollte.

An=

Anschließend sind wir mit Collip nach dessen Werkstatt gefahren, wo der Beamte ihn nach Ketten gefragt hat. Nachträglich hat ihm der Beamte gesagt, zu welchem Zweck die Ketten dienen sollten und was er tun sollte. Ob sich Collip geweigert hatte, dies zu tun, weiss ich nicht. Ich bin wenigstens mit dem Gestapobeamten zu keinem anderen Handwerker gefahren, denn der Gestapobeamte hat mich von Collip's Werkstatt nach Düren zurückgebracht. Am Tage der Hinrichtung hat mich der stellvertr. Kreisleiter mit seinem Wagen von meiner Wohnung abgeholt. Als wir in Echz ankamen, standen dort bereits viele Wagen. Wir haben uns dazwischen gestellt. Der Galgen war ungefähr 200 - 300 Meter vom Ort entfernt aufgebaut. Die Strassen und das Gelände waren im grossen Umkreis abgesperrt. Vor dem Galgen standen beiden hinzurichtenden Polen, sowie mehrere andere Personen, wahrscheinlich Angehörige der Gestapo. Wir haben uns an die Wagen gestellt und standen ungefähr nach meiner Erinnerung 20 bis 30 Meter vom Galgen entfernt. Vor der Hinrichtung hat einer der mir unbekannten Personen etwas in polnisch vorgelesen, ich habe das was vorgelesen wurde, nicht verstanden und nehme deshalb an, dass es polnisch gewesen ist. Nach der Hinrichtung wurden die in der Umgebung liegenden Polen, die in Echz zusammengezogen waren, vor den Galgen geführt. Diesen Polen wurde von derselben Person etwas in fremder Sprache vorgelesen. Nach diesem Akt bin ich mit dem stellvertr. Kreisleiter gleich weitergefahren.

Mir ist die Darstellung des Collip vorgehalten worden. Diese entspricht nicht den Tatsachen. Zunächst ist es ganz bestimmt, dass wir nur einen Tag vor der Hinrichtung beim ihm gewesen sind. Ferner war nur ein Gestapobeamter dabei. Bei der zweiten Person könnte es sich höchstens um den Fahrer des Gestapobeamten gehandelt haben. Ich glaube aber garnicht, dass ein Fahrer dabei gewesen ist, denn nach meiner Erinnerung hat der Gestapobeamte den Wagen selbst gefahren. Ferner weiss ich ganz bestimmt, dass ich nicht bei der Baufirma Horst in Hoven gewesen bin. Ich habe lediglich vom Bürgermeisteramt Mariaveller im Auftrage des Bürgermeisters mit der Firma Horst gesprochen, und zwar wegen der leihweisen Ueberlassung eines Balkens. Der Bürgermeister sagte zu mir, ich solle Horst anrufen, da er ein guter Bekannter von mir war, ich könnte infolgedessen die Sache besser erledigen. Nach meiner Erinnerung hat die Unterhaltung mit Collip der Gestapobeamte geführt. Es ist jedoch möglich, dass ich auch mit Collip darüber gesprochen habe, aber dann nur in meiner Eigenschaft als erster Beigeordneter, weil die Anforderung des benötigten Geräts an die Gemeinde gerichtet war und von dieser zur Verfügung gestellt werden musste. Ich habe ihm auch bestimmt nicht gesagt, dass er den Galgen aufbauen sollte, denn mir war damals garnicht bekannt, an welchem ~~Ort~~ ^{Orte} die Hinrichtung stattfinden sollte, bestimmt ist von der Wirtschaft Oief nie die Rede gewesen. Mir ist auch nicht einmaler, dass Collip sich geweigert hat, den Galgen aufzubauen. Ich bin bis heute immer noch der Ansicht gewesen, dass Collip die Arbeiten ausgeführt hat. Wenn er sich geweigert hätte, hätten wir ja wohl noch zu einem anderen Schlosser fahren müssen, was bestimmt nicht der Fall gewesen ist. Ich kann mich auch nicht entsinnen, dass ich zu Collip gesagt hätte, er sei ein Feigling usw. Collip war ja selbst politischer Leiter und wusste ja, was er zu tun hatte. Und wenn Collip sich überhaupt geweigert hätte, den Anordnungen des Gestapobeamten Folge zu leisten, würde mir das sicher noch im Gedächtnis sein.

Nach Vorhalt der Aussage des Zeugen Lennartz:

Ich kann mir garnicht denken, dass Lennartz von der Hinrichtung Kenntnis gehabt hat, denn ist ist, soweit ich es beurteilen kann, streng geheim gehalten worden und sie hat meiner Erinnerung nach in den frühen Morgenstunden stattgefunden. Der Zeuge muss sich unbedingt geirrt haben, ich habe seitwärts vom Galgen gestanden, und neben mir stand der stellvertretende Kreisleiter und der Amtsbürgermeister Joussen. Vielleicht können der Vertreter des Landrats, Oberinspektor Brandt und der Kreisarzt, Obermedizinalrat Dr. Benze früher in Düren, meine Angaben bestätigen.

Mit den Verhaftungen aus Anlass des 20. Juli 1944 habe ich nichts zu

zu tun gehabt. Nach meiner Erinnerung wurde ich eines Nachmittags
-es war schon ziemlich spät - ~~Von der Polizeiverwal-~~
tung Mariawiler, Amtsekkretär Steffen, angerufen, dass der und der
Personenkreis in Schutzhaft-genommen werden sollte. Ich habe mit
Steffen in meiner Eigenschaft als Erster Amtsbeigeordneter gesprochen
und zwar als Vertreter des Bürgermeisters, der meiner Erinnerung nach
in Urlaub oder krank war, Ich habe ihm gleich erklärt, dass die Partei
damit nichts zu tun habe. Wenn die Polizei diese Anweisung habe, müsse
sie ja wissen, was sie zu tun habe. Von mir sind weder in Eigenschaft als
Beigeordneter, noch als Ortsgruppenleiter irgendwelche Unterlagen für
diese Verhaftungen zur Verfügung gestellt worden. Meines Wissens war
die Gestapo schon seit längerer Zeit im ~~xxx~~ Besitz der Unterlagen durch
das Landratsamt oder die Amtsbürgermeister, zumal ja auf dem Lande
die politische Einstellung und Tätigkeiten der einzelnen Einwohner jedem
bekannt war. Es trifft zu, dass nach meiner Erinnerung mir einzelne Namen
genannt sind. Ich habe ihm lediglich darauf erklärt, dass es Sache der
Polizei sei, zu entscheiden, ob die Betreffenden festzunehmen seien oder
nicht. Ich habe später für sämtliche Festgenommenen noch Gesuche um
Freilassung der Festgenommen gemacht, ~~xxx~~ die in Falle Lennartz und
Hallmanns Erfolg gehabt haben. Diese haben mir von ihrer Freilassung
noch Mitteilung gemacht. Die Feststellung in dem Urteil sind insoweit
unrichtig und ich kann noch Unterlagen beibringen, dass ich mich
auch noch für andere damals Festgenommene mit Erfolg bemüht habe.
Zu der Hinrichtung der beiden Polen überreiche ich eine Skizze
aus der sich mein Platz während der Hinrichtung ergibt.

v. g. u.

Robert R. *Germann*

Kennzeichen: *Robert R.* *Germann*
Stamm von B. I. 1949 in 93 1070/48 - *Reio* -
ist durch ehemalige *deutsche* *Minister* *Legation*
an *Stamm* - *Robert* *verstreuen*.

W. F. Kün

Vfg.

1. pp.
2. pp.
3. Abschrift fertigen von Bl. 54 d.A. soweit Blauklammer mit Abschrift ds.Vfg. Ziff.3 als neue Js Sache gegen den früheren Polizeipräsidenten und SS-Oberführer Zenner in Geschäftsgang bringen wegen Erhängung von Ostarbeiter.
4. - 6. pp.

Aachen, den 14.12.1949
Der Oberstaatsanwalt
I.A.
gez. Dr. Müller

Aachen, den 18.11.1949

Gegenwärtig: Staatsanwalt Dr.Müller.

Es erscheint der Amtsarzt a.D. Dr. Benze in Düren, Girkelsratherstr. 456, geb. am 20.4.1873 in Boffgen Kr.Holzminden und erklärt:

Ich bin 1941 in meiner Eigenschaft als Gerichtsarzt zu einer Hinrichtung von 2 Polen hinzugezogen worden, um den Tod festzustellen. Wer den Auftrag erteilt hat ist mir nicht mehr in der Erinnerung. Ich glaube, dass es ~~das~~ Gestapo war. Die Hinrichtung fand in Echtz gegen 6.00 Uhr statt. Der Galgen war schon aufgerichtet, als ich erschien. Die Zivilpolen waren angetreten und der Dolmetscher las den Angetretenen übrigen Zivilpolen, die der Hinrichtung beiwohnen mussten, ein Schriftstück des Inhalts vor, dass jeder Ausländer, der Geschlechtsverkehr mit einer deutschen Frau ausübte, hingerichtet würde. Soviel ich weiss, eröffnete ein hoher SS Funktionär aus Aachen - es war der damalige Polizeipräsident, - den Deliquenten das Urteil durch den Dolmetscher. Ich habe noch in der Erscheinung, dass das sogenannte Urteil nicht von einem Gericht sondern von der Gestapo gefällt worden war. Mit Bestimmtheit kann ich das allerdings nicht mehr sagen. Die Deliquenten stiegen eine Treppe von 4 Stufen hoch, bekamen eine Schlinge um den Hals gelegt, dann wurde das Brett auf dem sie standen, durch eine Klappvorrichtung zum Abklappen gebracht. Die Handgriffe vollzog ein Gestapoangestellter in Zivil, dessen Name mir unbekannt ist. Daraufhin ist der Tod eingetreten. Ich kenne Richard Esser nicht und weiss auch nicht, ob er der Hinrichtung beigewohnt hat. Ich habe lediglich den Tod der Verurteilten festgestellt.

v.g.u.
gez.Dr.Johannes Benze
Ober.Med.Rat

gez. Dr. Müller

Gegenwärtig :

- 1 -

Aachen, den 25. August 1950

Landgerichtsrat Dr. Deuster
als Untersuchungsrichter,
Justizangestellte A. Damblon
als Protollführerin.

1 Anw. für 2 Zg. z. Anw.
Stelle gegeben. *Pa.*

VU. 1/50.

In der Ermittlungssache
gegen

E s s e r

wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit

erschien auf Ladung folgende Zeugen :

1. Zeuge :

Z. Person : Ich heisse Rudolf Sprick, Meister d. Gendarmerie i. R.
69 Jahre alt, wohnhaft in Hoven b. Düren,

S. V.

Zur Sache :

Zur Zeit als die beiden Polen in Echtz Kreis Düren
erhängt wurden, war ich als Gendarmeriegruppenpostenführer in Ho-
ven b. Düren tätig. Von meiner vorgesetzten Dienststelle,
Herrn Hauptmann Pfeiffer in Düren, erhielt ich den Auftrag,
am Tage der Hinrichtung die in der Umgegend von Echtz beschäf-
tigten Polen zu sammeln und nach Echtz zu führen, wo die Hin-
richtung in der Frühe um 7.00 Uhr stattfinden sollte. Wie
Dem mir erteilten Auftrag gemäss liess ich die Polen auf ihren
Arbeitsstellen durch die mir unterstellten Beamten verständigen,
dass sie sich an verschiedenen angegebenen Stellen einfinden sollten.
Von dort aus liess ich dann die Polen am Morgen der Erhängung
nach Echtz führen. Die Erhängung der beiden Polen fand am Ausgang
des Ortes in Richtung nach Hoven etwa 150 m vom letzten Hause
entfernt in einer kleinen Baumgruppe statt. Dort war ein Ge-
rüst errichtet worden, an dem die Polen aufgehängt wurden.
Die von mir benachrichtigten Polen, die nachher an den erhängten
Landsleuten ~~vorbeigeführt~~ ^{vorbeigeführt} werden sollten, wurden bis zur Durch-
führung der Erhängung in Echtz aufgestellt, da sie selbst den
Vorgang der Erhängung nicht ansehen sollten. Ich selbst bin mit
einigen meiner Beamten bei den Polen in Echtz stehen geblieben.
Als die beiden Polen aufgehängt waren, wurden wir benachrichtigt,
und führten dann befehlsgemäss die Polen an der Hinrichtungs-
stelle vorbei.

112 12

Dort mussten die Polen stehen bleiben und es wurde ihnen von einem Gestapobeamten in polnischer Sprache ein angebliches Urteil vorgelesen. Ich selbst habe von dem Inhalt nichts verstanden. Jedoch musste man aus dem Ganzen entnehmen, dass der vorgelesene Text eine Begründung für die Hinrichtung darstellte. Im Kreise unserer Beamten wurde später davon gesprochen, es habe sich um ein Urteil des Volksgerichts gehandelt. Welches Gericht damit gemeint war und woher das Gerücht stammte, kann ich jedoch nicht sagen. Von den an der Hinrichtungsstelle anwesenden Gestapobeamten habe ich niemand gekannt. Die Leitung der Aktion lag, soweit ich feststellen konnte, in der Hand von Leuten, die in Zivil waren. Soweit ich gehört habe, handelte es sich bei diesen um Gestapobeamte. Nähere Angaben über die bei der Erhängung beteiligten Personen wird möglicherweise der Gendarmerieinspektor Josef Lang, in Wolfach (Schwarzwald) machen können, der damals die Leitung der Polizeikräfte an der Hinrichtungstätte hatte. Lang ist auch bei der Erhängung der Polen zugegen gewesen. Ich kann mich noch erinnern, dass Lang sich damals über die Erhängung sehr aufgeregt hat. Inwieweit der Angeschuldigte Esser an der Erhängung beteiligt war, kann ich nicht sagen. Ich habe wohl gesehen, dass Esser an der Hinrichtungstätte anwesend war und habe mich sehr darüber gewundert, dass Esser es fertig brachte, noch zu lachen.

v. g. u.

Kurtall Speich

2. Zeuge :

z. Person : Ich heiße Karl Soika, 63 Jahre alt, Gemd.Meister i.R. Langerwehe, Schönthalerstrasse 13,

s. v.

Zur Sache :

Zur Zeit der Erhängung der beiden Polen in Echtz Kreis Düren, war ich als Gend.Posten in Langerwehe bei Düren stationiert. Zu meinem Dienstbezirk gehört auch der Ort Lucherberg. Aus Anlass der Erhängung der Polen in Echtz erhielt ich den Befehl, die Polen aus Lucherberg nach Echtz zu führen. Von wem ich den Befehl erhalten habe, kann ich heute nicht mehr mit Sicherheit sagen. Ich meine jedoch, dass

von dem Kreisführer der Gendarmerie, Herrn Hauptmann Pfeiffer in Düren, bekommen habe. Dem mir erteilten Auftrag gemäss begab ich mich nach Lucherberg, um die Polen, die vom Bürgermeister in Lucherberg verständigt worden waren, abzuholen und nach Ehtz zu führen. In Ehtz musste ich mich mit den Polen an der Kirche aufstellen, da die Polen bei der Erhängung ihrer Landsleute nicht anwesend sein sollten. Die Polen sollten vielmehr nachher lediglich an der Hinrichtungsstätte vorbeigeführt werden. Als die Erhängung, die am Ortsausgang nach Hoven zu stattfand, durchgeführt war, wurde ich verständigt, dass ich mit den Polen dort vorbeimarschieren sollte. Dies habe ich denn auch getan und die Polen an den beiden erhängten Landsleuten vorbeigeführt. Anschliessend begaben wir uns ^{sofort} ~~zurück~~ nach Lucherberg zurück.

Die Polen sollten sich lediglich die toten Landsleute, die am Galgen hingen, ansehen. Ich kann mich nicht entsinnen, dass den Polen an der Hinrichtungsstelle ~~ix~~ irgendetwas vorgelesen worden ist. Wer die Erhängung geleitet hat, ist mir nicht bekannt. Soweit ich mich entsinnen kann, standen an der Hinrichtungsstätte Zivilisten umher, Nachher wurde gesagt, die Aktion sei von der Gestapo durchgeführt worden. Den Angeeschuldigten Esser habe ich, soweit ich weiss, überhaupt nur einmal gesehen. Ob er an der Hinrichtungsstelle anwesend war, kann ich nicht sagen. Ich weiss auch nicht, inwieweit Esser sich an der Vorbereitung und an der Durchführung der Erhängung beteiligt hat.

v. g. u.

Karl Sörke

M. Wint

H. Dürcher

Gegenwärtig:

Strafsache

Amtsgerichtsrat — Dienstverweiser — Assessor
Dietsche

gegen

den Richard Esser aus Grünberg
Schlesien

als Richter,

Justizangest. Neumaier

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

wegen Verbr. gg. d. Menschlichkeit

Es erschien

der nachbenannte Zeuge — Sachverständige //

Der — Zeuge — Sachverständige, wurde mit dem Gegenstande der Untersuchung und der Person des — Beschuldigten — Angeeschuldigten // Angeklagten — bekannt gemacht, gemäß § 57 der Strafprozeßordnung zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß — er // sie — später seine — ihre — Aussage zu beeidigen habe. Sodann wurde er — und zwar die Zeugen // Einzel und in Abwesenheit der // später abgehörenden Zeugen, // wie folgt vernommen:

1. / Zeuge // // Sachverständige —

Zur Person.

Ich heiße Josef Lang

bin 55 Jahre alt, verh. Gend. Insp.

in Wolfsach

m. d. Beschuldigten nicht verwandt u. n. v.

Am Tage vor ^{der} Hinrichtung der beiden Polen sollen auf dem Landratsamt Düren zwei Gestapo-Beamte, die ich jedoch erst am nächsten Tag gesehen habe bei der Hinrichtung, erschienen sein, um Vorbereitungen für die Execution zu treffen. U.a. haben sie, wie mir erzählt wurde, die Hinrichtungsstätte besichtigt. Vom Landratsamt wurde ich beauftragt, sämtliche in der Umgebung Beschäftigten Polen am Hinrichtungstage zusammen zu ziehen. Dieser Auftrag wurde von mir ausgeführt. Die mir unterstellten Gend. Beamten brachten alle Polen zusammen und stellten sie hinter dem Friedhof in Eichtz auf. Von dieser Stelle aus konnten die versammelten Polen die Hinrichtungsstätte nicht sehen. Ich selbst hielt mich in der Nähe der Hinrichtungsstätte auf. Als die beiden Polen erhängt waren, gab ~~mir~~ der leitende Gestapobeamte ein Zeichen. Dies bedeutete nach vorheriger Besprechung die Anweisung, sämtliche Polen an der Hinrichtungsstätte aufmarschieren zu lassen. Dies geschah auch. Die Polen wurden vor der Richtstätte aufgestellt. Sodann hielt einer der Gestapobeamten eine Ansprache, die in polnisch übersetzt wurde. Mit dieser Ansprache wurde den Polen eröffnet, aus welchen Gründen die beiden Erhängten hingerichtet worden waren. Soweit ich mich noch erinnern kann, sollen die Beiden mit einer deutschen Frau verkehrt haben und ^{hier} für zum Tod verurteilt worden seien. Ob und vor welchem Gericht eine Verhandlung stattgefunden hat, weiss ich nicht.

Es ist mir nicht bekannt, wer die Erhängung der Polen geleitet hat. Ich weiss auch nicht, ob der Beschuldigte Esser an der Tat beteiligt gewesen ist. Ich habe die Gestapolente nicht gekannt, diese kamen von Aachen, brachten die beiden Polen mit von Aachen und fuhren unmittelbar nach Beendigung der Hinrichtung wieder weg. Weitere Angaben kann ich nicht machen.

Nach Diktat genehmigt u. unterschrieben:

Der Richter:

Hickel

Der Urkundsbeamte:

Jon. Lenz
Künne

137 16
Gegenwärtig :
Landgerichtsrat Dr. Deuster
als Untersuchungsrichter,
Justizangestellte A. Damblon
als Protokollführerin.

Aachen, den 9. November 1950.

9 Js 230/48
VU 1/50.

In der Strafsache
gegen

Esser

wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit
erschien der Angeschuldigte Esser.

Nachdem dem Angeschuldigten die Verfügung über die Eröffnung
der gerichtlichen Voruntersuchung bekanntgegeben worden war
wurde er wie folgt vernommen :

z. Person : Ich heiße Richard Esser, bin geboren am 8.8.1890
in Grünberg (Schlesien). Seit 1919 bin ich mit
Maria geborene Schönbrodt verheiratet und habe 4
Kinder im Alter 30, 27, 23 und 17 Jahren. Ich
bin deutscher Staatsangehöriger und wohne in
Dannenberg (Oberbergischer Kreis Reg. Bez. Köln).
Ich bin bei der Firma Wirth und Schirp in Rodtmühlen-
bach als Wagenkontrollleur und Versandleiter tätig.
Ich werde im Stundenlohn mit 1.05 DM. bezahlt und
habe infolge vieler Überstunden ein monatliches Netto-
Einkommen von etwa 250.- DM.
Zeugnisse meiner Arbeitgeberin und des Betriebsobmannes
über meine Tätigkeit überreiche ich zu den Akten.
Bestraft bin ich bisher lediglich wegen Zugehörigkeit
zum politischen Führerkorps der ehemaligen NSDAP.
vom Spruchgericht in Bielefeld mit 3 1/2 Jahren Ge-
fängnis, die ich restlos verbüßt habe. Weitere Strafen
habe ich nicht erlitten.

Der NSDAP. habe ich seit dem Jahre 1928 angehört,
1928 bis 1929 habe ich etwa ein starkes halbes Jahr lang
vorübergehend die Ortsgruppe Düren geführt und später
vor 1933 noch einmal vorübergehend den Stützpunkt
Mariaweller bei Düren. Im Mai / Juni 1933 wurde ich
dann Ortsgruppenleiter in Mariaweller. Letzteren Posten
habe ich bis zur Räumung von Mariaweller innegehabt.
Neben dem Amt als Ortsgruppenleiter habe ich von 1940 bis
zum Zusammenbruch die Stelle als Kreisorganisationslei-
ter bei der Kreisleitung in Düren bekleidet.

Zur Sache :

Der Angeschuldigte
Der Angeklagte machte dieselben Angaben wie bei seiner Ver-
nehmung vom 27. September 1949. Daraufhin wurde ihm die damalige
Vernehmung nochmals vorgelesen, worauf der Angeschuldigte erklärte:
Die mir vorgelesene Niederschrift entspricht den Tatsachen. Ich

17

machte sie daher auch zum Gegenstande meiner heutigen Vernehmung. Ich möchte noch bemerken, dass ich am Ort der Hinrichtung zusammen mit dem damaligen stellv. Kreisleiter Logauer und einem Hans Hütten aus Düren gewesen bin. Hütten ~~ist~~^{ist} jedoch im Laufe des Krieges an der Ostfront gefallen. Logauer ist verstorben.

Logauer und ich haben den Gestapobeamten noch auf der Kreisleitung ausdrücklich gefragt, ob die beiden Polen verurteilt worden seien. Daraufhin hat uns der Gestapobeamte erklärt, die Polen seien zum Tode verurteilt worden, während Frau Kaiser mit einem Jahr Gefängnis bestraft worden sei. Ich habe daher mich zur Unterstützung des Gestapobeamten verpflichtet gefühlt, weil die Polizei als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft den Anweisungen derselben Folge zu leisten hatte und ich damals 1. Beigeordneter des Amtes Mariaweller war. Ich war zwar überzeugter Nationalsozialist, hätte mich aber niemals zu einer strafbaren Handlung bestimmen lassen. Ich war mir auch nicht bewusst, dass ich durch die Unterstützung des Gestapobeamten oder die Anwesenheit am Ort der Hinrichtung irgendetwas getan habe, was nicht erlaubt war. Wie ich schon bei meiner früheren Vernehmung gesagt habe, bin ich auch nur deshalb mit zur Hinrichtungsstätte gegangen, weil der Gestapobeamte uns ausdrücklich erklärt hatte, auf Anweisung des früheren Reichsführers der SS müssten wir an der Hinrichtung teilnehmen, wenn wir uns weigerten, hätten wir mit nachteiligen Folgen zu rechnen. Wenn ich mich trotz alledem schuldig gemacht haben sollte, so ist dies in vollständiger Unkenntnis der Sachlage geschehen. Ich möchte bemerken, dass der Staatsanwalt bei der Hauptverhandlung im Spruchgerichtsverfahren in Bielefeld bei seinem Plädoyer ausdrücklich erklärt hat, mit der Hinrichtung der Polen könne ich in keiner Weise belastet werden.

~~XXXXXXXXXX~~

Bei der Hinrichtung der Polen in Echtz war der damalige Leiter der Gestapo in Aachen anwesend. Den Namen des Gestapoleiters kann ich im Augenblick nicht angeben, da mir derselbe entfallen ist. Es handelte sich bei dem Leiter der Gestapo um einen grossen schmalen Mann mit m.W. dunkelblondem Haar. Soviel ich später gehört haben, soll derselbe im Jahre 1944 an der Ostfront gefallen sein.

v. g. u.

W. Krim *Ricard L.* *A. Krim*

Aktenzeichen 9 Js 230/48
VU 1/50

Amtsgericht Landsberg/L.
(Ermittlungsrichter)

Zeugen-Vernehmung

in der Untersuchung gegen Richard E s s e r

Gegenwärtig:

wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit

Der Amtsrichter

LGR. Graf Stenbock-Fermore

Landsb/L.

, den 21. Februar 1951

Der st. Urfundsbeamte

aufgenommen im Kriegsverbrechergefängnis
Landsberg/L., Hindenburgring 12

J. Ang. Gleich

Auf Ladung fand // sich ein //

der nachbenannte Zeuge wurde im WCP I vorgeführt.

Der Zeuge wurde von dem Gegenstande der Vernehmung
in Kenntnis gesetzt, zur Wahrheitsangabe ermahnt und vernommen,¹⁾ wie folgt:
gemäß § 57 StPO belehrt und sodann vernommen
wie folgt:

	R.M.	Rpf.
Zeugengebühren ..		
Auslagen für Zeugenladungen ..		

¹⁾ Für die Vernehmung von Sachverständigen ist Formblatt 13 entsprechend zu ändern.

²⁾ Im Falle der Beeidigung des Zeugen oder Sachverständigen sind die notwendigen Ergänzungen handschriftlich vorzunehmen.

19

Zur Person : N o s k e Gustav Adolf , 47 Jahre alt, verh. Ober-
regierungsrat, wohnhaft in Landsberg/L. , WCP I ,
Mit dem Angeschuldigten n.v.u.n.v.

Zur Sache : Ich war vom Januar - April 1941 Leiter der Stapostelle
Aachen und hatte damals die Aufgabe, die Umwandlung dieser Dienststelle
in eine Aussenstelle vorzubereiten. Der Vorfall, der den Gegenstand
des Verfahrens gegen Esser bildet, ist mir unbekannt. Während meiner
Zeit in Aachen ist in dem dortigen Bereich eine solche Exekution
nicht vorgenommen worden. Es ist mir aber bekannt, daß Erhängungen
von Personen, die unter das Sonderstrafrecht für die Ostvölker
fielen, dann durchgeführt wurden, wenn es von den örtlichen Stellen
aus Abschreckungsgründen besonders beantragt war. Die Entscheidung
lag zu jener Zeit ausnahmslos beim RSHA. und zwar beim Reichsführer
SS selbst. Mit der Durchführung wurden vom RSHA. die örtlichen Sta-
podienststellen beauftragt. Ein Gerichtsverfahren fand nicht statt.
Auch nicht etwa ein Verfahren vor den SS- u. Polizeigerichten. Die
Anordnung erfolgte vielmehr lediglich auf dem Verwaltungswege.

Mir ist keine Bestimmung darüber bekannt, wer von den ört-
lichen Dienststellen der Partei oder Komunalverwaltung an solchen
Exekutionen teilzunehmen hatte. Soviel ich weiß bestand eine der-
artige Bestimmung nicht. Es bestand überhaupt nicht etwa ein Be-
fehlsverhältnis seitens der Stapo gegenüber der Partei oder son-
stigen Behörden.

Zu meiner Zeit und soviel ich weiß auch noch darnach
unter meinem Nachfolger Regierungsrat Trautmann war in Aachen
Leiter der Abtg. II , die für derartige Dinge zuständig war, der
Kriminalrat Schwitzgebel, während Kriminalrat Dirks zu dieser
Zeit Leiter der Abwehrabteilung war.

Nach Diktat genehmigt u. u.

Gustav Adolf Noske

[Signature]
LGR.

[Signature]
J. Ang.

Der Öffentliche Ankläger
bei dem Spruchgericht
Hiddesen.

Hiddesen, den 7. August 1947

- 2 Sp.Is. 363/47 -

Gegenwärtig:

Staatsanwalt Dr. A u b e r t ;
als Verhandlungsführer,

Justizangestellter K ö s t e r ,
als Protokollführer.

Es erscheint der Internierte Richard E s s e r ,
geb. 8.8.1890 in Grünberg i. Schles., zuletzt wohnhaft in
Dannenberg 30 b Oberbergischer Kreis und erklärt, mit dem
Gegenstand der Vernehmung bekannt gemacht, folgendes:

a) Z.F.:

Hinsichtlich der persönlichen Verhältnisse
nehme ich auf den Fragebogen und auf meinen Lebenslauf Bezug,
den ich hierdurch zu den Akten überreiche. Als ich 1939 das
Amt des Kreisorganisationsleiters - und zwar zunächst als
Hilfskraft - übernommen habe, bin ich aus meinem Arbeits-
verhältnis bei der Firma Heimbach in Düren ausgeschieden.
Am Parteiauszeichnungen habe ich die Dienstausszeichnung für
10 und 15jährige Parteidienstzeit besessen.

b) Z.S.:

Ich bin 1928 der Partei mit Rücksicht auf die
sich immer mehr verschlechternde wirtschaftliche Lage beige-
treten. Ich übernahm zugleich die Geschäfte des Orts. von Dü-
ren, die ich bis zum 31.5.1929 geführt habe. Vom 1.6.1929
bis 31.5.1933 war ich Stützpunktleiter in Mariaweller. Am 1.
6.1933 wurde der Stützpunkt in eine Ortsgruppe umgewandelt
und ich übernahm das Amt eines Orts. das ich bis zum 16.
November 1944 inne gehabt habe. Außerdem war ich von April
1940 bis März 1945 Kreisorganisationsleiter bei der Kreis-
leitung in Düren. Von Mai 1933 bis 1939 habe ich weiterhin
das Amt eines Betriebsobmanns bei der Firma Heimbach be-
kleidet und war von 1934 bis zum 16. November 1944 erster
Beigeordneter und stellv. Standesbeamter von Mariaweller.

Die verbrecherischen Handlungen, die dem Korps
der Politischen Leiter im Nürnberger Urteil zur Last gelegt
werden, sind mir bekannt. Ich äußere mich zu den einzelnen
Vorwürfen wie folgt:

1. Fremdarbeiterprogramm:

In meinem Ortsgruppenbereich befanden sich in der Landwirtschaft Polen, die zunächst Kriegsgefangene gewesen waren, und in der Industrie Franzosen und Ostarbeiterinnen. Die Polen und Ostarbeiter mußten ein besonderes Kennzeichen tragen und es bestand die Anordnung, daß sie mit ihren Arbeitgeberern nicht an einem Tisch zusammen essen durften. Diese Bestimmung ist allerdings, soviel ich weiss, kaum beachtet worden.

Die Fremdarbeiter mußten Abends zu einem bestimmten Zeitpunkt in ihren Quartieren sein. Um dies sicher zu stellen, bekam 1943 die Partei den Auftrag, Streifen zu bilden, die nach Eintritt der Sperrstunde auf der Strasse ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~ dafür Sorge zu tragen hatten, daß keine Fremdarbeiter sich mehr außerhalb ihrer Quartiere ~~-----~~ aufhielten.

Eines Tages, es mag im Jahre 1943 gewesen sein, erschienen auf der Kreisleitung in Düren 2 Beamte der Gestapo aus Aachen und teilten dem Kreisleiter mit, daß am nächsten Tage in Echtz, das zu meiner Ortsgruppe gehörte, 2 Polen, die mit deuts. Frauen Geschlechtsverkehr gehabt hatten, gehängt würden. Der Kreisleiter und ich als zuständiger OGL wurden aufgefordert, an dieser Exekution teilzunehmen. Wir wollten beide nicht hingehen, doch erklärten die Polizeibeamten, daß es sich um einen Befehl Himmler's handle. Ich bin daraufhin zusammen mit dem Kreisleiter und einigen anderen Personen Zeuge der Hinrichtung, die auf einer Wiese am Ortseingang von Echtz stattgefunden hat, gewesen. Die Hinrichtung war nicht öffentlich, vielmehr war das Gebiet durch Gendarmerie abgesperrt.

Ich habe mit der Verhaftung der beiden Polen nichts zu tun gehabt und von dem ganzen Vorgang erst erfahren, als die Beamten der Gestapo auf der Kreisleitung erschienen und uns Mitteilung von dem Hinrichtungstermin machten. Ich bleibe bei dieser Aussage, auch nachdem mir vorgehalten ~~xxx~~ daß ich bei der Vernehmung durch englische Dienststelle am 5.10.1945 meine Beteiligung an der Verhaftung der beiden Fremdarbeiter zugegeben haben soll. Die Angaben des englischen Sergeanten müssen insoweit auf einen Irrtum beruhen. Wie ich s.Zt. gehört habe, soll die Anzeige durch einen kriegsgefangenen Franzosen erfolgt sein.

Bei der Frau, mit denen die Polen Geschlechtsverkehr gehabt hatten, handelte es sich um eine Frau Matthias Kaiser aus Echtz, die ebenfalls verhaftet worden ist. Auch mit dieser Verhaftung habe ich nicht das geringste zu tun gehabt. Der Ehemann ~~xxx~~ der Frau Kaiser hat mich auch nicht aufgefordert im Zusammenhang mit der Verhaftung seiner Frau ~~xxx~~ einzugreifen.

Ich habe stets angenommen, daß die Fremdarbeiter freiwillig nach Deutschland gekommen sind. Soweit ich mich hierüber mit einzelnen Fremdarbeitern unterhalten habe, ist mir stets versichert worden, daß sie ohne Zwang nach Deutschland gekommen sind.

2. Konzentrationslager:

An Konzentrationslagern war mir nur Dachau dem Namen nach bekannt. Ich wußte, daß dort politische Häftlinge untergebracht waren, doch habe ~~nie~~ etwas über die Zustände in diesem Lager erfahren. Im Herbst 1944, nach dem Attentat auf Hitler, wurde ~~Lox~~ vom Bürgermeisteramt als OGL darüber unterrichtet, daß einige ehemalige Gemeinderatsmitglieder der SPD und des Zentrums verhaftet werden sollten. Die Verhaftung ist dann kurz darauf durch die Polizei durchgeführt worden. Es handelte sich nach meiner Erinnerung um folgende Personen: Halmanns, Lennartz, Henn und Gasper.

22

- 2 -

In die Ereignisse des 20. Juli waren die Genannten nicht verwickelt. Sie sind wohl nur aus Sicherheitsgründen verhaftet worden. Ich habe mich später für die Verhafteten eingesetzt und Balmanns und Lennartz sind auch noch vor der Kapitulation, ich glaube bereits im November 1944, freigelassen worden. Was aus den Anderen geworden ist, weiss ich nicht.

3. Judenverfolgungen:

Über die Einstellung der Partei zur Judenfrage, wie sie im Parteiprogramm und den Münchberger Gesetzen zum Ausdruck gekommen ist, war ich unterrichtet. Bekannt war mir auch, daß die Juden aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben ausgeschlossen werden sollten. Einen Stürmerkasten hatten wir in der Ortsgruppe nicht. Ich selbst habe den "Stürmer" auch nicht gehalten, nur ab und zu einmal einen Blick hinein geworfen.

Bei den Demonstrationen gegen die Juden im November 1938 fanden bei uns in Mariaweller keinerlei Ausschreitungen statt, weil wir nur eine Jüdin im Ort hatten. In Düren ist die Synagoge in Brand gesteckt worden, doch habe ich niemals erfahren, wer daran beteiligt gewesen ist. Ich habe mich für diese Frage auch nicht interessiert und insbesondere mich auch nicht auf der Kreisleitung in dieser Richtung erkundigt.

Im Kriege ist die gesamte jüdische Bevölkerung des Kreisgebietes in der Gerstenmühle in Düren zusammen gezogen worden, um Wohnraum für die Fliegergeschädigten freizubekommen. Die Mühle ist zu diesem Zweck renoviert worden. Nach einiger Zeit sind die Juden aus Düren fortgeschafft worden. Wohin sie gekommen sind, weiss ich nicht. Gesprächsweise habe ich gehört, daß man sie nach Köln geschafft hat.

Von einer Deportation der Juden nach dem Osten und ihrer Ausrottung in Vernichtungslagern in Polen und Ausland ist mir nie etwas bekannt geworden. Die Information "Endlösung der europäischen Judenfrage" ist mir vorgehalten worden. Ich habe sie weder in meiner Eigenschaft als OGL., noch als Kreisorganisationsleiter erhalten.

Daß die Juden einen Davidstern tragen mußten, war mir bekannt.

4. Kriegsgefangene:

Die an die Kreisleitungen ergangenen Erlasse der Parteikanzlei über die Behandlung der Kriegsgefangenen sind mir vorgehalten worden. Ich habe von all diesen Anordnungen als Kreisorganisationsleiter keinerlei Kenntnis erhalten. Mir sind auch sonst keine Verfügungen bekannt geworden, aus denen ich auf eine völkerrechtswidrige Behandlung der Kriegsgefangenen hätte schließen können.

5. Germanisierungsbestrebungen:

Von einer Unterdrückung der Bevölkerung der besetzten Gebiete und einer Ausplünderung dieser Länder ist mir nie etwas zu Ohren gekommen. Ich bleibe dabei, auch wenn mir vorgehalten wird, daß die holländische und belgische Grenze von meiner Ortsgruppe nur 40 Km entfernt war.

23

6. Lynchjustiz an feindlichen Fliegern:

Der Aufsatz von Gubbels im VB von Ende Mai 1944 "Ein Wort zum feindlichen Luftterror" ist mir nicht bekannt geworden. Ich habe von den darin enthaltenen Gedankengängen auch nicht durch den Rundfunk oder andere Veröffentlichungen der Presse etwas erfahren. Das Rundschreiben des Leiters der Parteikanzlei vom 30.5.1944 betr. "Volksjustiz gegen anglo-amerikanische Mörder" ist mir vorgehalten worden. Auch von diesem Rundschreiben habe ich, trotzdem es nach dem Verteiler den Kreisleitungen zugegangen ist, keine Kenntnis erhalten.

v.

z.

u.

Richard L.

Geschlossen:

Witz

H. Imhof

Der öffentliche Ankläger
bei dem Sp. u. Sch. 1. Inst.
HIDDESEN
- 2 Sp. Is. 363/47 -

(21a) Hiddesen bei Deimold, den 9. 7. 1947

An die
Polizeiverwaltung

Mariaweiler / Rheinland

In Ergänzung des Ermittlungsversuchens vom 17.5. betr. den ehemaligen Ortsgruppenleiter Richard Esser, geb. 8.8.90, wird noch auf folgendes hingewiesen:

- a) Im Jahre 1943 sollen in Echtz zwei Polen gehängt worden sein. An der Exekution hat Esser teilgenommen. Nach den bisherigen Feststellungen hat Esser bei der Verhaftung der Polen mitgewirkt. Als Zeugen wird eine Frau Matth. Kayser genannt, die mit den Polen Geschlechtsverkehr gehabt haben und deshalb ebenfalls verhaftet worden sein soll.
- b) Im Herbst 1944 sind aus dem Ortsgruppenbereich des Esser 3 Personen aus politischen Gründen verhaftet worden: Lennatz aus Hoven, Halmanns aus Derichweiler und Jacob Henn aus Mariaweiler. Es besteht der Verdacht, dass Esser auch bei der Verhaftung dieser Personen seine Hand im Spiele gehabt hat.

Die Ermittlungen gegen Esser haben sich auf die vorstehend aufgeführten Punkte zu erstrecken. Frau Kayser und die unter b) genannten Personen sind als Zeugen zu hören. Können die im Herbst 1944 Verhafteten noch das Aktenzeichen ihres Verfahrens angeben? Wo haben sie eingesessen?

Auf

Auf Grund einer Festnahme durch die Gestapo oder eines Haftbefehls
eines Gerichts?



gez. Dr. A u b e r t
(Staatsanwalt)
Beglaubigt:

Just. - Angestellter

Abschrift von Abschrift

Der Amtsbürgermeister
von Merken und Echtz

Mariaweiler, den 14. 8. 45

K l a g e

gegen den ehemaligen Ortsgruppenleiter der NSDAP
Richard Esser, 54 Jahre alt, von Beruf Weberreitechniker,
bis zur Evakuierung im November 1944 wohnhaft in Mariaweiler,
Kreis Düren, z.Zt. in Gummersbach (Gefängnis).

Im Jahre 1941 wurden zwischen Echtz und Hoven (Krs. Düren) zwei
polnische Kriegsgefangene auf Anordnung der Gestapo erhängt, weil sie
in Beziehungen zu einer deutschen Frau getreten waren. Es steht fest,
dass die Ermordung auf Betreiben des Ortsgruppenleiters Esser hin er-
folgt ist. Er wird vom hiesigen Volk für diese Schandtat verantwortlich
gemacht, als Kriegsverbrecher angesehen, und ist dementsprechend zu
bestrafen.

Zeugen des Vorgangs sind die Polen:

Anton Jablecki, geb. 4.1.1914 in Goskowiecki, Krs. Petriekau
seit 1940 bei Geschw. Feucht in Derichsweiler

Ceslaw Jimmy, geb. 20.9.1914 in Genia, Krs. Kalisch
seit 1940 bei Geschw. Feucht, Derichsweiler

Vincens Gordenick, geb. 11.3.1907 in Wilna
seit 1940 bei Mich. Braun, Derichsweiler

Johann Kosa, geb. 25.11.05 in Tratzik, Krs. Charnikau
seit 1940 auf Getzerhof, Dr. Decker, Mariaweiler

Weiter ist bekannt, dass Esser öfters Polen mishandelt hat. So ist
er eines Nachts in betrunkenem Zustand im Beisein des ehemaligen Zellen-
leiters Math. Reimisch aus Mariaweiler, des Zellenleiters Munds aus Hoven
und seines Sohnes Kurt in die Wohnung dreier bei Kaspar Lothmann, Gut
Nazareth, Mariaweiler untergebrachten Polen eingedrungen und hat diese
blutig geschlagen. Auch die Begleiter Essers sollen sich an der
Misshandlung beteiligt haben.

Ausserdem wurden am 25.8. und 4.9.1944 sechs Einwohner des Amtes Merken,
und zwar

Plum, Peter	Merken
Lennartz, Josef	Hoven
Henn, Jakob	Mariaweiler
Gasper, Hubert,	Derichsweiler
Simmeler, Christoph	Derichsweiler
Hallmanns, Hermann	Derichsweiler

auf Betreiben Essers ins Konzentrationslager gebracht, von denen
bisher drei Personen noch nicht zurückgekehrt sind, und über deren
Verbleib nicht das Geringste bekannt ist.

Als die Frau des Herm. Hallmanns und die Tochter des Ch. Simmeler
bei Esser um ein Gesuch auf Freilassung ihres Mannes bzw. Vaters vor-
stellig wurden, sind sie von Esser mit der Pistole bedroht worden.

Nachstehend die Unterschriften
der Zeugen:

gez. Simmeler Chr.
Hallmanns Herm.
Ceslaw Jimmy
Anton Jablecki
Vincens Gordenick
Johann Kosa

gez. Gottfried



richtigkeit der Abschrift:

Mariaweiler, den 30. Mai 1947

Mariaweiler, den 8.6.1947.

V e r n e h m u n g .

Vorgeladen erscheint der am 12.4.1895 in Birgel geborene, in Mariaweiler, Aldenhovenerstrasse Nr.31 wohnhafte Reichsdeutsche, Schmied und Schlosser, Jakob C o l l i p und erklärt folgendes:
Ich bin darauf hingewiesen worden, dass meine Aussagen auch vor Gericht für oder gegen mich verwandt werden können. Ich mache sie freiwillig und ohne Zwang.

Es war im Jahre 1941, am Vortage der Hinrichtung zweier polnischen Kriegsgefangener, ich verbessere mich, zwei Tage vor der Hinrichtung, ich war gerade beim Wasserleitungsbau, bei Pütz in Hoven beschäftigt, als der frühere Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe "Mariaweiler, Richard E s s e r mit zwei Herren auf meiner Baustelle erschien. "Es-ser sagte zu mir: "Du mußt mal mitfahren wir haben etwas anzufertigen." Ich bin mit den Dreien nach Mariaweiler in meine Wohnung gefahren. Der kleinere der zwei Herrn, ich wußte nicht wer sie waren, ich war der Annahme es seien Architekten, zog ein Stück Papier hervor und zeichnete auf diesem eine Seilrolle, mit Haken ~~sowie~~ zum aufhängen der Rolle. Ich war der Meinung es handele sich um einen Aufzug, welcher zum Herausziehen von Blindgänger benutzt würde. Ich hatte bereits einen Bombenblindgänger auf diese Art aus der Erde gezogen. Ich fragte deshalb, wieviel Zugkraft der Seilzug haben müßte. Man gab mir zur Antwort: "10 bis 12 Zentner." Ich sagte: "Das Zeug hat jeder ~~Unternehmer~~ Bauunternehmer." Wir fuhren dann zu der Baufirma Werner H o r s t in Hoven. Ich suchte dann auf dem Lager von Horst die gewünschten Rollen und Ketten. Da mir erklärt wurde, die Ketten seien zu kurz, sagte ich: "Dann machen wir aus zwei Ketten eine." Weiter sagte der kleinere der Herren: "Das Zeug muß morgen ~~fertig~~ am Mittag fertig sein, dann wird dies abgeholt." Ich bin dann wieder zu meiner Baustelle hingegangen und habe dort meine Arbeit fertig gemacht. ~~Am~~ Bei meiner Rückfahrt nach Mariaweiler habe ich dann die Rollen und Ketten mit in meine Werkstatt genommen. Dort habe ich aus zwei Ketten eine gemacht und legte diese mit den Rollen an mein Hoftor zum abholen. Kurz nach Mittag des anderen Tages, wurde ich vom Wasserwerk in Mariaweiler, wo ich gerade arbeitete, weggerufen mit dem Bemerken, der Ortsgruppenleiter sei in ~~meiner~~ meiner Werkstatt und ich möchte sofort kommen. Als ich zu meiner Werkstatt kam, stand vor derselben ein PKW mit einem "Polizei" Kennzeichen. In der Werkstatt selber war der Ortsgruppenleiter E s s e r und die beiden Herrn vom Vortage. Der kleinere der Herrn sagte zu mir: "Wir haben das Zeug schon aufgeladen so war es richtig." Esser sagte nun zu mir: "Wir müssen mal ins Zimmer gehen." Im Zimmer angekommen sagte Esser zu mir: "Sind wir hier ganz allein." Ich sagte: "Ist das so schlimm geht es denn hier um eine Kuh. Meine Frau ist noch in der Backstube." Esser sagte darauf: "Dann schicken sie die weg." Ich sagte dann zu meiner Frau: "Gehe mal einen Augenblick in den Garten." Nachdem meine Frau nun aus dem Hause war, erklärte Esser mir folgendes: "~~Die Sachen die wir jetzt aufgeladen haben,~~ Ich muß dich jetzt vereidigen. Die Sachen die wir jetzt aufgeladen haben, werden morgen früh benötigt um zwei Polen aufzuhängen. Du fährst jetzt mit nach Echtz und baust dort vor der Wirtschaft Olef den Galgen auf." Ich war wie vom Schläge gerührt als Esser mir dieses sagte. Das ging ~~doch~~ doch gegen meine Natur. Ich war selber zwei Jahre in Gefangenschaft (in Russland 1916 bis 1918) gewesen und ich kannte auch das Verhältnis der Frau Kaiser aus Echtz mit den Polen. Vom menschlichen Standpunkt aus mußte ich diese Sache ablehnen. Ich erklärte dann Esser: "Ich kann das nicht, ich bin so etwas nicht geboren. Ich würde mich schämen nochmal durch Echtz zu fahren." Esser sagte darauf: "Laut Führerbefehl gibt es

es nur ein Ausführen." Nachdem Esser dies gesagt hatte, ich hatte im Laufe der Unterhaltung festgestellt, dass es sich bei den zwei anderen um "Gestapoleute" handelte, sagte der kleinere derselben zu Esser: "Wenn Coll das nicht freiwillig macht, dann braucht er das nicht zu machen, dann müssen wir sehen, das wir einen Anderen finden." Esser sagte dann in ziemlich barschen Tone zu mir: "Du bist ein Feigling, das werde ich dir nie vergessen." Ich nehme an, das Esser sich späterhin eines anderen beonnen hat. Er hat sich mir gegenüber nie mehr etwas anmerken lassen. Vor dem Weggange der Dreien wurde mir von einem der "Gestapoleute" gesagt: "Das vorhin gesprochene dürfte ich niemand weiter erzählen." Nachdem ~~er~~ Esser mit den "Gestapoleuten" weg war, war meine Arbeitslust vorbei. Ich habe sofort meine Wohnung verlassen und habe mich im Ort herumgedrückt bis zum Abend. Am Abend bin ich nach Echtz und Geich gefahren und habe Umschau gehalten, ob der Galgen vor der Wirtschaft Olef in Echtz aufgebaut war. Das war jedoch nicht der Fall. In Geich fragte ich meinen Schwager, ob nichts Neues vorläge. Er erklärte mir, dass die Polen morgen alle nach Echtz müsten. Ich sagte ihm: "Wenn du schweigen kannst, sage ich dir das Neueste. Die Polen gehen morgen nach Echtz um der Hinrichtung zweier Polen, welche mit der Frau Kaiser verkehrt haben sollen, beizuwohnen." Ich sprach anschließend mit einigen Polen in Geich. Dieselben sagten zu mir: "Morgen wird für die Polen der Urlaub in Echtz geregelt, die verheirateten fahren zuerst in Urlaub." Den Polen habe ich nichts über den Grund, warum sie nach Echtz müsten gesagt. Ich dachte nur bei mir, so ist das Los der Kriegsgefangenen. Am anderen Morgen gegen 5 Uhr marschierten die polnischen Kriegsgefangenen vor dem Bürgermeisteramt in Mariaweiler ^{aus}. Es waren ca 100 bis 200. Von einem Fenster meiner Wohnung konnte ich feststellen, dass diese alle freudestrahlend nach Echtz gingen. Zwischen 7 und 8 Uhr kam dann ein Teil der Polen von Echtz wieder nach Mariaweiler zurück. Fast Alle machten einen verstörten Eindruck. Meine Angaben sind Wahr.

G W O

V G U

(Collip)

(Dolff)
Pol.-Wm.

Jakob Collip

Das Spruchgericht

XII. Spruchkammer

Urteil

Az. 9 Sp. Ls. Nr. 46/48

Im Namen des Rechts!

In dem Spruchgerichtsverfahren

gegen

den ~~Zivilinhabenten~~ ehemaligen Ortsgruppenleiter
und Kreishauptamtsleiter Richard Esser
geboren am 8. August 1890 in Grünberg/Schlesien
Beruf: Dessinateur und Webereileiter, wohnhaft
~~geboren am~~ in Dannenberg Nr. 30, Ober-
bergischer Kreis, ggl., verh., nicht vorbestraft

hat die XII. Spruchkammer des Spruchgerichts Bielefeld in der Sitzung

vom 9. Februar 1949,

an welcher teilgenommen haben:

~~Gerichtsdirektor~~ Landgerichtsrat von der Linde
als Vorsitzender,

Schöffe Schneidermeister Heinrich Kaiser

Schöffe Studienrat Günter Heise
als Beisitzer,

~~Erster~~ Staatsanwalt Heubach
als öffentlicher Ankläger,

Justizangestellter Schröder
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Zugehörigkeit zum
politischen Führerkorps gemäss Art. II 1 d des Kontroll-
ratgesetzes Nr. 10 in Verbindung mit dem Nürnberger
Urteil und der Militärregierungs-Verordnung Nr. 69
zu einer Gefängnisstrafe von

3 Jahren und 6 Monaten

und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Die Strafe ist in Höhe von 2 Jahren und 6 Monaten
der erlittenen Internierungshaft verbüsst.

Gründe:

Der am 8.8.1890 in Grünberg i/Schlesien als Sohn eines Kaufmanns geborene Angeklagte erlernte nach Besuch des Realgymnasiums bis einschliesslich Untersekunda die Tuchfabrikation, Appretur und Spinnerei. Anschliessend ging er auf die höhere Weberschule. Nach Beendigung dieser Ausbildung erhielt er bei einer Aachener Tuchfirma Anstellung als Dessinateur. Nachdem er am ersten Weltkrieg teilgenommen hatte und verwundet worden war, trat er im August 1918 als Weberleiter bei der Firma Th.C. Heimbach GmbH. in Düren ein, wo er bis 1939 verblieb.

Der NSDAP trat der Angeklagte am 1.11.1928 bei und übernahm gleichzeitig die Geschäfte des Ortsgruppenleiters in Düren. 1929 wurde er Stützpunktleiter in Mariaweyer bei Düren und nach Erhebung dieses Stützpunktes zur Ortsgruppe 1933 Ortsgruppenleiter daselbst. Dieses Amt behielt er bis zur Zerstörung Dürens am 16.11.1944. Ausserdem war er Kreisorganisationsleiter bei der Kreisleitung in Düren von April 1940 bis März 1945. Von 1934 bis 1944 war er erster Beigeordneter und stellvertr. Standesbeamter in Mariaweyer. Die Ortsgruppe des Angeklagten, die aus verschiedenen Ortschaften bestand, umfasste etwa 9000 Einwohner und 600 Parteigenossen.

Der Angeklagte, der vom 6.8.1945 bis zum 15.7.1948 in Internierungshaft sich befunden hat, ist verheiratet und hat 4 Kinder, von denen 3 bereits volljährig sind. Zur Zeit ist er Hilfsarbeiter in einer Fabrik in Mullenbach bei Gummersbach und verdient monatlich 180 DM netto. Er wohnt mit seiner Familie in Dannenberg (Oberbergischer Kreis).

Als Ortsgruppenleiter und Kreisorganisationsleiter hat der Angeklagte dem politischen Führerkorps angehört. Ihm wird zur Last gelegt, nach dem 1.9.39 Mitglied des politischen Führerkorps geblieben zu sein, obwohl er wusste, dass diese Organisation für Handlungen verwendet wurde, die gemäss Art. VI des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofs für verbrecherisch erklärt worden sind.

Der Angeklagte ist hinsichtlich der ihm vorgeworfenen schädlichen Kenntnis in vollem $\%$ Umfang geständig.

Bezüglich der Tatgruppe der Judenverfolgung kannte er die jüdenfeindliche Einstellung der Partei und ihrer Gliederungen, die Nürnberger Gesetze, die vielfachen wirtschaftlichen und beruflichen Beschränkungen, denen die Juden unterworfen waren,

12/31

und die mit der Arierisierung der jüdischen Geschäfte ihren Höhepunkt erreichten, und endlich auch die Novemberausschreitungen des Jahres 1938. (Nach der glaubhaften Bekundung des Zeugen Hallmanns, die mit den verlesenen Aussagen der Zeugen Karnolt und Lothmann übereinstimmt, hatte der Angeklagte im November 1938 einen Teil der Belegschaftsmitglieder der Tuchfabrik Heimbach in Düren, in der er selbst Betriebsobmann war, aufgefordert, in die umliegenden Ortschaften zu fahren und dort sämtliche Judengeschäfte zu zerstören und gegebenenfalls die sich zur Wehr setzenden Juden tot zu schlagen. Der Angeklagte bestreitet zwar die Richtigkeit dieser Zeugenaussagen, er ist jedoch durch die Beweisaufnahme überführt.) Während des Krieges erlebte er die Einführung des Judensterns. Er hatte selbst Juden mit diesem Kennzeichen gesehen und war sich auch darüber klar, dass sie damit vor der Öffentlichkeit herabgewürdigt werden sollten. Später hörte er davon, dass Juden zu Zwangsarbeiten herangezogen und nach dem Osten deportiert wurden. Er will allerdings nicht erfahren haben, welches Schicksal die Juden im Osten erlitten haben. Er war angeblich des Glaubens, dass die Juden dort zur Arbeit eingesetzt werden sollten. Dass Juden um ihrer Rasse willen in KZ-Lager eingewiesen worden sind, leugnet er, gewusst zu haben. Der Angeklagte war sich bewusst, dass alle diese Judenverfolgungsmassnahmen Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellten. Er war auch darüber im Bilde, dass es die Aufgabe der politischen Leiter war, die einzelnen von der Regierung bzw. von der Partei veranlassten Judenaktionen dem Volk schmackhaft zu machen und für ihre angebliche Notwendigkeit im Volke Verständnis zu wecken, und gegebenenfalls, wenn es sich dagegen auflehnen sollte, gegen das Volk eingesetzt zu werden. Diese ihn belastende Kenntnis von der Verwendung des politischen Führerkorps bei der Judenverfolgung gibt der Angeklagte unumwunden zu. Wenn er es aber jetzt so darstellt, als sei er selbst den Juden gegenüber keineswegs aggressiv aufgetreten, so steht dem abgesehen von den oben genannten Zeugenaussagen auch die Tatsache entgegen, dass er bereits im Jahre 1936 zum Boykott eines jüdischen Geschäfts aufgefordert hat, wie sich dies aus dem überreichten Schreiben des Landrats in Düren vom 25.5.36 an die Kreisleitung ergibt.

Der Angeklagte wusste, dass es verschiedene KZ-Lager gab. Dem Namen nach bekannt war ihm Dachau. Er behauptet, über die Zustände in den Lagern nichts erfahren zu haben, wenngleich er sich denken konnte, dass die Behandlung der Häftlinge dort keinesfalls gut war. Ihm war durchaus geläufig, dass die sog. politischen

Häftlinge sich gegen Strafgesetze nicht vergangen zu haben brauchten, dass es vielmehr für eine Einweisung in die KZ-Lager genügte, wenn man in irgendeiner Weise, und sei es auch nur durch eine verfüngliche Ausserung, seine gegnerische Einstellung zum Nazisystem kundgetan hatte. Der Angeklagte wusste, dass in vielen, ja sogar in den meisten Fällen die Einweisung ohne ordentliches Gerichtsverfahren willkürlich auf Grund eines Schutzhaftbefehls der Gestapo erfolgte. Dass den Betroffenen damit ein schweres Unrecht geschah, und dass die deutsche Bevölkerung durch solche Methoden terrorisiert wurde, weil jeder aus Furcht vor der Einlieferung in ein KZ-Lager sich hütete, frei seine Meinung zu äussern, war auch dem Angeklagten nicht entgangen. Er war sich darüber klar, dass es sich hier um Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelte. Die Aufgabe des politischen Führerkorps bestand, wie er wusste, darin, alle politisch Unzuverlässigen und Andersdenkenden zu überwachen und sie erforderlichenfalls an die zuständigen Organe, vor allem an die Gestapo, auszuliefern. Dem Angeklagten war bekannt, dass die Weitergabe einer Denunziation an den Kreisleiter für den Betroffenen in den allermeisten Fällen die Einlieferung in ein KZ-Lager bedeutete. Der Angeklagte hatte somit, wie er ohne weiteres zugibt, Kenntnis von der Verwendung des politischen Führerkorps bei der Verfolgung politischer Gegner.

Dass er selbst Einwohner seines Ortsgruppenbereichs der Gestapo überantwortet und damit ihre Einlieferung in KZ-Lager veranlasst hat, bestreitet er. Er ist jedoch insoweit überführt durch die glaubhaften Bekundungen der Zeugen Gasper und Hallmanns, die ihn bezichtigen, in seiner Ortsgruppe einen erheblichen Terror ausgeübt zu haben, indem er wiederholt ihnen und anderen politisch Andersdenkenden mit dem Konzentrationslager gedroht und ihre wiederholte Verhaftung auch durchgesetzt hat. Dem Zeugen Hallmanns, einem früheren SPD-Funktionär, hatte der Angeklagte erklärt: "Wenn Sie sich nicht ändern, lasse ich Sie mit Ihrer Familie vor die Hunde gehen!" Bei der Verhaftungswelle nach dem 20. Juli 1944 wurden ausser den Zeugen Hallmanns und Gasper auch die Ortsgruppeneingesessenen Simmler, Lennartz, Hann und Flum festgenommen und teils in KZ-Lager, teils in Strafanstalten eingeliefert, wo mehrere bis Kriegsende festgehalten wurden, und aus denen 2 von ihnen

überhaupt nicht mehr zurückgekehrt sind. Es ist zwar richtig, dass diese Verhaftungen von der Gestapo aus gingen. Die Unterlagen für die Verhaftung dieser Leute waren aber vorher von dem Angeklagten der Gestapo zur Verfügung gestellt worden. Die Partei, bzw. der jeweilige Ortsgruppenleiter, hatte ferner die Möglichkeit, von der Gestapo die Freilassung der damals Verhafteten zu erwirken, vorausgesetzt dass der jeweilige Ortsgruppenleiter guten Willens war. Dies war dem Zeugen Peter Henn von der Gestapo in Düren ausdrücklich bestätigt worden. Der Angeklagte war jedoch hartherzig. Als die Ehefrauen Hallmanns und Simmler den Angeklagten baten, sich für ihre verhafteten Ehemänner bei der Gestapo zu verwenden, lehnte der Angeklagte dies in brüsker Weise ab.

Der Angeklagte gibt schliesslich auch seine Kenntnis von der unmenschlichen Behandlung der Fremdarbeiter und der Beteiligung der politischen Leiter hieran zu. Er wusste, dass die Fremdarbeiter wegen geringfügiger Verstösse gegen die Arbeitsdisziplin mit drakonischen Strafen belegt wurden, dass sie gegebenenfalls in Arbeitserziehungslager kamen, und dass Polen, die mit deutschen Frauen verbotenen Geschlechtsverkehr gehabt hatten, aufgehängt wurden. Dem Angeklagten war bekannt, dass die Überwachung der Fremdarbeiter ebenfalls zu dem Aufgabengebiet des politischen Führerkorps gehörte, und dass die politischen Leiter Verfehlungen der Fremdarbeiter, die sie erfuhren, der Gestapo zur Bestrafung zu melden hatten. Der Angeklagte selbst hatte nach Aussage des früheren Bürgermeisters Karnolt und der Amtsekretäre Steffens und Müller wegen Geringfügigkeiten (z.B. Überschreitung der Ausgangszeit) Anzeigen gegen Fremdarbeiter erstattet und derartig übersetzte Geldstrafen beantragt, dass der Bürgermeister in vielen Fällen die Strafen herabsetzte oder später ganz erliess, was zu Auseinandersetzungen mit dem Angeklagten führte. Bei Begräbnissen von Fremdarbeitern beschränkte der Angeklagte die Zahl der Teilnehmer willkürlich und verbot kirchliche Beisetzungsfeierlichkeiten. Er hatte auch teilgenommen an der Erhängung von 2 Polen wegen verbotenen Geschlechtsverkehrs mit einer deutschen Frau. Diese Exekution fand 1941 in Racht (Krs. Düren) statt. Es ist nicht erwiesen, dass der Angeklagte das Aufhängen der beiden Polen veranlasst hat. Die Hinrichtung ist auf Betreiben der Gestapo erfolgt, nachdem eine entsprechende Anzeige seitens des Leiters des Arbeitsamtes eingegangen war.

34

Offenbar hat der Angeklagte mit der Anzeige nichts zu tun gehabt. Die deutsche Frau, mit der die Polen verkehrt hatten, hatte nach der Bekundung des Zeugen Venhaus durch ihre fortgesetzten Eingaben beim Arbeitsamt wider ihren Willen selbst den Verdacht auf die Polen gelenkt, sodass schliesslich das Arbeitsamt sich genötigt sah, Anzeige zu erstatten. Es steht auch fest, dass nicht der Angeklagte, sondern der Gendarmeriehauptmann Pfeiffer in Düren die Anordnung getroffen hat, die in Echts und Mariawell beschäftigten polnischen Arbeiter als Zeugen der Hinrichtung hinzuzuziehen. Der Angeklagte hat zweifellos aber das Aufhängen der beiden Polen gebilligt. Denn er hätte es sonst abgelehnt, durch seine Anwesenheit bei der Exekution dem Schauspiel ein offizielles Gepräge zu geben. Als der Zeuge Collip am Tage vor der Hinrichtung der beiden Polen von der Gestapo im Beisein des Angeklagten den Auftrag erhalten hatte, die Seilrolle und Ketten für den zu errichtenden Galgen zu liefern, und Collip sich weigerte, den Galgen aufzurichten, drohte ihm der Angeklagte mit den Worten: "Du bist ein Feigling, das werde ich Dir nie vergessen." Auch dies lässt allzu deutlich die innere Einstellung des Angeklagten gegenüber der Exekution erkennen. Der Angeklagte hatte sich endlich auch nicht gescheut, im Jahre 1944 durch einen Faustschlag ins Gesicht einen Polen blutig zu schlagen, nur weil dieser angeblich einige Zeit vorher seinem Sohn den Ausweis nicht vorgezeigt hatte. Diese Tat gibt der Angeklagte zu und sieht auch ein, insoweit Unrecht getan zu haben.

Das Gericht trifft somit die tatsächliche Feststellung, dass der Angeklagte nach dem 1.9.39 im politischen Führerkorps verblieben war, obwohl er wusste, dass diese Organisation bei der Verfolgung der Juden und der politischen Gegner und Andersdenkenden sowie bei der unmenschlichen Behandlung der Fremdarbeiter Verwendung gefunden hat. (Vergehen nach Art. II 1 d des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 in Verbindung mit dem Nürnberger Urteil und der Militärregierungs-Verordnung Nr. 69).

Bei der Strafzumessung musste Berücksichtigung finden, dass der Angeklagte etwa 12 Jahre Ortsgruppenleiter in Mariaweller war und 5 Jahre lang Kreisorganisationsleiter bei der Kreisleitung in Düren. Er hat also lange Zeit an massgeblicher

Stelle das Nazisystem vertreten und gestützt. Seine Kenntnis war nicht unerheblich. Was ihn aber am meisten belastet, ist seine damalige innere Einstellung gegenüber den verbrecherischen Zielen seiner Organisation, die er weitgehend gebilligt und durch persönlichen Einsatz auch gefördert hat. Er hat selbst an der Judenverfolgung teilgenommen, er hat politischen Gegnern mit dem KZ-Lager gedroht und ihre Einweisung in ein KZ-Lager auch veranlasst. Den Fremdarbeitern gegenüber erwies er sich hartherzig, verständnislos und brutal. Der Zeuge Gasper sagt von ihm in der Hauptverhandlung: " Er war ein Teufel in unserem Amt ! " Und der Zeuge Hallmanns nennt ihn schlimmer, als der dortige Kreisleiter, der doch über ihm stand, je gewesen war. Durch seine persönliche Beteiligung an den dem politischen Führerkorps zur Last gelegten Untaten hat der Angeklagte die Identität seines verbrecherischen Willens zu erkennen gegeben, der dahin ging, durch aktives Mitwirken in grösstmöglichem Umfang das verbrecherische Potential seiner Organisation zu stärken. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände hat das Gericht eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten als angemessene, aber auch erforderliche Sühne angesehen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 StPO. Auf die Strafe werden 2 Jahre und 6 Monate der Internierungshaft angerechnet.

gez: von der Linde . >

Nr. 45

Lützenhof

den 14. August 1941

Der gelnitzte Zinselarbeiter Anton
Wojcia Kowski, Karyolizwohnhaft in Köln Nr. 57
ist am 9. August 1941 um 7 Uhr 34 Minuten
in Miel verstorben.Der Verstorbene war geboren am 3. April 1909
in Tremenow, Kreis Mojilno

(Standesamt _____ Nr. _____)

Vater: Josef Wojcia Kowski

Mutter: Salomia Wojcia Kowski, geborne Jan Kowski

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet.

Eingetragen auf mündliche — schriftliche — Anzeige der Orthopolizei —
Lützenhof

Der Anzeigende

Vorgelesen, genehmigt und _____ unterschrieben

Die Übereinstimmung mit dem
Todesbuch wird beglaubigt.

Lützenhof den 14. 8. 1941

Der Standesbeamte

Van Fleusen

Der Standesbeamte

Van Fleusen

Todesursache: Drogen fangen auf Anordnung der Staatspolizei
Köln, Nebenstelle in Bonn.Eheschließung der Verstorbenen am _____ in _____
(Standesamt _____ Nr. _____).

Zeugenvernehmung

In seiner Wohnung in Hohn, Post Mohrenhoven (Bonn/Land),
"Marienhof", aufgesucht erklärt der Landwirt

Peter A b e l ,

geb. am 30.7.1909 in Hohn,

nachdem er mit dem Gegenstand seiner Vernehmung bekanntgemacht
worden ist, zur Sache folgendes:

Zum Zeitpunkt des damaligen Ereignisses führte meine heute noch
lebende Mutter den Hof ; mein Vater ist 1937 gestorben. Damals
war ich mit meiner Mutter auf dem gepachteten "Gut Hohn",
Post Mohrenhoven, Nr. 57.

Ausser meiner Mutter und mir waren noch folgende Personen auf
dem Gut beschäftigt:

Arbeiter Euskirchen aus Buschhoven, lebt heute noch dort,

Melker N i e h s e n , aus Kall, heute in Duisdorf auf dem
Ministerium beschäftigt.

Ferner hatten wir aus dem Stammlager Mohrenhoven noch 4 Polen
zur Unterstützung bekommen. Diese kamen morgens ohne Begleitung
aus dem Lager und gingen abends nach der Arbeit nach dort ohne
Begleitung zurück. Es handelte sich um Polen, die in poln. Wehr-
machtsuniformen steckten.

Ich entsinne mich nur an 2 Namen:

Albert N o v a k , ist 1947 wieder nach Polen zurück
gekehrt,

Anton W n j c i a k o w s k i , wurde 1941 im Kies-
loch in Lützmiel wegen verbotenen Umgangs mit
einem deutschen Mädchen gehenkt.

Die Namen der beiden anderen Polen sind mir unbekannt. Ich meine,
einer davon, dessen Name sich wie "Przy.." oder ähnlich schreibt,
ist heute in Rheinbach mit einer geborenen Esser oder so ähnlich
verheiratet. Es kann sein, dass ich mich auch irre.

Ausser diesen Leuten half damals ein Mädchen über 20 Jahren meiner
Mutter im Haushalt. Das Mädchen kam für einige Stunden in der
Woche und machte freiwillig diese Arbeiten. Es hiess Maria WEBER
heute ist sie verheiratet und heisst B e y e r , und wohnt in
Buschhoven in Nähe des Weihers.

Die Polen kamen gleich Anfang 1940 zu uns und blieben ziemlich lange. Nur nicht der Pole W n j c i a k o w s k i , der bekanntlich erhängt wurde.

Ich muss gleich eingangs sagen, dass alle Polen zuverlässige, fleissige und ordentliche Leute waren. Wir hatten nie Beanstandungen.

Als ich einmal von unserem Hof fort war ist in meiner Abwesenheit ein Auto mit Leuten auf unserem Hof vorgefahren. Diese haben den Anton Wnjciakowski abgeholt und mitgenommen. Es hiess, dass er nach Bonn gebracht wurde. In Bonn war damals Gestapo.

Als der Anton nach längerer Zeit nicht zurückkehrte habe ich mich schriftlich an das Arbeitsamt in Bonn gewandt und über den Anton nachgefragt. Ich muss bemerken, dass der Anton etwa im Frühjahr 1941 von uns geholt worden ist.

Auf Grund meines Schreibens erhielt ich vom Arbeitsamt Bonn die Nachricht, dass nach Rücksprache mit der Gestapo mit einer vorläufigen Entlassung des Anton nicht zu rechnen sei.

Später mussten dann sämtliche Polen aus der Umgebung - Kriegsgefangene und Zivilarbeiter - zum Kiesloch nach Lützmiel. Als sie dort ankamen stellten sie fest, dass der "Anton" gehenkt war. Die Polen mussten an dem Toten vorbeimarschieren und ihn sich ansehen. Das sollte als Abschreckung dienen. Auch die 3 anderen noch bei uns auf dem Hof verbliebenen Polen waren dabei. Als sie zurückkehrten sagten sie: "Jetzt haben sie den Anton gehenkt!"

Wie es hiess wurde Anton damals gehenkt, weil er sich verbotenerweise mit der bereits erwähnten Maria W e b e r abgegeben hatte. In Wirklichkeit soll zwischen den beiden nichts vorgefallen sein; der Pole Anton soll sie nur ein Stück des Weges begleitet haben. Ich selbst bin nicht Augenzeuge der Erhängung gewesen und kann auch keine Augenzeugen benennen. Auch kann ich keine Personen namhaft machen, die mehr als ich über den Vorfall wissen. Die Gendarme L ü t j o h a n n und S p i t z , die damals bestimmt dabei waren, sind inzwischen verstorben.

Wer den Sachverhalt angezeigt hat und wer für die Erhängung verantwortlich war, weiss ich nicht.

Mehr kann ich nicht sagen.

selbst gelesen-genehmigt
u. unterschrieben:

--- Jh. Mr. Obel ---

Geschl.:

(Runge) KM

Zeugenvernehmung

In ihrer Wohnung in Buschhoven, Bollsgasse 165, aufgesucht wird die Ehefrau

Maria B e i e r , geb. Weber,
geb. am 19.5.1915 in Buschhoven,

die mit dem Gegenstand ihrer Vernehmung bekanntgemacht wird und dazu folgendes erklärt:

1948 habe ich meinen jetzigen Mann geheiratet. Wir kannten uns bereits lange Jahre vorher.

Auf dem Bauernhof A b e l in Hohn, damals Nr.57, war ich etwa 20 Jahre lang aushilfsweise im Haushalt und in der Küche beschäftigt. Ich ging nur wöchentlich ein paar Stunden hin und half aus. So war es auch während der Kriegsjahre.

In den ersten Kriegsjahren waren auf dem Hof ausser der Bäuerin, Frau A b e l , noch ihr Sohn, der Melker Josef N i e s s e n aus Kall, heute in Duisdorf bei irgendeinem Ministerium beschäftigt und in Duisburg bei einer Frau oder Wwe. Baumann in Nähe der Holzhandlung Schlösser wohnhaft,

der Michel E u s k i r c h e n , Arbeiter, heute Holzarbeiter im Staatsforst und in Buschhoven, Hauptstr., wohnhaft, sowie meines Wissens nur 2 polnische Zivilarbeiter beschäftigt. Von 4 poln. Arbeitern ist mir nichts bekannt. Ich meine auch, dass die Polen auf dem Hof geschlafen haben und nicht zu ihrem Stammlager zurückgegangen sind. Ich weiss, dass damals in Mührenhoven ein Stammlager war.

Es ergab sich durch die Arbeits zwangsläufig, dass ich auch mit den Fremdarbeitern zusammen kam und mit ihnen gesprochen habe. Ausserdem musste ich auf Anweisung der Frau Abel oder ihres Sohnes den Leuten Essen und Kaffee aufs Feld bringen. So kam ich mit den Leuten in Berührung.

An einem Samstagvormittag, ich kann heute aber nicht mehr das Jahr und den Monat angeben, gegen 10.30 Uhr, erschienen bei meiner Mutter, bei der ich damals in Buschhoven, Hauptstr.22, wohnte, 2 Männer in Zivil mit einem Auto. Ich hielt mich gerade bei meiner Mutter auf. Die Männer stellten sich als Kriminalbeamte aus Bonn vor und wollten mich mit dem Auto nach Bonn nehmen. Als meine Mutter und ich nach dem Grund fragten erhielten wir darauf

darauf keine Antwort. Ich musste einsteigen und die Beamten haben mich dann nach Bonn mitgenommen. In Bonn wurde ich in ein Haus auf dem Kreuzbergweg, in Nähe der Beethoven Str., geführt. Dort fragte man mich, ob ich etwas mit dem Polen Anton zu tun gehabt habe, der mit dem anderen Polen damals bei uns beschäftigt war. Nun muss ich sagen, dass die damals bei uns beschäftigten Polen mit Vornamen Albert und Anton hießen. Ich fragte die Beamten, was sie von mir wollten. Sie brachten mich dann in einen "Keller" und sagten, dass ich mir die Sache über Sonntag überlegen sollte. Im Keller wurde ich von einer Frau betreut, der ich auch über das Wochenende im Hause geholfen habe. Ich glaube, es war die Frau des Hausmeisters.

Am Montagmorgen wurde ich von den beiden Beamten erneut vernommen. Ich glaube jetzt, dass es sich damals um Gestapoleute gehandelt hat. Sie trugen aber Zivil. Sie fragten mich immer wieder, was ich mit dem "Anton" gehabt habe, und ob ich mit ihm geschlechtlich verkehrt habe. Ich habe dieses entrüstet zurückgewiesen und bestritten. Ausserdem bat ich um eine ärztl. Untersuchung, da ich bis damals noch keinen Geschlechtsverkehr hatte. In das Vernehmungszimmer wurde damals auch der "Anton" gebracht und mir gegenübergestellt. Auch er bestritt in meinem Beisein, mit mir je irgendetwas gehabt zu haben. Ich habe auch in Gegenwart des "Anton" erneut bestritten, da die Anschuldigungen wirklich nicht zutrafen. Anton wurde dann weggeführt und ich habe ihn nie mehr gesehen. Da ich auf eine ärztliche Untersuchung bestand wurde ich von den Gestapobeamten zu einem Arzt in Bonn gebracht und dort untersucht. Dieser hat festgestellt, dass ich noch keinen Geschlechtsverkehr hatte. Von den Beamten wurde ich dann zur Gestapostelle zurückgebracht und von dort mit den Worten entlassen: "Da hast du ja noch einmal Glück gehabt!" Insgesamt war ich von zu Hause 3 Tage fort. Mit dem Bus bin ich dann von Bonn nach Hause gefahren. In der Folgezeit habe ich nichts mehr über die Sache gehört bzw. bin ich in dieser Sache nicht noch einmal vernommen worden. Ich bin auch nicht bestraft worden.

Dass der Pole "Anton", dessen Nachname mir unbekannt ist, in dem Kiesloch bei Lützern erhängt worden ist, habe ich anlässlich eines Kirchgangs in der Kirche Buschhoven von dem damaligen Pfarrer Wilh. D e n t erfahren, der es den Kirchengemeinde vom Altar aus mitgeteilt hat. Dass ich der einzige Grund für die

die Erhängung des "Anton" war wusste ich damals nicht und nehme ich auch heute nicht an. " Wir hatten doch wirklich nichts miteinander! Vielleicht hat der Anton noch etwas anderes getan?" Der Pfarrer Dent ist inzwischen verstorben.

Auf Befragen:

Nein, ich war damals bei der Erhängung nicht zugegen und erhielt darüber auch keine andere Mitteilung als die durch den Pfarrer.

Ich kann auch keine Personen namhaft machen, die heute noch leben und über diese Erhängung mehr sagen können.

Ich kann auch keine Personen benennen, die für die Erhängung, ihre Anordnung und Durchführung damals verantwortlich waren.

Frage: (Der Zeugin wurden jetzt die in der Akte erwähnten Namen von Beschuldigten bzw. Verdächtigten und Zeugen vorgelesen)
Kennen Sie diese Personen?

Antw.: Nein, ich kenne keine der benannten Personen?

Ich kenne nur den damaligen Gendarmen S p i t z , der in Flerzheim stationiert und inzwischen auch dort verstorben ist.

Spitz hat mir damals auch angedeutet, dass der damalige Melker Josef Niessen mich angezeigt hat.

Frage: In diesem Vorgang wird u.a. erwähnt, Ihnen seien damals wegen des unerlaubten Verhältnisses mit einem Fremdarbeiter die Haare abgeschnitten worden. Stimmt das?

Antw.: Um Gottes Willen! Wer hat denn so etwas gesagt?

Frage: Es wird u.a. von einem Zeugen gesagt, der weiter angibt, dass ein damaliger Pol.-Sekretär des Amtes Ludenford, der aus Buskirchen stammte und heute dort wohnhaft sein soll, Ihnen die Haare abgeschnitten hat. Zugegen soll ein gewisser Breier aus Buschhoven gewesen sein. Entsinnen Sie sich der Leute?

Antw.: Den Polizei-Sekretär aus Ludendorf kenne ich nicht. Breier kannte ich. Er ist aber inzwischen verstorben. Der Sachverhalt mit dem "Haareabschneiden" hat sich aber wirklich nicht zugetragen.

Frage: Kennen Sie einen Arzt, der evtl. damals den Tod des Erhängten hat feststellen müssen?

Antw.: Wir hatten und haben nur einen Arzt, Dr. D e m u t aus Heimerzheim. Ob der damals schon hier war und den Tod feststellen musste, weiss ich nicht.

Mehr kann ich wirklich nicht sagen.

selbst gelesen-genehmigt
u. unterschrieben:

Geschl.:

(Runge) KM

.....
Marius Grün

Zeugenvernehmung

In seiner Wohnung, Monschau, Stadtstrasse 47, wird der städt. Arbeiter Theo M a j e w s k i , geb. am 11.2.1915 in Anteniehewsk~~a~~ Antoniewka/Polen verh.,

aufgesucht.

Nachdem er mit dem Gegenstand seiner Vernehmung bekanntgemacht worden ist, erklärt er zur Sache folgendes:

Am 29.9.1939 geriet ich als polnischer Soldat in deutsche Kriegsgefangenschaft. Ich kam über Ostpreussen dann 1940 nach Ramershoven b. Rheinbach zum Arbeitseinsatz zu dem Bauern Andreas O l z e m. Zum Zeitpunkt des hier interessierenden Ereignisses war ich noch bei dem Bauern Olzem beschäftigt. Wir mussten eines Tages um 06.00 Uhr in der Kiesgrube in Miel sein, d.h. alle Polen aus dem Kreis mussten dort sein. Wir sind aus den einzelnen Ortschaften in Marschblocks dort hingemarscht.

Es waren sämtliche Polen aus folgenden Ortschaften in der Kiesgrube versammelt:

Ludendorf,
Buschhoven,
Morenhoven,
Miel,
Dünstekoven,
Heimerzheim,
Ollheim,
Essig,
Odendorf,
Rheinbach,
Romershoven,
Plerzheim,
Wormersdorf.

Wir Polen sind von deutschen Posten dort hingeführt worden. Ich entsinne mich, dass wir mit etwa 4 000 Polen dort waren. Zuerst wurden wir in eine gegenüber der Exekutionsstätte liegende Kiesgrube gebracht und dort gesammelt. Dann habe ich auf einmal 2 oder 3 Wagen (Kfz) gesehen, die aus Richtung Bonn kamen und in

in der gegenüberliegenden Kiesgrube verschwanden. Ich meine, 2 Pkw. und einen kleinen Lkw gesehen zu haben. Später wurden wir Polen dann in diese Kiesgrube geführt und mussten uns im Rund um den dort aufgestellten Galgen aufstellen. Ich bemerkte nun einen Galgen, der dort aufgestellt war. Es war ein Galgen mit 2 Pfeilern; in der Mitte hing ein Mann. Ob in Nähe des Galgens 1 Stuhl oder ein Schemel gestanden hat, weiss ich nicht mehr. Wir Polen wurden nun aufgefordert, blockweise und dann einzeln an den Erhängten heranzumarschieren und seine Hände zu befühlen. Ein Deutscher in feldgrauer Uniform, aber mit SS-Runen (ich sagte immer 44 dazu, weil die Runen wie die Zahl "44 " aussahen) hielt uns eine Rede. Er erklärte, dass der Erhängte ein Pole sei und deshalb erhängt worden sei, weil er mit einem deutschen Mädchen ein Verhältnis gehabt habe. Weiter erklärte uns dieser Mann in gebrochenem Polnisch, dass es so jedem Polen ergehen würde, der mit einem deutschen Mädchen oder einer deutschen Frau ein Verhältnis unterhalte. Als Abschreckung sollten wir einzeln zu dem Erhängten marschieren und seine Hände befühlen. Ausserdem wurden wir eindringlich ermahnt, diesen Vorgang nicht nach Hause zu berichten. Unsere Post würde durch die Zensur laufen. Danach mussten wir an dem erhängten Landsmann vorbei und seine Hände befühlen. Diese waren auf dem Rücken gefesselt. Ich weiss noch, dass die Hände sich warm anfühlten. Infolgedessen muss der Mann kurz vorher erhängt worden sein. Scheinbar war er aber bereits tot, da er sich nicht mehr bewegte. Über den Kopf hatte man eine Kaputze gestülpt, um den Erhängten nicht zu erkennen. Von den anderen Kameraden erfuhr ich aber später, dass der Erhängte mit Vornamen " Toni " geheissen hatte. In Nähe des Erhängten und auch sonst im Umkreis stand damals "Gestapo". Ich habe jedenfalls mehrere Uniformierte in feldgrauer Uniform mit SS-Runen gesehen. Ausserdem waren um die Kiesgrube herum auf der Anhöhe Posten aufgestellt, die Gewehre bei sich hatten. Ob es sich bei den Posten ebenfalls um Gestapoleute oder Polizisten gehandelt hat, weiss ich nicht mehr. Ich weiss aber genau, dass folgende Leute bei der Exekution u.a. zugegen waren: Schäng S c h m i t z , damals Polizist in Rheinbach. Über ihn kann ich nur Schlechtes berichten: er hat die polnischen Kriegsgefangenen mehr als schlecht behandelt und oft geschlagen. O r t h , Fritz, damals Ortsbauernführer aus Ramershoven. Falls dieser inzwischen verstorben ist, kann aber sein Sohn Johann auch Angaben machen können. Dieser war damals zwar nicht bei der

der Exekution zugegen; er weiss aber viel darüber und hat auch darüber sehr geschimpft.

Ausserdem war der damalige Polizist S p i t z aus Flerzheim zugegen.

Andere Personen kann ich nicht mehr benennen.

Ich weiss nur, dass damals diese Exekution auf uns nicht abschreckend sondern abstossend gewirkt hat. Ausserdem habe ich später erfahren, dass das deutsche Mädchen gar keinen Verkehr mit dem "Toni" gehabt haben soll. Es soll überhaupt noch keinen Verkehr gehabt haben.

Mir sind nun einige Namen verlesen worden. Diese Personen kenne ich weniger und kann darüber auch nichts sagen.

Anmerkung:

Dem Leuten wurden die Namen ehemaliger Ortsbauernführer, Zellenleiter und ewtl. an der Exekution beteiligter Leute vorgelesen.

Auf Befragen:

Nein, ich weiss nicht, ob damals ein Arzt zugegen war. Wir wurden, nachdem wir den Erhängten angefühlt hatten, zur anderen Seite aus der Kiesgrube wieder herausgeführt.

Danach habe ich nichts mehr gesehen.

Mehr kann ich zu diesem Sachverhalt nicht sagen.

Ich habe aber das Bedürfnis, über einen anderen Fall zu berichten:

Es war am 28.1.1945, als gegenüber der LBA "Lereren-Bildungs-Anstal" in Rheinbach, in einem Park 3 junge Ukrainer erhängt worden sind. Es waren Leute von 16 bis 17 Jahren. Diese waren bei 3 verschiedenen Bauern beschäftigt und sollten damals Trümmerschutt aus Rheinbach mit dem Pferdefuhrwerk abfahren. Hierbei haben sie dann zwischen Trümmern folgende Gegenstände gefunden und behalten: 1 Überzieher, 1 Strickjacke und einige Fl. Wein.

Einer dieser jungen Ukrainer war bei dem Bauern Peter S c h e b e n in Rheinbach beschäftigt. Dieser hat diese Gegenstände bemerkt und Meldung gemacht. Ich weiss nun nicht, bei wem der Bauer Scheben die Meldung gemacht hat: entweder bei dem Bürgermeister W i r, t z oder bei dem Polizisten Schäng S c h m i t z. Der damalige Hilfspolizist Michael B r e u e r aus Rheinbach, heute ist er bei der Stadt Rheinbach beschäftigt, hat damals alle Polen zusammengeholt. Auch die Ukrainer und überhaupt sämtliche Ausländer. Sie mussten dann am 28.1.45 bei der Erhängung der 3 Ukrainer zugegen sein. Ich habe mich aber davor gedrückt, da ich keine Erhängung mehr mit ansehen konnte. Ich weiss aber, dass die 3 Ukrainer tatsächlich erhängt worden sind. Am nächsten Tag, also am 29.1.45, wurde ein grosser Bomberangriff

Bomberangriff auf Rheinbach gestartet. Hierbei wurden viele Gebäude zerstört und ca. 600 Personen getötet. Bei diesem Angriff sollen dem Hörensagen nach Flugblätter abgeworfen worden sein, in denen erwähnt wurde, dass dieser Angriff aus Vergeltung über die Erhängung der 3 Ukrainer vorgenommen worden ist. Über diesen Sachverhalt können S c h e b e n und B r e u e r die besten Auskünfte geben.

Mehr kann ich nicht sagen.

selbst gelesen-genehmigt
u. unterschrieben:

Theo Majewski

Geschl.:

(Runge) Krim.-Meister

Zusatz:

Der damalige 15 oder 16 Jahre alte Fritz S c h n e p p e r aus Rheinbach (Münstereifeler Str.?) soll dem Hörensagen nach damals den zu Erhängenden den unter die Füße gestellten Schemel weggetreten haben.

Theo Majewski

Geschl.:

(Runge) KM

Ermittlungsbericht:

Betr.: Ermordung bzw. Erhängung eines polnischen Zivilarbeiters
im Frühjahr 1941 in der Sandgrube M i e l , Gemeinde Luden-
dorf, Landkreis Bonn.

Bezug: Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bonn gegen
Unbekannt - 8 Js 57/64-.

Am 27., 28., 29. und 30.7.1964 wurden die Ermittlungen in o.a. Sache
weitergeführt.

Am 27.7.64 wurden in Lechenich vernommen:

Hauptlehrer P l a t t e n ,
Stadtoberinspektor a.D. T u l e w e i t ,

in Ramershoven, Landkreis Bonn :

Landwirt Fritz O r t h .

Am 28.7.64 wurden in Hohn bzw. Buschhoven vernommen:

Bäuerin A b e l ,
Waldarbeiter E u s k i r c h e n .

Am 29.7.1964 wurde in Duisdorf b. Bonn vernommen:

Lagerherlfer Josef N i e h s e n .

Des weiteren wurden bei der Kriminalpolizei Bonn, bei pensio-
nierten Kriminalbeamten aus Bonn, beim Meldeamt und beim Stadt-
archiv in Bonn Ermittlungen und Befragungen durchgeführt. Die
Ergebnisse hierüber werden später näher fixiert.

Am 30.7.1964 wurden in Hagen bzw. Waldbröl vernommen bzw. gehört:

Friedrich G o s e w i c h , Pol.-Meister a.D.,
Johann S c h m i t z , Pol.-Meister a.D.

Die Vernehmungsniederschriften der vorstehend aufgeführten Per-
sonen, ausser G o s e w i c h , werden nachgeheftet.

G o s e w i c h wurde nur befragt und nicht vernommen, da er
über den Sachverhalt entgegen anderslautenden Angaben keine
Angaben machen kann, weil er von August 1939 bis Juni 1943 nicht
im Landkreis Bonn eingesetzt, sondern zur Feldgendarmerie nach
Trier versetzt war. Gosewich kann also über den hier anstehenden
Sachverhalt tatsächlich keine Angaben machen.

Seine Personalien lauten:

Friedrich G o s e w i c h ,
Pol.-Meister a.D.,
geb.am 14.4.1907 in Schwelm,
wohnh.in Hagen, Haldener Str.119.

Bericht über Feststellungen hinsichtlich ehemaliger Gestapo-beamter der Gestapoleitstelle Köln, Aussenstelle Bonn:

Bei der Kriminalpolizei in Bonn und bei pensionierten Kriminal-beamten der Kriminalpolizei Bonn konnte in Erfahrung gebracht werden, dass früher folgende Beamte bei der Gestapoaussenstelle Bonn tätig waren:

Kriminalkommissar Bruno L a n g e , wohnhaft gewesen in Kessenich Bonner Talweg, soll bis zuletzt Leiter der Gestapoaussenstelle Bonn gewesen sein, ist aber vor etwa 2 Jahren verstorben. Genaue Personalien müssen noch festgestellt werden. Evtl. Einsicht in die Personalakte.

Kriminalsekretär Wilh. K u s s , ca. 76 oder 77 Jahre alt, wohnhaft Poppelsdorf, Bennauer Str. 43.

War jahrelang bei der Gestapo Bonn beschäftigt und soll evtl. Aussagen machen, da er mit den Methoden der Gestapo nicht immer einig war.

Kuss kann nicht vernommen werden, da er im Sterben liegt hat bereits letzte Ölung erhalten.

Kriminalsekretär Heinr. R i e c h a r z , ca. 70 Jahre alt, wohnhaft in Unkel a. Rhein bei seiner Schwägerin Richarz. War bei der Gestapo Bonn und könnte Aussagen machen. Soll beim Werkschutz der Schmirlgelwerke in Beuel beschäftigt sein.

Ein gewisser L i e d t k e , weitere Personalien unbekannt, soll bei der Gestapo Bonn beschäftigt gewesen sein und ist dort Kommissar geworden. Schicksal unbekannt.

Kriminal-Obersekretär H e i n e n , ist im Krieg wegen einer strafbaren Handlung im Amt (Amtsunterschlagung?) von der Schutzpolizei Bonn erschossen worden.

Ein gewisser S e i b e l , soll inzwischen verstorben sein.
Weitere Personalien, genau wie bei Heinen, unbekannt.

Ein gewisser P f i t z e r , weitere Personalien unbekannt, soll während des Krieges nach Oberschlesien versetzt worden sein (evtl. Bielitz?)

Ein gewisser B a u m b a c h , weitere Personalien unbekannt, soll später nach Sachsen versetzt worden sein.

Wie weiter festgestellt werden konnte gehörten H e i n e n , S e i b e l und R i c h a r z früher der Kriminalpolizei in Bonn - Politische Abt.- (I A) an. Als in Bonn von der Gestapo-leitstelle Köln eine Aussenstelle aufgemacht wurde und Beamte gesucht wurden, haben diese 3 Beamte sich von der Gestapo übernehmen lassen. H e i n e n soll vorher Leiter der Politischen Abt. der Kripo. Bonn gewesen sein.

Beim Stadtarchiv in Bonn in der Quantiusstr. konnte folgendes festgestellt werden:

Das Haus Kreuzbergweg 5 , in dem während des Krieges die Gestapo untergebracht war, beherbergt heute das Arbeitsgericht. Aus dem alten Adressbuch der Stadt Bonn - Jahrgang 1941/42 - geht hervor, dass damals Eigentümerin des Hauses Kreuzbergweg 5 das Deutsche Reich - Geheime Staatspolizeistelle Köln, Aussenstelle Bonn- war. Aus dem erwähnten Adressbuch gehen als frühere Bewohner folgende Personen hervor:

M ü s e l e r , Hermann, geb.30.4.05, über seinen Verbleib ist nichts bekannt.

S e t t e l s , Franz, geb.31.3.04, verh., über seinen Verbleib ist nichts bekannt.

Settels wird mit Kriminalkommissar bezeichnet. Wie in diesem Zusammenhang weiter festgestellt werden konnte war S e t t e l s einige Zeit Leiter der Gestapoaussenstelle Bonn. Nach ihm wurde sie von dem bereits erwähnten Kriminalkommissar L a n g e geführt

F e r g e r , Hans, geb.1.8.08 und

F e r g e r , Berta, geb. Stock, geb.21.1.09,

verzogen am 28.6.43 nach München,
nähere Bezeichnung unbekannt.

Das Ehepaar F e r g e r soll das
Hausmeisterehepaar gewesen sein.

K o l b , Anna, geb.24.9.1920. am 1.12.1942 nach Volkmershoven

verzogen. Nähere Anschrift unbekannt.

Evtl. handelt es sich bei Anna K o l b um eine frühere Schreib-
kraft der Gestapo. Es wird davon gesprochen, dass früher die Toch-
ter eines unbekannten aktiven Polizeibeamten Schreibkraft bei der
Gestapo war.

Über M ü s e l e r , Hermann, Angestellter , ist soviel bekannt,

dass er am 31.5.1950 nach Oberlar,
weitere Anschrift unbekannt, verzogen
ist.

Beim Meldeamt der Stadt Bonn konnte nichts in Erfahrung gebracht
werden, da sämtliche Unterlagen 1945 vernichtet worden sind.

Beim A r b e i t s a m t in Bonn konnte ebenfalls nichts festge-
stellt werden, da auch dort 1945 sämtliche Unterlagen vernichtet
worden sind.

Über die vorstehend angeführten Personen müssen noch Personen-
feststellungsverfahren bzw. Aufenthaltsermittlungen getätigt werden.

(Runge) Krim.-Meister

Z e u g e n v e r n e h m u n g

In ihrer Wohnung wird die Bäuerin

Gerzrud A b e l , geb. Püttgen,
geb. am 18.7.1880 in Altorf Krs.Jülich,
wohnhaft in Hohn, "Marienhof",

aufgesucht. Nachdem sie mit dem Gegenstand der Vernehmung bekanntgemacht worden ist erklärt sie folgendes:

Zum Zeitpunkt des Ereignisses führte ich mit meinem Sohn den Hof in Hohn. Damals hatten wir einen anderen Hof; wir haben erst seit einigen Jahren gesiedelt.

Damals waren 4 Polen (Zivilarbeiter) auf unserem Hof. Einer davon hiess " Anton". Es ist derjenige, der später in Miel bzw. bei Miel erhängt wurde. Alle Polen waren sehr anständig. Ausserdem hatten wir damals 2 deutsche Arbeiter, Euskirchen und Niessen.

Ich hatte auch ein deutsches Mädchen aushilfsweise im Haushalt. Es war die Maria W e b e r , jetzige Frau Beier, aus Buschhoven.

Diese wollte eines Tages noch spät nach Hause, war aber sehr ängstlich. Die erwähnten Polen schliefen damals bereits bei uns auf dem Hof und hatten 2 Zimmer. Ich bat den "Anton", die Maria Weber ein Stück nach Hause zu begleiten. Von hier aus musste sie erst zur Strasse und dann am dunklen Wald entlang. Davor hatte sich die Maria gefürchtet. Der Anton hat sie dann nach Hause gebracht. Eines Tages kam bei uns ein Auto vorgefahren. Die Maria war bereits im Wagen. Einige Leute haben dann den Anton abgeholt und mitgenommen.

Auf Frage:

Ich weiss nicht, was es für Männer waren, die den Anton mitgenommen haben. Ich weiss auch nicht, woher sie waren.

Mein Sohn ist dann später nach Bonn zum Arbeitsamt gefahren. Er wollte den Anton zurückhaben. Man konnte ihm zuerst keine richtige Auskunft geben. Später hat man ihm die Nr. eines Hauses auf dem Kreuzbergweg in Bonn genannt. Mein Sohn war auch dort. Die Leute wollten den Anton aber nicht herausrücken. Dann hat mein Sohn an das Arbeitsamt Bonn geschrieben. Er erhielt aber zur Antwort,

Antwort, dass der Anton vorläufig nicht zurück käme.

Später erfuhr ich dann, dass der Anton in der Kiesgrube von Lützemie
erhängt worden ist.

Ich habe gehört, dass der Anton sich angeblich mit der Maria abgegeben haben soll. Dies glaube ich aber nicht. Soweit ich gehört habe, ist die Maria in Bonn von einem Arzt untersucht worden. Der soll festgestellt haben, "dass noch nichts passiert war".

Dafür war die Maria auch zu anständig.

Mehr kann ich nicht sagen.

Ich weiss nicht, wer die Erhängung angeordnet und wer sie durchgeführt hat.

vorgelesen-genehmigt

u. unterschrieben:

~~Yve. Abel~~

Geschl.:

(Runge) Krim.-Meister

Z e u g e n v e r n e h m u n g

In die Diensträume der Kriminal-Aussenstelle Waldbröl bestellt erscheint der Pol.-Meister a.D.

Johann S c h m i t z ,
geb. am 4.5.1890 in Wesseling,
wohnhaft in Hahn b.Waldbröl, Nümbrechter Str.17,
und erklärt, nachdem er mit dem Gegenstand der Vernehmung bekanntgemacht worden ist, zur Sache folgendes:

1923 bin ich in die Schutzpolizei in Wesseling eingetreten. Von 1926 bis 1937 war ich bei der Pol.-Verwaltung Ludendorf als Gemeindepolizist und von 1937 bis 1945 bei der Pol.-Verwaltung Rheinbach als Gemeindepolizist tätig. Der Gemeindepolizist hatte für den Stadtbezirk zu sorgen; der Gendarm für den Landbezirk. In Rheinbach war Gendarm S p i t z , der aber bereits verstorben ist. Zu seinem Bezirk gehörte auch Hohn und Buschhoven.

1949 wurde ich als Pol.-Meister pensioniert.

Zum Sachverhalt:

Die Jahreszeit und das Jahr, zu dem der hier interessierende Vorfall sich ereignet hat, weiss ich nicht mehr. Es kann 1941 gewesen sein. Ich erhielt von dem damaligen Amtsbürgermeister von Rheinbach, der gleichzeitig Ortspolizeibehörde war, Herrn W i r t z , den mündlichen Befehl, mit den zum Bezirk Rheinbach gehörenden Polen am nächsten Morgen in der Kiesgrube in Miel zu sein, wo eine Erhängung durchgeführt werden sollte. Die Anordnung, dass sämtliche Polen dort sein sollten, kam vom Kreisbauernführer über den damaligen Ortsbauernführer von Rheinbach, Herrn Wilh. K r i n g s . Krings ist inzwischen verstorben.

Auftragsgemäss sammelte ich dann die Polen, etwa 100 Mann, und führte sie am nächsten Morgen in die Kiesgrube. Soweit ich weiss, war diese Kiesgrube rechts neben der Strasse, direkt am Swistbach. Die Stelle wird auch "Lützemiel" genannt. Als ich dort ankam waren bereits die anderen Polen der anderen Ortschaften, die zur Gemeinde Ludendorf und Rheinbach gehörten, dort. Bei meinem Erscheinen war kurz vor dem gegenüberliegenden Rand der Kiesgrube bereits ein Galgen aufgestellt. Es war ein regelrechter Galgen mit einem Podest, in dessen Mitte eine verschiebbare Platte war. Ich sah auch von unserem Standpunkt hinter und neben dem Galgen

Galgen mehrere Kraftfahrzeuge stehen. Ausserdem standen dort mehrere mir unbekannte männliche Personen in Uniform. Ich meine, dass es SS-Uniformen waren. Von diesen fremden Männern kannte ich keinen. Bei dieser Mann befand sich auch ein in einem enganliegenden schwarzen Anzug gekleideter Mann. Ob der Mann eine Kopfbedeckung hatte, weiss ich nicht. Dieser Mann sprang mehrmals zwischen den Kraftfahrzeugen und dem Galgen hin und her. " Er sprang rum wie ein Teufel!" Soweit ich gesehen habe, waren es etwa 5 oder 6 fremde Männer in SS-Uniform. Ich nehme an, dass diese Leute von der Gestapo waren. Eine Absperzung um die Kiesgrube habe ich nicht gesehen. Von den anwesenden deutschen Personen habe ich nur ~~die~~ damaligen Polizeikollegen L ü t j o h a n n und S p i t z gesehen. Beide sind inzwischen verstorben.

Als ich mit meinen Polen in der Kiesgrube stand, kam ein Wagen mit dem Delinquenten vorgefahren. Auf Befehl musste ich im Wagen den Polen bewegen. Er machte einen niedergeschlagenen Eindruck. Von der fremden Männergruppe wurde zu uns herübergerufen, dass der Pole vorzuführen sei. Daraufhin hat der verstorbene Gendarm S p i t z den Polen genommen und hat ihn zum Galgen geführt. Ich meine, dass dort der total schwarzgekleidete Mann dem Polen nun auf dem Podest eine Schlinge um den Hals ~~und~~ legte und über den Kopf eine Kaputze stülpte. Es kann sein, dass der schwarzgekleidete Mann der "Henker" war. Auf einen bestimmten Fehel hat dann dieser Mann die Klappe unter dem Polen weggezogen, so dass dieser durch die Öffnung durchfiel und somit erhängt wurde. Den genauen Hergang kann ich heute nicht mehr angeben. Erstens liegt der Vorfall zu lange zurück und zweitens stand ich etwa 40 m vom der Hinrichtungsstätte entfernt. Als der Pole erhängt war, mussten alle anwesenden Polen an ihm vorbeimarschieren. Sie gaben dem Erhängten die Hand, was von der fremden Gruppe nicht gern gesehen wurde. Durch das Händeschütteln wurde der leblose Körper bewegt und drehte sich. "Es sah unschön aus". Ich ging deshalb hin und forderte die Polen auf, ihren Landsmann nicht mehr zu berühren. Erst jetzt war ich in aller-nächster Nähe des Galgens.

Auf Befragen:

Als Grund der Erhängung wurde damals angegeben, der Pole hätte ein deutsches Mädchen vergewaltigt oder hätte sonstwie unerlaubte Beziehungen damit unterhalten. Dies hat mir S p i t z erzählt, der damals die ganze Sache bearbeitet hat. Soweit ich mich erinnere waren der Pole und das Mädchen auf Hohn beschäftigt. Dieses gehörte zu Buschhoven und lag somit im Bezirk des Gendarmen S p i t z . Er hat mir damals auch gesagt, dass er den Vorfall bearbeitet hat.

Auf weitere Frage:

Nein, ich weiss nicht, woher Spitz damals die Mitteilung bekommen hat.

Ich meine, ich weiss nicht, wer damals dem S p i t z oder einem anderen Mitteilung über den verbotenen Umgang des Polen gemacht hat. Evtl. könnte der frühere Polizist F r i e d r i c h s etwas darüber sagen.

Auf weitere Frage:

Ich weiss wirklich nicht, ~~xixi~~ wieviel Personen, Polen und Deutsche, damals bei der Erhängung zugegen waren. Ich kann überhaupt keine Zahl, auch nicht annähernd, angeben.

Ich weiss auch nicht, wieviel Kraftfahrzeuge damals an der Hinrichtungsstätte waren.

Ich kann auch nicht sagen, ob der Delinquent gefesselt war oder gefesselt worden ist. Ich weiss es heute nicht mehr.

Nach der Erhängung bin ich mit den Polen aus Rheinbach wieder nach Hause gegangen.

Auf weitere besondere Frage:

Nein! Von den Polen ist an der Exekutionsstätte nicht gemeutert worden. Es stimmt auch nicht, dass der Pole kurz vor seiner Hinrichtung geflüchtet ist bzw. flüchten wollte. Weiter stimmt es deshalb auch nicht, dass ihm der verstorbene Polizist L ü t j o h a n n nachgelaufen ist. Derartige Angaben sind nicht nur übertrieben; sie sind völlig unwahr. Es stimmt auch nicht, dass das damals beteiligte deutsche Mädchen bei der Hinrichtung war. Es stimmt weiter nicht, dass dem Mädchen die Haare abgeschnitten worden sind.

Auf Frage:

Die Polen waren damals bereits Zivilarbeiter und nicht mehr Kriegsgefangene.

Dass der Polizist S p i t z dem Polen die Schlinge umgelegt und die Kaputze übergestülpt hat, habe ich nicht gesehen. Ich meine, das hat der "Henker" gemacht.

Ich kann wirklich keine weiteren deutschen Personen benennen, als die damaligen Polizisten Lütjohann und Spitz. Ich habe auch nicht den damaligen Amtsbürgermeister van A e r s h e n gesehen. Ebensowenig habe ich damals den Standesbeamten aus Ludendorf gesehen. Ich habe auch keinen Arzt gesehen. Auf besondere Frage muss ich sagen, auch den Bauer Esser nicht gesehen zu haben.

Frage: Wissen Sie, was mit dem erhängten Polen geschehen ist?

Antw.: Nein! Ich nehme an, er ist in der Gemeinde Ludendorf beerdigt worden.

55

Auf Befragen:

Nein! Ich kann nicht sagen, dass während oder nach der Erhängung in der Kiesgrube b.Miel irgendwas Besonderes geschehen ist. Ich meine, dass keine Meuterei stattgefunden hat und auch keine Ausschreitungen seitens der anwesenden Deutschen.

Mir ist nicht bekannt, wer damals zu der Hinrichtung alles beordert worden ist.

Ich persönlich bin der Auffassung, dass die Anordnung zur Erhängung von der Gestapo aus Bonn gekommen ist. Die ehemaligen Gestapobeamten aus Bonn kenne ich aber nicht namentlich. Ich bin nur 2 oder 3 mal bei der Gestapo auf dem Kreuzbergweg gewesen. Jedesmal habe ich mit einem jungen Fräulein gesprochen. Wie die geheissen hat, weiss ich nicht. Ob diese Gestapobeamten damals bei der Erhängung anwesend waren, weiss ich nicht.

Zum Sachverhalt kann ich nicht mehr sagen.

Ich möchte nach Durchlesen meiner niedergeschriebenen Vernehmung berichtigen, dass ich die Anweisung, mit den Polen nach Miel zu gehen, nicht von dem damaligen Amtsbürgermeister W i r t z, sondern von dem damaligen Stadtoberinspektor P f a h l erhalten habe. Pfahl ist inzwischen verstorben.

Sonstige Angaben kann ich jetzt wirklich nicht mehr machen.

selbst gelesen-genehmigt

u. unterschrieben:

Lehmann Schmitz

Geschl.:

(Runge) KM

Zeugenvernehmung

In seiner Wohnung, Unkel/Rhein, Graf-Blumenthal-Str.9, aufgesucht erklärt der Kriminalsekretär a.D.

Heinrich R i c h a r z,

geb. am 8.9.1894 in Bandorf Krs.Ahrweiler,
nachdem er mit dem Gegenstand der Vernehmung bekanntgemacht worden ist, folgendes:

Vom 2.1.1924 bis 1945 war ich Angehöriger der Schutz-u.Kriminalpolizei in Bonn und Köln.

Von 1933 an gehörte ich zur Kriminalpolizei Bonn. Dort war ich zuerst bei der Gewerbepolizei und kam dann zur Politischen Polizei, der Abt. I a, unter dem damaligen Kriminal-Obersekretär H e i n e n .
Am 23.9.1938 wurden Fritz S e i b e l und ich von der Politischen Polizei zur damals neu gegründeten Gestapo-Aussenstelle der ~~Kriminal~~ Gestapo-Leitstelle Köln, in Bonn, kommandiert und später versetzt. Bei der Gestapo-Aussenstelle Bonn war ich bei der Abt. III (Spionage beschäftigt. Im Juli 1940 wurde ich zur Gestapo-Leitstelle Köln, ebenfalls Abt. III, kommandiert und bin dort bis Ende des Krieges, also 1945, geblieben.

Über den hier anstehenden Sachverhalt kann ich keine Angaben machen, da ich, wie sich aus meiner vorstehenden Kommandierung von selbst ergibt, zu dem Zeitpunkt nicht mehr in Bonn war. Mir ist der Sachverhalt aber auch nicht von Hörensagen her bekannt.

An ehemaligen Angehörigen der Gestapo-Aussenstelle Bonn kann ich mich wie folgt erinnern:

P r o l l , Vorname unbekannt, Kriminal- Rat, war damals Leiter der Aussenstelle Bonn bis Ende des Krieges. Da er damals bereits 56 oder 58 Jahre alt war, wird er inzwischen sicherlich verstorben sein. Über sein Schicksal ist mir nichts bekannt.

S e t t e l s , Franz, Kriminalkommissar, war damals mit Proll gewissermassen Leiter der Gestapo-Aussenstelle Bonn. Settels war jünger als ich und kann noch leben. Über sein Schicksal ist mir nichts bekannt. Ich meine, dass er nach Krefeld oder in der Gegend verzogen ist, kann es aber nicht mit Sicherheit sagen.

L a n g e , Bruno, Kriminalkommissar. Ist inzwischen verstorben.

Danach kam ich.

Dann ein W a p p l e r , Vorname unbekannt, Kriminal-Oberassistent, wohnte damals in der Roonstr. in Bonn, war damals ca. 38 Jahre alt, und müsste heute noch leben. Wappler war bis Kriegsende in Bonn.

L i e d t k e , Vorname unbekannt, Krim.-Oberassistent, soll später nach Litzmannstadt versetzt und dort Kommissar geworden sein. Über sein weiteres Schicksal ist mir nichts bekannt.

S e i b e l , Krim.-Oberassistent, ist inzwischen verstorben.

H e i n e n , war Krim.-Obersekretär, gehörte aber nicht der Gestapo-Aussenstelle Bonn an, sondern der Politischen Abt. der Kriminalpolizei Bonn. H. ist inzwischen tot.

F i e d l e r , nicht P f i t z e r , Vorname unbekannt, damals 33 oder 34 Jahre alt, Krim.-Oberassistent oder Krim.-Sekretär, bearbeitete Vergehen gegen das Heimtücke-gesetz, soll angeblich heute in Köln wohnen.

B a u m b a c h , war auch nicht bei der Gestapo, sondern bei der Politischen Abt. der Kripo. Bonn.

M ü s e l e r , gehörte der Gestapo-Aussenstelle Bonn an und war Verw.-Beamter.

Ausser L a n g e , H e i n e n und B a u m b a c h waren bei meinem Weggang von der Gestapo-Aussenstelle Bonn nach Köln im Juli 1940 die anderen aufgeführten Beamten noch in Bonn beschäftigt.

Auf Befragen:

Mir wurde gesagt, dass die Erhängung des Polen vermutlich wegen verbotenen Umgangs mit einem deutschen Mädchen vorgenommen worden ist. Ich wurde weiter gefragt, wer für die Bearbeitung solcher Fälle damals bei der Gestapo-Aussenstelle Bonn zuständig war. Meines Erachtens können damals nur L i e d t k e und W a p p l e r zuständig gewesen sein, da die anderen Beamten andere Ressorts unterhielten.

Auf weitere Frage:

Von einer weibl. Schreibkraft bei der Gestapo-Aussenstelle Bonn ist mir nichts bekannt.

Ich kann zum Sachverhalt keine weiteren Angaben machen, da ich, wie gesagt, damals zum Zeitpunkt der Erhängung des Polen nicht mehr in Bonn war und ausserdem auch vom Hörensagen von dieser Sache nichts erfahren habe.

Geschl.: (Runge) KM

selbst gelesen-geheimigt
u. unterschrieben:

-Dez.15-

Ermittlungsbericht:

Betr.: Ermittlungsverfahren der StA Bonn - 8 Js 57/64- gegen
Unbekannt wegen Tötung eines polnischen Kriegsgefangenen
in M i e l .

Am 28.u.29.9.1964 wurden in Bonn und in der Gemeinde Ludendorf erneut Ermittlungen getätigt, die sich diesmal ausschliesslich auf die Ermittlung ehemaliger Angehöriger der Gestapo-Aussenstelle Bonn beschränkten. Durch Befragungen älterer Polizeibeamter, Durchsicht von alten Einwohnerlisten beim Stadtarchiv in Bonn und Durchsicht der Meldekartei in Bonn wurden folgende ehemalige Angehörige der Gestapo-Aussenstelle Bonn ermittelt:

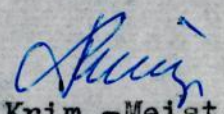
- 1.) P r o l l , weitere Personalien unbekannt, soll heute ca. 75 oder 78 Jahre alt, sein, war Leiter der Gestapo-Aussenstelle Bonn bis Kriegsende. Nach Angaben pensionierter Polizeibeamten soll Proll evtl. im KL Neuengamme von Engländern vernommen worden sein und " ausgepackt " haben. Soll heute angeblich in Köln wohnen.
- 2.) S e t t e l s , Franz, geb. am 31.3.1904, war Kriminalkommissar und leitete stellvertretend die Aussenstelle Bonn, hat im Haus der Gestapo, Bonn, Kreuzbergweg 5, gewohnt. Sein derzeitiger Aufenthalt ist unbekannt; soll sich vermutlich in Krefeld oder Umgebung aufhalten.
- 3.) L a n g e , Bruno, geb. am 11.7.02 in Liegnitz, Kriminalkommissar, wohnhaft gewesen in Bonn, Bonner Talweg 244. War entgegen bisheriger Mitteilungen nicht bei der Gestapo Bonn, sondern bei der Gestapo Aachen beschäftigt. Kam im August 1941 als Kriminalkommissar von Beuthen /OS. nach Bonn zur Gemeindekriminalpolizei und wurde im Frühjahr 1942 zur Gestapostelle Aachen versetzt. War dort bis Ende des Krieges tätig.
- 4.) W a p p l e r , Fritz Oskar, geb. am 20.1.1904, Kriminal-Oberassistent bei der Gestapo-Aussenstelle Bonn.

W. hat in Bonn, Dorotheenstr.129, gewohnt und ist am 28.10.1943 nach Kassel verzogen. Seine Familie verzog am gleichen Tag nach Derschlag b. Gummersbach. Ehefrau heisst Magdalene, geb.10.3.03.

5. L i e d t k e , Karl, Kriminal-Assistent, geb. am 5.12.06.
War bei der Gestapostelle Bonn tätig und hat in Bonn, Endenicher Allee 61, gewohnt. Ist am 23.5.44 nach Danzig verzogen.
- 6.) S e i b e l , Fritz, Kriminal-Oberassistent, nähere Personalien nicht bekannt. War bei der Gestapo-Aussenstelle Bonn tätig. Soll vermutlich verstorben sein. Nach anderslautenden Meldungen soll er sich evtl. im Raum Koblenz aufhalten.
- 7.) F i e d l e r , Heinz, geb. am 3.3.1900. Kriminal-Angestellter bei der Gestapostelle Bonn. Hat in Bonn, Endenicher Str.140, gewohnt. Sein derzeitiger Aufenthalt ist unbekannt; soll sich vermutlich in Köln aufhalten.
- 8.) M ü s e l e r , Hermann, Angestellter, geb.am 30.4.1905. War im Haus der Gestapo, Bonn, Kreuzbergweg 5, wohnhaft. Ist am 31.5.1950 nach Oberlar über Troisdorf, verzogen.
- 9.) K u s s , Wilhelm, Kriminalsekretär bei der Gestapostelle Bonn, gen. am 5.2.1886 in Narthen Krs.Königsberg, wohnhaft in Bonn, Bennauer Str.43.
War bis 1947 im Internierungslager Dilz a.d.Lahn. Soll vor kurzer Zeit verstorben sein.
- 10.) R i c h a r z , Heinrich, Kriminalsekretär bei der Gestapostelle Bonn, wohnhaft in Unkel/Rhein, Graf-Blumenthal-Str.9. Ist bereits vernommen worden. Kann angeblich über den hier interessierenden Vorfall nichts sagen, da er bereits 1940 zur Gestapo-Leitstelle Köln abkommandiert war.
- 11.) K o l b , Anna, keine Berufsbezeichnung, geb.am 24.9.1920, hat im Haus der Gestapo, Bonn, Kreuzbergweg 5, gewohnt und ist am 1.12.42 nach Vollmershausen b.Gummersbach verzogen. War sie evtl. eine Schreibkraft bei der Gestapo ?
- 12.) F e r g e r , Hans und Ehefrau Berta, geb.Stock.H.F.geb.am 1.8.08, Frau F. geb.am 21.1.09. Beider haben im Haus

Haus der Gestapo, Bonn, Kreuzbergweg 5, gewohnt. Bei dem Ehepaar F e r g e r soll es sich um das Hausmeisterehepaar gehandelt haben. Ferger sind am 28.6.1943 nach München verzogen.

Über die vorstehend aufgeführten Personen wird jetzt nach ihrem Aufenthalt geforscht, damit sie zur Sache vernommen werden können.


(Runge) Krim.-Meister

61
Düsseldorf, den 1. 10. 1964

V e r m e r k :

Feststellungen bei der Zentralen Besoldungs-u. Versorgungsstelle im Ministerium des Innern ergaben, dass dort über die genannten ehemaligen Angehörigen der Gestapo-Aussenstelle Bonn - ausser S e t t e l s - nichts bekannt ist.

Über S e t t e l s ist dort folgendes bekannt:

Franz S e t t e l s ,


geb. am 31.3.1904,

wohnhaft in M.-Gladbach, Hofstr.31.

S e t t e l s war zuletzt Krim.-Hauptkommissar in M.-Gladbach und ist seit dem 1.4.1964 pensioniert.

Bei der ZBVIM hat S. die Pes.-Nr.: 922 698/650.

Wie bekanntgeworden soll beim Innenministerium ein Vorgang über S. angelegt worden sein.


(Runge) Krim.-Meister

Zeugenvernehmung

In die Diensträume der Kriminalpolizei in Köln vorgeladen
erscheint der kaufm. Angestellte

Heinz F i e d l e r ,
geb. am 3.3.1900 in Köln,
wohnhaft in Köln-Ehrenfeld, Tieckstr.16,
und erklärt folgendes:

Zur Person:

Ich bin verheiratet mit Helene geb. Biesenkamp, geb. am 20.2.1898
in Solingen-Wald. Aus der Ehe sind 2 Kinder hervorgegangen:
1 Sohn im jetzigen Alter von 27 Jahren und 1 Tochter im jetzigen
Alter von 30 Jahren. Meine Eltern sind beide verstorben. Der
Vater hiess Otto Fiedler; die Mutter Gertrud, geb. Fleischer.

Noch zur Person:

Im März/April 1933 kam ich durch Empfehlung des damaligen Amt-
manns H i r s c h , der inzwischen verstorben ist, zum Polizei-
präsidium nach Köln und wurde als Verw.-Angestellter eingestellt.
In der ersten Zeit arbeitete ich in der Kfz.-Zulassungsstelle.
Danach wurde ich zur Waf enabteilung versetzt, die damals ein
Miesler leitete. Die Waff en-Abt. unterstand damals bereits der
Gestapostelle Köln. Eines Tages wurde Herr M i e s s e r durch
Erlass versetzt; sein Nachfolger wurde ein Einarniger, namens
P r ö m p e r aus Aachen, der Verw.-Sekretär war.
Am 1.4.1935 wurde ich durch Erlass des RFSS zur Gestapostelle
K ö l n versetzt, die damals in der Zeughausstr. (Regierungs-
gebäude) untergebracht war.

In der Stapostelle Köln wurde ich zuerst als Verw.-Angestellter
verwendet, habe den Fernschreiber bedient und vorwiegend Ge-
schäftszimmerdienst versehen.

Danach wurde ich zur Kripo nach Rheinbach kommandiert und dort als
Kriminalbeamter ausgebildet bzw. geschult. Als ich von Rhein-
bach zurückkam wurde ich zum Kriminal-Angestellten befördert.
Auf Grund meines vorgeschrittenen Alters, und da für mich keine
Aufstiegsmöglichkeiten vorhanden waren, bewarb ich mich nicht
um Übernahme in die Beamtenlaufbahn.

Bei der Gestapostelle Köln habe ich dann in verschiedenen Sachreferaten gearbeitet.

Etwa 1938 oder 1939 wurde die Aussenstelle Bonn gebildet. Zu diesem Zeitpunkt wurde ich mit anderen zur Gestapo-Aussenstelle Bonn, Leitstelle Köln, veretzt.

Dort versah ich zuerst Geschäftszimmerdienst, danach war ich in verschiedenen Sachreferaten tätig, und die meiste Zeit habe ich im sog. "Ausländerreferat" gearbeitet. Ich meine, dass ich von 1942 bis 1944 im Ausländer-Referat gearbeitet habe, jedenfalls von dem Zeitpunkt an, als die ersten Ausländer nach Deutschland kamen.

Auf Befragen:

Ich kann mich noch an folgende Beamte der Gestapoleitstelle Köln erinnern:

Reg.-Rat Dr. M ö l l e r , war zuerst Leiter der Gestapostelle Köln. Die weiteren Leiter wechselten häufig. Ich entsinne mich noch an den vorletzten Leiter: Oberregierungs-Rat Dr. S c h ä f f e r . Danach war bis zuletzt Leiter der Oberregierungs-Rat Dr. I s s e l h o r s t . Wie ich gehört habe, soll er aber tot sein.

Dann entsinne ich mich noch folgender Beamter, die in der Verwaltung tätig waren:

Pol.-Rat D o b r a n , war Leiter der Verwaltung.

Oberinspektor M i e s s e n e r , lebt heute in Leverkusen. Soweit ich mich erinnern lebt Herr Dobran heute in Lörrach/Baden.

Pol.-Insp. B r a u e r , lebt heute in Köln.

Von der Kripo waren folgende Beamte bei der Gestapoleitstelle Köln :

Im Judenreferat, in dem auch die Bibelforscher behandelt wurden: Krim.-Ober-Sekretär B r o t e s s e r , der heute in Rös Rath wohnt.

Im Referat für Statsfeinde und KPD-Angelegenheiten waren tätig:

Kein Verwandter, sondern ein Namensvetter des erstgenannten

Rohesser, Krim.-Obersekr. Heinrich B r o t e s s e r , der sich nach dem Krieg in Recklinghausen aufgehängt hat. Krim. -Sekt. T r i e r - w e i l e r , verstorben, Krim.-Sekretär Josef H o e g e n , wohnhaft in Köln-Braunsfeld, Aachener Str. 274 oder 288 (besitzt ein Feinkostgeschäft).

Im Referat für Abwehr waren tätig:

Krim.-Sekt. P ü t z , wohnt noch in Köln, Kriminalkommissar S c h m i t z , stammte aus Aachen und wohnt in Aachen.

Im Ausländer-Referat waren tätig:

Krim.-Schr. Willi ~~W~~e b e r , wohnhaft in Köln und beim Finanzamt Köln beschäftigt,

Krim.-Schr. M i c k i e s , verstorben,

Ich entsinne mich jetzt, dass wir in Köln noch einen Krim.-Schr. S c h l ü t e r hatten, der im Judenreferat gearbeitet hat. Schlüter war später auch in Bonn. Er ist inzwischen verstorben.

Ich entsinne mich weiter eines Kriminalkommissars K ü t t e r bei der Gestapoleitstelle Köln. Er hat sich während des Krieges erschossen.

Auf weitere Frage:

Ich entsinne mich an folgende Beamte der ehemaligen Gestapo-Aussenstelle B o n n :

Leiter: Kriminal-Rat P r o l l , wohnt in Köln in meiner Nähe, Sein Vertreter war ein Kriminalkommissar S e t t e l s . Wo der wohnt, weiss ich nicht. Dann hatten wir noch einen Kriminalkommissar, dessen Name mir aber entfallen ist.

Im Judenreferat waren tätig:

Kriminal-Sekretär S e i b e l , verstorben, der genannte Kriminal-Schr. S c h l ü t e r , auch verstorben.

Kriminal-Schr. L i e d t k e . Über sein Schicksal ist mir nichts bekannt. Liedtke war bis zuletzt in Bonn. Halt! Ich erinnere mich, dass er kurz vor Kriegsende zum Osten versetzt worden ist. Wohin, weiss ich aber nicht.

Kriminal-Sekretär W a p p l e r war genau wie ich im Ausländer-Referat tätig. Im Ausländerreferat habe ich hauptsächlich gearbeitet; Wappler nur aushilfsweise. Er hatte das Referat für Kommunisten-u. Staatsfeinde.

Ich entsinne mich an einen M ü s e l e r . Dieser war Verw.-Angestellter und versorgte das Gefängnis im Keller unseres Hauses. Wenn wir Leute zur Vernehmung vorgeführt haben wollte, hat er das besorgt. Die Gefangenen wurden von seiner Frau versorgt. Später wurde das Ehepaar F e r g e r mit diesen Aufgaben betraut.

In der Abwehr-Abteilung war ein gewisser R i c h a r z . An weitere Namen kann ich mich im Augenblick nicht erinnern. Es mag sein, dass mir im Verlauf der Vernehmung weitere Namen einfallen werden. Ich werde sie dann nennen.

Betonen möchte ich, dass der frühere Kriminalrat P r o l l meines Wissens eine Liste der früheren Gestapoangehörigen von Köln und Bonn besitzt.

Zur Sache:

Mit dem Gegenstand der Vernehmung bekanntgemacht erklärt der Zeuge F i e d l e r folgendes:

Eingangs dieser Vernehmung bin ich auf den § 55 StPO hingewiesen worden, der besagt, dass ich keine Aussagen machen brauche, wenn ich Gefahr laufen sollte, mich selbst zu belasten. Ich habe aber keine Bedenken irgendwelcher Art und will aussagen: Von 1938 an gehörte ich als Kriminal-Angestellter der Gestapo-Aussenstelle Bonn, Leitstelle Köln, an. Wie gesagt wurde ich in Bonn zuerst im Geschäftszimmerdienst verwendet, später habe ich in verschiedenen Referaten gearbeitet. Gegen Ende des Krieges, es kann 1942 gewesen sein, wurde ich hauptsächlich im Referat für Ausländerangelegenheiten verwendet.

Ich bearbeitete während meiner Tätigkeit in den Sachreferaten hauptsächlich kleinere Fälle; die grösseren Fälle, auf denen Einweisung in ein KL oder sogar "Sonderbehandlung" stand, wurden von Beamten der Referate bearbeitet. "Als kleiner Angestellter wurden mir diese Fälle nicht übertragen". Es war auch so, dass wir wohl in Sachreferate unterteilt waren; es kam aber vor, dass die einzelnen Beamten, so auch ich, in anderen Referaten aus-helfen mussten.

Ich entsinne mich, dass wir in Bonn zuerst als Leiter den Kriminal-Kommissar S e t t e l s hatten. Soweit ich weiss ist er 1941 oder 1942 zum Einsatz in den Osten gekommen. Wohin, weiss ich nicht. Nach ihm übernahm ein Kriminal-Kommissar L a n g e die Aussen-stelle der Gestapo in Bonn. Dieser L a n g e war dort bis Kriegs-ende tätig. Einige Zeit nach ihm -Lange kam meines Wissens von Aachen - wurde Leiter der Dienststelle bis zuletzt Kriminal-Rat P r o l l ; er kam aus Koblenz. Ich entsinne mich noch, dass der Kriminalkommissar Settels in Bonn zum Kriminal-Rat beför-dert worden ist.

Noch einmal auf L a n g e eingehend muss ich an dieser Stelle erklären, dass er sich sehr brutal benommen hat. "Er war immer für die Schlägerei zu haben". Er und L i e d t k e, sowie S e i b e l, die ich bereits erwähnt habe, waren ein richtiges Komplott. Soweit ich mich erinnere, und ich habe es bereits schon erwähnt, waren Seibel und Liedtke hauptsächlich im Judenreferat tätig. Ihnen wurden aber auch andere Aufgaben übertragen, die sozusagen "heikler Art" waren, da beide zu Brutalitäten neigten und ihre Vernehmungsoffer im Vernehmungszimmer zusammengeschlagen haben.

Ich entsinne mich jetzt, dass Kriminal-Kommissar L a n g e aus Aachen noch einen jungen Krim.-Schr.namens M ö l t g e n oder M ö l g e n mitgebracht hat.

Aus meiner eigenen Anschauung kann ich sagen, dass Leute wie L i e d t k e und S e i b e l für Exekutionen immer zu haben waren.

Wie bereits erwähnt, habe ich nur leichtere Fälle bearbeitet. Meistens waren es Diebstähle ,begangen von Fremdarbeitern z.N. ihrer Arbeitgeber, Fälle von Arbeitsscheu, Ungehorsam gegenüber dem deutschen Arbeitgeber usw. In den meisten Fällen wurden die Ausländer dann in ein Arbeitserziehungslager in Bonn auf die Dauer von 6 Wochen eingewiesen. In anderen, schwereren Fällen wurde an die Stapoleitstelle Köln Bericht erstattet und evtl. Einweisung in ein KL beantragt. Diese Berichte und Anträge habe ich jedoch nicht erstellt bzw.gemacht; sie wurden von höherer Warte vorgenommen. Mir selbst oblag nur die Ermittlungstätigkeit und die Vernehmungen.

Schwerere Fälle von Ausländern wurden von Beamten der Dienststelle bearbeitet, die dann auch die Ermittlungen und Vernehmungen geführt haben. Obwohl L i e d t k e und S e i b e l überwiegend im Judenreferat tätig waren übernahmen sie auch schwerere Fälle aus anderen Referaten, insbesondere auch aus dem Ausländer-Referat.

Mit mir ist nun der Fall der Erhängung eines polnischen Zivilarbeiters in einer Sand-oder Kiesgrube in M i e l durchgesprochen worden.

Dazu erkläre ich folgendes:

Ein solcher Fall ist mir nicht bekannt; ich habe ihn jedenfalls nicht bearbeitet. Auch vom Hörensagen her ist mir dieser Fall nicht bekannt. Wohl ist mir die Gemeinde Ludendorf bekannt. Ich kenne auch die Ortschaften Miel und Buschhoven. Mehr kann ich aber dazu nicht sagen.

Frage: Was meinen Sie denn, wer den Fall bearbeitet hat?

Antw.: Nach meiner Vermutung L i e d t k e und S e i b e l . Die haben immer die "kritischen Sachen" bekommen. Zu der Zeit war auch einziger Leiter in Bonn KK L a n g e . " Sonderfälle " habe ich nicht bekommen.

Frage: Wer wurde für solche Exekutionen abgeordnet und wer leitete sie?

Antw.: Geleitet wurden solche Exekutionen von dem Kriminal-Kommissar L a n g e . L i e d t k e war immer dabei, und auch S e i b e l .

Frage: Entsinnen Sie sich, ob bei solchen Exekutionen auch Angehörige der Stapoleitstelle Köln zugegen waren?

Antw.: Das kann möglich sein, dass 1 oder 2 Beamte aus Köln zugegen waren. Ich kann es aber nicht mit Bestimmtheit sagen.

Frage: Wie Ihnen mitgeteilt worden ist, wurde das deutsche Mädchen namens Maria W e b e r , dessen Name Ihnen aber nichts sagt, von einer Frau im Gefängnis der Stapostelle Bonn betreut. Welche Frau kann dies gewesen sein?

Antw.: Es kann nur die Ehefrau des Angestellten M ü s e l e r gewesen sein. Die Frau stammte aus Oberlar/Siegkreis. Herr und Frau M ü s e l e r waren für das Gefängnis zuständig. Müseler wurde später versetzt, wohin, weiss ich nicht. Das Ehepaar F e r g e r kam erst 1942 zu uns. 1944 ist Ferger eingezogen worden. Wohnt jetzt in Forsbach b. Köln.

Frage: Das deutsche Mädchen behauptet, es sei damals einem Arzt zur Untersuchung vorgeführt worden. Können Sie den Namen des dafür damals zuständigen Arztes angeben?

Antw.: Ja, es kann nur der damalige Medizinalrat Dr. E s s e r aus dem Gesundheitsamt in Bonn. ^{geliefert sein} Dem mussten damals sämtliche Leute vorgeführt werden. Er untersuchte sie auch auf Lager- u. Haftfähigkeit.

Frage: Hatten Sie bei der Stapostelle Bonn einen transportierbaren Galgen?

Antw.: Nein. Dieser Galgen befand sich bei der Leitstelle in Köln. Er wurde mit einem Lkw. transportiert und bestand aus 2 Balken mit einem Querbalken, an dem die Schlinge befestigt wurde.

Frage: Können Sie mir sagen, wieviele Exekutionen im Raum der Aussenstelle Bonn durchgeführt worden sind und wer sie ausgeführt hat?

Antw.: Ich weiss, dass im Raum der Aussenstelle Bonn mehrere Exekutionen durchgeführt worden sind. In den meisten Fällen war Grund dafür verbotener Umgang mit deutschen Frauen oder Mädchen. Auch mögen andere, schwerwiegende Fälle darunter gewesen sein. Zu allen Fällen kann ich mich nicht konkret äussern. Ausgeführt wurden solche Exekutionen vorwiegend von L i e d t k e und S e i b e l .

Frage: Was ist Ihnen über den Verbleib von L i e d t k e und S e i b e l bekannt?

Antw.: S e i b e l hat zuletzt in K r o p p a c h /Westerwald gewohnt und ist dort verstorben.

Über das Schicksal von L i e d t k e weiss ich nichts. Ich kann über die hier zur Debatte stehende Exekution nichts sagen und kann auch sonst keinerlei sachdienliche Angaben machen.

Erwähnen muss ich noch folgendes:

Unsere Gestapo.Aussenstelle lag im Haus Kreuzbergweg 5. In diesem Haus war auch die SD-Dienststelle Bonn untergebracht. Leiter der Dienststelle war damals der SS-Obersturmführer Dr. M ü l l e r , heute ca. Mitte 50 Jahre alt, von Beruf Zahnarzt, dessen Anschrift im Melderegister der Stadt Bonn zu ersehen sein darf.

Ausser dem Dr. Müller gehörten zu seiner Dienststelle noch 3 oder 4 niedrigere SS-Dienstgrade.

Ich entsinne mich auch, dass Dr.Müller ebenfalls bei den Exekutionen anwesend war.

Auf weitere Frage:

Ich weiss nicht, wer in solchen Fällen den Tod des Erhängten feststellen musste. Ich nehme an, dass es der örtliche Arzt war.

Wohin in solchen Fällen die Leichen verbracht worden sind, kann ich auch nicht sagen. Mir ist darüber nichts bekannt.

Mir sind eben noch 2 weitere ehemalige Angehörige der Stapoleitstelle Köln eingefallen:

Krim.-Schr. S c h n e e v o i g t , wohnhaft in Köln und beim Finanzamt Köln beschäftigt.

Krim.-Schr. B ö s e , ebenfalls beim Finanzamt Köln beschäftigt, jedoch in Rodenkirchen wohnhaft.

Ich muss auch sagen, dass viele ehemalige Angehörige der Stapoleitstelle Köln jetzt beim Finanzamt Köln als Steuer-Sekretär bzw. Steuer-Inspektor beschäftigt werden.

Ich kann nun nicht mehr zum ganzen Komplex sagen.

Die Niederschrift meiner Aussagen habe ich durchgelesen. Ich stelle fest, dass die Vernehmung korrekt geführt worden ist. An dem Inhalt der Niederschrift habe ich nichts abzuändern oder hinzuzufügen. Mit meiner nachstehenden Unterschrift erkläre ich mich mit der Abfassung der Niederschrift einverstanden.

Geschl.:

(Runge) KM

selbst gelesen-genehmigt
u. unterschrieben:

---Hinz-Friedrich---

Zeugenvernehmung

In seiner Wohnung, Köln-Ehrenfeld, Tieckstr.74, wird aufgesucht der Kriminalrat a.D.

Walter P r o l l ,
geb. am 23.1.1879 in Elberfeld,
verh., und erklärt, nachdem er mit dem Gegenstand der Vernehmung bekanntgemacht ist, folgendes:

Noch zur Person:

Am 1.7.1906 trat ich als Schutzmann der Schutzmannschaft in Köln bei. In der ersten Zeit wurde ich im Aussendienst verwendet, später im Innendienst. Nach Absolvierung eines Lehrgangs an der Höheren Polizeischule in Eiche b. Berlin wurde ich 1922 Polizei-Kommissar. 1925 trat ich freiwillig als Kriminalkommissar zur Kriminalpolizei Köln über.

Hier habe ich zuerst 1 3/4 Jahr das Sittenkommissariat geführt und anschliessend bis 1929 ein Betrugskommissariat. Ich wurde dann zur Politischen Polizei der sog. I A in Köln abgeordnet. Hier wurde mir das Dezernat "Kommunismus" zugeteilt. Nach Gründung der Staatspolizei wurde ich 1935 in diese endgültig übernommen. Ich behielt aber mein Dezernat bei. Im Mai 1935 wurde ich als Leiter für den Aussendienst zur Staatspolizeistelle Koblenz versetzt und dort zum Kriminal-Rat befördert. Hier hatte ich die Leitung des gesamten Aussendienstes. Koblenz war politisch gesehen eine sehr ruhige Dienststelle. Es waren wenig andersdenkende politische Männer dort. Überwiegend hatte ich die Schulung junger Beamten im Strafrecht übernommen. 1939 musste ich wegen Überalterung eigentlich ausscheiden. Auf Befehl vom RSHA wurde aber meine Dienstzeit auf unbestimmte Zeit verlängert. Nach Kriegsausbruch musste ich die Schulung einstellen und wurde Ende 1939 zur Staatspolizeistelle Köln versetzt. Hier wurde mir infolge Besetzung der höheren Beamtenstellen in Köln auf Wunsch die Aussendienststelle Bonn übertragen. Bonn war an und für sich eine kleine Dienststelle mit 6 oder 7 Beamten. Sie lagen in einem Gebäude am Kreuzbergweg. Es waren dort besondere Referate für die einzelnen Abteilungen eingerichtet, die von Kriminal-Sekretären und -Assistenten als

als Sachbearbeiter besetzt waren.

Bonn war politisch eine sehr ruhige Dienststelle. Auch waren wenig Ausländer dort.

Nach Kriegsausbruch wurden allerdings bei den Landwirten im Landkreis Bonn viele Ausländer, vor allem polnische Arbeiter, eingesetzt.

Zur Aussendienststelle Bonn gehörten

Stadtkreis Bonn,

Landkreis Bonn,

Euskirchen.

Mein Vorgänger in Bonn war zuerst Kriminal-Rat S e t t e l s , der bei Kriegsausbruch zur Geheimen Feldpolizei eingezogen wurde. Nachher war^{en} noch ein oder sogar mehrere Kommissare aus Köln dort. Einer von ihnen war Kriminalkommissar R o s e .

Mein

Im Sommer 1944 wurde ich wegen Überalterung von der Leitung der Bonner Dienststelle abgelöst. Meine Vertretung übernahm zuerst der damalige Krim.-Obersekretär Otto S c h l ü t e r . Schlüter ist 1947 verstorben. Er ist später , wie ich erfuhr, durch einen Kommissar L a n g e , der von Aachen kam, abgelöst worden. Er blieb aber auch nicht lange da und wurde durch einen Herrn, der von Frankfurt/M. kam, und dessen Name ich heute nicht mehr angeben kann, abgelöst.

Während meiner Dienstzeit in Bonn war der genannte S c h l ü t e r mein ständiger Vertreter. Er besaß Unterschriftsbefugnis.

~~Während~~ Nach meiner Ablösung habe ich keine Verbindung mehr mit der Aussendienststelle Bonn gehabt und sie auch nicht mehr aufgesucht. Sie ist bei einem Fliegerangriff vollständig zerstört worden. Nach meiner Ablösung übernahm ich in einer Kaserne in Köln die Beschulung von Angehörigen des Werkschutzes . Mit dem Vordringen der alliierten Truppen wurden diese Kurse aber eingestellt. Ich wurde dann als Quartiermacher für Gestapoangehörige im Bergischen Land eingesetzt. Mitte Februar 1945 habe ich bzw. bin ich mit einem mir als Hilfsarbeiter zugeteilten Zollsekretär nach Laubenzedel Krs. Gunzenhausen evakuiert. Von dort aus kehrte ich 1947 nach Köln zurück. Hier stellte ich mich sofort dem engl. Geheimdienst. Nach Überprüfung meiner früheren Tätigkeit bei der Gestapo wurde ich entlassen, und konnte in Köln wohnen bleiben.

1945 wurde ich endlich in den Ruhestand versetzt.

Ich habe seit meinem Fortgang von Köln- Bonn keinerlei Beziehungen bzw. Verbindungen mehr zu ehemaligen Gestapoangehörigen.

Auf Befragen:

Die Namen der Beamten, die ~~ich~~ damals mit mir bei der Staatspolizei, Ausendienststelle in Bonn tätig waren, kann ich ausser Sch l ü t e r , F i e d l e r , S e i b e l , (in Trier verstorben), und L i e d t k e nicht angeben. Desgleichen nicht von den weiblichen Angestellten. Wo L i e d t k e nach Kriegsende verblieben ist, kann ich nicht sagen. Ich habe ihn nicht mehr gesehen. In Köln oder Umgebung wohnt er auf jeden Fall nicht.

Anmerkung:

Dem Zeugen werden jetzt einige hier bekannte Namen ehemaliger Angehöriger der Stapo Bonn genannt.

Er erklärt dazu folgendes:

K u s s ist mir bekannt. Er war Krim.-Sekretär und war für die Erledigung kleinerer Ermittlungen von unbedeutender Art eingesetzt.

R i c h a r z ist mir bekannt. Er war Kriminal-Sekretär und in der Abt. Abwehr tätig.

L i e d t k e war ein "übler Knabe", ich komme später auf ihn zu sprechen.

W a p p l e r war Oberassistent. und hat mit Richarz zusammen in der Abteilung für innere und äussere Abwehr gearbeitet.

M ü s e l e r war Verw.-Angestellter und bei der Dienststelle in Bonn auf dem Büro tätig. Er wurde im Sommer 1942 zur Leitstelle nach Köln versetzt. Was aus ihm geworden ist, weiss ich nicht. ~~Sein~~ Müseler und seine Frau versorgten auch das Haus und den Keller, in dem unsere Häftlinge untergebracht wurden. Nachfolger von Müseler wurde das Ehepaar Ferger.

Ferger kam nach dem Fortgang von Müseler zu uns , Kreuzbergweg, und wohnte mit seiner Frau im Dienstgebäude.

Seine Frau versorgte die weiblichen Häftlinge, genau wie vorher Frau Müseler.

Der Name K o l b ist mir unbekannt. Ich kann mich nicht erinnern, dass damals in unserem Haus eine Anna K o l b gewohnt hat.

Auf Befragen:

Die Sachreferate bei mir in Bonn waren damals wie folgt aufgeteilt:
Karteiführung und Auskunftserteilung:

Krim.-Angestellter F i e d l e r

Innere und äussere Abwehr:

KS R i c h a r z , reine Abwehr,

KS K u s s , ihm als Hilfskraft zugeteilt

Judenreferat

KS S e i b e l

Kommunisten und Staatsfeinde

Krim.-Oberassistent W a p p l e r .

Ausländerreferat:

KS L i e d t k e

Auf weitere Fragen:

Ich entsinne mich nicht mehr der Namen von ehemaligen Gestapo-angehörigen der Gestapo-Leitstelle Köln. Ich entsinne mich nur eines Leiters mit Namen L i s c h k a . Der Name des letzten Leiters ist mir nicht mehr bekannt. Die Leiter wechselten häufig. Dass Dr. Isselhorst zuletzt Leiter der Gestapoleitstelle Köln war, stimmt nicht.

Es stimmt nicht, dass ich eine Liste ehemaliger Gestapoangehöriger habe. Ich habe wohl eine Liste ehemaliger Kriminalkommissare von Köln. Diese Namen datieren aber aus der Zeit von 1930.

Zur Sache:

Nachdem mir der Sachverhalt bekanntgegeben worden ist erkläre ich dazu folgendes:

Von der Exekution dieses Polen in einer Sand-oder Kiesgrube in der Gemeinde Ludendorf im August 1941 ist mir nichts bekannt. Ich war zu diesem Zeitpunkt wohl Leiter der Aussenstelle Bonn. Ich kann nur annehmen, dass diese Exekution während meiner Urlaubszeit stattgefunden hat. Hierfür spricht folgendes:

- 1.) Ich habe weder dem SD, der SA oder SS angehört, noch einer Partei und habe nie Uniform getragen.
- 2.) Da ich gehört habe, dass bei der Exekution uniformierte Beamte zugegen waren, kann ich aus vorstehend Gesagtem nicht dabei gewesen sein.

Ich muss dazu bemerken, dass in meiner Dienststelle nur ein Beamter Uniform trug, und zwar war dies der KS L i e d t k e , der die Uniform des SD trug.

Mir ist aber auch später von dieser Exekution nichts bekanntgeworden.

Es kann aber sein, dass nach Beendigung meines Urlaubs, oder später, auf meine Frage nach dem exekutierten Polen gesagt worden ist, die Angelegenheit sei von einem Kommando aus Köln erledigt worden. Es wäre alles in Ordnung. Mit dieser Antwort habe ich mich dann zufrieden gegeben.

Einzelheiten hierüber wurden mir nicht gesagt. Ich habe auch nicht danach gefragt.

Auf Frage:

Die Dinge kamen gewöhnlich wie folgt an uns heran: entweder erstattete ein Landjäger (Gendarm) oder ein Angehöriger eines Bauernhofes Anzeige über solche Vorkommnisse - sittliche Verfehlungen zwischen polnischen Arbeitern und deutschen Frauen-. Beide wurden vernommen ,sowie etwaige Zeugen. Die Vernehmungen mussten in mehrfacher Ausfertigung geschrieben werden. Anschliessend mussten Mann und Frau von einem Amtsarzt auf ihre rassische Zugehörigkeit untersucht werden. Der Mann, ob er evtl. eindeutschungsfähig war. Dann musste die Bescheinigung eingeholt werden, dass dem Polen das Verbot des Verkehrs mit deutschen Frauen bekannt war, sowie die Folgen bei etwaigen Verstössen. Die Verhandlungen mussten in 3-facher Ausfertigung geschrieben und nach Köln zwecks Vorlage an das RSHA weitergeleitet werden. Dem Manne musste ein Schutzhaftbefehl ausgestellt werden, mit dem er in das zuständige Gerichtsgefängnis eingeliefert wurde. Gewöhnlich nach einigen Monaten kam dann vom RSHA Berlin der Bescheid zurück, was mit dem Manne zu geschehen sei, sowie, ob über die Frau auch Schutzhaft zu verhängen sein. Bei dem Mann kam infrage:

- 1.) Sofern er nordischer Typ war - Überführung in ein Bewährungslager- oder
- 2.) Verhängung von Schutzhaft
- 3.) Exekutierung
- 4.) Entlassung.

Zugleich wurde angeordnet, unter welchen Umständen und Beachtung welcher Gesichtspunkte eine etwaige Exekutierung durchzuführen war. Sie musste an einer nicht einsehbaren Stelle (hier z.B. die Kiesgrube) durchgeführt werden.

Dem Mann musste 24 Stunden vorher Kenntnis gegeben werden. Ferner mussten von der bevorstehenden Exekutierung unterrichtet werden: der zuständige Landrat
die Polizeibehörde
der Ortsgruppenleiter

der Leiter der Gendarmerie
der Kreisamtsarzt

die Dienststelle beim anatomischen Institut bei der Universität Bonn wegen der Übernahme der Leiche .

Anwesend sein mussten auch einige Bürger des Bezirks.

Ferner mussten sämtliche in dem Ortsbezirk und Umgebung beschäftigten polnischen Arbeiter auf dem Richtplatz erscheinen. Sie wurden dort darüber aufgeklärt, aus welchen Gründen die Exekution stattfand, und zwar durch Verlesen des Exekutionserlasses. In allen Fällen machte dies L i e d t k e .

Anwesend sein mussten bei der Exekution auch der Leiter der Dienststelle, also ich, und alle abkömmlichen Beamten der Dienststelle. Wenn ich nicht abkömmlich war vertrat mich der KOS Schlüter, bzw. musste es dann der Gestapoleitstelle Köln gemeldet werden. Von ~~den~~ den Beamten musste möglichst einer polnisch sprechen können, um den anwesenden polnischen Arbeitern den Erlass über die bevorstehende Exekution zu erklären. L i e d t k e konnte ein paar Brocken Polnisch.

Auf Befragen:

Soweit ich mich erinnere marschierten die polnischen Arbeiter nach vollendeter Exekution an den Gerichteten vorbei, wobei sie nochmals auf dessen Verfehlung hingewiesen wurden.

Dass die Polen dem Erhängten die Hände befühlen musste, ist mir nicht bekannt.

Auf weitere Frage:

Die Exekution wurde an einem Galgen, der auf Anordnung des damaligen Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD, Dr.

N o c k e m a n n , gefallen im Kriege, angefertigt wurde, ausgeführt. Dieser Galgen wurde auf meiner Dienststelle aufbewahrt.

Er bestand aus 2 Längsbalken und einem Querbalken, der oben angeschraubt wurde. In ihm war ein Ring befestigt bzw. Rolle, über die eine Schnur lief, die an der Seiter herunter hing.

Unter dem Galgen wurde ein Tisch aufgestellt, der in der Mitte eine herabfallende Platte hatte. Der Delinquent bekam vorher eine Kaputze über den Kopf, musste auf den Tisch steigen, und dann wurde die Platte, die von 2 Querleisten gehalten wurde, herausgezogen, worauf der Delinquent hindurchfiel. Nach etwa 10 Minuten stellte der Amtsarzt den Tod des Exekutierten fest.

Der Amtsarzt stellte die Todebescheinigung aus und die Leiche wurde dem amtierenden Arzt der Universität Bonn zu anatomischen Zwecken übergeben.

Vor der Exekution wurde die Heimatanschrift des Delinquenten festgestellt, zwecks Benachrichtigung der Angehörigen durch das Reichssicherheitshauptamt.

Nach der Exekution musste dem zuständigen Standesamt von dem Leiter der Exekution Anzeige erstattet werden.

Die Leiche wurde vor dem Abtransport zur Universität Bonn fotografiert.

Nach der vollendeten Exekution musste in jedem Fall ein Bericht über die Durchführung unter Angabe der Teilnehmer resp. Zuschauer gefertigt und dem Bericht, der nach Berlin erstattet werden musste, beigelegt werden.

Von Dr. Nockelmann, meinem Inspekteur, wurde mir gelegentlich eines Besuches erklärt, dass beim RSHA eine besondere Abteilung bestände, die in einem Verfahren zu entscheiden hätte, was in allen solchen Fällen mit dem Polen zu geschehen sei.

Auf Befragen:

Nein, den Namen des Kreisamtsarztes weiss ich nicht mehr.

Ich kann über die hier interessierende Exekution keine konkreten Angaben machen. Wenn sie durchgeführt worden ist, so geschah dies unter Berücksichtigung der damals geltenden Bestimmungen, Auslegungen und Vorschriften.

Soweit ich mich erinnere wurde Liedtke nach Köln versetzt, kam zu einem Kommissaranwärter-Kursus und ist dann weiter versetzt worden. Wohin, weiss ich nicht.

Die Niederschrift der Vernehmung ist mir bekannt. Ich erkläre, dass ich gegen die Art und Weise der geführten Vernehmung keine Einwände habe und bestätige meine Anerkennung durch meine nachstehende Unterschrift.

Geschl.:

(Runge) KM

Handwritten signature

Zeugenvernehmung

In die Diensträume der Kriminalpolizei Gummersbach vorgeladen
erscheint der Steuer-Obersekretär beim Finanzamt Gummersbach

Fritz W a p p l e r ,
geb. am 20.1.1904 in Gebersdorf/Thür.,
verh.mit Magdalene geb.Hahne,Kinder: 2, davon
1 im jetzigen Alter von 29 Jahren, das andere
im jetzigen Alter von 23 Jahren, beide Kinder
sind Mädchen und verheiratet.
Eltern: Richard Wappler und Anna geb.Arnold,
beide verstorben, Deutscher, nicht vorbestraft,
und erklärt folgendes:

Noch zur Person:

Am 22.4.1924 trat ich auf Grund meiner Bewerbung als Pol.-Anwär-
ter in die Polizeischule Hann.-Münden ein. Ich kam gleich darauf
zur Schutzpolizei nach Mülhausen.

Am 30.1.1926 wurde ich zur Schutzpolizei nach Köln versetzt.

Am 22.4.1936 schied ich nach 12-jähriger Dienstzeit aus dem Dienst
aus und wurde Versorgungsberechtigter. Als solcher meldete ich mich
zur Kriminalpolizei.

Im Sommer 1936 erhielt ich eine Einberufung zur Gestapo nach Trier,
der ich jedoch keine Folge leistete.

Ende Sept. 1936 erhielt ich eine Einberufung zur Gestapo K ö l n ,
der ich diesmal Folge leistete.

Ich wurde als Kriminal-Assistent eingestellt und arbeitete über-
wiegend im Geschäftszimmer und in der Tagebuchführung bis zu meiner
späteren Versetzung nach Bonn.

Am 1.4.1938 erfolgte meine Versetzung zur damals geschaffenen
Gestapo-Aussenstelle Bonn der Stapoleitstelle Köln.

Auch dort arbeitete ich zuerst im Archiv und in der Karteiführung.
Später, als der Polenfeldzug begann, und die jüngeren Kollegen zum
Einsatz nach Polen kamen, wechselte ich meine Arbeit und war in
verschiedenen Referaten, auf die ich später noch zu sprechen komme,
tätig.

Auf der Stapostelle Bonn war ich bis 1.10.1943 tätig. Dann wurde

Dann wurde ich zu diesem Zeitpunkt zur Gestapo nach Kassel versetzt. Ich erkrankte später an einer Lungenentzündung, kam in stationäre Behandlung bzw. in eine Lungenheilstätte. Bei der Gestapo in Kassel war ich bis Januar 1945. Dann erkrankte ich erneut an einer Lungenentzündung und kam in ein Krankenhaus. Von dort wurde ich später zu der Wohnung meiner Frau nach Derschlag b. Gummersbach entlassen. Dann habe ich mich nicht mehr bei der Stapo Kassel gemeldet.

Nach dem Umbruch wurde ich zuerst in Wuppertal, dann Hemer und zuletzt in Isselheide interniert. Am 10.11.1947 wurde ich aus dem Internierungslager entlassen.

Es wurde auch gegen mich ein Spruchkammerverfahren vor der Bielefelder Spruchkammer anhängig gemacht, in dem ich wegen Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation zu 1 Jahr Gef. bestraft wurde. Die Strafverbüßung wurde auf die Internierungshaft angerechnet. Eine Geldstrafe oder Geldbusse habe ich nicht erhalten.

Seit dem 10.11.1952 bin ich auf Grund meiner Bewerbung beim Finanzamt in Gummersbach beschäftigt und werde dort z.Zt. als Steuer-Sekretär geführt. Die Dienstzeiten bei der Polizei, mit Ausnahme ~~der~~ der Dienstzeiten bei der Gestapo sind mir bei meiner Einstellung beim Finanzamt Gummersbach angerechnet worden.

Auf Befragen:

Ich kann mich noch an folgende ehemalige Beamte bzw. Angehörige der Gestapostelle K ö l n erinnern:

Oberregierungsrat I s s e l h o r s t . Er wurde später von den Franzosen, nachdem er geflüchtet war, erschossen. War Leiter der Gestapo Köln. Ein weiterer Leiter der Gestapo Köln ist mir mit dem Oberregierungsrat S p r i n z noch bekannt.

Ich entsinne mich auch des Kriminal-Direktors P f i t z , der Aussenleiter war. Dann entsinne ich mich noch, des Kriminal-Rats S e t t e l s , der später die Aussenstelle Bonn übernahm.

S e t t e l s leitete in Köln die Abt. II a, in der Kommunisten und Staatsfeinde behandelt wurden. Dieser Abteilung gehörte auch ich mit mir noch jetzt namentlich bekannten Beamten an:

K ü t t e r , hat sich erschossen,

T r i e r w e i l e r , ist tot,

Obersekr. H ö g e n , lebt in Köln,

Sekretär G i e s e l e r , kam später mit nach Bonn und lebt jetzt in Köln.

Dann entsinne ich mich noch weiterer ehemaliger Angehöriger der

der Gestapostelle Köln:

Krim.-Schr. Willi W e b e r , ist Hauptsekretär beim Finanzamt Köln

" " S t r a n g , lebt in Köln und ist beim Finanzamt Köln
beschäftigt,

" " H o n n e c k e r , lebt in Bonn und war dort beim
Finanzamt beschäftigt,

" " S c h n e e v o i g t , wohnt in Bergisch -Gladbach und
ist beim dortigen Finanzamt beschäftigt.

Auf weitere Frage:

An ehemalige Angehörige der Gestapo-Aussenstelle Bonn kann ich mich
auch erinnern:

Leiter war zuerst der bereits genannte Kriminal-Rat S e t t e l s ,
der im August 1939 zum Einsatz nach Polen kam. Sein Nachfolger wurde
Kriminal-Rat P r o l l , der, als ich 1943 versetzt wurde, noch
Leiter in Bonn war. Sein ständiger Vertreter mit Unterschriftsbefug-
nis war der Kriminal-Obersekretär S c h l ü t e r . Ein weiterer
Oberbeamter der Gestapo-Aussenstelle Bonn ist mir nie bekanntge-
worden. Der Name des Kriminalkommissar L a n g e besagt mir nichts.
Während meiner Zugehörigkeit zur Gestapo Bonn war dieser Lange nicht
dort.

Die Gestapo-Aussenstelle Bonn war wie folgt aufgegliedert und
besetzt:

Kartei u. Archiv, sowie Rückwanderer:

In dieser Abteilung habe ich zuerst gearbeitet. Nach Versetzung der
jüngeren Kräfte zum Einsatz nach Polen verschob sich die ganze Be-
setzung der Referate, so dass ich auch in anderen Referaten ausge-
holfen habe. So in Wirtschaftssachen, zweitweise in der Spionageab-
wehr, Bearbeitung von Heimtückeangelegenheiten, Abnahme und Kontrolle
der Unterkünfte für ausländische Arbeiter.

Judenreferat, das auch Kirchenangelegenheiten und Bibelforscher
bearbeitete:

Bis 1939 hat hier der KS K l e e b e r g gearbeitet. Nach ihm über-
nahm KS S e i b e l , der von der Kripo kam, dies Referat.

Ausländerreferat:

KS L i e d t k e , war später Kommissar-Anwärter , und
Krim.-Angestellter F i e d l e r

KPD-Angelegenheiten und Staatsfeinde:

Bis 1939 KS G i e s e l e r , der auch zum Osten kam,
danach KS K u s s

Heimtückeangelegenheiten:

KS H e r m a n n s ,
KS J a n n i n g
KS S c h n e i d e r

Wirtschaftsangelegenheiten

L o h n

Abwehr:

R i c h a r z

Kraftfahrer:

C o e n e n .

Auf besondere Frage:

Über das Schicksal von Kleeberg und Seibel ist mir nichts bekannt. Kriminal-Rat Proll lebt noch in Köln, Schlüter soll verstorben sein, und zwar in Köln.

Über das Schicksal von L i e d t k e , L o h n weiss ich auch nichts. J a n n i n g muss irgendwo in Schlesien verstorben sein. H e r m a n n s soll noch in Köln leben und sich journalistisch betätigen. Ich habe von ihm einmal einen Artikel .. ich muss berichtigen: Ich habe mal gehört, dass er für den "Verband ehemaliger Preussischer Beamter" tätig sein soll.

S c h n e i d e r ist in Norwegen verstorben.

Über R i c h a r z ist mir nichts bekannt.

Über C o e n e n habe ich auch nichts gehört. Seine Frau hat nach dem Kriege in Bergneustadt gewohnt.

Wie ich bereits erwähnt habe, kamen die jüngeren Beamten der Gestapo-Stelle Bonn bei Ausbruch des Polenfeldzuges zum Einsatz nach dem Osten. Um diese Zeit, etwa August 1939, kam auch der damalige Leiter der Dienststelle, Kriminal-Rat S e t t e l s , zum Einsatz. Nachdem die Dienststelle von dem Kriminal-Rat P r o l l übernommen war arbeitete ich auch nicht mehr ausschliesslich im Archiv und der Karteiführung, sondern war aushilfsweise in verschiedenen Referaten tätig.

Zur Sache:

Mit mir ist der Sachverhalt einer Exekution durchgesprochen worden. Ich wurde auch darauf hingewiesen, dass ich keine Aussagen machen brauche, wenn ich Gefahr laufen sollte, mich selbst zu belasten. Ich will aber aussagen, da ich nichts zu verschweigen habe:

80

Ich äussere mich dazu wie folgt, jedoch vorerst allgemein:

Meines Wissens sind damals im Bereich der Gestapo-Aussenstelle Bonn 5 oder 6 Exekutionen vorgekommen. Soweit mir erinnerlich war in allen diesen Fällen Grund der Exekution der verbotene geschlechtliche Verkehr zwischen Polen und einem deutschen Mädchen bzw. einer deutschen Frau.

Mir ist bekannt, dass die polnischen Kriegsgefangenen damals einen Passus unterschreiben mussten, wonach sie Kenntnis genommen hatten, dass jeglicher Verkehr mit einer deutschen Frau oder einem deutschen Mädchen strengstens bestraft wird; dass bei Ausführung des Geschlechtsverkehrs sogar die Todesstrafe darauf stand. Als die Kriegsgefangenen später in den Status von Zivilarbeitern kamen mussten sie noch einmal diesen Passus unterschreiben, wonach also unter Androhung der Todesstrafe jeglicher Verkehr mit deutschen Frauen verboten war.

Ich persönlich verstand deshalb damals die Polen nicht, dass sie trotz solcher Androhungen Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen hatten.

Aus diesem Grund kamen deshalb auch die Exekutionen in unserem Raum zustande.

Bemerken muss ich, dass Sachbearbeiter in solchen Dingen der damalige Krim.-Sekretär und spätere Kommissar-Anwärter L i e d t k e war. Ich weiss aber auch, dass der Kriminal-Rat P r o l l sich meistens die Leute vorführen liess und sie zuerst selbst vernahm. Er wollte unter allen Umständen zuerst ein Ergebnis haben. Ansonsten war Liedtke für diese Dinge federführend.

Auf Frage: Nein, F i e d l e r hatte mit diesen Dingen nichts zu tun. Er war nur Kriminal-Angestellter.

Wenn die Angelegenheit ermittlungsmässig geklärt war wurde der Vorgang zur Gestapo-Leitstelle Köln abgegeben, die weiter nach Berlin zum RSHA berichtet hat. In den meisten Fällen kam dann nach einigen Monaten der Befehl zur Exekution des oder der Polen.

Solche Exekutionen wurden gewöhnlich wie folgt ausgeführt:

Der Kriminal-Rat P r o l l hatte vorher amtliche Vertreter als Zeugen benachrichtigt, wie den Landrat, Bürgermeister, Partei, Polizei usw. Daneben mussten Volkstumsangehörige des Delinquenten hinzugezogen werden. Der örtliche Gendarm musste auch zugegen sein. Proll selbst fuhr in allen Fällen mit zur Richtstätte und befahl 3 oder 4 Beamte seiner Dienststelle ebenfalls nach dort. Ausserdem war in allen Fällen L i e d t k e auch dort, der als einziger von uns eine Uniform trug. Es war eine feldgraue Uniform mit "SD-Abzeichen".

In diesen Fällen war auch L i e d t k e derjenige, der das Urteil verlas und die Ausführung der Exekution am Richtplatz bestellte. In allen Fällen führten 2 polnische Staatsangehörige, die auch Zivilarbeiter waren, die Erhängung durch. Sie wurden vorher ausgesucht.

Von Bonn ,also von unserer Aussenstelle, kamen gewöhnlich 4 Wagen: 1 Lastkraftwagen mit dem transportierbaren Galgen und den beiden polnischen Angehörigen, die die Exekution vorzunehmen hatten, in einem Pkw. sass Prohl alleine, in den beiden anderen Pkw. sassen L i e d t k e und weitere als Zuschauer zur Richtstätte beordnete Beamte. Ich selbst habe 2 solcher Exekutionen miterlebt und schildere den Ablauf wie folgt:

An der Richtstätte wurde der Galgen aufgestellt und montiert. Er bestand aus 2 Längsbalken und einem Querbalken. In der Mitte des Querbalkens verlief eine Rolle, über die ein Seil befestigt war mit einer Schlinge, die dem Delinquenten um den Hals gelegt wurde. An der Richtstätte wurde der Delinquent dem Gendarmen übergeben, der ihn fesselte und zum Galgen führte. Unter dem Galgen war ein Tisch aufgestellt, der in der Mitte eine versenkbare Platte hatte. Der Delinquent bekam nun von seinen polnischen Landsleuten den Strick um den Hals gelegt und gleichzeitig 1 Kaputze über den Kopf gestülpt. Meines Wissens nach wurden dem Opfer die Hände auf den Rücken gefesselt. Danach verlas L i e d t k e das Urteil den anwesenden Zeugen und den angetretenen Polen vor und gab den beiden polnischen Helfern ein Zeichen, die daraufhin die Platte lösten, worauf der Delinquent nach unten fiel und so erhängt wurde.

Nachdem der Tote einige Zeit gehangen hat wurde er von einem Kommando des anatomischen Instituts der Universität Bonn unter Aufsicht eines amtierenden Universitätsarztes abgenommen und in einen provisorischen Sarg gelegt, mit dem das Kommando dann mit einem Wagen weggefahren ist. Vorher wurde meines Wissens noch der Tod des Erhängten durch den Amtsarzt, dessen Name ich aber nicht mehr weiss, festgestellt.

In allen Fällen machte dann L i e d t k e nach beendeter Exekution Kriminal-Rat P r o h l über den Vollzug Meldung.

Konkret erinnere ich mich heute an 2 Exekutionen, zu denen ich durch Kriminal-Rat P r o h l hißeordert wurde:

1939 oder Anfang 1940 in Bonn - Beuel:

Hier wurden in einem Steinbruch 2 Polen erhängt wegen verbotenen Umgangs mit deutschen Frauen. Die Art und Weise und die Ausführung der Hinrichtung vollzog sich so, wie ich es vorstehend geschildert habe.

Anwesend waren:

Kriminal-Rat P r o l l , der war i m m e r dabei.

L i e d t k e ,

S c h l ü t e r ,

und noch einige Beamte der Dienststelle, die ich aber namentlich nicht mehr angeben kann.

Ausserdem waren u.a. anwesend der damalige Bürgermeister von Beuel, dessen Name mir entfallen ist; er wurde aber gleich nach 1945 entlassen, und der der damalige Pol.-Inspektor von B e u l , S c h l i e r s b a c h .

1940 wurde bei Euskirchen 1 Pole erhängt:

Auch diesem Polen wurde vorgeworfen, mit einem deutschen Mädchen oder einer deutschen Frau Geschlechtsverkehr gehabt zu haben.

Den genauen Ort der Erhängung kann ich nicht mehr angeben. Es war bei Euskirchen auf einer Anhöhe.

Anwesend waren:

Krim. - Rat P r o l l .

Kriminal-Sekretär F r e n z e l von der Gestapo-Leitstelle Köln
(er führte dort das Ausländer-Referat, oder war in ihm beschäftigt). Warum Frenzel damals an Stelle von L i e d t k e bei der Exekution zugegen war und das Urteil verlesen hat, weiss ich nicht. Frenzel war jedenfalls, genau wie Liedtke immer in Uniform.

JS S e i b e l und noch 1 oder 2 Beamte ausser mir .

Ausserdem waren u.a. zugegen einige Herren des Landratsamtes Euskirchen und die Polizei.

Die Hinrichtung vollzog sich wie in der bereits vorbeschriebenen Weise.

An dieser Stelle muss ich einflechten, dass das Gerücht ging, der Galgen sei extra auf Anordnung und nach den Wünschen des Krim.-Rats P r o l l gefertigt worden. Die als Helfer für die Exekutionen bestimmten beiden Polen wurden später von Proll bzw. Liedtke extra in einer Schreinerei beschäftigt, damit man sie stets in der Nähe hatte.

Ich entsinne mich, dass eine kommunistische Zeitung 1948 in Bonn den Krim.-Rat P r o l l hart angegriffen hat, und ihm Judenexekutionen vorgeworfen hat. Welche Zeitung das war, weiss ich nicht; es kann die "Volksstimme" oder "Volksecho" oder so ähnlich gewesen sein. Diese Zeitung behauptete bereits damals, dass der Galgen von P r o l l extra entworfen worden ist.

Auf Vorhalt:

Nein, an den Fall des Polen, der in der Sandgrube bei M i e l erhängt worden ist, entsinne ich mich nicht. Ich bin auf keinen Fall bei dieser Exekution zugegen gewesen. Mir ist darüber auch nichts bekannt.

Nachdem der Vernehmende mit mir den Sachverhalt durchgesprochen hat meine ich mich zu entsinnen, im Archiv einmal eine Akte über den GV zwischen einem Polen und einem deutschen Mädchen gelesen zu haben, wobei die Sache damals nicht ganz klar war. Wie ich nun heute höre, soll das deutsche Mädchen damals lt. Ärztlicher Untersuchung noch nicht einmal defloriert gewesen sein. Es kann sein, dass dies der Fall ist. Ich bin nun darüber erstaunt, dass trotzdem der Pole erhängt worden ist. In solchen Fällen brauchte KR Proll den Vorgang doch gar nicht an Köln abgegeben; es lag doch in seinem freien Ermessen, zumal die Sache ja dann wirklich nicht ganz geklärt war. Leider ~~kann~~ kann ich mich aber über diesen Fall nicht konkret ausdrücken.

Ich kann nicht mehr sagen.

Abschliessend möchte ich festgehalten haben, dass ich zu den 2 von mir beschriebenen Exekutionen von KR P r o e l l mit anderen Beamten unserer Dienststelle beordert worden bin. Ich hatte mich mehrmals dagegen gewehrt und habe durch Herrn Proell dadurch viele Nachteile gehabt

Auf Frage:

Zu den Hinrichtungsstätten wurden wir von dem Kraftfahrer C o e n e n gefahren.

Abschliessend kann ich betonen, dass die Vernehmung korrekt geführt worden ist. Ich habe die Niederschrift meiner Aussagen durchgesehen und habe nichts abzuändern oder hinzuzufügen. Durch meine nachstehende Unterschrift erkläre ich mich mit der Abfassung der Vernehmung voll und ganz einverstanden.

Bemerken möchte ich auch, dass ich bei den Hinrichtungen nie zugehen habe, d.h. ich habe mich hinter andere Zeugen gestellt und beim Vorgang der Hinrichtung den Kopf weggedreht.

selbst gelesen-genehmigt
u. unterschrieben:

Geschl.:

(Runge) Krim.-Meister

84

Düsseldorf, den 13.11.1964

B e r i c h t :

In die Diensträume der Kriminalpolizei Mönchen-Gladbach fand sich heute der Krim.-Hauptkommissar a.D.

Franz S e t t e l s ,

geb. am 31.3.04,

wohnhaft in M.-Gladbach, Hofstr.31,

ein, der um 10.00 Uhr von hier aus nach dort bestellt war.

Nachdem mit dem Zeugen der Grund seiner Vorladung besprochen war erklärte er folgendes:

" S e t t e l s war zeitweise, spätestens bis 26.8.1939, Leiter der Gestapo-Aussenstelle Bonn. Am 26.8.1939 wurde er zur Geheimen Feldpolizei eingezogen und hielt mit Ausnahme seiner Urlaubszeiten überwiegend in den Niederlanden auf. Da er zu diesem Zeitpunkt mit seiner Familie noch im Haus der Gestapo, Kreuzbergweg 5, wohnhaft war, entsinnt er sich eines Vorfalls im Garten des Grundstücks, der sich bereits nach seiner Kommandierung zur GFP ereignet hat: Settels hat einmal im Garten einen transportierbaren Galgen gesehen, dessen Stützbalken einen Ø von etwa 25 cm hatten. Zu diesem Zeitpunkt war der Galgen jedoch noch nicht restlos fertiggestellt, da Settels am Querbalken keine Eisenrolle mit der Schnur gesehen hat. Ausserdem hat er da auch noch keinen Tisch mit der versenkbaren Platte gesehen. Da einige Anwohner der Strasse auf das Grundstück und in den Garten sehen konnten hat Settels die Gestapo-Dienststelle gebeten, den Galgen aus dem Garten zu entfernen und zumindest versteckt zu halten; allein auch schon wegen der Kinder. Wer die Anfertigung dieses Galgens angeordnet hat, weiss Settels nicht. Er weiss auch nicht, wo und durch wen der Galgen gefertigt worden ist.

Über besondere Vorkommnisse, z.B. über die hier interessierenden Tötungen von Fremdarbeitern, kann Settels nichts sagen, da er zu dem Zeitpunkt nicht mehr Leiter der Gestapo-Aussenstelle Bonn war und auch bereits während des Krieges verzogen ist.

Auf Befragen gab Settels weiter noch folgendes an:

Während seiner Amtstätigkeit in Bonn war sein Stellvertreter der Krim.-Obersekretär S c h l ü t e r . Ausser den hier bereits bekannten Namen erinnert Settels sich noch eines Krim.-Oberassistenten Willi P r e l l b e r g , der im Judenreferat in Bonn tätig war, aber während des Krieges in Russland gefallen ist.

An Karl L i e d t k e entsinnt sich Settels ebenfalls genau:
Soweit Settels weiss lebt dieser L i e d t k e heute bestimmt noch
Liedtke hat den Zeugen Settels vor etwa 10 oder 8 J hren mal in
Mönchen-Gladbach aufgesucht. Liedtke fuhr damals einen "grossen
Wagen" und kam mit seiner Frau. Nach seinen Ausserungen soll er
heute kaufm. Angestellter in leitender Stellung bei einer Holz-
grosshandlung oder bei einem Sägewerk in Westfalen oder im Sauer-
land beschäftigt sein. Leider kann Settels sich heute nicht mehr
an weitere Einzelheiten erinnern. Er weiss nur, dass ihm Liedtke
gesagt hat, er sei nach dem Krieg unter einem falschen Namen
"untergetaucht" und habe sich nach einer Amnestie wieder unter
seinem richtigen Namen, den er auch jetzt wieder führt, gemeldet.
Settels entsinnt sich noch folgender ehemaliger Gestapoangehöriger
aus Köln:

Oberregierungsrat Dr. I s s e l h o r s t , Leite Gestapo Köln,
Sein Vertreter soll ein Assessor W o l t e r s gewesen sein.

Oberregierungsrat S p r i n z , Leiter Gestapo Köln,

" S c h ä f e r , " " " .

Kriminalkommissar S c h ö n e m a n n , über Verbleib nichts
bekannt,

" Franz T h o r m a n n , soll wegen NsG fest-
genommen sein,

Philipp L o h n , jetzt Krim.-Obermeister in Krefeld. Es kann
sein, dass er inzwischen in den Ruhestand ge-
treten ist.

Ein gewisser H e c k m a n n , ist jetzt beim A.G. Kleve beschäf-
tigt.

K o l b war die Haushälterin von Settels und hat bei ihm
im Haus Kreuzbergweg 5 gewohnt.

Zum Sachverhalt selbst kann d r Zeuge Settels keine zweck-oder
sachdienlichen Angaben machen.

Von einer Vernehmung wurde deshalb abgesehen.

(Runge) Krim.-Meister

86

Betrifft: Meine Vernehmung am 11. 11. 1964 im Polizeipräsidium
Köln über die ehemalige Staatspolizeileitstelle Köln
und deren Außendienststelle in Bonn.

Die mir gestern, am Mittwoch, dem 13. Januar 1965, nachträglich vorgelegten Fragen über die Außendienststelle Bonn, bei der ich damals bedienstet war, beantworte ich soweit ich mich heute noch erinnern kann, wie folgt:

Die Dienststelle in Bonn wurde meines Wissens im Dezember 1944 oder Januar 1945 bei einem Luftangriff durch Brandbomben zerstört, wobei das gesamte Inventar mit Aktenschränken, Schreibtischen usw. verbrannt ist. Notdürftig wurde in der Dienststelle noch kurze Zeit weiter gearbeitet. Anschließend wurde ein Teil der älteren Verwaltungs- und Kriminalbeamten zur Fortsetzung des Dienstes in einen Fabrikbetrieb in K a i s e r a u / Oberbergischer Kreis, evakuiert. Die übrigen Beamten, wobei auch ich war, wurden kurzerhand eingekleidet und zu einer SS-Einheit an die Westfront kommandiert. Es war ein versprengter Haufen, sodaß ich darüber heute keine Angaben mehr machen kann. Mit einer größeren Anzahl versprengter Soldaten kam ich in einem mir unbekannten Waldgelände in Gefangenschaft und wurde später, etwa im August 1945 von Düsseldorf aus, wohin wir aus dem Kriegsgefangenenlager transport^{iert} wurden, nach meinem damaligen Wohnort in Bad Godesberg entlassen.

Ob evtl. noch vorhandene Dienstakten damals von Bonn nach der Notdienststellen in Kaiserau mitgenommen worden sind, entzieht sich meiner Kenntnis.

Heinz Fiedler

Köln-Ehrenfeld, den 14. Januar 1965

Tieckstraße 16 , Ruf 52 25 36

Verantwortliche Vernehmung

Bestellt durch die Kriminalpolizei Datteln erscheint auf der Kriminalpolizeidienststelle in Datteln der Rechtsanwalt

Karl L i e d t k e ,
geb. am 5.12.1906 in Gelsenkirchen,
wohnhaft in Datteln , Körting Nr.8,
verh.mit Karolina geb. Schreiber,
Kinder: 1, jetzt 25 Jahre alt,
Eltern: August Liedtke, verstorben, Mathilde
Liedtke, geb. Schmitz, verw.Liedtke,
jetzt wieder verheiratet und heisst
Rose,
kath., Deutscher,
nicht vorbestraft.

Der Erschienene wurde mit dem Sachverhalt bekanntgemacht und gibt folgende Erklärung ab:

Mir wurde erklärt, dass zur Ermittlung stünde, die Exekutionen von polnischen Zivilarbeitern während des Krieges im Bonner Raum. Dazu erkläre ich, dass mir zwar von diesen Exekutionen etwas bekannt ist, dass ich sie aber auf Grund der seinerzeitigen Rechtslage für legal gehalten habe und noch heute für legal halte. Mir wurden einzelne Erklärungen aus Vernehmungsniederschriften bekanntgegeben. Insbesondere, dass nach den Exekutionen den hinzugezogenen polnischen Arbeitern Erklärungen abgegeben worden seien, die durch einen Mann in SS- grauer Uniform mit SS-Runen in gebrochenem Polnisch gehalten worden wären. Hierzu erkläre ich, dass ich die polnische Sprache nicht beherrsche, und nicht einmal über die üblichen Schlagworte hinaus , die allgemein bekannt sind, wie Zloty usw. ,nicht einmal ein Wort Polnisch weder sprechen, noch verstehen kann.

Aus der Tatsache, dass ich die Dinge für völlig legal halte, sehe ich zur Zeit keine Veranlassung, mich zu dem Fragenkomplex zu äussern. Im übrigen darf ich darauf hinweisen, dass ich sehr viel und über lange Zeiträume zu Schulungen und zum Studium von Bonn abwesend war. Die einzelnen Zeiträume vermag ich nicht

nicht mehr - auch nicht mit einigermaßen Genauigkeit - anzugeben. Ich war zu der Zeit zu Dienststellen der Kriminalpolizei, Staatsanwaltschaft und an Schulungsorten ,u.a. Führerschule der Sicherheitspolizei, Berlin, so dass mir keine vollständige Kenntnis der Vorgänge in Bonn zur Verfügung steht.

selbst diktiert-gelesen und
unterschrieben:

(W. Runge 25.1.67)

Geschl.:

(Runge) KM

- Dez.15 -B e r i c h t :

Betr.: Ermordung eines polnischen Kriegsgefangenen im Frühjahr 1941 in der Sandgrube M i e l , Gemeinde Ludendorf, Landkreis Bonn, wegen unerlaubten Verkehrs mit einem deutschen Mädchen.

Bezug: Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bonn gegen Unbekannt - 8 Js 57/64-.

Nach dem bisherigen Ermittlungsergebnis dürfte ausser Frage stehen, dass die Erhängung des Polen A-nton W n j c i a k o w s k i auf Anordnung der Stapostelle Köln, Aussenstelle Bonn erfolgt ist. Dies ergibt sich auch konkret aus der abgelichteten Todesbeurkundung (Bl.34 d.A.).

Die umfangreichen Ermittlungen, Befragungen und Vernehmungen haben ergeben, dass der damalige Krim.-Schr. L i e d t k e (Bl.112 u. 113 d.A.) der Aussenstelle Bonn der mit der Bearbeitung von GV zwischen Polen und deutschen Frauen zuständige Sachbearbeiter war. L i e d t k e war auch nach Darstellung ehemaliger Angehöriger seiner Dienststelle, und auch nach Aussagen seines damaligen Dienststellenleiters, des Krim.-Rat P r o l l (Bl.92 ff.d.A.) der mit dem Vollzug der Exekutionen in derartigen Fällen beauftragte und geeignete Beante.

L i e d t k e selbst verweigerte nähere Angaben über seine frühere Tätigkeit bei der Gestapoausenstelle Bonn und beruft sich im übrigen in seiner von ihm diktierten Aussage darauf, dass seiner Meinung nach die Behandlung derartiger Fälle und die Ausführung der Exekutionen den damaligen Bestimmungen und Verordnungen entsprach und somit legal gewesen sei.

L i e d t k e hat nach dem Krieg Jura studiert und ist heute als Rechtsanwalt in Datteln i.W. zugelassen.

Es besteht nach den Ermittlungen zwar kein Zweifel daran, dass die Art der Exekution den damaligen Bestimmungen und Erlassen entsprach, und die Ausführung der Exekution sich streng nach den damaligen Vorschriften gerichtet hat, jedoch liegen keine schlüssigen Beweise dafür vor, wer wirklich die Exekution angeordnet hat. Diese Beweise wären nur in der damaligen Akte zu finden gewesen, die aber heute nicht mehr greifbar ist. Wie der Zeuge F i e d l e r

F i e d l e r (Bl.85 - 91 d.A.) u.Bl.110 d.A. angibt, wurde die Gestapostelle im Dez..44 oder Jan.45 durch einen Luftangriff zerstört, wobei sämtliche Akten vernichtet worden sind; die Dienststelle wurde jedenfalls danach grösstenteils nach Kaiserau/Oberberg. Kreis verlegt. Anderslautende Mitteilungen sind nicht zu erhalten. Darüber hinaus ist es Erfahrungstatsache, dass sämtliche Gestapodienststellen beim Heranrücken feindlicher Macht nach Möglichkeit ihre Akten restlos vernichtet haben.

Die bisherigen Ermittlungen, Befragungen und Vernehmungen in dieser Sache waren so umfangreich und erschöpfend, dass auch weitere Ermittlungen keine zusätzliche Aufhellung des Sachverhalts versprechen.

Auf die beigelegten Ablichten von Erlassen hinsichtlich der Behandlung polnischer Kriegsgefangener und Zivilarbeiter wird verwiesen. Diese Erlasse regelten die sog. " Sonderbehandlung " in Fällen von GV zwischen Polen und deutschen Frauen.

Bezüglich des von dem Zeugen M a j e w s k i (Bl. 50 ff.d.A.) vorgetragenen Sachverhalts hinsichtlich der Tötung weiterer 3 Ukrainer in Rheinbach wird auf den Bericht Bl.114 u.115 d.A. verwiesen, wonach in dieser Sache bereits Ermittlungen geführt worden sind. Die diesbezüglichen Akten befinden sich unter dem Akz. 8 Js 358/62 bei der Staatsanwaltschaft Bonn.

Runge
(Runge) Krim.-Leiter

Das Amtsgericht
- 25 Gs 337/65 -

Recklinghausen, den 25. März 1965

94
122

In der Ermittlungssache

Gegenwärtig:
Gerichtsassessor Wohlhage
als Richter,

gegen unbekannt

Justizangestellte Elpe
als Urkundsbeante der Ge-
schäftsstelle

erschien auf Vorladung

Rechtsanwalt Liedtke aus Datteln.

Der Gegenstand der Vernehmung wurde ihm bekanntgegeben und wurde darauf hingewiesen, dass er verantwortlich vernommen werden solle. Ferner wurde er darauf hingewiesen, dass er sich zur Sache nicht einzulassen brauche, falls er das nicht wolle.

Er erklärte, ich will Angaben machen.

Personalien wie Bl. 8 der Akten.

Zur Sache:

Gegen mich ist die Beschuldigung erhoben worden, in strafbarer Form an der Ermordung des Polen Anton Wnjsiakowski am 9. 8. 1941 in einer Sandkule bei Miel beteiligt gewesen zu sein. Hierzu erkläre ich folgendes:

Name, Ortsangabe und Datum vermag ich, nachdem ~~knix~~fast ein Vierteljahrhundert seitdem vergangen ist, verständlicher Weise nicht mehr zu identifizieren. Ich weiss aber, dass um diese Zeit in dieser Gegend ein Todesurteil an einem polnischen Staatsangehörigen durch Erhängen vollstreckt worden ist, weil er wissend, dass der Geschlechtsverkehr mit einer deutschen Frau im Kriege mit der Todesstrafe bedroht war, einer deutschen Frau beige-

92
123

wohnt hatte. Die Vollstreckung geschah meiner vollen Überzeugung nach im Rahmen der damals geltenden Bestimmungen unter Beachtung aller Formvorschriften und in Anwesenheit aller Vertreter der zuständigen Behörden und eines beamteten Arztes, der nach der Vollstreckung den Tod feststellte und bescheinigte.

Gegen die Qualifizierung dieses Tatgeschehens als Mord wende ich mich mit aller Entschiedenheit. Das Tatgeschehen kann meines Erachtens weder unter dem Tatbestand der damaligen Fassung des § 211 StGB subsumiert werden, noch unter der heutigen Fassung. Von der Rechtmässigkeit der Vollstreckung war ich damals als Nichtjurist genauso Zweifelsfrei überzeugt, wie heute als Rechtskundiger.

Aber selbst dann, wenn die damaligen Bestimmungen unter heutiger Sicht nicht als damals geltendes Recht anerkannt werden sollten, fehlt es in jedem Falle am subjektiven Tatbestand.

Weitere Angaben, ausser der obigen von mir selbst diktierten Einlassung, möchte ich nicht machen.

Ich werde einen Verteidiger bestellen, der sich die Akten vollinhaltlich ansehen mag. Alsdann werde ich, wenn sich mir die Sache hinreichend überlegt habe, weitere Angaben machen.

Selbst diktiert, genehmigt und unterschrieben.

Waller *Ullrich* *Ehm*

~~xxxx~~ Die Sache wurde informatorisch mit Rechtsanwalt Liedtke erörtert. Der Unterzeichnete erklärte sich bereit, die den Beschuldigten belastenden Aussagen diesem zur Kenntnis zu bringen durch Vorlesen, da der Beschuldigte sich sonst nicht äussern wollte. Da der Beschuldigte darauf bestand, zu einem Termin zu müssen, wurde mit ihm die Fortführung der Vernehmung um 14.00 Uhr vereinbart.

Waller

25 Gs 337/65

93

125

Gegenwärtig:
Gerichtsassessor Wohlhage
als Richter,
Justizangestellte Lewe
als Urkundsbeamter der
Geschäftsstelle

In der Ermittlungssache

g e g e n Unbekannt

w e g e n Ermordung eines polnischen Kriegsge-
fangenen

Auf Vorladung erscheint RA. Liedtke und erklärt:

Ich bin nunmehr bereit, mich zu Einzelheiten in dem vorliegenden Fall zu äussern, soweit mir diese Dinge noch in Erinnerung sind:

Mein Vater war Bergmann; er starb im Herbst 1917 in einem Feld-lazarett in Frankreich. Mit Volksschulbildung erlernte ich ein Handwerk.

April 1928 wurde ich Rkm Polizeischüler an der Polizeischule Bonn. 1 Jahr später kam ich zur Bereitschaftspolizei nach Köln. 1936 bewarb ich mich um Übernahme in den kriminalpolizeilichen Dienst und wurde 1937 zur kriminalpolizeilichen Ausbildung zur Staats-polizeistelle Köln abgeordnet. Nach der Prüfung für den mittleren kriminalpolizeilichen Dienst wurde ich zur Staatspolizeistelle Köln versetzt und der Aussenstelle Bonn zugeteilt (April 1938?). Kriminalsekretär bin ich nie gewesen.

In Bonn teilte ich mit einem älteren und erfahrenen Kriminalsekre-tär (Seibel) ein Dienstzimmer. Alle größeren Sachen wurden von uns gemeinsam bearbeitet. Ich nehme an, dass auch der hier in Rede stehende Fall uns zur Ermittlung übertragen wurde; Name, Ort und Zeit kann ich aber auch jetzt nicht mit Sicherheit iden-tifizieren, weil ja nicht nur ein Fall dieser Art bearbeitet wor-den ist, sondern in sehr vielen gleichartigen Fällen Ermittlungen geführt wurden mit den unterschiedlichsten Ergebnissen. Die Ermittlungen wurden vorgenommen, wie alle kriminalpolizeilichen Ermittlungen früher und auch heute noch xxx in gleicher Art

durchgeführt wurden:

Ein Vorfall wurde an die Dienststelle herangetragen; der Dienststellenleiter schreibt die Sache dem Sachbearbeiter zu und gibt Anweisungen über die Art des ersten Vorgehens; es werden Zeugen und Verdächtige vernommen; Beweisstücke werden gesammelt und gesichtet. Laufend musste dem Leiter berichtet werden, der dann weitete Anordnungen gab; grundsätzlich wurden ~~Durchsuchungen~~ ~~Ausforschungen~~ und Festnahmen nur durch ihn verfügt, was selbstverständlich war für den untersten Dienstgrad, den ich bekleidete. Waren die Ermittlungen abgeschlossen, wurde ein schriftlicher Schlussbericht gefertigt und dem stellvertretenden Leiter der Aussenstelle (damals Kriminalobersekretär Schlüter) vorgelegt, der die Akte dann dem Leiter der Aussenstelle (damals Kriminalrat Proll) vorlegte. Dieser gab die Ermittlungsakte mit dem von ihm verfassten schriftlichen Bericht an den Leiter der Staatspolizeistelle Köln (regelmässig ein Regierungs- oder Oberregierungsrat) weiter, oder erfuhr selbst nach Köln zum mündlichen Vortrag. Ob der Aussenstellenleiter selbst einen schriftlichen Vorschlag über die Weiterbehandlung bzw. über die zu treffenden Maßnahmen dem Leiter unterbreitete oder ob erst der Bericht des Leiters der Staatspolizeistelle an das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) den Vorschlag der weiteren Behandlung zu enthalten hatte, weiss ich nicht; maßgebend war aber sicherlich der Bericht des Leiters an das RSHA, denn nur dieser durfte unmittelbar mit dem RSHA verkehren.

Durch Erlass des RSHA wurde dann die zu treffende Maßnahme verfügt: Staatspolizeiliche Verwarnung; kurzfristige Schutzhaft; Einweisung in ein Erziehungslager; Überstellung in ein Konzentrationslager. Geschlechtsverkehr von polnischen Zivilarbeitern (meist ehemalige polnische Kriegsgefangene, die den Status von Zivilarbeitern erhalten hatten) mit deutschen Frauen und sonstige unsittliche Handlungen von polnischen Zivilarbeitern mit deutschen Frauen, waren mit der Todesstrafe bedroht. Hierauf waren die polnischen Zivilarbeiter durch die Ortspolizeibehörde auf Grund von Erlassen und Polizeiverordnungen belehrt worden; sie mussten die Belehrung schriftlich bestätigen. Nur wenn die Belehrung nachgewiesen und die Schuld, nämlich Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen oder Vornahme unzüchtiger Handlungen mit deutschen Frauen einwandfrei erwiesen war, wurde m.W. vom Chef der deutschen Polizei die Todesstrafe durch Erhängen ausgesprochen. Die Vollstreckungsanordnung ging an den Leiter der Staatspolizeistelle Köln; dieser beauftragte für den Bereich der Aussenstelle Bonn mit der Durchführung der Leiter der Aussenstelle. Dieser organisierte die Durchführung nach einem genau festgelegten Plan,

95
127

forderte, wenn seine Beamten nicht ausreichten, weitere Beamte an, teilte ihnen im einzelnen genau vorgeschriebene Aufgaben zu, sorgte für die Bereitstellung des Geräts, benachrichtigte die Vertreter von Partei und Staat (sämtliche Behörden des Kreises), sorgte für die Anwesenheit des Amtsarztes usw.; Jede Einzelheit war in einem schriftlichen Einsatzplan festgelegt.

Ich wurde dazu bestimmt, den in Urteilsform abgefassten Hinrichtungsbefehl zu verlesen, weil ~~xxx~~ ich eine feldgraue Uniform besaß und man es wirkungsvoller ansah, wenn die Verlesung durch einen Uniformierten geschah. Der deutsche ~~xxxxxxx~~ Wortlaut wurde sodann ~~xxxxx~~ durch einen von Köln entsandten ebenfalls feldgrau uniformierten Dolmetscher ins Polnische übersetzt. Nach der Übersetzung wurde die Hinrichtung durch zwei Polen vollzogen. Der Amtsarzt stellte anschliessend den Tod fest. Das alles vollzog sich peinlichst genau nach den Vorschriften, wie sie für die Justiz bei der Vollstreckung von Todesurteilen bestanden, und zwar in Gegenwart der obengenannten Vertreter von Behörden und Bürgerschaft.

Nach der Vollstreckung wurden ~~xxxxx~~ die durch die Schutzpolizei zusammengeführten polnischen Zivilarbeiter des Bezirks zur Richtstelle geführt. Es wurde eine schriftliche Erklärung in deutscher Sprache verlesen und anschliessend vom Dolmetscher ins Polnische übersetzt.

Ich erkläre nochmals im tiefen Ernst:

Bei der Erfüllung der mir übertragenen Aufgaben war ich der unbedingten Überzeugung und musste es sein, in rechtmässiger Ausübung meines Dienstes als Beamter gehandelt zu haben. Irgendwelche rechtlichen Zweifel sind mir nicht aufgekommen und konnten auch nicht. Zur Tatzeit galt Kriegsrecht. Die Verfolgung und Bestrafung polnischer Zivilarbeiter war ~~xxx~~ von höchster Stelle aus der allgemeinen Justiz herausgenommen und dem Chef der deutschen Polizei übertragen worden. Das war nichts aussergewöhnliches:

Die einzelnen Wehrmachtsteile hatten ihre eigene Gerichtsbarkeit; die Polizei und die SS-Verbände unterstanden der Gerichtsbarkeit des ~~Rxxxx~~ Reichsführers SS; das nur als Beispiel.

Auch die Schwere der Strafe war im Kriege nichts aussergewöhnliches. Auf Diebstahl bei Verdunkelung stand die Todesstrafe, auch für Deutsche! Auf Plünderung stand die Todesstrafe; auf Spionage, auf Feigheit vor dem Feinde, auf Fahnenflucht!

Auch die Verurteilung ohne Hauptverhandlung, also im schriftlichen Verfahren, ist in der Rechtsgeschichte und auch heute noch nichts ungewöhnliches, wenn ich persönlich dies auch nicht für unbedingt richtig halte; aber ich halte manches auch heute in rechtlicher Hinsicht manches nicht für richtig, was rechtens ist.

Wie sollte ich damals, der ich nur die Volksschule und die Polizeischule besucht hatte, und den untersten Rang bei der Kriminalpolizei bekleidete, Zweifel an der Rechtmässigkeit des Verfahrens haben können, wenn dieses auf Grund ordnungsmässiger ~~Er~~ Erlässe und Verordnungen höchster Staatsstellen beruhte und wenn sie von meinen als Volljuristen ausgebildeten Vorgesetzten akzeptiert wurden. Ich wusste doch, dass derartige Verfahren von den Justizbehörden an die Gemeine Staatspolizei zur Behandlung in eigener Zuständigkeit auf Grund der vorliegenden Erlasse abgegeben wurden! Die Strafe wurde vollstreckt in aller Öffentlichkeit. Niemals ist mir bekannt geworden, dass auch nur eine öffentliche Stelle Zweifel ~~an~~ an der Rechtmässigkeit geäussert hätte. Erst Herbst 1944 machte ich das Begabten-Abitur und hörte anschliessend ~~4~~ Semester Jura. Aber ~~in~~ auch in den Vorlesungen der Professoren war hiervon nie die Rede. Erst nach dem Kriege setzte ich meine juristischen Studien fort.

Mir ist die Entscheidung der Strafkammer I des Landgerichts Kassel vom 20. März ~~1922~~ 1962 - 1 AR 4/62 - 3 aJs 21/59 StA. Kassel - bekannt. Dort wurde in einem gleichgelagerten Fall Mord angenommen, weil ~~die~~ ^{das} Tatbestandsmerkmale "niedrige Beweggründe" vorliege; ~~W~~ niedrige Beweggründe deshalb, weil die Tötungen der Polen als eine nach NS-Auffassung minderwertige Rasse ~~bekämpft werden sollte~~ bekämpft werden sollte. In Wirklichkeit war ^{damals} die Todesstrafe für die polnischen Zivilarbeiter in diesen Fällen ganz anders begründet worden. Die Männer und Brüder der kämpfenden deutschen Truppe an der Front sollten das Bewusstsein haben, dass nicht, während sie im Feld standen, die Männer eines Volkes, gegen die sie im Kriege standen, ihre Frauen u. Schwestern verführten und unsittlich belästigten.

In einer anderen Entscheidung wird das Tatbestandsmerkmal "grausam" bejaht. Grausam~~keit~~ kann eine Strafe doch nicht sein, wenn ich die Folgen der Tat, nämlich die Todesstrafe, kenne und mich trotz alledem über das Verbot hinwegsetze und die Folgen in Kauf

nehme.

Mir wurde vorgehalten, dass die Zeugin erklärt habe, durch ärztliches Zeugnis sei damals nachgewiesen worden, eine Defloration habe nicht vorgelegen und deshalb habe auch kein Geschlechtsverkehr stattgefunden. Ich kann mich trotz höchster Anstrengung meines Gedächtnisses daran nicht erinnern; es mag aber sein. Die von der Zeugin angegebene Tatsache bedeutet aber nicht, dass der Hingerichtete nicht im Sinne des Verbotes schuldig gewesen sein könnte, denn auch "sonstige unsittliche Handlungen" waren mit der Todesstrafe bedroht; ferner könnten die Ermittlungen ergeben haben, dass er noch zu einer anderen Frau oder zu anderen Frauen intime Beziehungen unterhalten hätte. Ist die Zeugin nach drei Tagen ihrer Behauptung nach entlassen worden, dann muss das in den Ermittlungsakten festgehalten worden sein, denn das ärztliche Zeugnis musste bei Abschluss der Ermittlungen mit vorgelegt werden. Auch musste ja von dem Leiter der Staatspolizeistelle Köln gleichzeitig dem RSHA über die Massnahmen gegen die beteiligte Frau berichtet werden. Ich weiss, mit welcher peinlichen Genauigkeit die Ermittlungen geführt werden mussten. Niemals wäre die Todesstrafe ausgesprochen und unter keinen Umständen wäre sie vollzogen worden, wenn nicht eine Schuld im Sinne der damaligen Bestimmungen eindeutig nachgewiesen war.

Während die Strafkammer Kassel, wie oben bereits erwähnt, objektiv Mord als gegeben angenommen hat, wurde in einem anderen Falle von dem Leiter der Staatsanwaltschaft Münster - 6 b Js 146/60 - in gleicher Sache gegen Angehörige der Staatspolizeistelle Münster durch Verfügung vom 21. 8. 1963 eingestellt mit der Begründung, dass es sich nicht um Mord, sondern um Totschlag handelt, der schlechtin verjährt sei.

Hiermit gebe ich eine Fotokopie des angezogenen Beschlusses der Strafkammer Kassel zu den Akten.

Hinsichtlich der Materialien verweise ich auf die Aufzeichnungen des Instituts für Zeitgeschichte in München (Dr. Hans Buchheim) vom 20. 4. 1961 über "Die Erlasse zur Behandlung polnischer Zivilarbeiter".

Zur subjektiven Seite möchte ich noch folgendes nachtragen:

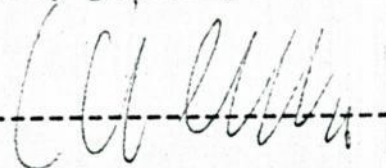
Daß der Wille der Reichsführung - des "Führer und Reichskanzlers" und der Reichsregierung - damals allgemein im Sinne der Rechtslehre - unter Ablehnung "naturrechtlicher" Auffassungen - als legitime Rechtsquelle aufgefasst wurde, kann durch den Hinweis auf zahlreiche Veröffentlichungen von damals maßgebenden Juristen belegt werden. Vorsorglich beziehe ich mich auf das besonders in der Sicherheitspolizei verbreit gewesene Buch "Die Deutsche Polizei" von Dr. Werner Best (2. Auflage 1961 im L.C. Wittlich-Verlag, Darmstadt). ~~hingewiesen~~ Darin schreibt der allen Beamten der Sicherheitspolizei als besonnen und gerecht bekannte frühere Chef der Verwaltung der Sicherheitspolizei u.a. (Seite 21):

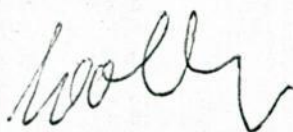
" Der Wille der Führung, gleich in welcher Form er zum Ausdruck ~~kommt~~ gelangt - ob durch Gesetz, Verordnung, Erlass, Einzelbefehl, Gesamtauftrag, Organisations- und Zuständigkeitsregelung usw. - schafft Recht und ändert bisher geltendes Recht ab."

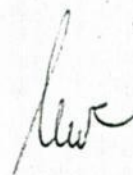
Wie sollte mir damals als im Beamtendenken erzogener Mann in untergeordneter Stellung Zweifel an der Rechtmässigkeit meiner Dienstausbübung kommen?!

Von dieser von mir selbst diktierten Einlassung bitte ich mir eine Durchschrift auszuhändigen.
Eine Durchschrift habe ich erhalten.

selbst diktiert, genehmigt u. unterschrieben:







V e r a n t w o r t l i c h e V e r n e h m u n g

Auf eigenen Wunsch wird in seiner Wohnung, Köln-Ehrenfeld, Tieckstr. Nr.16, aufgesucht der kaufm. Abteilungsleiter

Heinz F i e d l e r ,
geb. am 3.3.00 in Köln,
verh.mit Helene geb.Biesenkamp,
Eltern: Otto Fiedler u.Gertrud geb.Fleischer,
beide verstorben,
Kinder: 2 im jetzigen Alter von 35 u.28 Jahren,
Deutscher, nicht vorbestraft.

Der Beschuldigte erklärt, nachdem er darauf hingewiesen worden ist, dass er nicht verpflichtet ist, irgendwelche Aussagen vor der Polizei zu machen und dass er erst recht nicht dazu verpflichtet ist, wenn er sich durch seine Aussagen der strafrechtlichen Verfolgung aussetzt, folgendes:

Ich will aussagen.

Im allgemeinen berufe ich mich vollinhaltlich auf meine bereits bei der Polizei gemachten Aussagen in meiner Vernehmung v.11.11.64 und habe diesen Aussagen heute nach Befragen folgendes hinzuzusetzen:

Zu Frage 1) bezüglich der anderen im Raum der Aussenstelle Bonn durchgeführten Exekutionen kann ich mich auch heute nur summarisch äussern. Konkrete Angaben über Grund dieser Exekutionen, Zeitpunkt und Ort kann ich auch heute nicht geben. Dazu ist inzwischen auch zu viel Zeit verstrichen.

Zu Frage 2) bezüglich der Herausnahme der polnischen Arbeiter aus dem ordentlichen Strafgerichtsverfahren und Unterstellung in einem sog. "Verwaltungsakt", wie es die besondere Behandlung durch die Gestapo darstellte, erkläre ich folgendes:

Mir war bekannt, dass Erlasse vorhanden waren, die vom RSHA aus Berlin kamen und die besondere Behandlung und Überstellung der Polen an die Gestapo zur Exekution regelten. Dies war m.W. strikt vorgesehen bei den Delikten über verbotenen Umgang, insbesondere GV mit deutschen Frauen oder Mädchen und anderen schweren Fällen. Mir war bewusst, dass durch die Herausnahme der Polen aus dem ordentlichen Strafgerichtsverfahren für diesen keine Rechtsmittel mehr gab; er konnte sich also weder verteidigen lassen, noch

noch Berufung usw. einlegen.

zu Frage 3), warum gerade die polnischen Arbeiter derart hart bestraft wurden und warum im Verhältnis dazu die deutsche Frau gering bestraft wurde, äussere ich mich wie folgt:

Meine persönliche Auffassung ist die, dass deshalb gerade die polnischen, und auch die russischen Arbeiter derart hart bestraft wurden, weil sie 1. unsere Gegner waren, und vermutlich auch deshalb, weil die Polen überwiegend als Menschen minderwertiger Rasse von höherer Warte angesehen wurden.

Ich habe nicht den Eindruck, dass auf diese Art und Weise diese "minderwertige Rasse" ausgemerzt werden sollte, sonst wäre man global verfahren; die Bestrafung mit dem Tode erfolgte aber nur nach Begehung eines Delikts, also einer Straftat, deren Bestrafung dem Polen bereits vorher durch Erlass und eigenhändige Anerkennung bekannt war.

Der Zeitpunkt der Erlasse, die ein solches Verfahren der "Sonderbehandlung" regelten ist mir nicht bekannt. Wenn behauptet wird, dass diese Erlasse erst nach dem Tode des hier bekannten Polen herausgekommen sind, so war mir dieses nicht bewusst.

Mir ist bekannt, dass 2 polnische Arbeiter vorhanden waren, die den Galgen zur Exekutionsstätte brachten und die Erhängungen durchführten. Sie zogen u.a. die versenkbare Platte am Tisch weg, so dass der Körper des zu Exekutierenden durchfiel und stülpten ihm auch eine schwarze Kapuze über. Auch banden sie ihm die Hände auf den Rücken, was sie auch mit den Füßen taten. Ausserdem hat einer dieser Polen jeweils das Exekutionsprotokoll in polnischer Sprache übersetzt, das meistens von Liedtke verlesen wurde. Liedtke war nicht in der Lage, selbst zu dolmetschen; soviel Polnisch konnte er nicht. Wenn Herr Proll etwas anderes angibt, dann irrt er sich, was auf Grund seines hohen Alters verständlich ist. Abschliessend kann ich nur sagen, dass ich nicht in der Lage bin, weitere sachdienlichen Angaben machen zu können.

selbst gelesen-genehmigt
u. unterschrieben:

Geschl.:

(Runge)KM

Heinz Liedtke

101
z.Zt. Köln, den 17.7.1965

Verantwortliche Vernehmung

In seiner Wohnung, Köln-Ehrenfeld, Tieckstr.64, aufgesucht wird der Kriminalrat a.D.

Walter P r o l l ,
geb. am 23.1.1879 in Elberfeld,
verh. mit Anna geb. Mölder,
Eltern: Mathias Proll und Auguste geb. Proll
Gesell., beide verstorben,
2 Kinder (1 Sohn u. 1 Tochter,
Deutscher, nicht vorbestraft.

Er erklärt folgendes:

Ich bin eingangs darüber belehrt worden, dass ich keine Aussagen machen brauche und dass ich mich auf § 55 StPO berufen kann. Ich will trotzdem aussagen, zumal ich mich unschuldig fühle. Zu Fragel) wonach Polen aus dem ordentlichen Strafgerichtsverfahren herausgenommen und der Gestapo unterstellt worden sind, erkläre ich folgendes:

Die Herausnahme der polnischen Arbeiter aus dem ordentlichen Gerichtsverfahrens war geregelt zwischen dem Reichsjustizministerium und dem RSHA. Die weitere Behandlung durch die Gestapo, nämlich die "Sonderbehandlung" bei Fällen von Geschlechtsverkehr zwischen poln. Arbeitern und einer deutschen Frau, waren durch Erlasse geregelt. Wenn gesagt wird, dass diese Erlasse erst später, nämlich nach dem Tode des hier infragekommenden Polen herausgekommen sind, dann muss ein Irrtum vorliegen. Bereits 1940 war die Sonderbehandlung von Polen bei Fällen von GV mit deutschen Frauen geregelt.

Es ist klar, dass durch die Herausnahme der Polen aus dem ordentlichen Gerichtsverfahren ~~xxx~~ sie jeglicher Rechtsmittel beraubt waren. Trotzdem entsinne ich mich aber, dass die Vernehmungen der in solchen Fällen beteiligten Personen, nämlich sowohl der Pole als auch die deutsche Frau und evtl. Zeugen) sehr intensiv durchgeführt wurden. d.h., dass man nach Möglichkeit den wahren Sachverhalt ermitteln wollte. Nach Abschluss der Ermittlungen wurde von mir der Vorgang dann an die Stapoleitstelle Köln ohne einen Vorschlag abgegeben, die dann weiter zum RSHA nach Berlin berichtet hat. Von dort kam dann der Entscheid über Köln wieder zu mir. Vorschläge

Vorschläge hinsichtlich irgendeiner Behandlung, wie Einweisung in ein KL mit Lagerstufe I, II oder III oder sogar "Sonderbehandlung" brachten von mir damals nicht gemacht werden, da es für den betreffenden Polen nur 2 Möglichkeiten gab: entweder er wurde als eindeutschungsfähig erkannt und kam für kurze Zeit in ein KL oder er wurde als ausgesprochener "slawischer Typ" angesehen und er erhielt dann die "Sonderbehandlung", was gleichbedeutend mit einem Todesurteil war. Derartige Behandlungen von Fremdarbeitern waren also durch Erlasse geregelt und wurden vom RSHA in Einzelfällen bestimmt.

Zu Frage 2), warum eine derartige Behandlung von polnischen Fremdarbeitern vorgenommen wurde, und warum es in gleichgelagerten Fällen nicht mit den französischen Fremdarbeitern geschah, bzw. warum die beteiligte deutsche Frau geringfügig bestraft wurde, erkläre ich folgendes:

Meiner Ansicht nach wollte man durch diese scharfen Bestimmungen, die den Geschlechtsverkehr zwischen einem poln. Arbeiter und einem deutschen Mädchen mit dem Tode bestrafen, eine "Verslawung der deutschen Rasse" verhindern und somit für eine "Reinhaltung der eigenen Rasse" sorgen. Es müssen solche rassepolitischen Aspekte vorhanden gewesen sein; anderenfalls ich mir die "Sonderbehandlung" der Polen nicht erklären kann.

Zu Frage 3), wonach weitere Exekutionen im Bonner Raum vorgekommen sind, kann ich mich nicht mehr konkret äussern. So kann ich keine Namen von Beteiligten oder Orts- u. Zeitangaben nennen.

Für mich bestand damals bei der Bearbeitung derartiger Fälle, wie sie hier zur Debatte stehen, kein Zweifel an der Legalität, da der Ablauf des Verfahrens durch Erlasse von höchster Stelle aus geregelt war. Ich selbst habe mich damals nur darüber geärgert, dass die deutsche Frau im Verhältnis zu dem betroffenen Fremdarbeiter überhaupt nicht oder zu milde bestraft worden ist.

Mehr kann ich zur Sache nicht sagen.

selbst gelesen-genehmigt
u. unterschrieben:

Heinrich Müller

Geschl.:

Runge
(Runge) KM

Verantwortliche Vernehmung

In der Dienststelle wird aufgesucht der Krim.-Obermeister

Philipp L o h n ,

geb.am 7.2.1906 in Tholierhof Krs.Kockem,

wohnhaft in Krefeld, Nordstr.9,

verh.mit Magdalene geb. Engels,

Kinder: 2, im jetzigen Alter von 22 u.34 Jahren,

Eltern: Anton Lohn und Margarete geb.Becker,

beide verstorben,

Deutscher,

der,nachdem er mit dem Gegenstand der Vernehmung bekanntgemacht worden ist, folgendes erklärt:

Eingangs bin ich mit dem hier zu erörternden Sachverhalt genauestens bekanntgemacht worden . Ich wurde u.a auch auf § 55 StPO hingewiesen, dass ich keine Aussagen machen brauche, wenn ich es nicht wünsche. Ich erkläre dazu: Ich will aussagen.

Seit 1926 bin ich bei der Polizei. 1937 wurde ich zur Geheimen Staatspolizei -Leitstelle Köln versetzt und im April 1938 kam ich zur Aussenstelle dieser Dienststelle nach Bonn. Zu diesem Zeitpunkt war Herr S e t t e l s Leiter der Aussenstelle.

Ich kann mich noch an folgende Beamte in Bonn erinnern:

Wappler, Fiedler als Angestellter, Liedtke, Seibel und Riechark. Weitere Namen fallen mir nicht ein.

Auf Befragen erkläre ich, dass meines Wissens L i e d t k e das Kirchen- u.Judenreferat hatte. Meines Wissens hatte W a p p l e r die Karteiführung (ED) und das Ausländerreferat.

Im Oktober 1940 wurde ich zuerst zur Gestapo nach Litzmannstadt abkommandiert und später (1941) nach dort auch versetzt. Über Vorfälle nach diesem Zeitpunkt in Bonn ist mir deshalb nichts bekanntgeordnet,insbesondere kann ich deshalb auch keine Angaben über Exekutionen im Raum Bonn machen. Während meiner Anwesenheit in Bonn sind mir keine Exekutionen bekanntgeworden. Zur Frage der Behandlung von Fremdarbeitern bei Geschlechtsverkehr oder verbotenem Umgang mit deutschen Frauen erkläre ich folgendes:

1.) Meines Wissens haben bereits schon während meiner Zeit in Bonn Erlasse bestanden, die die besondere Behandlung der Polen bei GV mit deutschen Frauen regelten. Diese Erlassen kamen von höchster Stelle und waren für uns bindend. Ich glaube, dass ich durch Dienstbesprechungen oder "Umlauf" den

Anton Lohn

den Inhalt dieser Erlasse zur Kenntnis bekommen habe.

Im einzelnen kann ich den Inhalt dieser Erlasse heute nicht mehr wiedergeben; ich weiss nur, dass im Fällen von GV zwischen einem polnischen Fremdarbeiter und einer deutschen Frau der Pole aus dem ordentlichen Strafgerichtsverfahren herausgenommen und der Gestapo überstellt werden musste. Ich muss bemerken, dass dann in solchen Fällen der jeweilige Sachbearbeiter bei der Gestapo entsprechende Ermittlungen führte und einen Bericht an die Gestapoleitstelle weitergeben musste, die dann dem RSHA in Berlin weiterberichtet hat.

Von dort kamen dann die Anweisungen über die weitere Behandlung des Polen zurück an die Aussenstelle. Meistens lauten solche Anweisungen auf Vollzug der Todesstrafe. Diese Handhabung ist mir aus den Erlassen heute noch bekannt, ohne dass ich mich dazu konkret äussern kann.

Warum gerade mit den Polen derart verfahren worden ist und nicht auch mit den französischen Kriegsgefangenen, und warum die beteiligte deutsche Frau relativ geringer bestraft worden ist, kann ich heute nicht sagen. Es mag sein, dass damals rassischpolitische Gesichtspunkte mitgespielt haben.

Ich darf erwähnen, dass die Beurteilung solcher Vorgänge damals von den Abteilungsleitern beim RSHA vorgenommen worden sind und deren Anordnungen und Weisungen für uns als kleine Beamte der Aussenstellen bindend waren.

Von dem hier vorliegenden Fall des Polen, der in der Sandgrube in Miel erhängt worden ist, ist mir nichts bekanntgeworden. Ich weiss also nicht, wer die Angelegenheit damals bei der Gestapo in Bonn bearbeitet hat und wer bei der Exekution zugegen war.

Mir wurde heute gesagt, dass Liedtke damals die Bearbeitung derartiger Fälle hatte. Dies war mir unbekannt. Es kann sein, dass nach meinem Weggang aus Bonn ein Wechsel vorgenommen worden ist und Liedtke dann das Fremdarbeiter-oder Ausländerreferat übernommen hat.

Ich kann zur vorliegenden Sache nicht mehr sagen und kann keine sachdienlichen Hinweise geben.

selbst gelesen-genehmigt
u. unterschrieben:

.....

Geschl.:

(Runge) KM

Z e u g e n v e r n e h m u n g

In die Diensträume der Kriminalpolizei in Kleve vorgeladen erscheint der Justizangestellte

Franz H e c k m a n n ,
geb.am 26.10.09 in Wilhelmshaven,
wohnhaft in Kleve, Wasserstr.38,

und erklärt,nachdem er mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut gemacht worden ist, folgendes:

Ich wurde im Januar 1938 durch das Arbeitsamt Bonn zur Gestapo Köln vermittelt. Dort musste ich eine 3-monatige Einweisung-u.Probezeit mitmachen und kam dann mit dem Groß zur neugebildeten Aussenstelle der Gestapo in Bonn. Dies war im April 1938. Leiter der Aussenstelle Bonn wurde damals Kriminalkommissar S e t t e l s ; sein Nachfolger wurde in den Kriegsjahren, als Settels zur Geheimen Feldpolizei kam, Kriminalrat Proll: ein seriöser älterer Herr "alter Schule". Im November 1940 kam ich von Bonn zur Gestapo KÖLN, und zwar wurde ich nach dort versetzt. In Köln bediente ich mit Frl. D o b r a n abwechselnd den Fernschreiber. Der Vater von Frl. Dobran war Verwaltungsbeamter.

Meine Tätigkeit bei der Stapo Bonn bestand im Dienst auf der Wache und reinen verwaltungsmässigen Schreibarbeiten. Ich hatte keinerlei exekutive Vollmachten und war auch nicht mit einer Erkennungs-marke versehen. Ich wurde dort auch nur als Angestellter geführt. Meine Stellung gegenüber den Gestapobeamten war sehr förmlich; wir redeten uns nur in Höflichkeitsform an. Vermutlich auf Grund meiner Angestelltentätigkeit kam ich auch nicht mit den einzelnen Dienststellen näher zusammen und hatte keinen Einblick in deren Vorgänge. Aus diesem Grunde kann ich auch über die hier interessierenden Exekutionen keine Angaben machen. Mir ist auch von Exekutionen tatsächlich nichts bekanntgeworden.

An damaligen Beamten in Bonn kann ich folgende Personen benennen: Wappler, Liedtke, Settels, Fiedler,Proll,Riecharz,Seibel.

Soweit mir bekannt hat im Judenreferat L i e d t k e gearbeitet.Dass er die Uniform des SD trug,habe ich nicht gesehen. Nun muss ich auch bemerken, dass m.W. Liedtke gleich bei Ausbruch des Polenfeld-zuges fort kam und in Polen eingesetzt wurde. Er kam jedenfalls bis zu meiner Versetzung (Nov.40) nicht mehr nach Bonn zurück. -2-

Ich kann also nur nochmals sagen, dass mir von irgendwelchen Exekutionen, insbesondere solchen an polnischen Fremdarbeitern wegen verbotenen Umgangs mit deutschen Frauen oder wegen GV nicht bekannt sind. Ich habe auch später nichts darüber gehört.

Wenn ich gefragt werde, ob ich in der Fernschreibstelle bei der Gestapo-Leitstelle in Köln zufällig ein Fernschreiben an oder von Bonn über einen derartigen Vorgang gelesen habe, oder mir ein solches Fernschreiben zu Gesicht gekommen ist, so muss ich dieses verneinen.

Leider kann ich zum vorliegenden Sachverhalt keine weiteren Angaben und insbesondere auch keine sachdienlichen Hinweise geben.

selbst gelesen-genehmigt

u. unterschrieben:

Hahn
-.-.-.-.-

Geschl.:

Runge
(Runge) KM

Verantwortliche Vernehmung

In die Diensträume der Kriminalpolizei Gummersbach vorgeladen
erscheint der Steuer-Obersekretär

Fritz W a p p l e r ,
geb. am 20.1.04 in Gebersdorf/Thür.,
wohnhaft in Niedersessmar b.Gummersbach,
Sonnenstr.35,
verh. mit Magdalene geb. Hahne,
2 Kinder im Alter von 31 u. 25 Jahren,
Eltern: Richard Wappler und Anna geb. Arnold,
beide verstorben,
Deutscher,

der,nachdem er mit dem Gegenstand der Vernehmung bekanntgemacht
worden ist,folgendes erklärt:

Eingangs bin ich darauf hingewiesen worden, dass ich keine Aus-
sagen machen brauche, wenn ich es nicht wünsche. Ich will aber
aussagen.

Zum grössten Teil berufe ich mich heute auf meinebereits vor der
Kriminalpolizei gemachten Angaben vom 12.11.1964. Ich habe diesen
Angaben nichts mehr hinzuzufügen.Bemerken möchte ich aber,dass
ich mich evtl. in meinen Aussagen Bl.8 meiner Vernehmung geirrt
haben kann. Ich sprach seinerzeit von einem Vorfall, den ich
zufällig im Archiv gelesen habe und der mit dem hier gemeinten
Sachverhalt identisch war. Ich muss heute sagen, dass ich mich
hierin geirrt haben kann und einen anderen,evtl.gleichgelagerten
Fall im Aechiv gelesen habe, der aber nicht mit diesem identisch
ist. Meine diesbezüglichen Aussagen bitte ich also entsprechend
abzuwerten.

Zu den mir heute nachträglich vorgelegten Fragen äussere ich
mich wie folgt:

Ich war zwar kein Sachbearbeiter im Ausländer-oder Fremdarbeiter-
referat,aber wir alle haben damals gehört,dass die polnischen
Fremdarbeiter bei Vergehen ausdem ordentlichen Strafgerichtsver-
fahren herausgenommen und der Gestapo überstellt werden sollten.
Dies traf insbesondere zu bei gehörigen Widersetzlichkeiten,
bei verbotenen Umgang mit deutschen Frauen ,insbesondere bei GV

GV mit deutschen Frauen oder Mädchen.

Wie ich bereits auf Bl.5 meiner Vernehmung v.12.11.64 angegeben habe, war die strenge Bestrafung und ihre Androhung den Polen bekannt und musste ein entsprechender Hinweis bzw. eine solche Belehrung damals von jedem Polen unterschrieben werden.

Warum die Polen aus dem normalen Strafgerichtsverfahren herausgenommen und der Gestapo überstellt worden sind, ist mir damals nicht ganz eingegangen. Es hiess aber allgemein, dass man eine Vermischung der deutschen Rasse mit Polen verhindern wollte.

Ich persönlich nehme eher an, dass man mehr den Polen drohen wollte als sie systematisch auszumerzen. Dass Polen trotz der hohen Strafandrohung gegen diese Erlasse verstoßen haben, hatten sie sich selbst zuzuschreiben. Vom rein menschlichen Standpunkt ausgesehen, und wenn ich hier meine persönliche Meinung sagen darf, war dies alles für mich unverständlich. Polen waren genau so Menschen wie wir.

Dass die Polen also bedeutend härter bestraft wurden als zum Beispiel ein französischer Fremdarbeiter oder Kriegsgefangener, oder auch als die beteiligte deutsche Frau, habe ich damals ebenfalls nicht verstanden.

Es ist einleuchtend, dass dem Polen durch Herausnahme aus dem ordentlichen Strafverfahren jegliche Rechtsmittel genommen waren.

Ich weiss, dass damals derartige Erlasse bestanden, die vom Reichssicherheitshauptamt kamen und den Ablauf eines solchen Verfahrens regelten. Welche Gedankengänge damals die Urheber dieser Erlasse hatten, blieb uns kleinen Leuten und Beamten auf den unteren Dienststellen verborgen. Die Verfasser derartiger Erlasse und Verfügungen bekleideten nicht nur höchste Ämter in der damaligen Regierung, sondern waren gewöhnlich auch juristisch geschult. Wenn diese Leute also solche Erlasse verordneten, dann mussten sie für uns kleine Beamten bindend sein.

Wenn ich heute nochmals gefragt werde, wieviel einzelnen Exekutionen im Bonner Raum vorgekommen sind, dann kann ich mich diesbezüglich nur auf meine alten Aussagen berufen. Ich kann auch heute dazu keine weiteren konkreten Angaben machen.

Ich weiss nur, dass derartige Exekutionen sich streng nach den damals geltenden Bestimmungen, Verordnungen und Erlassen gerichtet haben, wobei peinlichst genau die Vorschriften beachtet wurden. Mehr kann ich auch heute nicht sagen.

selbst gelesen-genehmigt
u. unterschrieben:

Gesch.: (Runge) KM

Reichssicherheitshauptamt

IV D 2 c - 5297/43

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 31. März 194

Prinz-Albrecht-Straße 8

Fernsprecher: Ortsort: 12640 - Fernort: 126421

Reichskommissar	P
7. APR 1943	143
174278	143

An den

Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums
- Stabshauptamt -

Berlin-Halensee

Kurfürstendamm 140

Betr.: Den polnischen Zivilarbeiter Stanislaus Brzezniak
geb. am 28.3.1915 in Langenolien und die Reichsdeutsche
Sibilla Weber, geb. am 10.9.1921 in Enzen, beide wohn-
haft in Gut Ollesheim b/Düren.

Bezug: Mein Schreiben vom 18.12.1942 - IV D 2 c - 1137/42 -

Anlagen: - 1 -

Der Zivilarbeiter polnischen Volkstums Brzezniak
hat mit der deutschen Staatsangehörigen Weber Ge-
schlechtsverkehr unterhalten. Die W. wurde von dem Polen geschwängert
und dürfte in Kürze entbinden.

Beide beabsichtigen zu heiraten, falls sie die Genehmigung
hierzu erhalten.

Der Fremdvölkische ist nach dem hier vorliegenden
rassebiologischen Gutachten/eindeutschungsfähig. Die beabsichtigte
Heirat ist daher zu ermöglichen, sofern die in meinem oben näher
bezeichneten Schreiben angeführten weiteren Voraussetzungen vorlie-
gen.

Ich bitte, die zur Vorbereitung der Eheschließung erforder-
lichen Massnahmen schon jetzt zu treffen, damit gegebenenfalls die
Heirat nach Entlassung des Fremdvölkischen erfolgen kann.

Das Rasse- und Siedlungshauptamt hat Durchschrift des
vorstehenden Schreibens erhalten.

Im Auftrage:

/ des RuS-Führers Düsseldorf vom 22.2.43

Handwritten signature or mark.

17. 4. 43 140

Der Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums
- Stabshauptamt

Berlin-Halensee, d. 15.4.43
Kurfürstendamm 140
Tel. 97 78 91

Az.: II. v. 174.278/43-Dr./Hs.

W.V. 15.6.43

Eu

Vorgang: Sonderbehandlung; hier: poln. Zivilarbeiter Stanislaus
B r z e s n i a k, geb. am 28.3.1915 in Langenolien u.
d. Reichsdeutsche Sibilla W e b e r, geb. 10.9.21 in En-
zen, beide wohnhaft in Gut Ollesheim b/Düren.

Bezug: Verfügung vom 25.2.1943, Az.: I-3/4 (9.5.40),
Tgb.Nr. 528/41 (Geheim) und vom 19.2.43,
Az.: I-3/4 (9.5.40).

An den

Höheren ~~W~~- und Polizeiführer W e s t
Beauftragter des Reichskommissars
für die Festigung deutschen Volkstums

D ü s s e l d o r f
Polizeipräsidium

Nach Mitteilung des Reichssicherheitshauptamtes, Berlin,
vom 31. März 43, Az.: IV D 2 c -5297/43 hat der obengenannte
Zivilarbeiter polnischen Volkstums mit der Reichsdeutschen
Sibilla W e b e r Geschlechtsverkehr unterhalten. Die W.
ist von einem Kind entbunden worden.

Die Genannten beabsichtigen zu heiraten, falls sie die Geneh-
migung hierzu erhalten. Der Fremdvölkische ist als Einzel-
person eindeutschungsfähig. Sofern die endgültige Sippenüber-
prüfung durch das Rasse- und Siedlungshauptamt-~~W~~ mit dem glei-
chen Ergebnis abgeschlossen wird und Führung, sowie charak-
terliche Haltung durch das Reichssicherheitshauptamt günstig
beurteilt werden, - Sie erhalten in beiden Fällen zu gegebener
Zeit gesonderte Mitteilung - ist die Heirat zu ermöglichen.
Ich bitte, die zur Eheschließung erforderlichen vorbereitenden
Maßnahmen schon jetzt zu treffen, damit ggf. die Heirat nach
Entlassung des Fremdvölkischen aus dem Sonderlager Hinzert

erfolgen kann. Dem Antrag auf Befreiung von der Beibringung
des ausländischen Ehefähigkeitszeugnisses ist dann statt
sprechen, wenn das endgültige russische Sippenurteil eine
deutsche Ehelichkeit ergeben hat und die sonstigen Voraussetzun-
gen gegeben sind.

Die bisherige Ansatzstelle bitte ich zu überprüfen. Im Falle
der Nichtteignung oder bei Vorliegen sonstiger wesentlicher
Gründe, die eine Belassung auf dem bisherigen Arbeitsplatz
oder Arbeitsort unerwünscht erscheinen lassen, ist eine Um-
besetzung innerhalb Ihres Befehlsbereiches vorzusehen.

Das Rasse- und Siedlungshauptamt-4, Berlin, hat Abdruck
dieses Schreibens erhalten.

Im Auftrage:
gez. Förster

An den
Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes-4

B e r l i n SW 68
Hedemannstr. 24 ✓

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrage:

[Handwritten Signature]

26

Der Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums

Stabshauptamt

II/174 278/43 Gr/Wa.

Az.

Schweiklberg, den 2. August 44
Post Vilshofen/Ndby.

4 Aug 1944

W	V	1	1	4	5		
---	---	---	---	---	---	--	--

Vorg.: Sonderbehandlung; hier Pole Stanislaus Brzesniak,
geb. 28.3.15.

Bezug: Ihr Schreiben vom 7.6.44, C 2 a 7-485-Trz/Ku.

An das
Rasse- und Siedlungshauptamt-

P r a g II
Postleitstelle 2

Ich bitte um Mitteilung, ob und mit welchem Ergebnis die rassi-
sche Überprüfung des Obengenannten abgeschlossen wurde.

Im Auftrage:

II/Nr. 10



Agf.

Agf.

Agf.

Agf.

Agf.

Agf.

Agf.

Agf.

Agf.

Agf.

Agf.

Agf.

W.V.

1.3.45

11. Januar

112

11. Jan 1945

I - 174 278/43 - La.

Vorg.: Sonderbehandlung; hier: Pole Stanislaus Brzesniak,
geb.am 28.3.15.

Bezug: Mein Schreiben vom 2.8.44.

An das
Rasse- und Siedlungshauptamt-#

P r a g II
Postleitstelle

Ich erinnere an die Erledigung meiner Anfrage, ob und mit welchem Ergebnis die.rassische Überprüfung des Obengenannten abgeschlossen wurde.

Im Auftrage:

JH

Agg.

Agg.

Agg.

Agg.

Agg.

Agg.

Agg.

Agg.

Agg.

Agg.

Agg.

Agg.



W. V.

1.

5.

45

91

113

Rasse- und Siedlungshauptamt-
R a s s e n a m t

Prag II, den 5. Febr. 45
 Postleitstelle

Betr.: Sonderbehandlung- Pole Stanislaus Brzesniak,
 geb. 28.3.15
Bezug: Dort. Schrb. v. 11.1.45 Az. I - 174 278/43 - Ia.
Az.: C 2 a 7 - 485 -Wi/Ku.

An den
 Reichskommissar für die Festigung
 deutschen Volkstums
 Stabshauptamt
S c h w e i k l b e r g / Post Vilshofen

Reichskommissar für die Festigung

deutschen Volkstums

Stabshauptamt

P

Eing. 19 FEB. 1945

Rnt.:

Hf.

Rht.-Zm.: 174 278/43

Auf das dortige Schreiben teilt das Rasse- und Siedlungshauptamt-II mit, dass der Vorgang des Obengen. noch nicht abgeschlossen ist, aber doch kurz vor dem Abschlüssen steht. Weitere Annahmen erübrigen sich, da in Kürze das Sippenurteil des Obengen. nach dort übersandt wird.

Der Chef des Rassenamtes
 im Rasse- und Siedlungshauptamt - II
 i.A.

II-Unterschnittener

28

Agf^o

Agf^o

Agf^o

Agf^o

Agf^o

Agf^o

Agf^o

Agf^o

Agf^o

Agf^o

Agf^o

Agf^o

6. August

114
3

II - 180 299/43 - Er/Ms.

Vorg.: Sonderbehandlung; hier: polnischer Zivilarbeiter Stephan
M a s l a k, geb. am 11.11.1912 in Pustkowie.

Bezug: Ihr Schreiben vom 26. Juli 1943, Az.: IV D 2 c - 3144/42-

An das
Reichssicherheitshauptamt

B e r l i n SW 11
Prinz Albrecht Str. 8

Ein Ergebnis über die Untersuchung des Obengenannten auf seine
Eindeutschungsfähigkeit liegt mir noch nicht vor. Sie erhalten
zu gegebener Zeit weitere Nachricht.

Im Auftrage:





5. August

115
3

II - 180 299/43 - Er/Ms.

Vorg.: Sonderbehandlung; hier: polnischer Zivilarbeiter Stephan
M a s l a k, geb. am 11.1.1912 in Pustkowie.

An den
Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes-
B e r l i n SW 68
Hedemannstr. 24

Ich bitte um Mitteilung, ob und mit welchem Ergebnis die Überprüfung des Obengenannten auf seine Rindeutschungsfähigkeit inzwischen abgeschlossen wurde.

Im Auftrage:





116
22. November

3

II - 180 299/43- Gr/Mm.

Vorgang: Sonderbehandlung; hier: polnischer Zivilarbeiter Stefan
M a s l a k , geb. am 11.11.1912 in Pustkowie.

Bezug: Mein Schreiben vom 6.8.1943 - II/180 299/43 -
Ihr Schreiben vom 9.9.1943 Az.: Rassenamt C 2- Wdg./Uh.

An den
Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes-44

B e r l i n SW 68

Hedemannstr. 24

Unter Bezugnahme auf obige Schreiben erinnere ich hiermit nochmals
an die Erledigung derselben.

Im Auftrage :





COMITÉ INTERNATIONAL DE LA CROIX-ROUGE

SERVICE INTERNATIONAL DE RECHERCHES

3548 Arolsen - République fédérale d'Allemagne

INTERNATIONAL TRACING SERVICE

3548 Arolsen - Federal Republic of Germany

INTERNATIONALER SUCHDIENST

3548 Arolsen - Bundesrepublik Deutschland

Lk/Fr/LH

Téléphone: Arolsen 434 - Télégrammes: ITS Arolsen

Arolsen, den 11. Oktober 1966

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen

714 LUDWIGSBURG
Schorndorferstr. 28

Zentrale Stelle
14. OKT. 1966
Ludwigsburg

Unser Zeichen
T/D 175 324

Ihr Zeichen
414 AR 1501/65

Ihr Schreiben vom
22. Juni 1966

Betrifft: MASLAK, Stephan, geb. am 11.11.1912 in Pustkowie

Sehr geehrte Herren!

In unseren Unterlagen sind nur folgende Angaben enthalten:

- 1.) MASLAK, Stefan, geb. 11.11.1912 in Puskowie, Staatsangehörigkeit: polnisch, letzter Wohnort: Hergarten/Eifel, war vom 19. Dezember 1941 bis 17. Februar 1942 bei Anton Küpper in Hergarten beschäftigt.
Er wurde am 16. Februar 1942 von Stapo Aachen in das Gefängnis Aachen eingeliefert, Gefangenennummer 1780, und am 29. Dezember 1942 zum SS-Sonderlager Hinzert überstellt.

Bemerkungen: In den Listen des Gefängnisses Aachen ist vermerkt: "Verurteilung: Pol. Haft; Verb.Geschl.V." und: "Sentence: Geschl.Vk.m.Dt.".

Geprüfte Unterlagen: Listen des Gefängnisses Aachen; Liste des Landkrankenhauses Schleiden/Eifel.

- 2.) MASLAK, Stefan, geb. am 11.11.1912 in Pustkowie/Polen, Staatsangehörigkeit: polnisch, Religion: römisch-katholisch, Beruf: Landarbeiter, letzter Wohnort: Kalisz, Prov. Poznan/Polen, Namen der Eltern: Antoni und Wiktoria geb. ZADLUZNA, war am 7. August 1945 im DP-Lager Giessen.

Geprüfte Unterlagen: Eine DP-2 Karte vom 7.8.1945.

Hochachtungsvoll

Im Auftrage:

G. Pechar

Reichsficherheitshauptamt

Berlin SW 11, den 19. Februar 1944
 Prinz-Albrecht-Straße 8
 Fernsprecher: Ortsvorkehr 120040 - Fernvorkehr 126421

- IV D 2 c - 8220/43 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

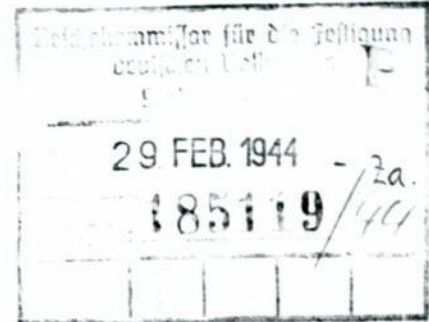
An den

Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums

- Stabshauptamt -

Schweiklberg

Post Vilshofen, N.Bay.



Betr.: Den polnischen Zivilarbeiter Roman Swiatek,
geb. am 20.1.12. in Breitenfelde, Kr. Gnesen und die
Reichsdeutsche Elise Döppner, geb. am 8.7.19 in
Hasselsheide, Kr. B. Gladbach, beide wohnhaft in Herken-
rath-Broich, Bensberg, Kr. Berg.Gladbach.

Bezug: Mein Schreiben vom 18.12.1942 - IV D 2 c - 1137/42 -

Der Zivilarbeiter Swiatek hat mit der deutschen
Staatsangehörigen Döppner Geschlechtsverkehr unterhalten.
Beide beabsichtigen zu heiraten, falls sie die Genehmigung hierzu
erhalten.

Der Fremdvölkische ist nach dem hier vorliegenden rassebio-
logischen Gutachten des Rasse- und Siedlungs-Führers beim Rasse-
und Siedlungshauptamt- $\frac{1}{4}$ Prag eindeutschungsfähig. Die beabsichtig-
te Heirat ist daher zu ermöglichen, sofern die in meinem oben
näher bezeichneten Schreiben angeführten weiteren Voraussetzungen
vorliegen.

Ich bitte, die zur Vorbereitung der Eheschliessung erfor-
derlichen Massnahmen schon jetzt zu treffen, damit gegebenenfalls
die Heirat nach Entlassung des Fremdvölkischen erfolgen kann.

Das Rasse- und Siedlungshauptamt- $\frac{1}{4}$ hat Durchschrift des
vorstehenden Schreibens erhalten.

Im Auftrage:

gez. Thomsen



Begezeugt:

Der Chef der Stabsabteilung:

su



Klasse und Siedlungshauptamt 44

Prag, II den 10.11.44
Postleitstelle

- R a s s e n a m t -
C 2 a 7 - 497 - W1/Do.

118

Betr: Sonderbehandlung - Pole Roman S w i a t e k geb.20.1.12
Bezg: Dorts.Schr.v.28.10.44 I - 185 119/44 - Gr/La.

An den
Reichskommissar für die
Festigung deutschen Volkstums
- Stabshauptamt -

WV	15.11.			
	45			

fh

S c h w e i k l b e r g

Zu dem im Bezug angeführten Schreiben teilt das RuS-Hauptamt 44 mit, daß die Überprüfung der Sippe des Obengenannten noch nicht abgeschlossen werden konnte.
Sobald ein endgültiges Urteil hier vorliegt, wird unaufgefordert der dortigen Dienststelle berichtet.

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Stabshauptamt		P
Eing.	15 NOV. 1944	Anl. Y. <i>fh</i>
Rht.-Zch.: 185 119/44		
	I	

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt 44
i.A.

Wes
44 - Untersturmführer

2

Reichssicherheitshauptamt

IV D 2 c - 7322/43 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

Juni 1943

9. Juni 1943

Reichskommissar für deutschen Volkstums		P
Stabschef		
Datum: - 8. JUNI 1943		Fin. - L.H.
Urt.-Sch.: 177795/43		

An den

Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums
- Stabshauptamt -

Berlin-Halensee

Kurfürstendamm 140.

Betrifft: Den polnischen Zivilarbeiter Zygmunt Taterka,
geb. am 27.8.1914 in Gertraudenhütte und die
Reichsdeutsche Franziska Dürbaum, geb. am
22.1.1923 in Hergarten, Krs. Aachen, beide
wohnhaft in Blankenheim, Ahrstr. bzw. Hergarten,
Krs. Aachen.

Bezug: Mein Schreiben vom 18.12.1942 - IV D 2 c -
1137/42 -.

Der Zivilarbeiter T a t e r k a hat mit der
deutschen Staatsangehörigen Franziska D ü r b a u m
Geschlechtsverkehr unterhalten. Beide beabsichtigen
zu heiraten, falls sie die Genehmigung hierzu erhalten.

Der Fremdvölkische ist nach dem hier vor-
liegenden rassebiologischen Gutachten des RuS-Führers
Düsseldorf vom 30.1.1943 eindeutschungsfähig. Die
beabsichtigte Heirat ist daher zu ermöglichen, sofern
die in meinem oben näher bezeichneten Schreiben ange-
führten weiteren Voraussetzungen vorliegen.

Ich bitte, die zur Vorbereitung der Eheschliessung
erforderlichen Massnahmen schon jetzt zu treffen, damit
gegebenenfalls die Heirat nach Entlassung des Fremdvölkischen
erfolgen kann.

Das Rasse- und Siedlungshauptamt-44 hat Durchschrift
des vorstehenden Schreibens erhalten.

Im Auftrage.



Der Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums
- Stabshauptamt -

Berlin-Halensee, d. 11.6.1943
Kurfürstendamm 140
Tel. 97 78 91

12 JUN 1943

Az.: II - 177 795/43 - Pr/La.

Vorgang: Sonderbehandlung; hier: Polnischer Zivilarbeiter
Zygmunt Teterka, geb. 27.8.14 in Gertrauden-
hütte und die Reichsdeutsche Franziska Dürbaum,
geb. 22.1.23 in Hergarten, Krs. Aachen, beide wohnh.
in Blankenheim, Ahrstr. bzw. Hergarten, Krs. Aachen.

Bezug: Verfügung vom 25.2.1943, Az.: I-3/4 (9.5.40),
Tgb.Nr. 528/41 (Geheim) und vom 19.2.43,
Az.: I-3/4 (9.5.40).

An den

Höheren ~~W-~~ und Polizeiführer West
Beauftragter des Reichskommissars
für die Festigung deutschen Volkstums

Düsseldorf
Polizeipräsident

Nach Mitteilung des Reichssicherheitshauptamtes, Berlin,
vom Juni 43, Az.: IV D 2 c - 7322/43 - hat der obengenannte
Zivilarbeiter polnischen Volkstums mit der Reichsdeutschen
Franziska Dürbaum Geschlechtsverkehr unterhalten. Die
ist von einem Kind entbunden worden.

Die Genannten beabsichtigen zu heiraten, falls sie die Geneh-
migung hierzu erhalten. Der Fremdvölkische ist als Einzel-
person eindeutschungsfähig. Sofern die endgültige Sippenüber-
prüfung durch das Rasse- und Siedlungshauptamt-~~W~~ mit dem glei-
chen Ergebnis abgeschlossen wird und Führung, sowie charak-
terliche Haltung durch das Reichssicherheitshauptamt günstig
beurteilt werden, - Sie erhalten in beiden Fällen zu gegebener
Zeit gesonderte Mitteilung - ist die Heirat zu ermöglichen.
Ich bitte, die zur Eheschließung erforderlichen vorbereitenden
Maßnahmen schon jetzt zu treffen, damit ggf. die Heirat nach
Entlassung des Fremdvölkischen aus dem Sonderlager Hinzert

erfolgen kann. Dem Antrag auf Befreiung von der Beibringung des ausländischen Ehefähigkeitszeugnisses ist dann zu entsprechen, wenn das endgültige rassische Sippenurteil Eindeutschungsfähigkeit ergeben hat und die sonstigen Voraussetzungen gegeben sind.

Die bisherige Ansatzstelle bitte ich zu überprüfen. Im Falle der Nichteignung oder bei Vorliegen sonstiger wesentlicher Gründe, die eine Belassung auf dem bisherigen Arbeitsplatz oder Arbeitsort unerwünscht erscheinen lassen, ist eine Umbesetzung innerhalb Ihres Befehlsbereiches vorzusehen.

Das Rasse- und Siedlungshauptamt-//, Berlin, hat Abdruck dieses Schreibens erhalten.

Im Auftrage:

gez. Dr. B e t h g e .

An den

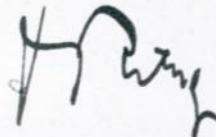
Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes-//

B e r l i n SW 68

Hedemannstr. 24

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrage:



Reichssicherheitshauptamt

IV D 2 c - 7322/43 -

Bitte im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichen, das Datum und den Gegenstand angeben

Berlin SW 11, den 22. Febr.

194 4

Prinz-Albrecht-Straße 8

Ortsanruf 12 00 40 · Fernanruf 12 64 21

An den

Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums

- Stabshauptamt -

Berlin - Halensee

Kurfürstendamm 140

29. März 1944

Betrifft: Den polnischen Zivilarbeiter Zygmunt T a t e r k a,
geb. 27.8.1914 in Gertraudenhütte, letzter Wohn-
ort: Hergarten, Kreis Aachen.

Bezug: Mein Schreiben vom 18.12.1942 - IV D 2 c - 1137/42 -

Der oben näher bezeichnete Eindeutschungsfähige befindet sich nunmehr 6 Monate im W-Sonderlager Hinzert und ist nach dem hier vorliegenden Führungsbericht des Lagerkommandanten für die Eindeutschung charakterlich und seiner Haltung nach geeignet.

Ich bitte um baldige Mitteilung, ob die Überprüfung des Obengenannten positiv ausgefallen ist und welchem Höheren W- und Polizeiführer er gegebenenfalls überstellt werden soll.

Im Auftrage:
gez. B e t z,

Beglaubigt:

Kanzleiangestellte.

na.

W

Sonderbehandlung

W. V.

Der Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes-
Rassenamt

Prag, den 18.4.44.
Postleitstelle

Az.: C 2 a 7 - 373 - Wdg/Sch.

Betr.: Sonderbehandlung - Pole Zygmunt T a t e r k a , geb. 27.8.14.

Bezug: Schrb. d. Reichssicherheitshauptamtes-IV, D 2 c - 7322/43 v.

Anlg.: Juni 1943 an die dort. Dienststelle.

An den

Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums - Stabshauptamt-
Schweiklberg, Post Vilshofen
b. Passau/Niederbayern

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Stabshauptamt	
Ein: 2. APR. 1944	Anl: 12a.
Alt.-Zch.: 177 795/43	

Die Überprüfung der Sippe des Obengenannten hat ergeben,
dass dieselbe die Voraussetzungen, die an wiedereinzudeutsche
Fremdvölkische gestellt werden müssen, erfüllt.

Demnach gilt der Pole Zygmunt Taterka, geb. 27.8.14,
als wiedereindeutschungsfähig.

Die Überprüfung des Obengenannten wurde im Auftrage des
Höheren ~~W~~ und Polizeiführers W e s t durchgeführt.

Das Reichssicherheitshauptamt -Abt. IV D 2 c- hat von
vorstehendem Schreiben Kenntnis erhalten.

Gegen die beabsichtigte Eheschließung des Obengenannten mit
der Reichsdeutschen Franziska Dürbaum werden vom RuS-Hauptamt-
~~W~~ keine Bedenken erhoben.

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-~~W~~

i. V.

King
~~W~~-Obersturmbannführer

17/10

17/10

17/10

17/10

17/10

17/10

17/10

17/10

17/10

17/10

17/10

17/10

17/10

17/10

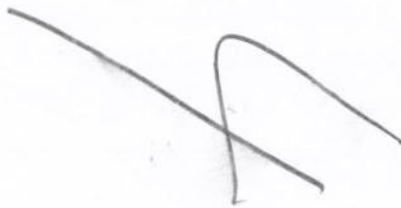
17/10

17/10

17/10

17/10

17/10



Reichssicherheitshauptamt

- IV B 2 b - 7322/43 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 27. April 1944

Prinz-Albrecht-Straße 8

fernsprecher: Ottenehrte 120040 - fernnehrte 126421

Reichskommissar für die deutschen Volkstum	
Stabshauptamt	
Ein:	5. MAI 1944
Anl.:	
Akt.-Zd.:	

An den

Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums

- Stabshauptamt -

S c h w e i k l b e r g/Post Vilshofen/Nd.Bay.

Betr.: Den Fremdvölkischen Zygmunt T a t e r k a, geb. 27.8.14
in Gertraudenhütte.

Bezug: Dort. Schreiben vom 12.4.1944 - II - 177 795/43 Gr./Wa.

Der Fremdvölkische hat sich im 44-Sonderlager Hinzert bewährt. Seine Eindeutschung wird befürwortet. Unter Bezugnahme auf das Schreiben des Rasse- und Siedlungshauptamtes-44 vom 18.4. wird um Mitteilung an das hiesige Referat IV A 6 b gebeten, welchem Höheren 44- und Polizeiführer Taterka zugeführt werden soll.

Im Auftrage:

gez. Betz

Beglaubigt:





XXXXXXX

15. Juni

XXXXXXXXXX

XXXXXXXXXXXX

Z. d. A.

124

II/177 795/43 Gr/Wa.

Vors. Sonderbehandlung- Pole Zygmunt T a t e r k a , geb. 27.8.14.
Bewuzt Schreiben des Rasse-u. Siedlungshauptamtes-# vom 18.4.44.

An das
Reichssicherheitshauptamt

B e r l i n SW 11
Prinz-Albrechtstr. 8

Die Überprüfung der Sippe des Obengenannten hat ergeben, das dies lt. die Voraussetzungen, die an wiedereindeutsche Fremdvölkische gestellt werden müssen, erfüllt.

Demnach gilt der Pole T a t e r k a als wiedereindeutschungsfähig.

Ich bitte T. nach seiner Entlassung aus dem #-Sonderlager einsetzt in den Befehlsbereich des Höheren #-u. Polizeiführers West zu überstellen, der eine Durchschrift dieses Schreibens erhalten hat.

Gegen die beabsichtigte Eheschließung werden vom RuS-Hauptamt keine Bedenken erhoben.

Im Auftrage: t e r

b.w.



2.) an den
Höheren ~~4~~-u. Polizeiführer West

Düsseldorf
Polizeipräsidium

durchschriftlich mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.
Ich bitte f. nach seinem Eintreffen in Arbeit und Wohnung zu veran-
teln.

Im Auftrage:

fl

125

EV

Der Höhere SS- und Polizeiführer West

Beauftragter des Reichskommissars
für die Festigung deutschen Volkstums

Tgb.Nr. 2607 Br/Kr.

Düsseldorf, den
Mackenfenplatz
Fernruf 20101

126
14.7.1944

Betr.: Sonderbehandlung- Pole Zygmunt T a t e r k a , geb. 27.8.14
Bezug: Dort.Schreiben vom 15.Juni44 Az: II/177 795/43 Gr/Wa.

An den
Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums Stabshauptamt
S c h w e i k l b e r g
Post Vilshofen (Ndbg.)

Ich bitte um Mitteilung, ob sich Obengenannter noch im
SS-Sonderlager aufhält und wann mit seiner Überstellung in mei-
nen Befehlsbereich, gem.Anordnung des Stabshauptamtes vom 16.5.44,
gerechnet werden kann.

Der Höhere SS-und Polizeiführer West
i.V.:

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Stabshauptamt	
Ein: 25. JULI 1944	Anl.: - 2a
Akt.-Zch: 177 795/43	

[Signature]
SS-Sturmbannführer

127

Schweiklberg/Post Vilshofen/Ndb.

XXXXXXX

28. Juli

4

29 Juli 1944

XXXXXXXXXXXXXX

XXXXXXXXXXXXXX

II/177 795/43 Gr/Wa.

W. V.	28	8	44	Gr	
-------	----	---	----	----	--

Vorg.: Sonderbehandlung- Pole Zygmunt T a t e r k a, geb. 27.8.14.
Bezug: Mein Schreiben vom 15. Juni 44, II/177 795/43 Gr/Wa.

An das
Reichssicherheitshauptamt

B e r l i n S W 11
Prinz-Albrechtstr. 8

~~Z. d. A.~~

In o.a.Schreiben bat ich Sie den Obengenannten, nachdem sich dessen Wiedereindeutschungsfähigkeit ergeben hat, in den Befehlsbereich des Höheren #u.Polizeiführers West zu überstellen. Da T. bis heute noch nicht bei meinem Beauftragten in Düsseldorf eingetroffen ist, bitte ich um Mitteilung, wann mit der Überstellung des T. in den Befehlsbereich des Höheren #u.Polizeiführers West gerechnet werden kann.

Im Auftrage:

[Handwritten signature]

17th

17th

17th

17th

17th

17th

17th

17th

28.2.45

////////

9. Januar

5

9 Jan. 1945

I - 177 795/43 - La.

Vorg.: Sonderbehandlung; hier: Pole Zygmunt T a t e r k a ,
geb. 27.8.14.

Bezug: Meine Schreiben vom 28.7., 29.8. und 3.10.44.

An das
Reichssicherheitshauptamt

B e r l i n SW 11
Prinz Albrecht Str. 8

Trotz Anmahnung vom 29.8. ist bisher auf mein Schreiben vom 28.7.44
keine Antwort von Ihnen eingegangen. Ich erinnere an die baldmög-
lichste Erledigung der Angelegenheit.

Im Auftrage:



1970

1970

1970

1970

1970

1970

1970

1970

1970

1970



Reichssicherheitshauptamt

IV A 6 b - T 10 856

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

BERLIN SW 11, den **8 Feb. 1945**

Prinz-Albrecht-Strasse 8

Fernsprecher : Ortsverkehr 12 00 40 - Fernverkehr 12 64 21

An den
Herrn Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
- Stabshauptamt -

Schweiklberg Post Vilshofen Ndby.

Betrifft: Pole Zygmunt Taterka, geb. 27.8.1914.

Bezug: Dort. Schrb. vom 9.1.45 - I -177 795/43 - Ia.

Hiesige Akte durch Feindeinwirkung vernichtet. Bitte daher um Übermittlung je einer Abschrift der dortigen Schreiben in dieser Angelegenheit.

Im Auftrage:
gez. Krabbe.

Beglaubigt: .

Kanzleiangest.

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Stabshauptamt	
Eing. 20 FEB 1945	Rnk. H.
177 795/43	
I	

re



7.11.43 Gr.

////////

21. Februar

5

22. Feb. 1945

I - 177 795/43 - Gr/La.

Vorg.: Sonderbehandlung; hier: Pole Zygmunt T a t e r k a, geb.am
27.8.14

Bezug: Ihr Schreiben vom 8.2.45, - IV A 6 b - T 10 856 -.

Anlg.: - 6 -

An das
Reichssicherheitshauptamt

B e r l i n SW 11
Prinz Albrecht Str. 8

Anliegend übersende ich Ihnen die Abschriften des in obiger Angelegen-
heit geführten Schriftwechsels mit der Bitte, Taterka nunmehr in den
Befehlsbereich des Höheren H- und Polizeiführers West zu überstellen.

Im Auftrage:

fs

1970

1970

1970

1970

1970

1970

1970

1970

1970

1970



Der Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes-II
R a s s e n a m t

Prag, den 23.2.44.
Postleiststelle

Az.: C 2 a 7 - Wdg/Sch.

Betr.: Sonderbehandlung - Pole Stanislaus A k a c k i , geb.23.5.
Bezug: Dorts. Vorgang. 1919.
Anlg.: -

An den

Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums -Stabshauptamt-
Schweiklberg, Post Vilshofen
b.Passau/Niederbayern

Die Überprüfung der Sippe des Obengenannten hat ergeben,
dass dieselbe die Voraussetzungen, die an wiedereinzudeutsche
Fremdvölkische gestellt werden müssen, nicht
erfüllt.

Demnach gilt der Pole Stanislaus A k a c k i , geb.23.5.19,
als nicht wiedereindeutschungsfähig.

Die Überprüfung des Obengenannten wurde im Auftrage des
Höheren II- und Polizeiführers W e s t durchgeführt.

Das Reichssicherheitshauptamt -Abt.IV D 2 c- hat von vor-
stehendem Schreiben Kenntnis erhalten.

Reichshauptamt	
Empf.	2. MRZ 1944
Reg.-Nr.	185407/44

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-II

[Handwritten signature]
II-Standartenführer

2

132

14. März

4

Z.d.A.

II/185 407/44 Gr/Wa.

Vorg.: Sonderbehandlung- Pole Stanislaus A k a c k i, geb. 23.5.1910.
Bezug: Schreiben des Rasse- u. Siedlungshauptamtes-~~t~~, rag. vom 23.2.44.

An den
Höheren ~~W~~-u. Polizeiführer West

D ü s s e l d o r f
Polizeiprasidium

Die Überprüfung hat ergeben, dass die Sippe des Obengenannten nicht
wiedereindeutschungsfähig ist. Ich bitte um Kenntnissnahme.

Im Auftrage:







COMITÉ INTERNATIONAL DE LA CROIX-ROUGE

SERVICE INTERNATIONAL DE RECHERCHES

3548 Arolsen · République fédérale d'Allemagne

INTERNATIONAL TRACING SERVICE

3548 Arolsen · Federal Republic of Germany

INTERNATIONALER SUCHDIENST

3548 Arolsen · Bundesrepublik Deutschland

EXCERPT FROM DOCUMENTS
about the stay in former concen-
tration or labour camps

EXTRAIT DE DOCUMENTS
sur le séjour dans les anciens camps
de concentration ou de travail

DOKUMENTEN-AUSZUG
über Aufenthalt in ehemaligen
Konzentrations- und Arbeitslagern

Voire Réf.
Your Ref.
Ihr Akt.-Z.

414 AR 1501/65

Notre Réf.
Our Ref.
Unser Akt.-Z.

T/D 31949

Nom Name AKACKI
Prénoms First names Stanislaw
Nationalité Nationality polnisch
Date de naissance Date of birth 23.5.1919
Lieu de naissance Place of birth Chrom, New
Geburtsdatum Birthsort Yersey, U.S.A.
Profession Profession Bäcker
Noms des parents Parents' names Matheus und Leokadia geb. geb. BUDRIZKE
Religion Religion römisch-katholisch
Dernière adresse connue Last permanent residence Pniewy, Bez. Posen
Arresté le 19. Dezember 1942
Arrested on in Münster
par nicht angeführt
Verhaftet am in durch
est entré au camp de concentration entered concentration camp SS-Sonderlager Hinzert
wurde eingeliefert in das Konz.-Lager No. de détenu Prisoner's No. 312 E
Häftlingsnummer
le 27. Mai 1943
on coming from Stpl. Münster
am von
Catégorie, ou raison donnée pour l'incarcération "Politisch"
Category, or reason given for incarceration
Kategorie, oder Grund für die Inhaftierung
Transféré am 30. Mai 1944 zum KL Buchenwald, Häftlingsnummer 2401; am 3. Juli 1944
Transferred zum KL Buchenwald/Kommando Hadmersleben.
Überstellt

Dernière inscription dans la documentation
Last information in C. C. records
Letzte Eintragung in KZ-Unterlagen

Er war noch am 21. November 1944 im KL Buchenwald/Kommando
Hadmersleben inhaftiert.

Remarques
Remarks
Bemerkungen

keine

Documents consultés
Records consulted
Geprüfte Unterlagen

Häftlingspersonalkarte, Effektenkarte, Effektenverzeichnis, Schreib-
stubenkarte, Häftlingspersonalbogen, Revierkarte, Arbeitskarte, Num-
mernkarte, Zugangsbuch, Zugangsliste, Veränderungsmeldung, Transportliste
und Häftlingsliste des KL Buchenwald.

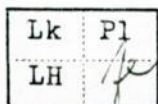
Expédié à
Dispatched to
Abgesandt an

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
714 LUDWIGSBURG
Schorndorferstr. 28

Arolsen, den 11. Oktober 1966

A. de COCATRIX
Directeur adjoint
Service International de Recherches

G. PECHAR
Section des Archives



Le S.I.R. n'assume pas de responsabilité quant à l'exactitude et à l'intégralité du contenu des documents qui ont servi à l'établissement de cette attestation.

• Explication fournie par le S.I.R. mais ne figurant pas sur les documents originaux.
• Added by the I.T.S. as explanation, does not appear on the original documents.
• Erklärung des I.S.D., erscheint nicht in den Originalunterlagen.

Der Chef DC-SB-Ordner

des Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes //

Rassenamt C 2 - Wdg./Uh.

Berlin SW 68, den 13. Aug. 1943.
Hedemannstr. 24

133

Betr.: Sonderbehandlung - Pole A n i o l , Wladislaus geb. 13.10.10.
Sip.-Nr. K/556

Bezug: -

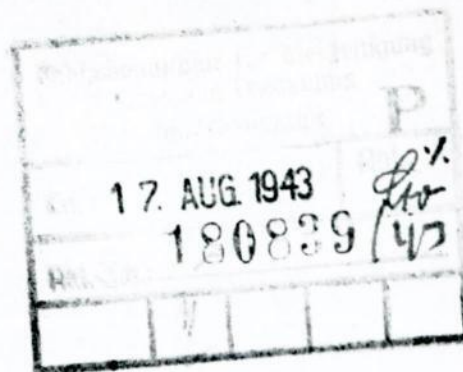
Anlg.: -

An den

Reichskommissar für die
Festigung deutschen Volkstums
- Stabshauptamt -

Berlin-Halensee

Kurfürstendamm 140



Die Überprüfung der Sippe des Obengenannten hat ergeben,
daß dieselbe die Voraussetzungen, die an wiedereinzudeut-
schende Fremdvölkische gestellt werden müssen, nicht erfüllt.

Demnach gilt der Pole Wladislaus Aniol geb. 13.10.10. als
nicht wiedereindeutschungsfähig.

Die Überprüfung des Obengenannten wurde im Auftrage des
Höheren // und Polizeiführers West durchgeführt.

Das Reichssicherheitshauptamt - Abt. IV D 2 c - hat von vor-
stehendem Schreiben Kenntnis erhalten.

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-//
i.V.

[Signature]
Hauptsturmführer



21. August

134

- 180 839/43 - Er/Wu.

Vorgang: Sonderbehandlung; hier: Pole Wlasislaus A n i o l ,
geb. 13.10.10, Sip.Nr. K/556.

An den
Höheren W- und Polizeiführer West
Beauftragter des Reichskommissars
für die Festigung deutschen Volkstums
D ü s s e l d o r f
Polizeipräsidium

Nach Mitteilung des Rasse- und Siedlungshauptamtes-W, Berlin,,
hat die Sippenüberprüfung des Obengenannten dessen Nichteindeut-
schungsfähigkeit ergeben. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrage:



F

1

Der Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes-11
R a s s e n a m t

Prag, den 12.5.44.
Postleitstelle

Az.: C 2 a 7 - 69 - Wdg/Sch.

Betr.: Sonderbehandlung - Russe Serge A r t e m e w , geb. 28.11.23.

Bezug: Dorts. Vorgang.

Anlg.: -

An den

Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums -Stabshauptamt-
Schweiklberg, Post Vilshofen
b. Passau/Niederbayern

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums -Stabshauptamt-	
Empf. 20. MAI 1944	Red. 7.
Fkt.-Stb.:	11.05.44

Die Schlußuntersuchung des Obengenannten hat ergeben,
dass derselbe die Voraussetzungen, die an wiedereinzudeutsche
Fremdvölkische gestellt werden müssen,
erfüllt.

Demnach gilt der Russe Serge Artsew, geb. 28.11.23,
als wiedereindeutschungsfähig.

Die Überprüfung des Obengenannten wurde im Auftrage des
Höheren 11- und Polizeiführers W e s t durchgeführt.

Das Reichssicherheitshauptamt -Abt. IV D 2 c- hat von
vorstehendem Schreiben Kenntnis erhalten.

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-11

i. V.

Wing
11-Obersturmbannführer

A. R. W. W. W.



136

XXXXXXX 26. Mai
XXXXXXXXXXXXX
XXXXXXXXXXXXXXX

4

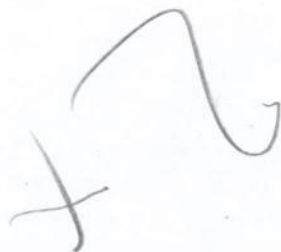
II/186 903/44 Gr/Wa.

Vorg.: Sonderbehandlung--Russe Serge A r t e m e w, geb. 28.11.23.
Bezug: Schreiben des Rasse-u.Siedlungshauptamtes-4 vom 12.5.44, C 2 a7
69-Wdg/Sch.

An das
Reichssicherheitshauptamt
B e r l i n S W 11
Prinz-Albrechtstr. 11

Wachdem sich laut Mitteilung des Rasse-u.Siedlungshauptamtes-4 die Wiedereindeutschungsfähigkeit des Obengenannten ergeben hat bitte ich um Mitteilung, wann mit seiner Entlassung aus dem 4- Sonderlager gerechnet werden kann.

-Im Auftrage:
[Signature]



Sicherheitshauptamt

IV B 2 a - 406/44 E

im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichen, das
Datum und den Gegenstand angeben

W.V. 19. 1944

Berlin SW 11, den 19. Juni 1944
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 12 00 40 · Fernanruf 12 64 21

137

Z.d.A.

An den

Herrn Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums - Stabshauptamt -

Schweikelsberg/Post Vilsbiburg, 1944.

Betrifft: Russe Serge A r t e m e w, geb. 28.11.23 in Smolensk.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 26.5.44 - II/186 903/44 Gr./Wu.

Auf die dortige Anfrage wird mitgeteilt, daß der Ost-
arbeiter Serge A r t e m e w seit dem 21.5.44 flüchtig ist und
bisher noch nicht wiederergriffen werden konnte.

Im Auftrage:

G. H. H. H.

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Stabshauptamt	
Eing. 23. JUNI 1944	Anl.: 1
Akt.-3d.: 186 903/44	

3

X

Der Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes-4
R a s s e n a m t

Prag, den 22. September 1944
Postleitzustelle

Az.: C 2 a 7 - 1083 - Wi./Sa.

Betr.: Sonderbehandlung - Pole Kasimir Ciupa - geb. 19.7.22

Bezug: Dorts. Vorgang

Anlg.: ---

An den

Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums - Stabshauptamt

Schweiklberg, Post Vilshofen
b. Passau/Niederbayern

Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums
Stabshauptamt

Eing. - 4. OKT. 1944

Reg. 2

Rkt.-Zch.: 198769/44

Die Überprüfung der Sippe des Obengenannten hat ergeben,
dass dieselbe die Voraussetzungen, die an wiedereinzudeutsche
Fremdvölkische gestellt werden müssen, nicht
erfüllt.

Demnach gilt der Pole Kasimir C i u p a
als nicht wiedereindeutschungsfähig.

Die Überprüfung des Obengenannten wurde im Auftrage des
Höheren W- und Polizeiführers West durchgeführt.

Das Reichssicherheitshauptamt - Abt. IV B 2 b - hat von
vorstehendem Schreiben Kenntnis erhalten.

Der Chef des Rasseamtes
im RSt-Hauptamt-4

i.V.

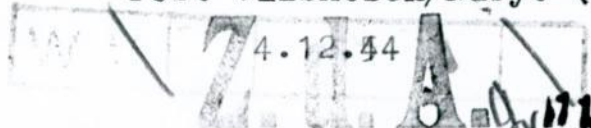
H-Obersturmbannführer.

Handwritten signature or mark

Der Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums
- Stahshauptamt -

139
Schweiklberg, den 11.10.1944
Post Vilshofen/Ndby. (13 b)

Az.: I. - 198.769/44 - Gr/La.



17. Okt. 1944
my

Vorg.: Sonderbehandlung; hier: Pole Kasimir C i u p a ,
geb. 19.7.22.

Bezug: Schreiben des RuS-Hauptamtes-H, Prag, vom 22.9.44,
- C 2 1 7 - 1083 - W1/Sa. -

An den
Beauftragten des Reichskommissars
f.d.Festigung deutschen Volkstums
in D u s s e l d o r f , Tersteegenstr. 82/84

Die Überprüfung der Sippe des Obengenannten hat ergeben, daß die-
selbe die Voraussetzungen, die an wiedereinzudeutschende Fremd-
völkische gestellt werden müssen, nicht erfüllt.

Demnach gilt der Pole Kasimir C i u p a als nicht eindeut-
schungsfähig.
Ich bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrage:
fw

77

Der Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes-44
Rassenamt - C 2 a 7 - 1038/wdg.

Prag, den 28. Aug. 1944
Postleitstelle

Betr.: Sonderbehandlung - Pole- Josef, D o r o t a geb. 11.11.25

Bezug: dortstg. Vorgang

Anlg.:

An den

Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums -Stabshauptamt-

Schweiklberg, Post Vilshofen
b. Passau/Niederbayern

Empfänger: Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Stabshauptamt	
Eing. 2 - SEP. 1944	Anh. V. 10
Rkt.-Jah.: 93475/44	
II	

Die Schlußuntersuchung des Obengenannten hat ergeben,
dass derselbe die Voraussetzungen, die an wiedereinzudeutsche
Fremdvölkische gestellt werden müssen, nicht
erfüllt.

Demnach gilt der Pole-Josef, D o r o t a
als nicht wiedereindeutschungsfähig.

Die Überprüfung des Obengenannten wurde im Auftrage
des Höheren 44- und Polizeiführers W e s t durchgeführt.

Das Reichssicherheitshauptamt -Abt. IV D 2 c- hat von
vorstehendem Schreiben Kenntnis erhalten.

Der Chef des Rassenamtes
im Rasse-Hauptamt-44
i. V. *[Signature]*
44-Obersturmbannführer

Handwritten signature or initials in black ink.

Der Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums
- Stahshauptamt -

Schweiklberg, den 4.9.44
Post Vilshofen/Ndby. (13 b)

7. Sep 1944.

Z. Z. A.

Az.: ... II - 198 475/44 - Gwl/La.

Vorg.: Sonderbehandlung; hier: Pole Josef D o r o t a, geb.am.
11.11.25.

Bezug: Schreiben des RuS-Hauptamtes-H, Prag, vom 28.8.44,
C 2 a 7 - 1038/Weg.

An den
Beauftragten des Reichskommissars
f.d.Festigung deutschen Volkstums
in D ü s s e l d o r f
Tersteegenstr. 82/84

Die Überprüfung der Sippe des Obengenannten hat ergeben, daß die-
selbe die Voraussetzungen, die an wiedereinzudeutschende Fremd-
völkische gestellt werden müssen, nicht erfüllt.

Demnach gilt der Pole Josef D o r o t a als nicht eindeut-
schungsfähig.
Ich bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrage:

69

Der Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes-44
K a s s e n a m t

Prag, den 28. Aug. 1944
Postleitstelle

Az.: C 2 a 7 - 1133-Wdg.

Betr.: Sonderbehandlung - Pole-Stanislaus, G a l a s i n s k i geb. 22. 9. 14
Bezug: dortstg. Vorgang
Anlg.:

An den

Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums -Stabshauptamt-
Schwetklberg, Post Vilshofen
b. Passau/Niederbayern

Einsatzkommando für die Festigung deutschen Volkstums Stabshauptamt	
Eing. 2 - SEP. 1944	Anl. 2/4 Hr
Rkt.-Jahr: 198481/44	

Die Schlußuntersuchung des Obengenannten hat ergeben,
dass derselbe die Voraussetzungen, die an wiedereinzudeutsche Fremdvölkische gestellt werden müssen,
erfüllt.

Demnach gilt der Pole-Stanislaus, G a l a s i n s k i
als wiedereindeutschungsfähig.

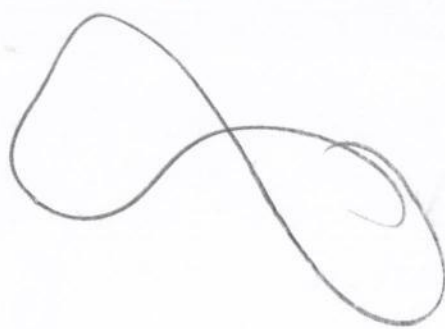
Die Überprüfung des Obengenannten wurde im Auftrage des
Höheren 44- und Polizeiführers W e s t durchgeführt.

Das Reichssicherheitshauptamt -Abt. IV B 2 b- hat Durch-
schrift dieses Schreibens erhalten.

Der Chef des Rassenamtes
im Rasse-Hauptamt-44
i. V.

44-Obersturmbannführer

Verdacht Nr 9



Der Reichskommissar f.d.Festigung
deutschen Volkstums
Stabshauptamt

Schweiklberg, den
Post Vilshofen/Ndby.

5.9.44 143

57 Sep 1944

Z.d.A.

Az.: II. - 198 481/44 - Gwl/La.

Vorg.: Sonderbehandlung; hier: Pole Stanialaus Galesinski.
geb.am 22.9.14.

Bezug: Schreiben des RuS-Hauptamtes-H, Prag, vom 28.8.44, -
C 2 a 7 - 1133 - Wdg.

An das
Reichssicherheitshauptamt
Ant IV B 2 b

Berlin SW 11
Prinz Albrecht Str. 8

Nach Mitteilung des Rasse- und Siedlungshauptamtes- ist der Obenge-
nannte wiedereindeutschungsfähig. Ich bitte Sie, diesen nach seiner
Entlassung aus dem H-Sonderlager Hinzert in den Befehlsbereich des
Höheren H- und Polizeiführers West in Düsseldorf
zu überstellen. Derselbe wurde durch Übersendung einer Abschrift die-
ses Briefes unterrichtet und gebeten, für Einweisung in Wohnung und
Arbeit zu sorgen.

Im Auftrage.

II/Nr. 9

gez. Dr. Bethge.

b.v.

An den
Höheren 4- und Polizeiführer West
Düsseldorf
Tersteegenstr. 82/84

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrage:

11

9

Der Chef

DC-SB-Ordner

des Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes //

Rassenamt C 2 -Wdg./Uh.

Berlin SW 68, den 30. Sept. 1943
Hedemannstr. 24

W.V.

15722/3

Nov

Betr.: Sonderbehandlung - Pol Grzegorzewicz, Edmund
geb. 24.10.25

Bezug: Dorts. Vorgang

Anlg.: -

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Stabshauptamt	
Eing. 2. OKT. 1943	Ant. No. 110
Akt.-Sch. 182575	13
II	

An den

Reichskommissar für die
Festigung deutschen Volkstums
- Stabshauptamt -

Berlin-Halensee
Kurfürstendamm 140

Die Überprüfung der Sippe des Obengenannten hat ergeben,
daß dieselbe die Voraussetzungen, die an wiedereinzudeut-
schende Fremdvölkische gestellt werden müssen, erfüllt.

Demnach gilt der Pole Edmund Grzegorzewicz, geb. 24.10.25
als wiedereindeutschungsfähig.

Die Überprüfung des Obengenannten wurde im Auftrage des
Höheren // und Polizeiführers West durchgeführt.

Das Reichssicherheitshauptamt - Abt. IV D 2 c - hat von
vorstehendem Schreiben Kenntnis erhalten.

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-//
i.V.

Wanker
//-Obersturmführer

A. S. auftr.



204

Reichssicherheitshauptamt

Berlin SW 11, den 13. März 1944
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ostverkehr 120040 - Fernverkehr 126421

- IV D 2 c - 5664/43 -
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum
anzugeben

W. V. [unintelligible]

An den
Reichskommissar für die
Festigung deutschen Volkstums
- Stabshauptamt -

Schweiklberg/Post Vilshofen
Nd. Bayern

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Stabshauptamt	
Ein 20. MRZ 1944	Anl. 1/1 [unintelligible]
Rkt.-Nr.: 183 575/43	
[unintelligible]	[unintelligible]

Betr.: Den polnischen Zivilarbeiter Edmund Grzegorzewicz,
geb. am 24.10.1925 in Posen.

Bezug: Schreiben vom 18.12.1942 - IV D 2 c - 1137/42 -

Der Fremdvölkische hat sich im 44-Sonderlager Hinzert einwandfrei geführt und gut bewährt. Gegen seine Eindeutschung werden keine Bedenken erhoben. Da nach dem hier in Durchschrift vorliegenden Schreiben des Rasse- und Siedlungshauptamts-44 vom 30.9.43 die Sippenüberprüfung gleichfalls positiv ausgefallen ist, wird um Mitteilung an das hiesige Referat IV C 2 gebeten, zu welchem Höheren 44- und Polizeiführer Grzegorzewicz entlassen werden soll.

Im Auftrage:

gez. Thomsen

*Mahnung vom 5.4.44
widerrufen*



su-1

Handwritten signature or initials, possibly reading "K" or "R", written in black ink.

203

146

Schweiklberg, Post Vilshofen/Obb.
XXXXXXX
XXXXXXX
11. April 4

II - 182 575/43 - Gr/La.

Vorsatz: Sonderbehandlung; hier: poln. Zivilarbeiter Edmund
G r e g o r z e w i c z, geb. 24.10.25 in Posen.

Befug: Ihr Schreiben vom 13.3.44, - IV D 2 c - 584/43 -.

An das
Reichssicherheitshauptamt

Berlin SW 11
Prinz Albrecht Str. 8

Nachdem sich die Wiedereindeutschungsfähigkeit des Obengenannten ergeben hat, bitte ich Sie, G. nach der Entlassung aus dem Sonderlager Hinzert zum Höheren H- und Polizeiführer West zu überstellen, der Durchschrift dieses Schreibens erhalten hat.

Im Auftrage:

gez. F ü r s t e r .

b.w.



An den
Höheren # - und Polizeiführer West
Düsseldorf
Polizeipräsidium

zur Kenntnisnahme. Ich bitte Sie, den Genannten nach seinem Eintreffen
in Arbeit und Wohnung zu vermitteln.

Im Auftrage:



Der Chef**des Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes //**Berlin SW 68, den 30. Sept. 1943
Hedemannstr. 24

148

Rassenamt C 2 - W. V. / Jh.

W. V. / Jh.

Betr.: Sonderbehandlung - Pole J a n k o w s k i , Dadeusz geb. 2.9.11Bezug: Dorts. Vorgang

Sip.Nr.R/37

Anlg.: -

An den

Reichskommissar für die
Festigung deutschen Volkstums
- Staatshauptamt -Berlin-Halensee
Kurfürstendamm 140

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums		P
Eing. 2. OKT. 1943		R. V.
Hdl.-3d: 182596		13
II		

Die Überprüfung der Sippe des Obengenannten hat ergeben, daß dieselbe die Voraussetzungen, die an wiedereinzudeutschende Fremdvölkische gestellt werden müssen, nicht erfüllt.

Demnach gilt der Pole Dadeusz Jankowski, geb. 2.9.11 als nicht wiedereindeutschungsfrähig.

Die Überprüfung des Obengenannten wurde im Auftrage des Höheren // und Polizeiführers West durchgeführt.

Das Reichssicherheitshauptamt - Abt. IV D 2 c - hat von vorstehendem Schreiben Kenntnis erhalten.

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-//
i.V.

W. V. / Jh.
//-Oberführer



149
4. April

4

II/182 596/43 Gr/Wa.

Vorg.: Sonderbehandlung Pole Dadeusz J a n k o w s k i, geb. 2.9.11.
Bezug: Schreiben des Rasse-u. Siedlungshauptamtes-~~4~~ vom 30. Sept. 43, C 2 Wdg/

An den
Höheren ~~4~~-u. Polizeiführer West

D ü s s e l d o r f
Polizeipräsidium

Z. d. A. *fr.*

Nach Mitteilung des Rasse-u. Siedlungshauptamtes-~~4~~ hat die Sippenüberprüfung des Obengenannten ergeben, dass dieser die Voraussetzungen, die an die Wiedereindeutsche werden gestellt werden müssen, nicht erfüllt. Demnach gilt der Pole Dadeusz J a n k o w s k i als nicht wiedereindeutsche
unig.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrage:
fr.

2

21. September

3

II - 169 663/43 - F8/La.

Vorgang: Sonderbehandlung; hier: Antonius K a m e r k e .
geb. 22.7.1915 in Wismar.

An das
Rasse- und Siedlungshauptamt-#

B e r l i n SW 68
Hedemannstr. 24

Das Reichssicherheitshauptamt teilt mir unter dem 7.9.43 mit, daß im Hinblick auf die außerordentlich gute Beurteilung des Obengenannten die Sippenüberprüfung nach Möglichkeit beschleunigt werden möge, damit die Entlassung aus dem Sonderlager Hinzert erfolgen kann.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mich so rasch als möglich vom Ergebnis des Sippenurteils unterrichten würden.

Im Auftrage:

gez. F ö r s t e r .

b.w.

1

2

151
An den

Höheren H- und Polizeiführer West
Beauftragter des Reichskommissars
für die Festigung deutschen Volkstums

Düsseldorf

Polizeipräsidium

mit der Bitte um Kenntnisnahme unter Bezug auf mein Schreiben vom
23.2.43, Az.: II-169 663/43.

Im Auftrage:





II - 169 663/43 - P8/La.

Vorgang: Sonderbehandlung; hier: Anton K a m e r k e , geb. 22.7.1915 in
Wielin.

Bezug: Meine Schreiben vom 23.2., 21.9. und 22.10.43, Az.: II-169 663/43

An das
Rasse- und Siedlungshauptamt-~~H~~

B e r l i n SW 68
Hedemannstr. 24

Vom Reichssicherheitshauptamt erhalte ich unter dem 22.10.43 einen
Schnellbrief, in dem nochmals gebeten wird, die Sippenüberprüfung des
Obengenannten zu beschleunigen und das Ergebnis mitzuteilen. Kamerke
soll wegen seiner besonders guten Führung bevorzugt entlassen werden,
um den übrigen im Lager Hinzert zur Eindeutschung befindlichen Häftlingen
einen Ansporn zu geben.

Nachdem der Vorgang bereits seit Mai 42 bei Ihnen aufliegt, bitte ich,
diesen so rasch als möglich zum Abschluß zu bringen.

Durchschlag vorliegenden Schreibens ergeht an das Reichssicherheitshaupt-
amt Berlin.

Im Auftrage:



153

An das
Reichssicherheitshauptamt
B e r l i n SW 11
Prinz Albrecht Str. 8

mit der Bitte um Kenntnisaufnahme unter Bezug auf Ihren Schnellbrief
vom 22.10.43, - IV D 2 c - 3137/42 -.

Im Auftrage:

[Handwritten signature]

2

Der Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes-44
R a s s e n a m t

Prag, den 28. Aug. 1944
Postzustelle

Az.: C 2 a 7 - 1470- Adg.

Betr.: Sonderbehandlung - Pole-Eugen, K l i m c e k geb. 22. 5. 25

Bezug: dortstg, Vorgang

Anlg.:

An den

Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums - Stabshauptamt-

Schweiklberg, Post Vilshofen.
b. Passau/Niederbayern

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums. Stabshauptamt	
Eing. 1 - SEP. 1944	Ank. 1/44
198511/44	
Rkt. 3d.	
I	

Die Überprüfung der Sippe des Obengenannten hat ergeben,
dass dieselbe die Voraussetzungen, die an wiedereinzudeutsche
Fremdvölkische gestellt werden müssen, nicht
erfüllt.

Demnach gilt der Pole-Eugen K l i m c e k
als nicht wiedereindeutschungsfähig.

Die Überprüfung des Obengenannten wurde im Auftrage des
Höheren H- und Polizeiführers W e s t durchgeführt.

Das Reichssicherheitshauptamt - Abt. IV D 2 k - hat von
vorstehendem Schreiben Kenntnis erhalten.

Der Chef des Rassenamtes
im Ras-Hauptamt-44

i. V.

H-Übersturmbannführer

Verdruck Nr 6

Handwritten signature or mark.

Der Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums
- Stahshauptamt -

155
Schweiklberg, den 4.9.44
Post Vilshofen/Ndby. (13 b)

Az.: II - 198 511/44 - Gwl/La.

7. Sep 1944

Vorg.: Sonderbehandlung: hier: Pole Eugen Klimcek,
geb. am 22.5.25.

Bezug: Schreiben des RuS-Hauptamtes-H, Prag, vom 28.8.44,
- C 2 a 7 - 1470 - Wdg. -

An den
Beauftragten des Reichskommissars
f.d. Festigung deutschen Volkstums
in Düsseldorf, Tersteegenstr. 82/84

Die Überprüfung der Sippe des Obengenannten hat ergeben, daß die-
selbe die Voraussetzungen, die an wiedereinzudeutsche Fremd-
völkische gestellt werden müssen, nicht erfüllt.

Demnach gilt der Pole Eugen Klimcek
schungsfähig.

als nicht eindeutig

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrage:

II/Nr. 6

deutsche Fremdvölkische gestellt werden

W
F

DC-SB-Direktor
Der Chef

des Rasse- und Siedlungshauptamtes

Rassenamt S 2 - Bdg./Uh.

Berlin SS 68, 12. April 1943
Sedemannstr. 24

Z. d. A.

186

Betr.: Sonderbehandlung des polnischen Volkszugehörigen
O l e j n i k , Bogislaus geb. 4.5.06

Baug: Dortf. Vorgang

Anlq.: -

An den

Reichskommissar für die
Festigung deutschen Volkstums
- Stabshauptamt -

Berlin - Halensee

Kurfürstendamm 140

Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums		P
Eing. 16. APR. 1943		Hol. <input checked="" type="checkbox"/>
174784		143
Ans. Ziti.		

Nach Mitteilung des Höheren SS- und Polizeiführers
Weichfel - der SS-Führer im Rasse- und Siedlungswes-
sen - ist der obengenannte polnische Volkszugehörige
verstorben.

Demnach wird der Vorgang von hier aus als erledigt
betrachtet.

Die Überprüfung wurde im Auftrage des Höheren-SS und
Polizeiführers Best durchgeführt.

Der Chef des Rassenamtes
im RAS-Hauptamt-SS
i. V. *[Signature]*
SS-Hauptsturmführer

24

Der Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes-4

Rassenamt C 2 - Wdg./Uh.

Berlin SW 68, den 26. Mai 1943
Hedemannstr. 24.

157
Z.d.A.

Betr.: Sonderbehandlung des polnischen Volkszugehörigen
P a s t o c k , Stanislaus geb. 5.5.13 Sip.Nr.485

Bezug: Dorts. Vorgang

Anlg.: -

An den

Reichskommissar für die
Festigung deutschen Volkstums
- Stabshauptamt -

Berlin-Halensee

Kurfürstendamm 140

Reichshauptamt	
Georgien I. 1943	
Eing. - 5 JUN 1943 7. W	
Akt.-Zahl: 177669/43	

Bei Überprüfung der Sippe des Obengenannten wurde festgestellt, daß dieselbe die Voraussetzungen, die an wiederereindeutschende Fremdvölkische gestellt werden müssen, erfüllt hat.

Demnach gilt der Pole P a s t o c k , Stanislaus geb. 5.5.13 als wiedereindeutschungsfähig.

Die Überprüfung des Obengenannten wurde im Auftrage des Höheren 4- und Polizeiführers West durchgeführt.

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-4
i.V.

[Signature]
4-Hauptsturmführer

W

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-W
- W./Ns.

Berlin - SW 68, am 22. Februar 1943
Hedemannstraße 24

Betr.: Sonderbehandlung S k o r u p a, Marian
geb. 5.11.14

Bezug: dortseitiger Vorgang

Z. d. A. *1/3*

An den
R e i c h s k o m m i s s a r
f. d. F. d. V.

S t a b s h a u p t a m t

B e r l i n - H a l e n s e
Kurfürstendamm 140

Reichskommissariat für die Verwaltung	
P	
Eing.	3. MRZ 1943
Ant.-Zahl	120644/41
	11

Nach Überprüfung der Sippe des Obengenannten wurde festgestellt, daß dieselbe die Voraussetzungen, die an einzudeutschende Fremdvölkische gestellt werden müssen, erfüllt hat.

Demnach gilt der Pole Marian S k o r u p a als eindeutschungsfähig.

Skorupa wurde im Auftrage des Höheren W- und Polizeiführers West überprüft.

Der Chef des Rassenamtes
im Rasse- und Siedlungshauptamt-W
i. A.

furth
W - Hauptsturmführer.

Az.: III k/2.

Pe/Ga.

Litzmannstadt, den 27. 6. 1941.

Betr.: S k o r u p a , Zofia, zugehörig zur Sip. Nr. I/1765.
Bezug: Ohne

1. An den
Reichskommissar für die
Festigung deutschen Volkstums
Berlin - Halensee
Kurfürstendamm 142/143.

Der Reichsleiter SS	
Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums	
Eing. - 1. JUL. 1941	Ant. $\frac{2}{1m}$
Abt.-Zahl: 120644/41	
I. 1/2	

2. An das
Rasse- und Siedlungshauptamt-SS
Berlin SW 68
Hedemannstraße 24.

11 2. Juli 1941

Die wiedereinzudeutschende Familie S k o p u r a ist im Gebiet des Höheren SS- und Polizeiführers "Alpenland" angesetzt worden.

Der 22jährige Bruder des Ehemannes, Walerian Skorupa, befindet sich bei Krebs, Rittergut Heidenau in Sachsen.

Die Außenstelle bittet um Überprüfung des Walerian S. und Übersendung des Untersuchungsergebnisses, damit er bei Eignung seiner Familie zugeführt werden kann.

Der Stabsführer der Außenstelle

Gimpf
SS-Hauptsturmführer.

Z. d. A. 27 1/2

Der Chef

~~des Rasse- und Siedlungshauptamtes-SS~~

Rassenamt C 2 Bdg.

Z. d. A. *fw*
Berlin SS 68, den 1. 2. 43
Hedemannstraße 24Betr.: Sonderbehandlung- Pole S a h m c z a k Stephan geb.
am 27. 10. 09Begr.: dortseitiger VorgangAnlq.: ohne

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Stabshauptamt			
Dirg. - 4 FEB 1943			Enl. <i>fw</i>
Rkt.-Zch.: 170190/43			

An den
Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums
- Stabshauptamt -B e r l i n - H a l e n f e e

Kurfürstendamm 140

Auf Veranlassung des Höheren SS- und Polizeiführers
West, wurde der Obengenannte auf seine Eindeutschungs-
fähigkeit hin überprüft und war als Einzelgänger
vorbehaltlich der positiven Sippenbeurteilung
eindeutschungsfähig.

Nach Überprüfung der Sippe wurde festgestellt, daß
dieselbe die Voraussetzungen die an einzudeutschende
fremdvölkische gestellt werden müssen in rassistischer
Hinsicht erfüllt haben.

Demnach gilt der Pole S a h m c z a k Stephan
als eindeutschungsfähig.

Der Chef des Rassenamtes
im Rasse - und Siedlungshauptamt-SS
i. B.

[Signature]
SS-Hauptsturmführer



Z.d.A. *ph*

160

Liste Dezember 1942 der Außenstelle des Rasse- und
Siedlungshauptamtes-7 in Litzmannstadt.
HPF. West.

K/152

S z y m c z a k , Stephan

geb.am 27.10.1909

RuS. II

Sippenurteil: RuS. II - wiedereindeutschungsfähig.

31

Akten

Der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

über

Bresslein

(Familienname)

Jill

(Vorname)

27. 9. 19

(Geburtsdatum)

W.-Elberfeld

(Geburtsort)

Staatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Geschehen

Blattzahl:

1-8

Ausgegeben:

Nr.

684

Anfang: 20. Jan 1942

Personalbogen

Personalien des politisch — (spionagepolizeilich*) — in Erscheinung getretenen:

1. a) Familienname: (bei Frauen auch Geburtsname) Bresslein
 b) Vornamen: (Rufname unterstreichen) Ilse
2. Wohnung: (genaue Angabe) Hean, Elp 4
3. a) Deckname: _____
 b) Deckadresse: _____
4. Beruf: Hauswirtschaftslehrling
5. Geburtstag, -jahr 27.9.19 Geburtsort: W.-Elberfeld
6. Glaubensbekenntnis und Abstammung: evgl.
D.R.
7. Staatsangehörigkeit: _____
8. Familienstand (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden*) ledig
 a) Nationale und Wohnung der Ehefrau: _____
 b) Nationale und Wohnung des Vaters: _____
 c) Nationale und Wohnung der Mutter: _____
 d) Nationale und Wohnung weiterer Auskunftspersonen: _____
9. Arbeitsdienstverhältnis:
 Musterung: (Ort) _____ am _____ 19____
 Ergebnis: _____
 Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes von: _____ 19____ bis: _____ 19____
 Abteilung: _____ Standort: _____
10. Militärverhältnis (Wehrpflicht, Dienstpflicht, früheres Militärverhältnis*)
 Musterung: (Ort) _____ am _____ 19____
 Ergebnis: _____
 für: (Waffengattung) _____ als freiwilliger eingetreten?
 Wehrbezirkskommando, Wehrmeldeamt*) _____
 Dienstzeit: von: _____ 19____ bis: _____ 19____
 als: _____
 Truppenteil: _____ Standort: _____

*) Zutreffendes unterstreichen.

163

	Lichtbilder	
--	-------------	--

Aufgenommen am: 7. 1. 42.

durch

Name: Fischer

Amtsbezeichnung: SS Rottfhr.

Stichwortartige Darstellung des politischen Lebenslaufes:

(Der Raum darf nicht zur Absehung von Verfügungen verwandt werden.)

Die B. hat mit einem poln. Arbeiter etwa 5 mal geschlechtlich verkehrt, obwohl ihr das Verbot über den Geschlechtsverkehr mit Polen bekannt war. Es wird Schutzhaft und Unterbringung in einem KL beantragt. Vorgang siehe unter Antonius K a m e r k e, geb. 22. 7. 15.



Aufgenommen am: 27.1.1942

durch

Name: gez. S t e i n

Amtsbezeichnung: a.pl.Krim.Assst.

Stichwortartige Darstellung des politischen Lebenslaufes:

(Der Raum darf nicht zur Absehung von Verfügungen verwandt werden).

Die B. hat mit einem Polen geschlechtlich verkehrt. Schutzhaft bis auf weiteres beantragt. (II D/93/42).

Akten

der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

über

(Familienname)

(Vorname)

(Geburtsdatum)

(Geburtsort)

Anfang: 30.6.1941

Staatsarchiv Düsseldorf	
Bestand:	<i>Sp. 10/11</i>
Blattzahl:	<i>1-15</i>
Ausgegeben:	
N.	<i>31793</i>

Personalbogen

Personalien des politisch — (spionagepolizeilich*) — in Erscheinung getretenen:

1. a) Familienname: (bei Frauen auch Geburtsname) Schiefer
b) Vornamen: (Rufname unterstreichen) Anni
2. Wohnung: (genaue Angabe) Velbert, Hefelerstr. 78
bei Wolff
3. a) Deckname: _____
b) Deckadresse: _____
4. Beruf: Hilfsarbeiterin
5. Geburtstag, -jahr 14.8.21 Geburtsort: Oberlieblar
6. Glaubensbekenntnis und Abstammung: katholisch
7. Staatsangehörigkeit: DR
8. Familienstand (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden *) ledig
a) Nationale und Wohnung der Ehefrau: _____
b) Nationale und Wohnung des Vaters: Christian Schiefer, Arbeiter
Oberlieblar, Donatusstr. 4
c) Nationale und Wohnung der Mutter: Anna geb. Schmitz, wohnhaft wie
vorstehend
d) Nationale und Wohnung weiterer Auskunftspersonen: _____
9. Arbeitsdienstverhältnis:
Musterung (Ort) _____ am _____ 193____
Ergebnis: _____
Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes von: 10. 6. 1940 bis: 30. 10. 1940
Abteilung: 17/40 Standort: Wuschtdorf bei Schwibus
10. Militärverhältnis: (Wehrpflicht, Dienstpflicht, früheres Militärverhältnis *)
Musterung: (Ort) _____ am _____ 19____
Ergebnis: _____
für: (Waffengattung) _____ als freiwilliger eingetreten? _____
Wehrbezirkskommando, Wehrmeldeamt *) _____
Dienstzeit: von: _____ 19____ bis: _____ 19____
als: _____
Truppenteil: _____ Standort: _____

*) Zutreffendes unterstreichen.

167

	Lichtbilder	
--	-------------	--

Aufgenommen am: 10. 6. 1941

durch
Name: *Wittmann*

Amtsbezeichnung: Krim. Sekr.

Stichwortartige Darstellung des politischen Lebenslaufes:
(Der Raum darf nicht zur Absehung von Verfügungen verwandt werden.)

10.6.41 Die Schiefer wurde am 10. 6. 41 wegen fortgesetzten intimen Verkehrs mit einem ehem. polnischen Kriegsgefangenen festgenommen und zur Verantwortung gezogen.

Wittmann

Velbert

6. Juni

41

Aussendienststelle Wuppertal

V e r m e r k !

Hilfsarbeiterin Anni Schiefer

Velbert, Hefelerstr. 78

m Vertraulich wurde mir mitgeteilt,
dass die Hilfsarbeiterin
A n n i S c h i e f e r ,
geb. am 14. 8. 1921 zu Oberlieblar,
Kreis Euskirchen, Reichsdeutsche, le-
dig, wohnhaft Velbert, Hefelerstr.
78, mit einem ehem. polnischen Kriegs-
gefangenen Franz Skotareszak, wohn-
haft in Konradsheim bei Lechenich bei
einer Familie Adalbert Andersz, ein
Liebesverhältnis unterhalte.

Die Schiefer ist seit dem 25. 2.
1941 in Velbert in dem Rüstungsbe-
trieb August Engels GmbH in der Abtlg.

764

Aufträge Luft, als Abnehmerin Dienst-
verpflichtet. Als solche erhält sie
auch eine Fleischzulagekarte, die sie
in einen hier abgefangenen Briefe dem
ehem. poln. Kriegsgefangenen zuschickt.
Da die Anschrift des Briefes nicht an
den Polen gerichtet ist, sondern an
die Familie Andersz, bei der der Pole
wohnt, muss angenommen werden, dass die-
se von dem Verhältnis der Schiefer zu
dem Polen Kenntnis haben und somit der
Schiefer in ihrer Ehr- Pflicht- und
Art vergessenen Weise noch Vorschub
leisten.

Weiter wurde ein Brief von der Schie-
fer abgefangen, den sie der Mutter des
Polen, Frau Marie Skotareszak geschrie-
ben hat. Aus diesem Brief geht unter
anderem auch hervor, dass die Schiefer
beide Pfingsttage bei dem Polen gewe-
sen ist. Sie soll wie hier bekannt wur-
de, mit ihm in einem Bett zusammen ge-
schlafen haben. Sollte dieses zutreffen,
dürfte auch eine Kuppelei durch die Fa-
milie Andersz in Frage kommen.
Die zwei Briefe sind in der Hülle Bl.
2 der Akte beigelegt.


Krim. Sekr.

170
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle
Düsseldorf

Aussendienststelle Wuppertal

Velbert

10. 6.

41

XXXXXXXXXXXX

die Beschuldigte Anni Schiefer

Schiefer

Anni

Hilfsarbeiterin

bei der Firma August Engels
GmbH in Velbert

durchschnittlich 20,-RM die Woche

XXXXXX

14. 8. 21

Überlieblar

Euskirchen

Velbert

Niederberg

Hefeler

78

XXX

DR.

katholisch

ja

ja

ledig

Christian Schiefer , Arbeiter
Oberlieblar, Donatusstr. 4

Anna geb. Schiefer
wie vorstehend

172

mein

Februar 1941 in der DAF

10.6.40

17/40

30.10.40

Wuschtdorf

Vom 6. bis 14. Lebensjahre besuchte ich die kath. Volksschule in Oberlieblar. Von 1935 ab war ich bis zu meiner Einberufung zum RAD im Haushalt in Oberlieblar, Lieblar und Brühl beschäftigt. Nach meiner Entlassung aus dem RAD war ich zunächst zu Hause und anschliessend bis März 1941 im Marienhospital in Brühl als Stationsmädchen. Seit März 1941 bin ich bei der Firma August Engels GmbH in Velbert dienstverpflichtet.

Mitglied irgend einer Partei oder einer Jugendorganisation einer Partei war ich nicht. Konfessionellen Vereinen gehöre ich auch nicht an.

Etwa Mitte November 1940, als ich in Brühl im Marienhospital als Stationsmädchen war, lernte ich dort den ehem. polnischen Kriegsgefangenen Franz Skotareszak kennen. Dieser wurde um die angegebene Zeit mit einer Fussverletzung daselbst eingeliefert. Auf der Station wo ich beschäftigt war, befand er sich nur einen Tag. Anschl. kam er zur äusseren Station (Parterre). Skotareszak war etwa 10 Wochen im Krankenhaus. Während dieser Zeit haben wir uns nur flüchtig gesehen und auch nur einige Worte

Worte zusammen gesprochen. Etwa Anfang Januar 1941 kam Skotareszak zur Entlassung. Ich habe ihn dann bis zum 10. 4. 41 nicht mehr gesehen.

Als Skotareszak noch im Krankenhaus in Brühl war, hatte er mir seine Adresse angegeben. Von Velbert aus schrieb ich ihm dann etwa 3 Wochen vor Ostern einen Brief, worin ich mich nach seinem Befinden erkundigte. Nach etwa 14 Tagen erhielt ich von Skotareszak einen Brief, worin er sich nach meinem Befinden erkundigte. Weiter schrieb er mir, dass ich ihn wenn es mir möglich sei, besuchen solle. In der Woche vor Ostern, es war soweit ich mich entsinne, am 9. 4. 41, fuhr ich zu meinen Eltern nach Oberlieblar.

Skotareszak wohnt bei einer Familie Adalbert Andersz in Konradsheim bei Lechenich. Andersz selbst ist zum Militär eingezogen. Soweit mir bekannt ist, war Andersz auf einem Gut als landwirtschaftlicher Arbeiter beschäftigt. Auf diesem Gut arbeitet auch der Pole. Da mir dieses bekannt war, fuhr ich am 10. 4. 41 gegen Mittag auf dem Fahrrad durch die dortige Strasse in der Absicht den Polen zu sehen. Er sah mich dann auch und kam er gleich hinter mir her. Als ich sah, dass er hinter mir her kam, stieg ich vom Fahrrad ab und wartete auf ihn. Wir schlugen dann zusammen einen Feldweg ein und blieben etwa 1 - 1 1/2 Stunde zusammen. Bei dieser Gelegenheit haben wir uns ausgesprochen. Zu irgendwelchen Zärtlichkeiten ist es bei diesem Zusammentreffen nicht gekommen.

Am 13. 4. 41 trafen wir uns nach vorheriger Verabredung gegen 15 Uhr bei Frau Andersz in der Wohnung. Frau Andersz kannte den Polen, weil sie für diesen eine Zeitlang gekocht hatte. Wir blieben bis gegen 22 Uhr in der Wohnung der Andersz zusammen. Gemeinschaftlich tranken wir Kaffee und assen auch zu Abend. An diesem Abend brachte der Pole mich bis an meine elter^elich Wohnung. Auf diesem Wege haben wir uns geküsst und gebrauchte er mich auch ge-

145

geschlechtlich. Zu diesem Zwecke zog er seinen Mantel aus, den er auf die Erde legte, worauf ich mich dann legte. Es kam bei ihm zum Samenerguss. Bevor es bei ihm hierzu kam, zog er seinen Geschlechtsteil heraus, damit ich nicht von ihm schwanger werden sollte. Er sagte mir auch, dass er dieses aus dem Grunde mache, damit nichts heraus kommen solle, da er sonst aufgehangen würde.

Ostermontag fuhr ich wieder nach Velbert zurück, ohne den Polen zuvor noch mal gesehen zu haben. In der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten 1941 habe ich Skotareszak wöchentlich zweimal einen Brief geschrieben. In den ersten Wochen nach Ostern schrieb ich an seine persönliche Adresse. Nachdem ich am 3. 5. 41 nach Hause fuhr oder vielmehr sogleich zur Frau Andersz, traf ich ihn am gleichen Tage in deren Wohnung. Ich kam gegen 23 Uhr dort an und blieben wir bis zum folgenden Tage gegen 1,00 Uhr zusammen. An diesem Abend ist zwischen uns nichts vorgefallen, da Frau Andersz immer bei uns war. Am 4. 5. 41 fuhr ich nach Velbert zurück. Da wir verabredet hatten, dass ich nicht mehr an seine Adresse schreiben sollte, schrieb ich von jetzt an seine Briefe an die Adresse der Familie Andersz.

Am 31. 5. 41 fuhr ich wieder zu Frau Andersz. Gegen 21 Uhr kam Skotareszak dorthin. Wir blieben die Nacht über bei Frau Andersz und schliefen in einem Zimmer in einem Bett zusammen. Auch in dieser Nacht gebrauchte er mich geschlechtlich, bis zum Samenerguss. In der Nacht vom 1. zum 2. 6. 41 schliefen wir auch wieder zusammen und gebrauchte er mich in dieser Nacht zweimal geschlechtlich.

Frau Andersz war nichts davon bekannt, dass wir in ihrer Wohnung zusammen schliefen. Ich hatte Skotareszak gesagt, dass ich die Haustüre offen liess und solle er zu mir kommen.

Das

176

Das Zimmer in welchem ich schlief, lag zu ebener Erde. Frau Andersz konnte uns nicht hören, da sie in einem hinteren Zimmer schlief. In allen Fällen wo ich mit Skotareszak zusammen in der Wohnung der Andersz geschlafen habe, entfernte er sich gegen 7,00 Uhr. Frau Andersz war um diese Zeit noch nicht auf und hatte sie somit auch nichts davon gemerkt, dass wir beide in ihrer Wohnung zusammen geschlafen hatten.

Nach Pfingsten 1941 habe ich Skotareszak nur noch einmal geschrieben und zwar den hier vorliegenden Brief. In diesen Briefe habe ich ihm auch meine Fleischzulagekarte geschickt. Weiter habe ich auch zweimal der Mutter des Skotareszak geschrieben. Die Anschrift hatte er mir gegeben. Ob ich in meiner Wohnung noch Briefe von Skotareszak habe, kann ich nicht mit Bestimmtheit sagen. Ich nehme es aber an.

Mir war bekannt, dass Skotareszak ein ehem. polnischer Kriegsgefangener war. Wenn ich dennoch mit ihm ein Verhältnis angefangen habe so kam dieses daher, weil er mir erzählte, dass er in Hamburg geboren sei. Er ist jetzt 27 Jahre alt. Er sagte mir weiter, dass er in Hamburg noch zwei Jahre die Schule besucht habe. Sein Vater habe auf deutscher Seite den Weltkrieg mitgemacht und sei dieser Feldwebel gewesen. Er hat mir auch ein Bild seines Vaters in deutscher Uniform gezeigt. Ich habe demnach angenommen, dass es sich nicht um einen reinen Polen handelte, zumal er auch das für die Polen vorgeschriebene " P " nicht trug. Er sagte mir auch, dass seine Eltern nicht aus Polen, sondern aus Posen stammten.

Bemerken muss ich noch, dass Skotareszak mir die Heirat versprochen hat. Er sagte mir, dass ich wenn ich es wolle auf ihn warten solle. Er stelle mir dieses aber anheim, da ich ja wüsste, wie streng es sei, mit ihm zu verkehren. Wenn ich dennoch nicht von ihm abgelassen habe, so dürfte dieses darauf zurückzuführen sein, dass er sehr gut zu mir war. Wenn ich ihm sagte, dass ich nicht wieder

172


wieder kommen wolle, weinte er. Zudem soll seine Mutter sehr schwer krank sein.

Der Tragweite meiner Handlungsweise bin ich mich voll und ganz bewusst. Wenn ich es dennoch getan habe, so habe ich es nur aus dem Grunde getan, weil ich Skotareszak liebe. Weiter habe ich zur Sache nichts zu sagen.

V. G. u.

.....Anni Schiefer.....

G. W. O.


Krim. Sekr.

Velbert, den 10. 6. 1941

Die Beschuldigte Schiefer Bl. 3 der Akte ist überführt und geständig, in den letzten Monaten mit dem ehem. polnischen Kriegsgefangenen Skotareszak in Konradsheim bei Lechenich ein intimes Verhältnis unterhalten zu haben. Skotareszak konnte hier zur Sache nicht gehört werden.

Die Schiefer kam am 28. 2. 41 von Lieblar nach Velbert. Über sie ist hier in politischer, abwehrpolizeilicher und strafrechtlicher Hinsicht Nachteiliges bisher nicht bekannt geworden.

In Anschluss an die Vernehmung der Beschuldigten Schiefer wurde in ihrem Zimmer eine Durchsuchung vorgenommen. Hier-

Hierbei wurden die übrigen in der Hülle Bl. 2 der Akte enthaltenen Sachen und zwar :

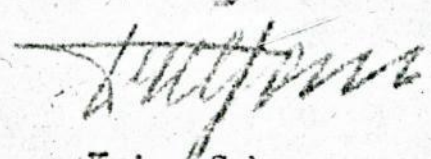
1.) 14 Briefe

2.) 2 Postkarten,

3.) 2 Lichtbilder (Skotareszak darstellend)

3) 1 ein zum Versand fertig gemachtes ~~XXIX~~ Paketchen Briefpapier an die Adresse des Polen Skotareszak vorgefunden. In dem Paketchen befand sich eine bläuliche Karte 6 enthaltend ebenfalls in der Hülle Bl. 2 worin die Schiefer dem Polen mitteilt, dass sie ihm Briefpapier sendet. Das Briefpapier wurde der Schiefer belassen.

Die übrigen vorgefundenen Briefe sind zum Teil an die Schiefer gerichtet. Es befinden sich aber auch solche darunter, die sie an den Polen geschrieben hat. In dem mit einem rot Kreuz versehenen Brief geht hervor, dass die Andersz von dem Treiben der Schiefer und des Polen Kenntnis hat. Sie warnt die Schiefer und weist sie auch darauf hin, dass die Polizei bereits dort gewesen sei. Wenn auch die Schiefer bestreitet, dass die Andersz nichts davon weiss dass sie mit dem Polen mehrere Nächte in ihrer Wohnung zusammen geschlafen hat, so erscheint dieses sehr unglaubwürdig. Die Schiefer erklärte mir, dass sie alle Folgen auf sich nehme, damit dem Polen nichts passieren soll. Sie allein sei die Schuldige.

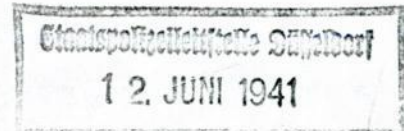


Krin. Sekr.

Wuppertal, den 11. Juni 1941

149

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle



Düsseldorf.

2384/41

12.6.

Betr.: Verbotener Umgang mit polnischen Zivilarbeitern.

Vorgang: Ohne.

----- Anlagen: 1 gehefteter Vorgang mit Durchschrift.

Als Anlage überreiche ich eine hier bearbeitete Strafanzeige - mit Durchschrift - gegen die Hilfsarbeiterin Anni S c h i e f e r, geboren am 14. 8. 1921 zu Oberlieblar, wohnhaft in Velbert, Hefelerstr. 78, wegen verbotenen Umgangs mit dem ehem. polnischen Kriegsgefangenen Franz S k o t a r e s z a k, z.Zt. in Konradsheim bei Lechenich, Hauptstr. 8 bei Abdersz wohnhaft, mit der Bitte um Kenntnissnahme und weitere Veranlassung.

Die Beschuldigte Schiefer gibt ohne weiteres zu, mit dem Polen ein Liebesverhältnis zu unterhalten und auch wiederholt den Geschlechtsverkehr mit diesem ausgeübt zu haben.

Die Beschuldigte, die laut dortiger Verfügung - II E 937/40 vom 2. 4. 1940 einem Kola zugeführt werden muß, befindet sich bis zum dortigen Entscheid im hiesigen Polizeigefängnis.

Gegen den Polen sowie auch gegen die Ehefrau Adalbert A n d e r s z, beide in Konradsheim b/Lechenich, Hauptstr. 8 wohnhaft, wurde von hieraus bisher nichts unternommen.

Im Auftrage:

Wendowski

hm

180

1. Befundbericht:

An die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle
in K ö l n.

Er	16/6/41
17. Juni 1941	

Betrifft: Geschlechtsverkehr eines polnischen Zivilarbeiters mit einer Deutschen.

Vorgang: Ohne.

Anlage: Eine.

In der Anlage übersende ich einen bei meiner Aussendienststelle entstandenen Vorgang. Da sich der Taort in dortigen Dienstbereich befindet, bitte ich, von dort aus das Weitere zu veranlassen. Ferner bitte ich um Mitteilung, ob die Beschuldigte Schiefer nach dort überstellt oder ein Schutzhaftantrag von hier aus gegen sie gestellt werden soll.

2. Schreiben:

An die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Düsseldorf
Aussendienststelle

in W u p p e r t a l. 17. Juni 1941

Betrifft: Geschlechtsverkehr eines polnischen Zivilarbeiters mit der Anni Schiefer.

Vorgang: Dort. Schreiben vom 11. 6. 41 -III 1431/41.

Ich habe den Vorgang an die Staatspolizeistelle in Köln weitergeleitet, da sich der Taort im Bereich der Staatspolizeistelle in Köln befindet. Ferner habe ich bei der Staatspolizeistelle Köln um Entscheidung gebeten, ob die Schiefer nach Köln überstellt oder der Schutzhaftantrag von hier aus gestellt werden soll. Bis zum Eingang dieser Entscheidung ist ~~erst nichts gegen die Schiefer zu unternehmen.~~ ^{was im Haft für fallen}

3. Dem Schreiben zu 1 ist der Vorgang beizugeben.
4. II F zur Auswertung, s. Personalbogen.
5. Zu den P. A. der Anni Schiefer; geb. 14. 8. 21.

Hauptkartei 14/6/41

J. A.
14/6.

14/6

Akten

der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

über

Hinz

(Familienname)

Gertrud

(Vorname)

2. 11. 06

(Geburtsdatum)

Rachewitz

(Geburtsort)

6. 1941

Staatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gesapo-

Blattzahl:

1-12

Ausgegeben:

Nr.

11268

Personalbogen

Personallen des politisch — (spionagepolizeilich*) — in Erscheinung getretenen:

182

1. a) Familienname: (bei Frauen auch Geburtsname) H i n z geb. Skiba
b) Vornamen: (Rufname unterstreichen) Gertrud
2. Wohnung: (genaue Angabe) Essen, Kiehlstr. 11
3. a) Deckname:
b) Deckadresse:
4. Beruf: Ehefrau
5. Geburtstag, -jahr 2. 11. 06 Geburtsort: Rachewitz/Rybnik
6. Glaubensbekenntnis und Abstammung: kath. - arisch
7. Staatsangehörigkeit: D. R.
8. Familienstand: (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden *)
a) Nationale und Wohnung der Ehefrau:
b) Nationale und Wohnung des Vaters: Schimulla angen. durch Skiba Josef
c) Nationale und Wohnung der Mutter: Anna geb. Emmerich
d) Nationale und Wohnung sonstiger Auskunftspersonen:
9. Arbeitsdienstverhältnis:
Musterung: (Ort) am 19
Ergebnis:
Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes von: 19 bis: 19
Abteilung: Standort:
10. Militärverhältnis: (Wehrpflicht, Dienstpflicht, früheres Militärverhältnis *)
Musterung: (Ort) am 19
Ergebnis:
für: (Waffengattung) als freiwilliger eingetreten?
Wehrbezirkskommando, Wehrmeldeamt *)
Dienstzeit: von: 19 bis: 19
als:
Truppenteil: Standort:

*) Zutreffendes unterstreichen.

11. Politische Einstellung bzw. Funktionen: Bisher nicht in Erscheinung getreten

Personenbeschreibung:

12. Größe: Nach Maß oder Schätzung *) (ohne Fußbekleidung): cm
13. Gestalt (stark, unterseht, schlank, schwächlich) *):
14. Haltung (nach vorn geneigt, auffallend straff, nach rechts, nach links geneigter Kopf) *
15. Gang (schleppend, lebhaft, schwankend, leicht, gräziös, ruhig und gemächlich, hinkend, auffällig, große oder kleine Schritte, steifbeinig) *)
16. Gesichtsform und -farbe (z. B. rund, oval, eckig, gesund, blaß) *)
17. Kopfhaar (hell-, mittel-, dunkelblond, braun, schwarz, rot, weiß, grau, graugemischt) *)
- (fülle und Tracht):
18. Bart: (z. B. Farbe, Form):
19. Augen (blau, grau, hell, dunkel, schwarz-braun) *)
- (Besonderheiten):
20. Stirn (zurückweichend, senkrecht, vorspringend, sehr hoch, sehr niedrig, sehr breit, sehr schmal) *)
21. Nase (eingebogen, gradlinig, nach außen gebogen, winklig gebogen, wellig, groß, klein, breit, dick) *)
22. Ohren (rund, oval, dreieckig, viereckig, groß, klein, abstehend, anliegend) *)
23. Mund (groß, klein, dünne, dicke, wulstige Lippen) *)
- (Besonderheiten)
24. Zähne (z. B. vollständig, lückenhaft, Goldzähne) *):
25. Sprache (z. B. Mundart, fremde Sprachen, hohe oder tiefe Stimme, Stottern, Anstoßen mit der Zunge) *):
26. Besonders ins Auge fallende sichtbare Kennzeichen (Tätowierungen, Narben, Male, X- oder O-Beine, Dehkrüppelungen usw., besonders ins Auge fallende Eigenheiten, z. B. hinkender Gang) *):
27. Kleidung (z. B. elegant, alopp, einfach) *):
28. Fingerabdruck ist — nicht — genommen.

*) Zutreffendes unterstreichen.

	Lichtbilder	
--	-------------	--

Aufgenommen am: 17.4.41

durch

Name: *W. W.*

Amtsbezeichnung: Krim.-C-Ass.

Stichwortartige Darstellung des politischen Lebenslaufes:
(Der Raum darf nicht zur Absehung von Verfügungen verwendet werden).

Die H. wurde auf Ersuchen der Stapo Bielefeld festgenommen, weil die mit poln. Zivilarbeitern Geschlechtsverkehr unterhalten hat. Sie wurde am 7.4.41 der Stapo Bielefeld überstellt.

183

Abschrift von Abschrift.

13. Pol.-Rev.

Essen, den 1.4.1941.

Einlieferungsanzeige

1. die Ehefrau Gerdrud H i n z
 ^{gegen}
 geb. am 2.11.06 in Ruschwitz
 Kr. Rybnik.
2. wohnhaft Essen, Riehstrl.11

Die Nebengenannte wurde am 1.4.
1941 - 14⁰⁰ Uhr in Ihrer Wohnung
auf Anordnung der Stapo (Hahn)
vorläufig festgenommen und dem
Pol.-Gefängnis zugeführt.
A.Z. II E 927/41

gez. Beyer
Pol. Hptwm.

In das Polizeigefängnis eingeliefert
am 1.4.41 16 Uhr 40 Min.

gez. Ullenbann
Pol.Hptm.

Ges. I.S.
gez. Altag

186

A b s c h r i f t .

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle

Bielefeld, den 24. März 1941.

B.-Nr. II E - 920/41

An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
Außendienststelle Essen
in E s s e n .

Betrifft : Polnischen Zivilarbeiter Stefan S z y m c z a k,
geb. am 27.10.1909 in Kuzna, Kr. Kalisch, wohnhaft
in Bechterdissen Nr. 6, Kr. Lemgo/Lippe, und die
Reichsdeutsche Gertrud Emmerich, geb. am 2.11.1906
in Raschewitz Krs. Markscheid, wohnhaft in Essen -
West, Riehlstr. 11.

Vorgang : Ohne.

Anlagen : 1 Abschriftenvorgang.

-.-.-.-.-

Als Anlage übersende ich einen Abschriftenvorgang, in
welchem die obengenannte E m m e r i c h beschuldigt wird, im
Laufe des Sommers 1940 wiederholt mit dem Polen S z y m c z a k
Geschlechtsverkehr gehabt zu haben. Die E. soll jetzt verheiratet
sein.

Ich bitte, die E. verantwortlich zu vernehmen; sie festzuneh-
men und in das hiesige Polizeigefängnis zur Verfügung der hie-
sigen Dienststelle überführen zu lassen.

Die Inmarschsetzung der E. bitte ich mir unter Übersendung der
Vernehmungsniederschrift in zweifacher Ausfertigung mitzu-
teilen.

Der als Anlage beigefügten Abschriftenvorgang dient zum
dortigen Verbleib.

Im Auftrage :

gez. S o l l e

Beglaubigt :

gez. Unterschrift

(L.S.)

Geschz. Angestellte.

Ho.

187

A b s c h r i f t .

Auszug aus der Vernehmung der poln. Zivilarbeiterin
Weronika Strakala,

vom 17.2.1941 - siehe Pers.-A. Wilhelm Szula -Tgb.-Nr. 11.E.334/41

1.) pp.....

Darüber hinaus möchte ich erklären, daß der polnische Zivilarbeiter Stefan S z y m c z a k, der ebenfalls bei dem Bauern Glitsch in Bechterdissen Nr. 6 beschäftigt ist, mit der deutschen Landarbeiterin mit Vornamen Gertrud, die bis kurz vor Weihnachten 1940 auch bei dem Bauern Glitsch in Bechterdissen beschäftigt war, wiederholt zusammen geschlafen und den Geschlechtsverkehr ausgeführt hat. Dieses habe ich selbst gesehen, weil der Pole Szymczak den Geschlechtsverkehr mit der Gertrud bei mir im Schlafzimmer vollzogen hat. Die Gertrud ist heute verheiratet und hat ihre Stellung bei dem Bauern Glitsch vor Weihnachten 1940 aufgegeben. Wo sie heute wohnhaft ist, weiß ich nicht. Daß der Pole Szymczak den Geschlechtsverkehr mit der deutschen Landarbeiterin, mit Vornamen Gertrud, ausgeführt hat, hat die poln. Zivilarbeiterin Stanislaw Wolter, die heute noch bei dem Bauern Glitsch beschäftigt ist, ebenfalls gesehen. Ich weiß ganz bestimmt, daß der Pole Szymczak mit der Gertrud den Geschlechtsverkehr des öfteren ausgeführt und auch mit ihr wiederholt zusammen geschlafen hat.

pp.....

A b s c h r i f t

188

Datum : 13. März 1941.

Name : Rosendahl.

Amtsbezeichnung : Krim.Sekr.

Dienststelle : Außendienststelle
Detmold.

z.Zt. Bechterdissen, am 13. März 1941. -

Auf Vorladung, erscheint

und erklärt zur Wahrheit ermahnt:

I. Zur Person:

Familienname : S z y m c z a k

Vornamen : Stefan

Beruf : poln. Zivilarbeiter

Einkommensverhältnisse : 50.--RM monatlich und freie
Kost.

Geboren : 27.10.1909 in Kuzna

Verwaltungsbezirk Kalisch

Landgerichtsbezirk Dtd.

Land Polen.

Wohnung : Bechterdissen

Verwaltungsbezirk Lemgo

Land Lippe

bei Bauer Glitsch, Nr. 6.

Staatsangehörigkeit : Polen.

Reichsbürger : Nein.

Religion : kath.

Familienstand : verheiratet.

Vor- und Familienname : Martha geb. Szymczak

des Ehegatten : im Alter von 6 Jahren

Wohnung des Ehegatten : Erlenhof, Kreis Kalisch.

Kinder : ehelich: A Anzahl : 2

B Alter : 6 u. 3 Jahr

Des Vater Vor- und Zuname : Franz Szymczak +

der Mutter Vor- und Zuname : Rozalia geb. Janas.

Wohnung : Neu Erlenhof, Kreis Kalisch,

Vorbestraft : Angeblich nicht vorbestraft :

Datum : 17. März 1947

Ort : Kuzna

III. Zur Sache :

Ich bin am 27. Oktober 1909 in Kuzna in Polen geboren und besitze die polnische Staatsangehörigkeit. Von meinem 8 - 11. Lebensjahre habe ich die katholische Volksschule in Erlenhof, Kreis Kalisch, besucht. Nach meiner Schulentlassung blieb ich zunächst bis zu meinem 16. Lebensjahre bei meinen Eltern und habe in der Landwirtschaft meiner Eltern gearbeitet. Meine Eltern hatten zur damaligen Zeit ein kleines Eigentum mit 6 Morgen Land in Erlenhof. Mit meinem 16. Lebensjahre ging ich von Hause fort und habe vorwiegend in der Landwirtschaft bei verschiedenen Bauern gearbeitet. Zwischendurch habe ich auch schon mal in einer Schmiede und bei Straßenbauarbeiten gearbeitet. Im Mai 1940 habe ich mich freiwillig zum Arbeitseinsatz nach Deutschland gemeldet. Seit dieser Zeit bin ich als polnischer Zivilarbeiter bei dem Bauern Glitsch in Bechterdissen Nr. 6 beschäftigt. Eine andere Arbeitsstelle habe ich in Deutschland noch nicht gehabt. Mein Vater hieß Franz Szymczak. Er ist im Jahre 1927 verstorben. Meine Mutter hieß Rosalie. Sie wohnt heute noch in Erlenhof, Kreis Kalisch, Nr. 14. Aus der Ehe meiner Eltern sind 4 Kinder hervorgegangen und zwar 3 Söhne und eine Tochter. Meine Geschwister sind sämtlich verheiratet und wohnen in Polen. Meine Schwester wohnt mit meiner Mutter zusammen in Polen. Desgleichen wohnt auch ein Bruder von mir in Neu-Erlenhof. Mein zweiter Bruder wohnt in Petershagen, Kreis Kalisch.

Mit meinem 25. Lebensjahre habe ich meine jetzige Ehefrau Martha geb. Szymczak geheiratet. Meine Ehefrau wohnt in Neu-Erlenhof, Kreis Kalisch, Nr. 9. Aus unserer Ehe sind 2 Kinder im Alter von 6 und 3 Jahren hervorgegangen. Die Kinder befinden sich bei meiner Ehefrau.

Nachdem wir nun der Grund meiner heutigen Vernehmung bekannt gegeben worden ist, erkläre ich folgendes zur Sache: Als ich im Mai 1940 nach dem Bauer Glitsch in Bechterdissen in Arbeit vermittelt wurde, war bei Glitsch die deutsche Landhelferin Gertrud E m m e r i c h ebenfalls beschäftigt. Mit der Emmerich habe ich wiederholt landwirtschaftliche Arbeiten verrichten müssen. Hierbei haben wir uns

uns gegenseitig näher kennen gelernt. Die Emmerich beherrschte einigermaßen die polnische Sprache und ich konnte mich mit ihr gut verständigen. Im November 1940 hat sich die Emmerich verheiratet und ihre Arbeitsstelle bei Glitsch verlassen. Wo sie heute wohnhaft bzw. beschäftigt ist, weiß ich nicht.

Ich gebe zu, daß ich mit der Emmerich im Laufe des Sommers 1940 wiederholt dem Geschlechtsverkehr ausgeführt habe. Ich habe mit der Emmerich den Geschlechtsverkehr in ihrem Bett und auch in meinem Bett ausgeführt., wobei wir uns jedes Mal ausgezogen haben. In wiederholten Fällen habe ich auch mit der Emmerich die ganze Nacht hindurch zusammen in ihrem Bett bzw. in meinem Bett geschlafen. Hierbei ist es auch in dem meisten Fällen zum Geschlechtsverkehr gekommen. Wie oft ich den Geschlechtsverkehr mit der Emmerich ausgeführt habe, kann ich heute nicht mehr sagen. Es ist aber wiederholt vorgekommen. Einen Schutz haben wir hierbei niemals gebraucht. Als ich die Emmerich gelegentlich darauf aufmerksam machte, daß ich in dieser Weise ~~nicht~~ mit ihr nicht verkehren dürftem sagte sie ^{zu} mir, daß sie doch mit mir Geschlechtsverkehr ausführen dürfe. Auf Grund dessen habe ich mich dazu verleiten lassen, mit ihr wiederholt den Geschlechtsverkehr auszuführen. In den Fällen, wo ich mit der Emmerich den Geschlechtsverkehr in meinem Schlafzimmer ausgeführt habe, hat sie mich stets freiwillig in meinem Schlafzimmer aufgesucht. In den übrigen Fällen bin ich zu ihr ins Schlafzimmer gegangen.

Daß ein solcher Verkehr mit deutschen Frauen bzw. mit einem Mädchen für mich verboten war, war mir bekannt. Ich habe mich aber dazu verleiten lassen, weil die Emmerich mir sagte, sie dürfte in dieser Weise mit mir verkehren. Im übrigen war die Emmerich auch ein sehr nettes Mädchen und ich möchte sie auch gut leiden, was ebenfalls dazu beigetragen hat, daß ich gegen die bestehenden Bestimmungen verstoßen habe. Mir ist auch bekannt, daß ich mich durch den Verkehr, den ich mit der Emmerich ^{ge}pflegt habe, strafbar gemacht habe. Ich bitte jedoch um milde Beurteilung, da ich verheiratet bin und 2 Kinder habe. Desgleichen muß ich auch zugeben, daß ich gewußt habe, daß die Emmerich die deutsche Staatsangehörigkeit besaß.

Mir wird eröffnet, daß ich vorläufig festgenommen werde.

als Dolmetscher	v.g.u.	gez. Stefan Szymczak.
gez. Unterschrift.	g.w.o.	gez. Unterschrift,

194

A b s c h r i f t .

Detmold den 13. März 1941.

Einlieferungsanzeige.

13. März 1941. 18⁰⁰ Uhr.

Detmold den 13. März 1941 19⁰⁰ Uhr.

Polnischer Zivilarbeiter Stefan S z y m c z a k

27. Oktober 1909

Kuzna

Kalisch

Bechterdissen

Nr. 6 Bei Bauer Gallitsch
verheiratet.

Im Laufe des Sommers 1940 in wiederholten Fällen mit der deutschen Landherlferin Gertrud Emmerich zusammen geschlafen und mit ~~ihx~~ darüber hinaus mit ihr in mehreren Fällen den Geschlechtsverkehr verbotswidrig ausgeführt hat.

Geschlechtsverkehr mit einem deutschen Mädchen.

gez. Roßendahl
Krim.Sekr.

192

Detmold, den 13. März 1941.

B e r i c h t .

Der polnische Zivilarbeiter Stefan S z y m c z a k, geb. am 27.10.1909 in Kuzna, Kreis Kalisch, verh., kath., letzter Wohnort in Polen Erlenhof, Kreis Kalisch Nr. 9, z.Zt. beschäftigt bei dem Bauer Hugo Glitsch in Bechterdissen Nr. 6., hat im Laufe des Sommers 1940 mit der deutschen Landhelferin Gertrud Emmerich, die bis November 1940 ebenfalls bei dem Bauer Glitsch beschäftigt war, in wiederholten Fällen verbotswidrig den Geschlechtsverkehr ausgeführt. Die Emmerich hat mit dem Polen Szymczak wiederholt die ganze Nacht zusammen im Bett geschlafen, wobei es dann zum Geschlechtsverkehr gekommen ist. Wie oft der Pole S. mit der Emmerich den Geschlechtsverkehr ausgeführt hat, will er selbst nicht angeben können. Der Pole S. gibt aber zu, daß es in wiederholten Fällen vorgekommen sei. Nach den eigenen Angaben des Polen will er auch gewußt haben, daß ein solcher Verkehr ~~mit deutschen Mädchen~~ ~~deutschem Mädchen~~, insbesondere Geschlechtsverkehr mit einem deutschen Mädchen verboten war. Als Entschuldigung für seine Handlungsweise führt er an, daß er sich deswegen zudem Geschlechtsverkehr habe hinreißen lassen, weil die Emmerich ihm gesagt habe, sie dürfe in dieser Weise mit ihm verkehren. Der Pole S. ist geständig und gibt seine Handlungsweisen zu.

Nach dem vorliegenden Ermittlungsergebnis hat sich der Pole Szymczak und die Emmerich nach dem Erlaß des RFuChdDt Pol. iRMdJ. vom 8.3.40 - IV-D 2-382/40 - in Verbindung mit dem Erlaß des Reichsführers-~~4~~ vom 3.9.1940 - S - IV D 2-3382/40 - strafbar gemacht.

gez. Rosendahl
Krim.Sekr.

Aussendienststelle Essen

Essen
xxxxxxx 2.4. 41

Hinz geb. Skiba

Gertrud

Ehefrau

2.11.06

Rachewitz/Rybnik

dto.

D.R.

Essen

Riehlstr.11

D.R.

kath.

verh.

24.12.1940

Schimulla
Skiba Josef
Anna geb.Emmerich

Ehefrau

Dreher b.Krupp

x

x

x xxxxx

Person:

XXXXXXXXXX

Ich bin als voreheliches Kind meiner Mutter geboren. Mein Vater hiess Schimulla und meine Mutter Emmerich. Vom 3. Lebensjahr an war ich bei meinem Pflegevater Skiba. Im 4. Lebensjahr wurde der Name Emmerich auf Skiba standesamtlich umgeändert. Ich besuchte 8 Jahre die kath. Volksschule und wurde aus der 8. Kl. entlassen. Von meiner Schulentlassung an bis zum 15. 11. 40 war ich immer im Haushalt tätig. Meine letzte Stellung war in Bechterdissen bei dem Bauern Hugo Glitz als Landhelferin. Im Dezember 1940 heiratete ich und kam nach Essen. Politisch habe ich mich nie betätigt und habe auch noch keiner pol. Partei angehört.

Zur Sache:

Von Juli 1939 bis November 1940 war ich bei dem Bauern Glitz beschäftigt. Im Mai 1940 kamen 2 Polen und 2 Polinnen als Landhelfer zu uns. Ich gebe zu, dass ich etwa 5 mal mit dem Polen S z y m o z a k geschlechtlich verkehrt habe. Genau kann ich es nicht angeben. Wenn wir den Geschlechtsakt ausübten, kam der Pole immer zu mir ins Zimmer. Ich bin auch öfter bei Fliegeralarm oder wenn ich ihm das Bett gemacht habe, auf seinem Zimmer gewesen. Zum Geschlechtsverkehr ist es dann aber nicht gekommen. Ich muss bestreiten, mit dem Polen ganze Nächte in seinem Zimmer ~~xxxxxxx~~ und in dessen Bett verbracht zu haben. Auch bestreite ich, mich beim Geschlechtsverkehr ausgezogen zu haben. Weiter bestreite ich, den Polen darauf aufmerksam gemacht zu haben, dass er mit mir geschlechtlich verkehren dürfte. Es stimmt, dass wir beim Geschlechtsakt nie einen Schutz brauchten.

v. g. u.
g. w. o.

Helm
Krim.-O-Ass.

Geheime Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
- Außendienststelle Essen -

S.-Nr. - II E 927/41 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum
anzugeben.

1945
Essen, den 25.4. 1941.
An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
in Düsseldorf. 27.4.1941

Betrifft : Ehefrau Getrud H i n z, geb. Skiba, geb. am 2.11.06 in
Rachewitz /Rybnik, wohnhaft Essen, Riehlstr. 11.

Vorgang : Ohne.

Anlagen :

--- --

Die H i n z wurde am 1.4.41 auf Ersuchen der Staatspolizeistelle
Bielefeld festgenommen, weil sie beschuldigt wurde im Sommer 1940 mit
poln. Zivilarbeitern Geschlechtsverkehr unterhalten zu haben. Bei ihrer
Vernehmung gab sie zu, etwa 5 mal mit einem Polen geschlechtlich ver-
kehr zu haben. Sie wurde am 7.4.41 der Staatspolizeistelle Bielefeld
überstellt.

1 Personalbogen, 3 Schutzhaftkarteikarten (vorläufige Festnahme) eine
Abschrift des Vorganges und eine Vernehmungsniederschrift sind beigelegt

Im Auftrage :

Kupel.

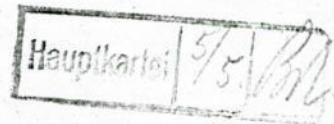
II E 1660/41.

Düsseldorf, den 2.5. 41.

1. Kenntnis genommen.

2. II E zur Auswertung, s. Personalbogen.

3. Zu den P.A. der Frau Getrud Hinz, geb. 2. 11.06.



PM.

1/2 30/4

Alten

196

der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeistelle

Küpperspuffels Eisen

über

Hinz geb. Ikiba
(Familienname)

Georg
(Vorname)

2. 11. 1906
(Geburtsdatum)

Kocherwies St. R. R. R.
(Geburtsort)

Staatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gescho

Blattzahl:

1-16

Ausgegeben:

Nr.

37426

Pa. 18697

197

Personalbogen

Personalien des politisch — (spionagepolizeilich*) — in Erscheinung getretenen:

1. a) Familienname: (bei Frauen auch Geburtsname) H i n z geb. Skiba
 b) Vornamen: (Rufname unterstreichen) Gertrud
2. Wohnung: (genaue Angabe) Essen, Riehlstr. 11
3. a) Deckname: _____
 b) Deckadresse: _____
4. Beruf: Ehefrau
5. Geburtstag, -jahr 2. 11. 06 Geburtsort: Rachewitz/Rybnik
6. Glaubensbekenntnis und Abstammung: kath. - arisch
7. Staatsangehörigkeit: D. R.
8. Familienstand: (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden *) _____
 a) Nationale und Wohnung der Ehefrau: _____
 b) Nationale und Wohnung des Vaters: Schimulla angen. durch Skiba Josef
 c) Nationale und Wohnung der Mutter: Anna geb. Emmerich
 d) Nationale und Wohnung sonstiger Auskunftspersonen: _____
9. Arbeitsdienstverhältnis:
 Musterung: (Ort) _____ am _____ 19____
 Ergebnis: _____
 Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes von: _____ 19____ bis: _____ 19____
 Abteilung: _____ Standort: _____
10. Militärverhältnis: (Wehrpflicht, Dienstpflicht, früheres Militärverhältnis *)
 Musterung: (Ort) _____ am _____ 19____
 Ergebnis: _____
 für: (Waffengattung) _____ als freiwilliger eingetreten? _____
 Wehrbezirkskommando, Wehrmeldeamt *) _____
 Dienstzeit: von: _____ 19____ bis: _____ 19____
 als: _____
 Truppenteil: _____ Standort: _____

*) Zutreffendes unterstreichen.

11. Politische Einstellung bzw. Funktionen: Bisher nicht in Erscheinung getreten

Personenbeschreibung:

12. Größe: Nach Maß oder Schätzung *) (ohne Fußbekleidung): cm
13. Gestalt ((stark, unterseht, schlank, schwächlich) *) :
14. Haltung (nach vorn geneigt, auffallend (traff, nach rechts, nach links geneigter Kopf) *)
15. Gang ((schleppend, lebhaft, schwankend, leicht, graziös, ruhig und gemächlich, hinkend, auffällig, große oder kleine Schritte, steifbeinig) *)
16. Gesichtsform und -farbe (z. B. rund, oval, eckig, gesund, blaß) *)
17. Kopfhaar (hell-, mittel-, dunkelblond, braun, schwarz, rot, weiß, grau, graugemischt) *)
- (Fülle und Tracht):
18. Bart: (z. B. Farbe, Form):
19. Augen (blau, grau, hell, dunkel, schwarz-braun) *)
- (Besonderheiten):
20. Stirn (zurückweichend, senkrecht, vorspringend, sehr hoch, sehr niedrig, sehr breit, sehr schmal) *)
21. Nase (eingebogen, gradlinig, nach außen gebogen, winklig gebogen, wellig, groß, klein, breit, dick) *)
22. Ohren (rund, oval, dreieckig, viereckig, groß, klein, abstehend, anliegend) *)
23. Mund (groß, klein, dünne, dicke, wulstige Lippen) *)
- (Besonderheiten)
24. Zähne (z. B. vollständig, lückenhaft, Goldzähne) *) :
25. Sprache (z. B. Mundart, fremde Sprachen, hohe oder tiefe Stimme, Stottern, Anstoßen mit der Zunge) *) :
26. Besonders ins Auge fallende sichtbare Kennzeichen (Tätowierungen, Narben, Male, X- oder O-Beine, Verkrüppelungen usw., besonders ins Auge fallende Eigenheiten, z. B. hinkender Gang) *) :
27. Kleidung (z. B. elegant, salopp, einfach) *) :
28. Fingerabdruck ist — nicht — genommen.

*) Zutreffendes unterstreichen.

	Lichtbilder	
--	-------------	--

Aufgenommen am: 17.4.41

durch

Name: *H. H. H.*

Amtsbezeichnung: Krim.-O-Ass.

Stichwortartige Darstellung des politischen Lebenslaufes:
(Der Raum darf nicht zur Absehung von Verfügungen verwandt werden).

Die H. wurde auf Ersuchen der Stapo Bielefeld festgenommen, weil die mit poln. Zivilarbeitern Geschlechtsverkehr unterhalten hat. Sie wurde am 7.4.41 der Stapo Bielefeld überstellt.

Geheime Staatspolizei

Staatspolizeistelle

B.-Nr. II E - 920/41

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

Bielefeld, den 24. März

194 1

Sieherwall 9

fernsprecher: Sammelnummer 6600

Hing

An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
Aussendienststelle Essen

in E s s e n

26 MRZ. 1941
0927

Ha. K. M.?

Betrifft: Polnischen Zivilarbeiter Stefan S z y m c z a k, geb. am 27.10.1909 in Kuzna, Krs. Kalisch, wohnhaft in Bechterdissen Nr. 6, Krs. Lemgo/Lippe, und die Reichsdeutsche Gertrud E m m e r i c h, geb. am 2.11.1906 in Raschwitz Krs. Markscheid, wohnhaft in Essen-West, Rielstr. 11.

Vorgang : Ohne.

Anlagen : 1 Abschriftvorgang.

Als Anlage übersende ich einen Abschriftenvorgang, in welchem die obengenannte E m m e r i c h beschuldigt wird, im Laufe des Sommers 1940 wiederholt mit dem Polen S z y m c z a k Geschlechtsverkehr gehabt zu haben. Die E. soll jetzt verheiratet sein.

Ich bitte, die E. verantwortlich zu vernehmen, sie festzunehmen und in das hiesige Polizeigefängnis zur Verfügung der hiesigen Dienststelle überführen zu lassen.

Die Inmarschsetzung der E. bitte ich mir unter Übersendung der Vernehmungsniederschrift in zweifacher Ausfertigung mitzuteilen.

Der als Anlage beigefügte Abschriftenvorgang dient zum dortigen Verbleib.

Im Auftrage:
gez.: S o l l e



Ho.

IIE-927/41

Essen, den 17.4.41.

- 1.) Die H. wurde am 7.4.41 der Stapo Bielefeld überstellt. Stapo Bielefeld wurde erst am 12.4.41 in Kenntnis gesetzt, da das Transportbüro versäumt hatte nach hier Nachricht zu geben.
- 2.) Kanzlei fertige IP, II, 3 Schutzhaftkarten u. 2 Personalbogen

Geheime Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

— Außenstelle Essen —

IE-927/41

Essen, den 19.4.41.

202

14

- 1.) Die H. wurde am 7.4.41 der Stapo Bielefeld überstellt. Stapo Bielefeld wurde erst am 12.4.41 in Kenntnis gesetzt, da das Transportbüro versäumt hatte nach hier Nachricht zu geben.
- 2.) Kanzlei fertige Abschrift d. Beil. Vorg. gekl., 3 Schutzhaftkarten u. II Karte.

3.) Schreiben:

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
in Düsseldorf

Betrifft: Ehefrau Gertrud H i n z geb. Skiba geb. 2.11.06 in
Raschewitz/Rybnik, wohnh. Essen, Richlstr. 11.

Vorgang: Ohne.

Anlagen: - -

++

++

Die Hinz wurde am 1.4.41 auf Ersuchen der Staatspolizeileitstelle Bielefeld festgenommen, weil sie beschuldigt wurde im Sommer 1940 mit poln. Zivilarbeitern Geschlechtsverkehr unterhalten zu haben. Bei ihrer Vernehmung gab sie zu, etwa 5 mal mit einem Polen geschlechtlich verkehrt zu haben. Sie wurde am 7.4.41 der Staatspolizeileitstelle Bielefeld überstellt.

1 Personalbogen, 3 Schutzhaftkarteikarten (vorläufige Festnahme) und eine Vernehmungsniederschrift sind beigelegt.

- 4.) II F zur Anlegung einer Pers. Akte.

I. A,

12/14

12/14

Hn.

18694 203

4. Price

trans

DET TMANN.=

get in May. Off. Lenz 10. 10. 03
Vaubach

vor der Ehe mit Deubler H.R.
Ehescheidung am 27.12.90

Stapo
II E 927/ 41

204

FS-NR	639
Befördert	Essen, den 2.4. 42
durch	

1) Nachstehendes F.S. ist aufzugeben

An Stapo Bielefeld

Betrifft: Ehefrau Gertrud H i n z , geb. Skiba, geb.
am 2.11. 06 in Rachewitz/Rybalk.

Vorgang: Dortiges F.S. Nr. 1330 vom 1. 4.42 - Akten=
zeichen II E920/21 .

Die H. besaß vor ihrer Ehe die deutsche Staatsan-
gehörigkeit.

Stapo A.D. Stelle Essen

II C 927/41

I. A. Nohles Kr.-Rat

2) II F zu den Pers.Akt. Nr. 18697

22/IV

12/4
Mg

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

205
1 Berlin 21, den 6.10.1967
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11 App. 1309

1 Js 4/64 (RSHA)

An das
Standesamt

Ami Ludendorf			
Eing.: 10. OKT. 1967			
Abt.	Kont.		

5351 Ludendorf

In dem Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes bitte ich um Übersendung einer beglaubigten Abschrift der Sterbebucheintragung betreffend
Anton W n j c i a k o w s k i,
geboren am 3.4.1909 in Tremessen,
verstorben am 9.8.1941 in Miel.

Soweit hier bekannt, soll der Tod dort unter der
Reg.Nr. 45/41 beurkundet sein.

Sofern dort noch weitere Unterlagen über den Tod des Oben-
genannten (Sterbefallanzeigen, Totenschein u.ä.) vorhanden
sind, bitte ich, mir davon je 1 beglaubigte Ablichtung zu
übersenden.

Im Auftrage

W. L. Klein
Staatsanwältin

Amt Ludendorf
Der Standesbeamte

Ludendorf, den 10. Oktober 1967 206
Landkreis Bonn

An

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

3P/K
1 Berlin 21

Turmstraße 91

5	/	Anlagen
	/	Abschriften
	/	DM Kost M.



unter Beifügung der gewünschten Fotokopie von der Sterbeurkunde des ehemaligen polnischen Zivilarbeiters Anton Wnjciakowski aus Miel zurückgesandt.

Beim Einmarsch der alliierten Truppen, im März 1945, sind bei dem Standesamt sämtliche Akten vernichtet worden. Es können daher leider keine weiteren Aktenstücke über die Beurkundung des Sterbefalles übersandt werden.

1 Anlage

In Vertretung

Nr. 45

207
C'

Lüdensief, den 14. August 1941

Der gütige Zivilarbeiter Anton
Wojcia Kowski, Kayoliff

wohnhaft in Köln Nr. 57

ist am 9. August 1941 um 7 Uhr 34 Minuten

in Miel verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 3. April 1909

in Tremessen, Kreis Mollath

(Standesamt Nr.)

Vater: Josef Wojcia Kowski

Mutter: Salomia Wojcia Kowski, geborne Jan Kowski

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet.

Eingetragen auf mündliche — schriftliche — Anzeige der Ortspolizei —

in der Lüdensief

Der Anzeigende

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Die Übereinstimmung mit dem
Taufbuch wird beglaubigt.

Lüdensief am 14. 8. 1941

Der Standesbeamte

Van der Vliet

Der Standesbeamte

Van der Vliet

Todesursache: Durch Erhängen auf Anordnung der Staatspolizei
Köln, Nebenstelle in Bonn

Ehechließung des Verstorbenen am in

(Standesamt Nr.).

Nur für den Dienstgebrauch!

Die Uebereinstimmung der Abschrift
mit der Urschrift beglaubigt!

Ludendorf, den 10. Okt. 1967

~~Der Amtsdirektor:~~

Der Standesbeamte:

W. [Signature]



Amt Echtz

Der Amtsdirektor

Abt.: II Hk.
Aktenzeichen: 192-00

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21
=====

Turmstraße 91

5	2	Anlagen
	/	Abschriften
	/	DM Kost M.

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichs-sicherheitshauptamtes.

Bezug: Ihre Schreiben vom 6.10.1967, Az.: 1 Js 4/64 (RSHA).

Beigeschlossen übersende ich die beglaubigten Abschriften der Sterbebuch-eintragungen betreffend Franciszek Wysocki un Walenty Piotrowski, beide verstorben am 18. Juni 1941 in Echtz.
Weitere Unterlagen über den Tod der Verstorbenen sind hier nicht vorhanden.

5161 D'horn, den 23.10. 1967

Kreis Düren

Ruf: Langerwehe 397

Bankkonto: Kreissparkasse Düren 222

Postcheckkonto: Köln 40950



I.V.

Meusch
(Meusch)

Beglaubigte Abschrift aus dem Sterbebuch

210

des Standesamts

Echtz

Nr. 21

C c

Echtz, den 5. Juli 1941

Der polnische Zivilarbeiter Franciszek Wysocki

katholisch

wohnhaft in Mariaweiler, beheimatet in Glowaczow, ehemals Polen

ist am 18. Juni 1941 um 7 Uhr Minuten

in Echtz verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 3. Dezember 1909

in Glowaczow, ehemals Polen

(Standesamt Nr.)

Vater:

Mutter:

Der Verstorbene war - nicht - verheiratet

Eingetragen auf mündliche - schriftliche - Anzeige des Amtsbürgermeisters in Echtz als Ortspolizeibehörde vom 5. Juli 1941.

Anzeigender

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Der Standesbeamte

Jouhsen

Todesursache:

Eheschließung de Verstorbenen am in

(Standesamt Nr.)

Die Übereinstimmung der Abschrift mit dem Eintrag im Sterbebuch wird hiermit beglaubigt.



D'horn, den 12. Oktober 1967

Der Standesbeamte
In Vertretung:

Meusch
(Meusch)

Beglaubigte Abschrift aus dem Sterbebuch

211

des Standesamts _____ Echtz _____

Nr. 22 _____

C c

_____ Echtz _____, den 5. Juli 1941

Der polnische Zivilarbeiter Walenty Piotrowski
 _____, _____ katholisch
 wohnhaft in Mariaweiler, beheimatet in Trzpowv, ehemals Polen
 ist am 18. Juni 1941 um 7 Uhr Minuten
 in _____ Echtz _____ verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 7. Februar 1904
 in Koryciska, Bezirk Radom, ehemals Polen.

(Standesamt _____ Nr. _____)

Vater: _____

Mutter: _____

Der Verstorbene war ~~nicht~~ verheiratet

Eingetragen auf ~~mündliche~~ schriftliche - Anzeige des Amtsbürgermeisters in
 Echtz als Ortspolizeibehörde vom 5. Juli 1941.

Der Anzeigende _____

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Der Standesbeamte

Jouhsen

Todesursache: _____

Eheschließung de _____ Verstorbenen am _____ in _____

(Standesamt _____ Nr. _____).

Die Übereinstimmung der Abschrift mit dem Eintrag im Sterbebuch wird hiermit beglaubigt.



D'horn, den 12. Oktober 1967

Der Standesbeamte
 In Vertretung:

Meusch
 (Meusch)

212
249

Vfg.

1. - 18a) pp.

18b) Vermerk:

Das Verfahren ist zunächst eingeleitet worden zur Aufklärung der Umstände, die zur Exekution des polnischen Fremdarbeiters Anton Wnjsiakowski am 9.8.1941 in einer Kiesgrube bei der Ortschaft Miel geführt haben. Im Zuge der Ermittlungen sind weitere Exekutionen von polnischen Fremdarbeitern im Raum Bonn wegen des im Kriege verhängten Umgangsverbots mit deutschen Frauen bekannt geworden. Verantwortliche hierfür sind Angehörige der Stapoaussenstelle Bonn, gegen die sich vor allem das Verfahren richtet, der Stapoleitstelle Köln sowie des RSHA in Berlin. Die Ermittlungen haben bis jetzt folgendes ergeben:

c)

I.

Allgemeine Vorgeschichte

- 1) Nach der Besetzung Polens wurden hunderttausende polnischer Volksangehöriger als Kriegsgefangene oder als Zivilarbeiter nach Deutschland verbracht. Dort wurden sie sowohl in der Rüstungswirtschaft als auch vor allem in der Landwirtschaft eingesetzt. Die nationalsozialistische Führung wollte sowohl aus sicherheitspolizeilichen Gründen, vor allem aber auch auf Grund ihrer Auffassung, das polnische Volk

und seine Angehörigen seien rassisch minderwertig, die Berührung der polnischen Volksangehörigen mit Deutschen möglichst unterbinden. Eine Vielzahl von Anordnungen regelte die Lebensführung der Zivilarbeiter. Grundlegend ist ein Schreiben des Beauftragten für den Vierjahresplan und Vorsitzenden des Ministerrats für Reichsverteidigung Hermann Göring vom 8.4.1940. In diesem heisst es :
"Die einwandfreie Lebensführung der Polen ist durch Sondervorschriften sicherzustellen. Die hierzu erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlässt der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei.....". Aus den Erläuterungen zu diesem Schreiben ergibt sich, dass Arbeitsunlust, Widersetzlichkeit, Alkoholmißbrauch, Verlassen der Arbeitsstätte usw. geahndet werden sollten.

Himmler übertrug der Geheimen Staatspolizei die Aufgabe, alle Gefahren, die nach Meinung der nationalsozialistischen Führung aus dem Einsatz der polnischen Arbeiter für das deutsche Volk erwachsen, zu bekämpfen. In einem Schnellbrief vom 8.3.1940 wurde der Geheimen Staatspolizei befohlen, bei unerwünschtem Verhalten polnischer Arbeiter gegenüber der deutschen Bevölkerung (z.B. Geschlechtsverkehr mit Deutschen, unsittliche Handlungen) die Polen festzunehmen und fernschriftlich dem Kommandeur der Sicherheitspolizei zu Erwirkung der Sonderbehandlung zu berichten.

Dass Sonderbehandlung Tötung bedeutete, steht auf Grund der aus der nationalsozialistischen Zeit gefundenen Dokumente fest. Erstmals wird dieses Wort in einem Fernschreiben vom 20.9.1939 verwandt, indem im Text selbst Sonderbehandlung mit Exekution gleichgestellt wird.

Die polnischen Zivilarbeiter und Arbeiterinnen erhielten während ihres Aufenthaltes im Reich ein Merkblatt, in dem es hiess: "Wer mit einer deutschen Frau oder einem deutschen Mann geschlechtlich verkehrt oder sich ihnen sonst unsittlich nähert, wird mit dem Tode bestraft."

Im September 1940 wurden die erwähnten Bestimmungen auch auf nicht polnische fremdvölkische Arbeitskräfte aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten ausgedehnt. Im Sommer 1941 verfügte Himmler, dass polnische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene vor der Einreichung eines Sonderbehandlungsvorschlags wegen verbotenen Geschlechtsverkehrs auf ihre Eindeutschungsfähigkeit zu überprüfen seien. Dies solle nur bei Taten entfallen, die unter erschwerenden Umständen (Vergewaltigung, Unzucht mit Kindern) begangen worden waren. Als Begründung wurde hierbei angeführt: "In zahlreichen Fällen wurde festgestellt, dass polnische Zivilarbeiter, die wegen unerlaubten Geschlechtsverkehrs zur Sonderbehandlung vorgeschlagen sind, nordischen Rasse-einschlag aufweisen, gut aussehen und auch charakterlich sehr günstig beurteilt werden".

Durch zahlreiche Erlasse in den Jahren 1942 und 1943 wurden die Bestimmungen zum Teil auf andere Personen ausgedehnt, zum Teil bestimmte Personen - so die Arbeitskräfte aus Lettland und Estland - aus dem Verbot herausgenommen. Die Bestimmungen wurden schliesslich auch auf Kriegsgefangene angewandt.

Durch eine Vereinbarung vom 18. September 1942 zwischen Reichsjustizminister Thierack und Himmler wurde schliess-

lich der Polizei die Verfolgung der Kriminalität unter polnischen und russischen Zivilarbeitern allein übertragen.

- 2.) Für die verwaltungstechnische Behandlung der sogenannten Sonderbehandlungsverfahren waren genaue Bestimmungen vorhanden. Sie Sonderbehandlungsfälle waren als Sofort-Sachen zu bearbeiten. Die ermittelnde Stapo(leit)stelle hatte beim Reichssicherheitshauptamt den Antrag auf Sonderbehandlung zu stellen mit einer eingehenden Schilderung des Sachverhalts und hilfsweise den Antrag auf Schutzhaft einzureichen. In den Fällen des Geschlechtsverkehrs war dem Vorgang ein amtsärztliches Gutachten über die Rassezugehörigkeit des Betroffenen beizufügen. Die Stapoaußenstelle Bonn leitete den Bericht über die Stapoleitstelle Köln dem Reichssicherheitshauptamt zu. Diese Berichte waren vom Leiter der Stapoaußenstelle Bonn, dem Beschuldigten Proll, zu erstatten. Die Ermittlungen nahm der Beschuldigte Liedtke und auch der Beschuldigte Proll vor. Die Entscheidung über die Exekution wurde im Reichssicherheitshauptamt getroffen. ~~Beschuldigt~~ wurde die Stapoaußenstelle Bonn durch die Stapoleitstelle Köln und zwar zunächst telefonisch, sodann durch Übermittlung des entsprechenden Erlasses des Reichssicherheitshauptamts. Der Verlauf der Exekution war im einzelnen vorgeschrieben. Die Exekution wurde durch Erhängen ausgeführt. Damit wurden Angehörige der gleichen Volksgruppe der der zu Exekutierende angehörte, betraut. Dem Delinquenten wurde vor der Exekution eröffnet, dass er getötet werden soll-e, und zwar etwa in der Form: " Der Delinquent hat das und das getan und damit wegen seines Verbrechens sein Leben verwirkt. Zum Schutze von Volk und Reich ist er vom Leben zum Tode zu befördern. Das Urteil werde vollstreckt".

Nach der Exekution mussten Angehörige der gleichen Volksgruppe wie der Getötete, die zu Abschreckungszwecken an den Hinrichtungsort geführt worden waren, an dem Toten vorbeigehen. Die beteiligten SS-Männer und Beamten wurden durch ihren Vorgesetzten über die "Rechtmässigkeit" der Exekution aufgeklärt. Sie wollten in ihrer Haltung so beeinflusst werden, dass sie keinen Schaden nahmen".

Nach der Exekution hatte die Stapoaussenstelle Bonn dem Reichssicherheitshauptamt über die Stapoleitstelle Köln Vollzugsmeldung zu erstatten.

II.

Rechtliche Würdigung

- 1.) Die Tötung der Polen erfolgte aus niedrigen Beweggründen. Diese liegen vor, weil durch die Tötungen die Polen als eine nach nationalsozialistischer Auffassung minderwertige Rasse entgegen den Grundsätzen des Naturrechts und der Auffassung aller billig und gerecht denkenden Menschen bekämpft werden sollten. Deutlich wird dies insbesondere dadurch, dass eine Tötung nicht stattfinden sollte, wenn der Pole als eindeutschungsfähig und -würdig angesehen wurde. Die nationalsozialistischen Gewalthaber versuchten den eigentlichen Grund ihres Einschreitens zu verbergen. Dies ergibt sich aus einem Erlass vom 7.12.1942. Dort heisst es: " Ich betone, dass das Einschreiten in den Vorgängen nach aussen auf keinen Fall mit rasse- oder volkspolitischen Erwägungen oder lediglich mit der Tatsache des Geschlechtsverkehrs begründet werden darf, sondern ausschliesslich mit den besonderen Umständen des Einzelfalles, die durch ihre Anstössigkeit eine Gefährdung der Sittlichkeit und die Erregung öffentlichen Ärgernisses hervorgerufen haben". Deutlich werden die eigentlichen

Erwägungen auch in einem Runderlass des Reichssicherheitshauptamtes vom 30.6.1943: "Grundsätzlich ist bei der staatspolizeilichen Bearbeitung derartiger Strafsachen zu beachten, dass der Pole und Sowjetrusse schon allein Kraft seines Daseins im deutschen Herrschaftsraum eine Gefahr für die deutsche Volksordnung darstellt und dass es daher nicht so sehr darauf ankommt, für eine von ihm begangene Straftat eine angemessene Sühne zu finden, als darauf, ihn an einer weiteren Gefährdung der deutschen Volksordnung zu hindern".

- 2.) Die Angehörigen der Staatspolizei unterstanden im Kriege dem Militärstrafrecht. Dies ordnete §§ 1,3 der Verordnung über eine Sondergerichtsbarkeit in Strafsachen für die Angehörigen der SS und für die Angehörigen der Polizeiverbände beim besonderen Einsatz vom 17.10.1939 - RGBl. I S.2107 i. Verb. m. dem Erlass des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei vom 9.4.1940 an. Nach § 47 Militärstrafgesetzbuch ist der befehlende Vorgesetzte allein verantwortlich, wenn durch die Ausführung eines Befehls in Dienst-sachen ein Strafgesetz verletzt wird. Nach Abs. 1 Satz 2 Ziffer 2 dieser Vorschrift trifft jedoch den gehorchenden Untergebenen die Strafe des Teilnehmers, wenn ihm bekannt war, dass der Befehl eines Vorgesetzten eine Handlung betraf, welche ein allgemeines oder militärisches Verbrechen oder Vergehen bezweckte. Kenntnis des Untergebenen i. Sinne von § 47 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 2 des Militärstrafgesetzbuches bedeutet dessen sicheres Wissen um den verbrecherischen Zweck des Befehls. Nur dieses begründet die strafrechtliche Verantwortlichkeit. Ein bloßer Zweifel des Untergebenen an der Rechtmässigkeit des Befehls genügt ebenso wenig wie es ausreicht, dass der Untergebene den verbrecherischen Charakter des Befehls hätte erkennen können und müssen. Zur Kenntnis gehört hier das Wissen des Gehorchenden, dass der Befehlende mit dem Befehl die Begehung eines Verbrechens

oder Vergehens beabsichtigt habe. Die allgemeinen Grundsätze über den Verbotsirrtum sind im Rahmen des § 47 Militärstrafgesetzbuch angesichts der ausdrücklichen Regelung wegen der Eigenart der militärischen Befehlsverhältnisse unanwendbar (vgl. BGHSt 5/244).

Die Unrechtskenntnis setzt jedoch nicht eine juristisch qualifizierte Kenntnis voraus. Es genügt vielmehr, wenn der Untergebene in seiner Vorstellung und Begriffswelt auf Grund der ihm eigenen und geläufigen Denkweise zu dem Bewusstsein durchgedrungen ist, dass die befohlene Handlung etwas Unrechtes darstellt, dass sie "nicht in Ordnung ist".

- 3.) Da die bisherigen Ermittlungen keine Anhaltspunkte dafür ergeben haben, dass die Beschuldigten die Taten als eigene wollten, ist davon auszugehen, dass sie der Beihilfe zu den Taten der Taturheber Himmler und andere verdächtig sind.

Ein dringender Verdacht ist noch nicht als gegeben anzunehmen:

- a.) bei Liedtke wegen ^{bisher} dessen noch nicht sicher widerlegten Einlassung zu § 47 MStG,
- b.) bei Proll, weil dringende Gründe gegen den von ihm behaupteten (von der StA Köln bejahten) Notstand noch nicht vorliegen,
- c.) bei Wappler wegen der noch nicht geklärten Beteiligung.

III. Angehörige der Aussenstelle der Staatspolizei Bonn.

- 1.) Coenen noch nicht ermittelt Bl. 102/I
- 2.) Ferger, Hans betreute Gefangene
noch nicht ermittelt Bl. 90/I
- 3.) Ferger, Berta
- 4.) Fiedler, Heinz, Kriminalangestellter, (R. 196 v. G. 24 K 3/5)
ermittelt Bl. 85 ff., 44 ff./I
- 5.) Heckmann, Franz bis November 1940 Stapo Bonn
ermittelt 150, 151/I
- 6.) Heinen, Kriminalobersekretär, verstorben
Bl. 78/I
- 7.) Hermanns, noch nicht ermittelt Bl. 102/I
- 8.) Janning, vermutlich verstorben Bl. 102/I
- 9.) Kolb, Anna, Hausmeisterin, noch nicht
ermittelt
- 10.) Kuss, Wilhelm, Kriminalsekretär, vermut-
lich verstorben Bl. 55/I.
- 11.) Lange, Bruno, Kriminalkommissar,
verstorben Bl. 55/I.
- 12.) Liedtke, Karl, Sachbearbeiter im Ausländer-
referat, Beschuldigter dieses Verfahrens
- 13.) Lohn, Philipp, bis Oktober 1940 bei Stapo
Bonn Bl. 148, 149/I.
- 14.) Möltjen oder Möltgen, Kriminalsekretär, nicht
ermittelt, Bl. 89/I *hier ermittelt!*
- 15.) Müseler, Verwaltungsbeamter, noch nicht
ermittelt Bl. 87/I
- 16.) Prellberg, Willi, Judenreferent, vermutlich
verstorben Bl. 108/I
- 17.) Proll, Walter, Leiter Stapo Bonn, Beschul-
digter dieses Verfahrens
- 18.) Richarz, Heinrich, Kriminalsekretär, ermittelt
Bl. 77- 81/I
- 19.) Schlüter, Kriminalsekretär, verstorben Bl. 87/I

- 20.) Schneider, vermutlich verstorben Bl. 102/I
- 21.) Seibel, verstorben Bl. 78/I
- 22.) Settels, Franz, Kriminalkommissar, ermittelt
Bl. 108 ff./I
- 23.) Wappler, Fritz, Beschuldigter dieses
Verfahrens

IV.) Tatkomplexe im Bereich Stapoaussenstelle Bonn:

- 1.) 1940 in Euskirchen. Exekution eines namentlich noch nicht bekannten Polen auf einer Anhöhe bei Euskirchen. Dem Polen wurde vorgeworfen, mit einer deutschen Frau geschlechtlich verkehrt zu haben.

Verdacht der Beteiligung:

- a) Walter Proll,
- b) Fritz Wappler,
- c) Frenzel,

von der Stapoleitstelle Köln (anstelle von Liedtke). Da Liedtke an der Exekution nicht beteiligt war, sonst auch kein Hinweis vorliegt, besteht zur Zeit ein Verdacht, er habe die Ermittlungen geführt, noch nicht. Dies wird im Auge zu behalten sein.

Zeugen:

Noch nicht festgestellte Angehörige des Landratsamts Euskirchen und der Euskirchener Polizei.

- 2.) Juni 1941 in Langendorf bei Zülrich. Exekution eines Polen. Über die Einzelheiten ist noch nichts bekannt.

Verdacht der Beteiligung:

- a) Walter Proll,
- b) Karl Liedtke.

3.) 29.7.1941 Beuel-Limperich im Steinbruch.

Getötet wurden :

- a) Felix Garbarek, geb. am 20.10.1914 und
- b) Geslaw Woreck, geb. 29.7.1911.

Den beiden Polen wurde vorgeworfen, mit einer schwachsinnigen Deutschen, die auf einem Bauernhof in Villich-Rheindorf lebte, geschlechtlich verkehrt zu haben.

Verdacht der Beteiligung:

- a) Walter Proll,
- b) Karl Liedtke und
- c) Fritz Wappler.

Zeugen:

Der damalige Bürgermeister von Beuel sowie der Polizeiinspektor von Beuel Schliersbach.

4.) 14.8.1941 in Miel. Tötung des polnischen Zivilarbeiters Anton Wnjciakowski.

Im Jahre 1940 war auf dem Hof der Gatrud Abel in Bohn u.a. der polnische Zivilarbeiter Anton Wnjciakowski beschäftigt. Ausserdem arbeiteten dort als Landarbeiter die Zeugen Euskirchen und Niehsen. Bei der Bearbeitung ihres Hofes wurde die Zeugin Abel von ihrem Sohn Peter unterstützt. Als Gelegenheitsarbeiterin war auf dem Hof Abel bisweilen auch die Zeugin Maria Beier geb. Weber - damals 25 Jahre alt und unverheiratet - tätig. An die Polizei - möglicherweise zunächst an die örtliche Polizei - wurde Anfang 1941 der Verdacht herangetragen, zwischen dem polnischen Arbeiter Anton Wnjciakowski und der Zeugin Maria Beier bestehe ein Verhältnis. Wer die Polizei informiert hat, konnte bisher nicht ge-

222
259

klärt werden. Ob es zwischen Anton Wnjsiakowski und der Zeugin Maria Beier damals tatsächlich zu einer persönlichen Annäherung oder gar zu einem Liebesverhältnis gekommen ist, ist bisher mit Sicherheit nicht ermittelt worden. Die Zeugin Beier stellt etwas Derartiges in Abrede. Dagegen bekundet der Zeuge Niehsen, er habe einmal beim Betreten des Zimmers des Anton Wnjsiakowski gesehen, wie die Zeugin Maria Beier bei diesem auf dem Schoß gesessen habe. Die Zeugin Gertrud Abel hat angegeben, sie habe Anton W. einmal den Auftrag gegeben, die Zeugin Beier am Abend nach Hause zu begleiten. Mehr will sie über die persönlichen Beziehungen zwischen den beiden nicht wissen. Danach spricht zunächst einiges dafür, dass der Zeuge Niehsen die Polizei in Kenntnis gesetzt hat. Dieser bestreitet jedoch, dies getan zu haben. Da auch andere Bewohner des Dorfes entweder durch Niehsen oder auf sonstige Weise von dem angeblichen Liebesverhältnis zwischen der Zeugin Beier und dem polnischen Arbeiter gehört haben werden, besteht ein hinlänglicher Verdacht gegen Niehsen zur Zeit noch nicht.

Eines Tages wurden sowohl Anton W. als auch die Zeugin Beier von Beamten, wahrscheinlich von der Stapo-Aussenstelle Bonn, abgeholt und nach Bonn in das Gebäude der Stapo-Aussenstelle gebracht. Dort wurden dann - wie sich aus den Zeugenaussagen ergibt, vermutlich von dem Beschuldigten Liedtke - die Ermittlungen gegen beide geführt. Nach Angaben der Zeugin Beier soll sich hierbei herausgestellt haben, dass sie nicht einmal defloriert gewesen sei. Die Zeugin ist nach etwa 3-tägiger Haft und Vernehmung wieder entlassen worden. D. gegen wurde Anton W. in Haft behalten.

Am 8.8.1941 wurden die örtlichen Behörden und Parteifunktionäre durch die Stapo-Aussenstelle Bonn informiert, am nächsten Morgen finde in der Kiesgrube bei Miel die Hinrichtung eines polnischen Fremdarbeiters statt, der sich mit einem "deutschen Mädchen" eingelassen habe. Zu dieser Exekution hätten die Polizeibeamten und Parteifunktionäre zu erscheinen, ausserdem seien sämtliche in der Gegend beschäftigte polnische Zivilarbeiter um die angegebene Zeit zur Hinrichtungsstätte zu bringen. Am Morgen des 9.8.1941 wurde der Anton W. in einem Wagen zur Hinrichtungsstelle gebracht. Zahlreiche polnische Zivilarbeiter warteten in der Nähe. In Anwesenheit einer grösseren Anzahl von Personen, unter denen sich auch welche in SD-Uniform befunden haben sollen, wurde sodann Anton W. getötet. Dies geschah in der Form, dass dem Delinquenten die Hände auf dem Rücken gebunden wurden, er sich auf einen Tisch stellen musste, der mit einer Falltür ausgestattet war. Sodann verlas ein Beamter in SD-Uniform, wahrscheinlich der Beschuldigte Liedtke, den Wortlaut des Hinrichtungserlasses; er oder ein Dolmetscher übersetzte diesen Erlass. Sodann wurde Anton Wnjsiakowski eine Kapuze über den Kopf gezogen und er durch Auslösen der Falltür erhängt. Nach dem Eintritt des Todes wurden die anderen Fremdarbeiter sämtlich an dem Galgen vorbeigeführt; dort wurde ihnen nochmals das Verbot ^{des Umgangs} mit deutschen Frauen bekannt gemacht. Zur Abschreckung wurden sie gezwungen, einzeln an dem Erhängten vorbeizugehen und ihn anzufassen. Die Leiche des Getöteten wurde - wie in solchen Fällen üblich - nicht beigesetzt, sondern dem anatomischen Institut der Universität Bonn überlassen. Am 14.8.1941 wurde unter Nr. 45 vom Standesbeamten in Ludendorf der Tod des Arbeiters Anton W. beurkundet. Als Todesursache ist angegeben: "Durch Erhängen auf Anordnung der Staatspolizeistelle Köln, Nebenstelle in Bonn" .

224
161

Verdacht der Beiteiligung:

- a) Walter Proll und
- b) Karl Liedtke.

Der Beschuldigte Proll behauptet zur Zeit der Exekution in Urlaub gewesen zu sein. Seine Beteiligung ergibt sich jedoch daraus, dass er die Vernehmungen geleitet hat sowie dass er die entsprechenden Berichte an die Stapoleitstelle Köln und das Reichssicherheitshauptamt weitergegeben hat. Liedtke ist der Beteiligung verdächtig durch die Ermittlungen und die Ausführung der Exekution.

- 5.) Im Juni 1942 in Eschweiler bei Satzvey. Exekution eines polnischen Arbeiters. Einzelheiten sind nicht bekannt.

Verdacht der Beteiligung:

- a) Walter Proll und
- b) Karl Liedtke.

- 6.) Sommer 1942 in Schaven bei Kommern. Exekution eines Polen. Einzelheiten sind nicht bekannt.

Verdacht der Be-teiligung:

- a) Walter Proll und
- b) Karl Liedtke.

- 7.) Juni 1943 in Rissdorf bei Satzvey. Exekution eines Polen; Einzelheiten nicht bekannt.

Verdacht der Beteiligung:

- a) Walter Proll und
- b) Karl Liedtke.

- 8.) Herbst 1943 in Konradsheim bei Lechenich. Exekution eines Polen. Einzelheiten stehen noch nicht fest.

Verdacht der Beteiligung:

- a) Walter Proll und
- b) Karl Liedtke.

- 9.) 4.4.1944 Beuël-Limperich (Steinbruch). Exekution des Polen Tichon Sobcuk, geb. am 22.6.1923.

Verdacht der Beteiligung:

- a) Walter Proll und
- b) Karl Liedtke.

Der Beschuldigte Proll spricht davon, hier habe es sich um einen Russen gehandelt, der angeblich einen Landwirt ermordet haben soll. Dies entspricht jedoch nicht den übrigen Feststellungen.

- 10.) 1941 oder 1942 in Bergheim. Exekution von 2 Polen durch Angehörige der Stapoleitstelle Köln.

Verdacht der Beteiligung:

- a) Walter Proll und
- b) Karl Liedtke; und zwar durch Zurverfügungstellung des bei der Aussenstelle Bonn der Stapo befindlichen und dort gebauten Galgen sowie Abordnung von zwei Polen zur Durchführung der Exekution.

V. Beschuldigte:

- a) Die Ermittlungen haben bisher einen Verdacht der Teilnahme an den unter III aufgeführten Exekutionen nur hinsichtlich Walter Proll, Karl Liedtke und Fritz Wappler ergeben (vgl. insoweit unten zu b).

- aa) Bei den Ermittlungen über die Exekution des Polen in Miel sind Verdachtsmomente gegen noch lebende Bewohner, Polizeibeamte und Parteifunktionäre der umliegenden Dörfer nicht festgestellt worden.
 - bb) Durch die bisher getroffenen Feststellungen sind zwar auch andere Angehörige der Stapoaussenstelle Bonn der Beteiligung an den Tötungen verdächtig. Es ist jedoch bewiesen, dass diese Personen nicht mehr leben (vgl. Liste der Angehörigen der Stapoaussenstelle Bonn nebst Anmerkungen).
 - cc) Der Angehörige der Stapoaussenstelle Bonn, Heinz Fiedler, bestreitet, an Exekutionen in irgendeiner Weise teilgenommen zu haben. Belastungen gegen ihn haben sich bisher nicht ergeben.
 - dd) "Frenzel" von der Stapoleitstelle Köln, der an Stelle von Liedtke die Exekution in Euskirchen geleitet haben soll, ist noch nicht ermittelt.
- b) Ein Verdacht besteht gegen:

- aa) Walter Proll (Personalien unter Ziff. 21)

Proll war von Kriegsbeginn bis Sommer 1944 Leiter der Stapoaussenstelle Bonn. Er war verantwortlich für die Ermittlungen, die Berichte an das Reichssicherheitshauptamt über die Stapoleitstelle Köln und die Weitergabe der Anordnung und die Durchführung der Exekutionen. Er soll den zu den Exekutionen benutzten Galgen entworfen und ihn haben anfertigen lassen. Er (und Liedtke) sollen zwei Polen, die die Exekutionen durchzuführen hatten, "immer bereit gehalten" haben. Galgen und die zwei zu den Tötungen befohlenen Polen sollen an andere Stapostellen "ausgeliehen" worden sein.

227
64

Der Beschuldigte Proll, der bereits in dem früher bei der StA Köln (jetzt 24 Ks 4/53 StA Köln) gegen ihn anhängig gewesenen Ermittlungsverfahren zum Teil seine Beteiligung an den Tötungen zugegeben hat, hat sich in dem früheren Verfahren darauf berufen, dass er in mehreren Fällen exekutionsreife Anzeigen nicht weitergegeben habe. In anderen Fällen habe er das nicht getan, also die Anzeigen weitergegeben, weil der im gleichen Hause befindliche SD von den Vorgängen Kenntnis gehabt und daran zum Teil interessiert gewesen sei. Die Vorlage sei also lediglich unter dem Zwang des SD erfolgt. Das Verfahren gegen ihn ist damals wegen Notstands bzw. Nötigungsnotstands eingestellt worden. Die neuen Ermittlungen haben jedoch weitere Beteiligungen des Beschuldigten Proll und auch Hinweise auf eine andere Einstellung, als Proll sie früher geschildert hat, ergeben. Seine frühere - schon schwache und farblose "Notstandseinlassung" wird dadurch unglaubwürdig.

bb) Karl Liedtke (Personalien wie Ziff. 21)

Liedtke gehörte von 1938 der Stapoaussenstelle Bonn an. Er war Sachbearbeiter für Ausländersachen. Der Beschuldigte wird sowohl von seinem früheren Vorgesetzten Proll, als auch von seinem früheren Kollegen Fiedler als zu Brutalitäten neigender Gestapoangehöriger geschildert, der zu vernehmende Zeugen zusammengeschlagen und für Exekutionen "immer zu haben gewesen sei". Liedtke soll nach den Bekundungen von Fiedler, Proll und Wappler stets bei den Vorermittlungen, Berichterstattungen und Exekutionen mitgewirkt haben. Daher leitet sich der Verdacht her, dass der Beschuldigte, dessen

Zugehörigkeit zur Stapoaussonstelle Bonn zeitlich noch nicht genau feststeht, der im übrigen selbst hierzu auch keine genauen Angaben gemacht hat, an allen Tötungen beteiligt war. , bis auf die 1940, bei der Frenzel bei der Exekution anwesend war (vgl. insoweit oben IV, 1).

Der Beschuldigte Liedtke hat es bisher verstanden, zur Sache selbst kaum etwas zu sagen, dafür jedoch um so mehr hervorzukehren, dass er damals wie heute (heute ist er Rechtsanwalt) der Auffassung sei, die Tötungen seien rechtmässig gewesen.

cc) Fritz Wappler (Personalien wie Ziff. 21)

Wappler hat vom 1.4.1938 bis zum 1.7.1943 als Kriminalassistent bei der Stapoaussonstelle Bonn gearbeitet. Er hat - wie er selbst eingesteht - auf Anordnung seines Vorgesetzten Walter Proll an Exekutionen teilgenommen, und zwar an der vom 29.7.1941 in Beuel und an der 1940 in Euskirchen. Die Art seiner Aufgaben und Beteiligung ist bisher noch nicht festgestellt.

19-20.) pp.

21.) Urschr. mit Akten und Beiakten

Herrn Untersuchungsrichter
bei dem Landgericht

in B o n n

unter Bezugnahme auf den Vermerk zu Ziff. 18 d.Vfg.
übersandt mit dem Antrag, gegen die im folgenden
aufgeführten Angeschuldigten die gerichtliche Vor-
untersuchung zu eröffnen:

- 1.) Kriminalrat i.R. Walter Proll, geb. am 23.1.1879 in Elberfeld, wohnhaft in Köln-Ehrenfeld, Tieckstrasse 74, verheiratet,
- 2.) Rechtsanwalt Karl Liedtke, geb. am 5.12.1906 in Gelsenkirchen, wohnhaft in Datteln, Körting Nr.8, verheiratet,
- 3.) Steuerobersekretär Fritz Wappler, geb. am 20.1.1904 in Gebersdorf/Thüringen, wohnhaft in Niedersessmar b. Gummersbach, Sonnenstr.35, verheiratet,

werden beschuldigt,
von 1940 bis 1944

in Bonn und anderen Orten des Rheinlands
durch mehrere selbständige Handlungen zu der von dem
damaligen "Reichsführer SS und Chef der Deutschen Partei"
Himmler mit Überlegungen und aus niedrigen Beweggrün-
den erfolgten Tötung polnischer Fremdarbeiter Beihil-
fe geleistet zu haben,
indem sie

- der Angeschuldigte Proll als Leiter, die Angeschul-
digten Liedtke und Wappler als Angehörige der Staats-
polizeiaussenstelle Bonn - die von Himmler aus rassi-
schen Gründen geplante und angeordnete Tötung polni-
scher, nicht "eindeutschungsfähiger" Arbeiter, die
Umgang mit deutschen Frauen gehabt hatten, dadurch
unterstützten und ermöglichten, dass die Angeschul-
digten Proll und Liedtke den angeblichen Umgang der
Polen mit deutschen Frauen ermittelten, die Entschei-
dung über die "Eindeutschungsfähigkeit" herbeiführten,
die Berichte mit den Sonderbehandlungsvorschlägen an
das Reichssicherheitshauptamt fertigten und absandten
sowie die Tötung, nachdem sie vom Reichssicherheits-

228
267

hauptamt angeordnet worden war, vorbereiteten und mit einem bei der Staatspolizeiaussenstelle Bonn befindlichen Galgen von 2 Polen durchführen liessen, wobei in zwei Fällen der Angeschuldigte Wappler zur Aufsicht und Sicherung mitwirkte, und zwar :

- 1.) Die Angeschuldigten Proll und Wappler 1940 in Euskirchen
an der Tötung eines Polen;
- 2.) Die Angeschuldigten Proll und Liedtke Juni 1941 in Langendorf bei Zülpich
an der Tötung eines weiteren Polen,
- 3.) alle drei Angeschuldigten
am 29.7.1941 in Beuel-Limperich
an der Tötung zweier Polen :
Felix Garbarek und
Geslav Woreck.
Proll und Liedtke weiterhin an den Tötungen
- 4.) am 14.8.1941 in Miel
des Polen Wnjciakowski
- 5.) im Juni 1942 in Eschweiler bei Satzvey
- 6.) im Sommer 1942 in Schaven bei Kommern
- 7.) im Juni 1943 in Rissdorf bei Satzvey
- 8.) im Herbst 1943 in Konradsheim b. Lechenich
an der Tötung je eines weiteren Polen,
- 9.) am 4.4.1944 in Beuel-Limperich
an der Tötung des Polen Sobcuk, sowie
- 10.) 1941 oder 1942 in Bergheim
an der durch die Staatspolizeistelle Köln durchgeführten Tötung zweier Polen dadurch, dass sie den Galgen zur Verfügung stellten.

231
268

- 20 -

Verbrechen der Beihilfe zum Mord,
strafbar nach §§ 211 (auch ältere Fassung), 49,74 StGB.

232

Standesamt - Amt 34
192-02

Lechenich, den 25. Oktober 1967

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -
Herrn/Frau



1	Anlagen
/	Verfahren
/	DM 10.11.1967

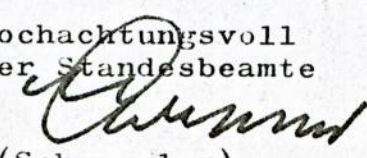
1 B e r l i n
in.....
Turmstraße 91

Betr.: Personenstands-surkunde (n)
Bezug: Ihr Schreiben vom 20.10.1967... 1 Jo 4164 (RSHA)

Sehr geehrter Herr!
~~Sehr geehrte Frau!~~

Als Anlage überreiche ich Ihnen die gewünschte (n) Personenstands-
urkunde (n).
~~Die Gebühr in Höhe von DM wird per Nachnahme erhoben.~~
Weitere Unterlagen liegen hier nicht vor.

Hochachtungsvoll
Der Standesbeamte


(Schwegeler)

_____ Ledebich, den 14. Januar 1944.

Der Leichenbesitzer Herr Ignaz Iksarowak _____
 _____ Kaschew _____

wohnhaft Kauradshain _____

ist am 5. September 1941 um 9 Uhr _____ Minuten
 in Kauradshain _____ verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 27. November 1913 _____
 in Hamburg - Wilhelmsburg _____

(Standesamt _____ Hamburg - Wilhelmsburg Nr. 947/1913)

Vater: Konstantin Iksarowak _____

Mutter: Marianna Frackowiak _____

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet. _____

Eingetragen auf mündliche — schriftliche — Anzeige des Bürgermeisters
 Herr Dr. Paul Geile in Ledebich. _____

Der Anzeigende ist bekannt mit erklärt, dass ihm
 Ausfaller mit eigener Kenntnis ^{inmündlich} ist. _____

Vorgelesen, genehmigt und _____ unterschrieben

Dr. Paul Geile. _____

Der Standesbeamte

In _____

Todesursache: Herz - mit Anamnese. _____

Eheschließung des Verstorbenen am _____ in _____

(Standesamt _____ Nr. _____).

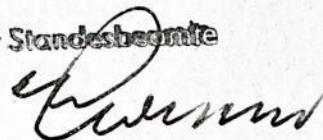
Die Übereinstimmung der Fotokopie mit dem Personen-
standsbuch des Standesamts
wird hiermit beglaubigt.

Lechenich

25. Okt. 1967

Lechenich, den.....

Der Standesbeamte



(Schwegeler)

Gebührenfrei



$$\frac{E}{XXVIII}$$